A 20111 F

# SOPO

# Ideologischer Kampf

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 · Postfach 410 269
Oktober 1974

# 30

# SOZIALISTISCHE POLITIK

6. Jahrgang | Nr. 30 | Oktober 1974

**Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, 1 Berlin 41, Postfach 410 269**
**Tel. 030/851 11 13** **(ISSN 0005 - 9374)**

Herausgegeben von Hella Stern (verantwortlich auch für Anzeigen).
Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift.
Postscheckkonto Berlin West 620 10-107.
Satz, Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin.
Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich.

Jährlich erscheinen insgesamt 4 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 6,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 5,– inclusive Porto. Das Jahresabonnement (4 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–. Diese Angaben gelten ab Heft 28/1974, für die vorhergehenden Hefte bitte beim Verlag Auskunft einholen.

**Redaktionelle Notiz**
Seite 1

Hannelore Bethke
**Westberlin als Ideologie**
Seite 5

Winfried Wotschack
**DDR-Forschung unter Anpassungszwang**
Seite 25

Günter Krause
**Zur ideologischen Bedeutung der Marktwirtschaftsdoktrin**
Seite 55

Günter Matthias Tripp
**Materialistische Erkenntnistheorie und Ideologie**
Seite 87

**Zu den Autoren**
Seite 126

**Beilagenhinweis:** Dieser Ausgabe liegen bei Prospekte der Deutschen Volkszeitung sowie des Pädex-Verlages.

## Redaktionelle Notiz

1. Wenn in der Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme den imperialistischen Ländern zunehmend die abenteuerlichen Wege militärischer Gewalt verbaut werden und in ihrer inneren Entwicklung die gesellschaftlichen Krisen sich häufen und verschärfen, wenn also die politischen Spielräume der Bourgeoisie allerorts enger werden, dann wächst die Bedeutung des Kampfes der Ideologien. Es geht um die Köpfe der arbeitenden Bevölkerung. Die Frage ist, wird ihr Interesse an beständigen Krisenlösungen und friedlichen Entwicklungen in die Irre geleitet oder zu sozialistischem Klassenbewußtsein gebracht. Wachstum der Bedeutung des ideologischen Kampfes, das macht sich daran fest, daß der Bourgeoisie die spontanen Prozesse der Ideologieproduktion längst nicht mehr hinreichen, diese vielmehr in systematisierte und organisierte Formen überführt werden, daß die Institutionalisierung der Entwicklung und Verbreitung bürgerlicher Ideologie mächtig zunimmt, daß in immer rascherem Wechsel die verschiedenen und zum Teil sich widersprechenden Konzeptionen ihrem schnellen Verschleiß entgegenzuwirken suchen. In den letzten Wochen und Monaten schwoll der programmatische Niederschlag der bürgerlichen Parteien und Konzernverbände in der BRD und in Westberlin an: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände leistete ihren „Beitrag zur ordnungspolitischen Grundsatzdiskussion", die Grundsatzprogramm-Kommission der CSU offerierte eine „Zwischenbilanz" und die SPD kam im Rahmen ihrer „Kommission Orientierungsrahmen '85" zu Zwischenergebnissen in der Diskussion ihres Langzeitprogramms.

2. Einige Beispiele: In Springers „Welt" vom 17. Juli 1974 beschwor der Redaktionsdirektor Herbert Kremp „die Ahnung einer großen, unter Umständen schicksalsbestimmenden wirtschaftlich-politischen Krise in der westlichen Welt". Über die Mittel des üblichen Managements zur Krisensteuerung hinaus, verlangte er „psychologische und geistige Einstimmung" der Bevölkerung zur rechten Zeit. (1)

In der berufskundlichen Zeitschrift „analysen" der Bundesanstalt für Arbeit verwies der Bielefelder Soziologe Theodor Harder auf eine Reihe „sozialer Grundtatsachen im Lichte genetischer, biologischer, medizinischer, pharmakologischer, technischer und anderer Innovationen". Nicht den spezifischen gesellschaftlichen Gebrauch solcher Innovationen sah er als Quelle „politischer Probleme", sondern ihre „Bewußtwerdung" in der Bevölkerung. Entsprechend forderte er, das Bewußtsein zu verallgemeinern, „daß Gemeinwohl und Eigennutz verzahnt sind, daß einer auf Kosten des andern lebt, daß jede Art kausaler Zurechnung sozialer Kosten auf Grund der Aktivitäten einzelner Umweltveränderer so gut wie unmöglich ist ... Stets geht es um die Legitimation politischer Aktivität oder Passivität bei der Manipulation oder – neutraler ausgedrückt – ‚Verteilung von Lebenslagen' – um mit Gerhard Weisser zu sprechen – und deren Hinnahme durch die Betroffenen." (2)

3. Mit den Bewußtseinsfolgen „wirtschaftlich-politischer Krisen" und „sozialer Grundtatsachen" fertig zu werden, gibt es mehrere Verfahrens-Varianten:

Eine, vor allem in der Sozialdemokratie verbreitete, ist dadurch gekennzeichnet, daß sie den realen Problemen teilweise Rechnung zu tragen sucht, aber in kanalisierender und ver-

1 Die Welt, 17.7.1974.
2 analysen, 5. Juli 1971, S. 4.

schleiernder Form; das ist in den Formeln von der „Lebensqualität", von der „Humanisierung der Arbeitswelt", vom „qualitativen Wachstum" etc. zusammengefaßt. Es wächst das Interesse „an politischen Programmen, die über eine rein ökonomische Orientierung hinausgehen und sich zum Teil wesentlich stärker als bisher auf andere soziale Bereiche ausdehnen: Umweltschutz im weitesten Sinne, Verbesserung der Lage der sozial Benachteiligten, Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens etc." (3)

Probleme für die Ideologiebildung ergeben sich vor allem daraus, den Schwund an sozialer Basis für die Bourgeoisie durch neue Formen und Techniken der Zustimmung und des Mittuns zu kompensieren, ohne daß diese in Aufklärung und Gegenwehr umschlagen dürfen. Bürgerliche Sozialwissenschaftler formulieren das etwa als Problem der Erhöhung sowohl der „Konsensusbildungskapazitäten" wie der „Kontrollkapazitäten", mit besonderer Berücksichtigung spezifischer „Schwachstellen", vor allem „benachteiligter und organisationsschwacher Gruppen". Der Mannheimer Soziologe Wolfgang Zapf konstatiert als Aufgabe: „Einmal, daß eine aktive Sozialpolitik höhere Mobilisierungsraten und gesteigerte authentische Beteiligungschancen notwendig macht, wenn sie den notwendigen Konsensus produzieren will. Zum andern aber, daß zugleich die Kontrollkapazitäten erhöht werden müssen ..." (4) Er fragt weiterhin: „Wie lassen sich Ansprüche (der Menschen) selbst verändern? Wenn man akzeptiert, daß eine Vermittlung privater Interessen mit dem „öffentlichen Interesse" das Ziel einer demokratischen Wachstumspolitik sein sollte, dann müssen Institutionen des „sozialen Lernens" entwickelt werden, in denen einzelne Bürger, Interessengruppen, Bürokratien lernen können, ihre Präferenzen zu verändern. Dann können weder gegebene Daten noch wohlgemeinte progressive Reformprogramme weiterhin einfach hingenommen werden. Hier ist ein schmaler Grat zwischen Agitation und Passivität zu begehen ..." An Techniken des ideologischen Kampfes werden u.a. vorgeschlagen: „Simulationen", „Action Research", „Modellversuche", „experimentelle Infrastrukturpolitik". (5)

Die vor allem in der CDU/CSU und in den Konzernverbänden vorfindbare Verfahrensvariante ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die realen Probleme für die Bevölkerung zu „psychologischen" (und auch nur „psychologisch" zu verarbeitenden) umbiegt, um sie umso radikaler im Interesse der Großkonzerne lösen zu können. (6) Der arbeitenden Bevölkerung wird vorgehalten, „wachsende materielle Eigenorientiertheit" breite sich aus, die „Motivation unterschwelligen Neides" wecke die allgemeine Begehrlichkeit, gegen „Anspruchsinflation" und „Reformüberflutung" gelte es die „marktwirtschaftlichen Gegenmittel" zu mobilisieren. So sei das „marktwirtschaftliche Gegenmittel" gegen „Überbeschäftigung", wie sie in den letzten Jahren geherrscht habe, die „Bedrohung der Arbeitsplätze". „Wenn die Herausforderungen und Aufgaben, denen sich unsere Gesellschaft jetzt und in überschaubarer Zukunft konfrontiert sieht, nicht marktwirtschaftlich angegangen und gelöst werden, dann werden sie überhaupt nicht gelöst." Von „Humanisierung der Arbeitswelt" und „qualitativem Wachstum" wird auch hier geredet, aber, im Unterschied zu sozialdemokratischen Positionen, vollends abstrakt, mithin demagogisch. Stattdessen wird die Freiheit für „jedermann ..., etwas zu ‚unternehmen' ", hochgehalten.

3 F.J. Stendenbach: „Sozialindikatoren und Gesellschaftsplanung", in: G. Albrecht, H. Daheim, F. Sack (Hg.): SOZIOLOGIE. René König zum 65. Geburtstag, Opladen 1973, S. 301.
4 W. Zapf: „Soziale Indikatoren", in: ebd., S. 267 f.
5 W. Zapf: „Zur Messung der Lebensqualität", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE, Jg. 1, H. 4, Okt. 1972, S. 373 f.
6 Dieses und die folgenden Zitate nach dem Zwischenbericht zum Grundsatzprogramm der CSU, in: FR, 22.8., 23.8., 26.8.1974.



4. Beide Verfahrensvariationen kommen darin zusammen, daß sie Marxismus und realen Sozialismus als Alternative und Lösungsweg abwehren. Ihr Antikommunismus artikuliert sich jeweils unterschiedlich: christdemokratisch offen verleumderisch, sozialdemokratisch differenzierter, vermittels einer umfänglichen Erforschung sozialistischer Länder, um Hebel für den aktiven politischen und ideologischen Eingriff ausfindig zu machen, und um die eigene Bevölkerung mit abgesetzten „Sozialismus-Modellen" zu versorgen. Bürgerliche Ideologie hat heute im Antikommunismus ihr Zentrum: „Wie geht denn die Bourgeoisie an das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse heran? ... Natürlich, sie erfindet ständig neue Theorien, Auffassungen und Konzeptionen, um die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verfälschen, zu entstellen, zu beschönigen, in Abrede zu stellen usw. Aber unternimmt sie nicht genau so viel Anstrengungen, um die internationale Einheit der Arbeiterklasse aufzuspalten, um die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder gegen die Arbeiterklasse der sozialistischen Länder zu mobilisieren, um beide von der nationalen Befreiungsbewegung zu isolieren und zu trennen? Besteht nicht das Wesen des Antikommunismus in diesem Zusammenhang darin, der Arbeiterklasse hierzulande das Bewußtsein ihrer Zukunft zu nehmen, das Bewußtsein der Arbeiterklasse hierzulande gegen die bereits real existierende Zukunft der Arbeiterklasse abzuschirmen?" (7)

5. Die skizzierten Zusammenhänge bilden den Rahmen des vorliegenden Heftes, aus ihnen sind die einzelnen Beiträge abgeleitet: – Daß ideologischer Kampf in Westberlin nicht bloß einen lokal herausgehobenen Brennpunkt hat, daß Westberlin darüber hinaus selbst Gegenstand bürgerlicher Ideologie-Bildungen ist, untersucht Hannelore Bethke vor dem Hintergrund der Entwicklung dieser Stadt und ihrer Bedeutung für den internationalen Systemantagonismus. Ideologischer Kampf ist hier unmittelbar mit Antikommunismus und seiner Bekämpfung verknüpft. Im Zeichen der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 2. März 1975, im Zeichen also verstärkter politischer und ideologischer Auseinandersetzungen in Westberlin, ist die Aufmerksamkeit auf diesen Komplex des ideologischen Kampfes von zentraler und beispielhafter Bedeutung.

– Winfried Wotschacks Arbeit über aktuelle Tendenzen und Veränderungen der bürgerlichen DDR-Forschung, vor dem Hintergrund einer knappen historischen Skizze ihrer Entwicklung seit der Zerschlagung des Faschismus und der Errichtung zweier deutscher Staaten, ist ebenfalls zugleich eine Analyse zentraler Bewegungsformen antikommunistischer Ideologie. Eines seiner Ergebnisse, daß die bürgerliche DDR-Forschung zunehmend zu realistischeren, d.h. zunehmend den Realitäten Rechnung tragenden Positionen gezwungen ist, will sie gleichzeitig noch ihre politisch-ideologischen Funktionen erfüllen, bestätigt sich daran, daß unlängst der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", 1952 mit dem Ziel gegründet, die Zerschlagung und Rekapitalisierung der DDR wissenschaftlich vorzubereiten, aufgelöst und in den „Arbeitskreis für vergleichende Deutschland-Forschung" überführt wurde. (8)

– Günter Krause untersucht einen Ideologie-Komplex, der als „ordnungspolitische Konzeption" gesellschaftlich-ökonomischer Entwicklung seit Bestehen der BRD und Westberlins – freilich nicht unangefochten – Gültigkeit beansprucht: die Doktrin der Marktwirtschaft, der „privatwirtschaftlichen Selbststeuerung" durch das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage". Im Zwischenbericht der CSU zu ihrem Grundsatzprogramm vom August

7 Erich Hahn, in: SOPO 24, Juni 1973, S. 90 f.
8 Deutsche Volkszeitung, 26.9.1974.

dieses Jahres heißt es über die „tiefere Bedeutung der Marktwirtschaft": „Nur dieses freiheitliche Ordnungssystem ist nach unserem heutigen Stand der Kenntnisse und Erkenntnisse in der Lage, die brennenden Probleme von Inflation und Vollbeschäftigung, von gesellschaftlicher Mitverantwortung, Mitwirkung und Mitbeteiligung in menschenwürdiger Form zu lösen." (9) Wenn der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter vor dem Kongreß der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten im September dieses Jahres konstatiert, daß die freie Marktwirtschaft „in wichtigen Zweigen längst abgedankt hat", daß „die eigentlichen Systemveränderer in den Chefetagen unserer großen Konzerne sitzen. Sie sind es, die den Untergang der Marktwirtschaft betreiben." (10) – dann zeigt selbst eine solche Kritik das prinzipielle Festhalten an der marktwirtschaftlichen Doktrin, zeigt aber auch den Reflex ihrer zunehmenden Obsoleszenz. Inzwischen ist bürgerlicher Wirtschaftstheorie vertraut, daß vor allem „hohe Forschungsintensität, großer Anteil staatlicher Nachfrage und überdurchschnittlich große optimale Unternehmensgröße" Faktoren sind, die ihre Regulierung durch „die marktwirtschaftlichen Kräfte" nicht mehr gestatten. (11) Gleichsam als Gegenstück zu Krauses Arbeit wird SOPO 32 eine Analyse ideologischer Bewältigungsversuche des Markt-Versagens am Beispiel bürgerlicher Infrastrukturtheorien veröffentlichen.

– Wie sich Ideologien herausbilden und zu Komplexen bündeln, untersucht der Beitrag von Günther Matthias Tripp schließlich auf der Ebene der Selbstreflexion von Erkenntnis. Ideologischer Kampf entzündet sich zunehmend auch im Bereich der Erkenntnistheorie: um die Formen widerspiegelnder Aneignung der Wirklichkeit in den Köpfen der Menschen, um die Gesetzmäßigkeiten des Denkprozesses, um die Legitimation von Erkenntnistheorie selbst. Ein solcher Beitrag, der der Reflexion der Konstitutionsbedingungen von Erkenntnis nachgeht, muß dabei notwendigerweise zugleich des Begriffs der Ideologie selbst sich versichern, und seines Verhältnisses zu Wissenschaft und Gnoseologie. Daß die Arbeit von Tripp dies nicht abschließend leisten, mithin zur Diskussion herausfordern will, versteht sich.

9 Frankfurter Rundschau, 23.8.1974.
10 Frankfurter Rundschau, 5.9.1974.
11 D. Schröder: WACHSTUM UND GESELLSCHAFTSPOLITIK (prognos studien 4), Stuttgart u.a. 1971, S. 61.



**Hannelore Bethke**

# Westberlin als Ideologie

Als am 3. September 1971 die Vertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats in Westberlin das in langwierigen Verhandlungen erarbeitete Abkommen über Westberlin unterzeichneten, setzten sie damit einen Schlußstrich unter die mehr oder weniger heftig geführten Auseinandersetzungen um den völkerrechtlichen Status dieser Stadt – Auseinandersetzungen, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges ständig das Schicksal Westberlins zu einer weltpolitischen Frage erhoben hatten. Dieses Vierseitige Abkommen markiert einen Wendepunkt: mit der nun unumstößlichen Festlegung des völkerrechtlichen Status der Stadt als eindeutig nicht zur BRD gehörig (1) wird ein Streitpunkt aus der Welt geschafft, der die Weltgeschichte mehr als einmal an den Rand eines dritten Weltkrieges brachte.

Dabei war die ganze Frage eigentlich schon einmal zwischen den alliierten Mächten geklärt und im Potsdamer Abkommen verbindlich festgelegt worden.

Die politische Nachkriegsgeschichte zeigte jedoch, daß die Verschiedenheit der ökonomischen und politischen Interessen der Siegermächte zu groß war, um auf der Grundlage dieses und anderer Abmachungen, auch wenn sie völkerrechtlich verbindlich waren, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu betreiben. So entstanden zunächst, gerade was den Status und die politische Funktion Berlins betrifft, immer neue Interpretationsvarianten über den Inhalt der Abmachungen der Siegermächte. Es wurden von den imperialistischen Staaten politische Tatsachen geschaffen, die die Verhältnisse derart veränderten, daß bestimmte Teile der alliierten Beschlüsse nicht mehr der Realität entsprachen; es wurden Ideologie-Gebäude geschaffen, die die realen Tatsachen, im Interesse der jeweiligen politischen Macht verzerrt, darstellen und erklären sollten.

Über die ökonomische, politische, rechtliche Situation und Perspektive Berlins sind seit Kriegsende bis zum heutigen Tag mehr ideologische Bilder als Tatsachen verbreitet worden. Über keine andere Stadt der Welt gibt es derartig viele und verschiedene Mythen, Propagandabilder, Schicksalsvisionen und Charakterstudien; für keine andere Stadt der Welt wurde jemals solch ein Reklamerummel betrieben, und nirgendwo sonst auf der Welt haben solche Dinge einen so unmittelbar politischen, weltpolitischen Charakter wie gerade in Berlin, bzw. Westberlin. Besonders die Amerikaner verstanden es, mit gezielter Ideologie-Produktion Politik zu machen; eine Kunst, die allerdings bald nach Kriegsende von westdeutschen und Westberliner rechten Politikern mindestens ebenso gut beherrscht wurde. Die ökonomischen und politischen Ziele, die diese Kräfte in Deutschland und Europa verfolgten, verpackten sie mit Vorliebe in wechselnde Ideologien über Rolle und Funktion Berlins bzw. Westberlins, wobei alle diese ‚Berlin-Bilder' eines gemeinsam hatten und haben: die antikommunistische Stoßrichtung. Mit gewaltigem Propagandaaufwand werden solche Ideologien unter die Leute gebracht; so werden sie wiederum zu direkt politischen Faktoren, indem sie sich im Bewußtsein der Menschen festsetzen und ihr politisches Den-

1 Vgl. VIERSEITIGES ABKOMMEN, Teil II : Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen, Abschnitt B.

ken und Handeln bis zu einem gewissen Grad bestimmen. Das Selbstbewußtsein der Westberliner, die sich lange Zeit zuerst als ‚Berliner' und erst in zweiter oder dritter Linie als Arbeiter oder Angestellter begriffen und dementsprechend verhalten haben, ist ganz entscheidend durch diese bürgerlichen , antikommunistischen ‚Berlin-Bilder' geprägt worden. Das Bewußtsein über ihr soziales Sein in der kapitalistischen Westberliner Wirklichkeit mußte sich im Widerstreit zu dem eingehämmerten Bewußtsein über „den Berliner" als „Insulaner" und für die „westliche Freiheit" streitenden „Frontstadtkämpfer" durchsetzen. So wirksam können künstlich erzeugte Ideologien sein, so wirksam sind sie über zwei Jahrzehnte lang in Westberlin gewesen. Die ideologischen Bilder ändern ihre konkrete Gestalt mit dem konkreten politischen Interesse, dem sie als Mäntelchen dienen und das politische Interesse ändert sich mit den Realitäten, d.h. für das Beispiel Westberlin mit dem internationalen Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus. Im Spannungsfeld dieser Kräfte sind die Westberlin-Propagandabilder entstanden und an ihren Wandlungen lassen sich deutlich die historischen Veränderungen im Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus erkennen.

## Entstehung und Wandel der Westberlin - Ideologie

Schon bevor der 2. Weltkrieg zu Ende war, hatten sich die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, die Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens, darüber verständigt, was nach dem Sieg über das faschistische Deutschland mit diesem Land und mit seiner Hauptstadt geschehen sollte. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte man beschlossen, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören." (2) Deutschland sollte als wirtschaftliche und politische Einheit behandelt und nur für Besatzungszwecke zeitweilig in Zonen eingeteilt werden, wobei jede der vier Siegermächte eine Zone unter ihre Oberhoheit nahm. Alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen sollten von einem alliierten Kontrollrat behandelt werden, der in Berlin als der deutschen Hauptstadt seinen Sitz hatte. Um die Zusammenarbeit der Alliierten zu fördern, war ausserdem beschlossen worden, an der Besetzung Berlins alle Siegermächte zu beteiligen und die Stadt gemeinsam durch die Alliierte Kommandatur zu verwalten (3). Die wirtschaftlichen und politischen Grundzüge für die Behandlung des besiegten Deutschlands legten die Alliierten im Potsdamer Abkommen fest. Als Ziel wurde dabei vor allem formuliert, demokratische Verhältnisse in Deutschland zu schaffen und zu verhindern, daß jemals wieder ein Krieg von Deutschland ausgehen könnte (4). Somit bestand in allen wesentlichen Fragen zwischen den Siegermächten Klarheit und Einigkeit, es gab sowohl ein inhaltliches als auch ein organisatorisches Konzept für die Behandlung Deutschlands samt der Hauptstadt Berlin. Alle Schwierigkeiten, Probleme und Verkomplizierungen, die sich einstellten und die praktische Umsetzung der alliierten Abkommen verzögerten, behinderten und zum Teil einfach unmöglich machten, sind erst später entstanden. Ein spezielles Berlin-Problem

2 Zit. nach: ZUR DEUTSCHLAND-POLITIK DER ANTI-HITLER-KOALITION (1934 bis 1949), Berlin (DDR) 1966, S. 49.

3 Diese Regelungen wurden festgelegt im „Abkommen zwischen den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin" vom 12. Sept. 1944 und im „Abkommen über das Kontrollverfahren in Deutschland" vom 14. Nov. 1944, beide in: POTSDAMER ABKOMMEN. Dokumente zur Deutschlandfrage, Berlin (DDR) 1971 (5. Aufl.).

4 Vgl. „Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz von Berlin" vom 2. August 1945 (Potsdamer Abkommen) in: POTSDAMER ABKOMMEN, Dokumente zur Deutschlandfrage, a.a.O. S. 55 ff.



hat es bis Ende 1945 nicht gegeben und die Perspektive der Stadt wie die ganz Deutschlands schien – zumindest in den Grundzügen – klar und unmißverständlich zu sein. Doch dauerte es kaum zwei Jahre, da hatten die Westmächte, allen voran die USA, mit massiver Hilfe durch die restaurativen deutschen Politiker eine „Berlin-Krise" und eine „Deutschland-Krise" aufgebaut, die Problem- und Konfliktstoff für zwei Jahrzehnte lieferten.

## Wie der Mythos vom „Bollwerk" Westberlin entsteht

Am 9. November 1947 verkündete der „Telegraf" in großer Aufmachung den Ausspruch des amerikanischen Handelsministers Harriman: „Der Kalte Krieg hat begonnen". Der ‚Kalte Krieg' – das war der Ausdruck dafür, daß der Kampf um Deutschland nicht zu Ende war, sondern mit großer Härte, wenn auch mit anderen Waffen, weitergeführt wurde – jetzt allerdings nicht mehr gemeinsam von den Alliierten gegen das faschistische Deutschland, sondern jetzt als scharfer Kampf der Alliierten untereinander. Obwohl die Basis für eine gemeinsame Deutschland-Politik der Alliierten mit den 1944 und im Sommer 1945 getroffenen Abkommen und Vereinbarungen bestand, wurden besonders für den USA-Imperialismus andere Ziele wichtiger als die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland.

Nicht zuletzt durch die Beteiligung am 2. Weltkrieg, waren die USA am Ende des Krieges zur Hauptmacht des Imperialismus aufgerückt. Für sie war eine Aufgabe viel dringlicher und bedeutender als die Vernichtung des deutschen Militarismus und Faschismus: der Kampf gegen das Entstehen eines sozialistischen Weltsystems, gegen eine Stärkung der sozialistischen Sowjetunion durch den Aufschwung der volksdemokratischen Bewegungen in einer Reihe von ost- und südosteuropäischen Ländern, und die Rettung und Festigung der Positionen des Imperialismus in Asien, Afrika und Mitteleuropa. Zu diesem Zweck nahm der US-Imperialismus im Rahmen seiner „Globalstrategie" – d.h. weltweiter Kampf gegen sozialistische, demokratische und antikolonialistische Bewegungen – auch den Kampf gegen das Entstehen eines antiimperialistischen Deutschlands auf. Dieser Kampf der Systeme spielte sich als „Kalter Krieg" mit aller Schärfe im besetzten Deutschland ab. Die besondere Bedeutung Berlins dabei lag von Anfang an in seiner besonderen geographischen Lage begründet: Berlin lag auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone, mitten im Lager des Gegners also, und solange die alliierten Kontrollorgane existierten, hatten die imperialistischen Besatzungsmächte das unbestrittene Recht der militärischen und politischen Anwesenheit in dieser Stadt. Das nutzten sie auf allen Gebieten dazu aus, in ihren Sektoren die demokratische Bewegung zu unterdrücken und dem deutschen Monopolkapital und den dessen Interessen vertretenden Politikern wieder in den Sattel zu helfen (5). Ein einheitliches demokratisches Deutschland mit Berlin als Hauptstadt paßte absolut nicht in dieses Konzept.

5 Hier ist nicht der Platz, diese These ausführlich zu belegen, da es uns in erster Linie auf die Darstellung der Ideologien ankommt, die auf dem Boden dieser ökonomischen und politischen Interessen entstanden sind. Zur Illustrierung des Charakters der imperialistischen Besatzungspolitik müssen einige Stichworte genügen: Verbot der Volkskongreßbewegung; Verbot des Kulturbundes, Beschlagnahme von AEG, Siemens und anderen Firmen, um sie sog. ‚Treuhändern', die meist Vertreter der alten Besitzer waren, zu übergeben, statt die Gesetze über die Enteignung der Kriegsindustrie durchzuführen usw. Vgl. hierzu: Rolf Badstübner: RESTAURATION IN WESTDEUTSCHLAND 1945 - 1949, Berlin (DDR) 1965, bes. Kapitel II, und V; Gerhard Keiderling und Percy Stulz: BERLIN 1945 - 1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin (DDR) 1970, bes. S. 71 f, S. 129 ff., S. 146 ff; und : GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Kapitel XII, Berlin (DDR), 1968, S. 90 ff.

Ab Frühjahr 1947, mit der sogenannten Truman-Doktrin und mit der Verabschiedung des Marshall-Plans verkündeten die Amerikaner daher auch offen ihr Interesse an einer Spaltung Deutschlands: „Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Viermächteregimes den Kommunismus in ganz Deutschland zu Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten. Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland", schrieb die New Yorker Newsweek im Juli 1947 (6). Auf vielfältige Weise bereiteten die Westmächte mit jeder Unterstützung des deutschen Monopolkapitals, der CDU und der rechten SPD-Führung unter Kurt Schumacher die Bildung eines westdeutschen Separatstaates vor. Für Berlin wurde damit die Perspektive als Hauptstadt eines geeinten Deutschland aufgegeben und stattdessen wurde ihr die Rolle als Störfaktor im gegnerischen Lager (der SBZ) und als Krisenherd im Kalten Krieg zugewiesen – eine Rolle, die eines Tages den Anlaß liefern sollte, die Stadt aus ihrer, kommunistischen Umklammerung' zu befreien. Die Westalliierten vermieden daher die Bezeichnung Berlins als „deutsche Hauptstadt" und verwendeten lieber den schlichten Begriff „das Territorium" zur Benennung Berlins (wie z.B. in einem Entwurf über den juristischen Status Berlins, den sie der Alliierten Kommandatur vorlegten). Als im Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer Verfassung durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung die SED als Artikel 1 formuliert haben sollte, daß Berlin die Hauptstadt des zu gründenden deutschen demokratischen Staates sein sollte, blieb sie mit dieser Forderung in der Stadtverordnetenversammlung allein. Die anderen drei Parteien (CDU; LDP und SPD) zielten – ganz im Sinne der westlichen Alliierten – auf die Herauslösung der Westsektoren Berlins und deren Integration in den geplanten westdeutschen Separatstaat und verzichteten daher auf die Fixierung des Hauptstadtcharakters Berlins in der Verfassung. Zusammen mit den Westalliierten betrieben diese Kräfte ganz massiv die Loslösung der Berliner Westsektoren aus der einheitlichen Stadtverwaltung und ihren Anschluß an die Westzonen (7).

Die Maßnahmen, die in diesem Sinne getroffen wurden, waren so offensichtlich gegen die Lebensinteressen der Berliner gerichtet – z.B. die Verlagerung von Hunderten von Industriebetrieben aus den Westsektoren Berlins nach Westdeutschland, was zu immer weitergehender Desorganisation der Wirtschaft, zu wachsender Arbeitslosigkeit und ökonomischer Unsicherheit in den Westsektoren führte, daß zu ihrer Rechtfertigung Erklärungen erfunden werden mußten, die der betroffenen Bevölkerung einsichtig waren und sie zur Unterstützung dieses politischen Kurses brachte. Dazu bauten die Strategen des Kalten Krieges vor allem auf zwei ideologische Grundpfleiler bei den Berlinern: auf den Antikommunismus und auf das Gefühl der Unsicherheit über die politische Lage und die Zukunft ihrer Stadt. Den Antikommunismus unter der Bevölkerung der West-Sektoren zu schüren war nicht so besonders schwer: 12 Jahre Hitlerfaschismus, nach Kriegsende schon bald wieder Einschränkungen und Behinderungen der Tätigkeit demokratischer Organisationen, Lügen und Verdrehungen über die Aktivitäten der Vertreter der UdSSR in den Alliierten Organen, Beschimpfungen und Verunglimpfungen der deutschen Kommunisten in Namen von „freedom and democracy" konnten nicht ohne Wirkung bleiben. Einer der entschiedensten Antikommunisten war Ernst Reuter: 1922 wegen abwechselndem Links- und Rechtsopportunismus aus der KPD ausgeschlossen, in der Emigration in der Türkei als Berater des dortigen reaktionären Regimes tätig, kam er kurz nach Kriegsende nach Berlin, wurde zunächst für die SPD Stadtrat für Verkehrswesen, später Oberbürgermeister, wurde als solcher jedoch nicht von der Alliierten Kommandantur bestätigt, war dann Regierender Bürgermeister Westberlins bis zu seinem Tode im Jahre 1953. Reuter war derjenige Westberliner Politiker, der Antikommunismus und Unsicherheitsgefühle der Bevölkerung am geschicktesten zu entwickeln wußte. „Der schwere Alpdruck der russischen Besatzungsmacht liegt auf dem ganzen Osten Deutschlands und dadurch, daß die Russen in der Alliierten Kommandantur von ihrem Vetorecht ununterbrochen Gebrauch machen, auch auf Berlin", schrieb er 1947 (8). Ständig trug Reuter dazu bei, ‚Angst' und ‚Schrekken' vor „den Russen" zu schüren und den Berlinern beizubringen, daß sie sich gegen die „Bedrohung" durch die „Roten" zur Wehr zu setzen hätten. Auf dem Parteitag der SPD 1947 in Nürnberg bezeichnete er Westberlin als „belagerte Festung", über der, welche Schwierigkeiten auch zu erwarten seien, „die Fahne der Freiheit und die Fahne der Demokratie wehen" werde. Ständig appellierte er dabei an die Westalliierten, die seiner Meinung nach in den alliierten Organen nicht entschieden genug gegen die Sowjetunion auftraten und sich nicht klar genug für die „Rettung" Westberlins einsetzten: „Wir müssen mit äusserster, zäher Verbissenheit um diese Stadt kämpfen und ihre Preisgabe durch andere unmöglich machen ... An unserem eisernen Willen wird sich die kommunistische Flut brechen. Darum wird die Welt wissen, daß sie uns nicht im Stich lassen darf, und sie wird uns nicht im Stich lassen!" (9)

Man kann solche Reden nur als gezielte Panikmache werten, die dazu diente, der Bevölkerung der Berliner Westsektoren einzuhämmern , daß sie in akuter Gefahr schwebe, solange „die Russen" noch gemeinsam mit den drei Westmächten über Berlin zu verfügen hätten und solange es keinen „freiheitlich-demokratischen" deutschen Staat im Westen gebe, der die „Rettung" auch Westberlins vor „der kommunistischen Flut" bedeuten würde. Gerüchte darüber, daß die Westalliierten bald abziehen und die Stadt „im Stich" lassen würden, verstärkten Unsicherheit und Unklarheit über die Zukunft der Stadt. Die einfachen und klaren Lösungen von Jalta und Potsdam waren bald aus dem Bewußtsein der Menschen verschwunden; was blieb war der Eindruck von scheinbar fruchtlosen Tagungen der Alliierten Kommandantur, wo die Sowjets angeblich immer nur „Veto" sagten, und heftigen Auseinandersetzungen im gemeinsamen Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung, die ebenfalls für ganz Berlin zuständig war, an der die SED mit 26 Sitzen teilhatte und die ständig Schauplatz erbitterter Auseinandersetzungen um die Zukunft der Stadt war. Die Angst, die der Bevölkerung vor der „Kommunistischen Gefahr" eingejagt wurde, war dabei absolut grundlos. Selbstverständlich haben weder die Sowjetunion noch die SED jemals vorgehabt, die Westsektoren Berlins zu überfallen und ihren Bewohnern eine Regierungsform aufzuzwingen, die diese nicht wollen. Was sie allerdings als politisches Ziel verfolgten, war die Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen, war ein ungeteiltes demokratisches Deutschland mit einem ungeteilten Berlin als Hauptstadt. Die Volkskongreßbewegung, die sich zur Durchsetzung dieses politischen Zieles gegründet hatte und eine Volksabstimmung in ganz Deutschland forderte, in der die Deutschen selbst über die demokratische Einheit und die Bildung einer Zentralregierung entscheiden sollten, wurde jedoch von den Westalliierten verboten, dazu diffamiert oder totgeschwiegen. Stattdessen wurde mit allen Mitteln die Angstpsychose genährt, die Sowjetunion und die „Sowjetdeutschen" wollten die Stadt ins Verderben stürzen.

Nach und nach war auf diese Weise eine „Berlin-Krise" entstanden, die auf dem Antikommunismus als ideologischem und der Lahmlegung der alliierten Organe durch die Westmächte als politischem Pfeiler aufbaute. Ihren Höhepunkt fand sie in der Währungsreform 1948 und der sogenannten Blockade. Während es sich bei der Währungsreform noch um

6 Zit. nach: Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 127.
7 Vgl. dazu: Keiderlin/Stulz, a.a.O., bes. Kap. 1.5, Abschnitt „Ziel: Anschluß Berlins an die Westzonen" und Kap. 1.6.

8 Willy Brandt/Richard Löwenthal: ERNST REUTER. Eine politische Biographie, München 1957, S. 393.
9 Ebenda, S. 396.

ganz reale materielle Probleme handelte, war diese Blockade nichts als eine gewaltige Propagandaleistung des Imperialismus, ein Schauspiel über die ‚Unmenschlichkeit des Kommunismus', aufgeführt auf Kosten der Bevölkerung Westberlins, die hungernd und frierend dafür bezahlen mußte.

Zum Anlaß des Dramas diente die Währungsreform, die auf Beschluß der Westalliierten – ohne Zustimmung des Alliierten Kontrollrats, damit unter Bruch des Potsdamer Abkommens – am 18. Juni für die drei Westzonen Deutschlands verkündet wurde. Das war der bis dahin deutlichste Schritt auf die Spaltung Deutschlands zu. Damit das alte, in den Westzonen nun wertlose Geld nicht in die Ostzone strömen und die dortige Wirtschaft ins Chaos stürzen konnte, wurde dort ebenfalls eine sofortige Geldumstellung nötig, und zwar auf dem gesamten Territorium der SBZ, also auch in Berlin.. Alles andere hätte jeder vernünftigen Überlegung widersprochen. Das war auch die Einstellung der Westmächte:„Die Währungsreform, (in den Westzonen, d.Verf.) sollte sich nur auf die drei Westzonen, nicht auch auf Berlin beziehen ... Die alliierten Finanzfachleute waren davon überzeugt, daß eine währungsmäßige Trennung Berlins – vielmehr der drei Westsektoren, die allein der alliierten Rechtssetzung unterstanden – von der umliegenden sowjetischen Besatzungszone wirtschaftlich unhaltbar sein würde." (10) Es bedurfte des militanten Antikommunismus eines Ernst Reuter und des SPD-Stadtrats für Wirtschaft, Gustav Klingelhöfer (Brandt/Löwenthal bezeichneten sie als „eine zunächst kleine Gruppe militanter Berliner Demokraten"(11)),um der „Erkenntnis" zum Durchbruch zu verhelfen, „daß der Konflikt in Berlin unvermeidlich war, und daß die Unabhängigkeit nur behauptet ... werden konnte, wenn die Westalliierten bereit waren, die neue westdeutsche Währung auch in den Westsektoren von Berlin einzuführen – auch auf die Gefahr ernster wirtschaftlicher Schwierigkeiten, ja selbst auf die Gefahr einer Bedrohung der Einheit der Berliner Verwaltung hin" (12). Hier wird mit bemerkenswerter Ehrlichkeit zugegeben, daß die Einheit Berlins und Deutschlands, die gerade Ernst Reuter so eindringlich zu beschwören wußte, in dem Moment nicht mehr galt, wo das imperialistische Interesse an der „Rettung Berlins" für den ‚freien Westen' in Gefahr geriet. Die „kleine Gruppe militanter Berliner Demokraten" mit ihrem Konzept der Spaltung Berlins durch Einführung der West-Mark für die Westsektoren, setzte sich durch. Jedoch wartete man zunächst den Geldumtausch in der Ostzone ab, der am 21.6. auch in ganz Berlin stattfand. Der Landesausschuß der SPD gab sofort die Parole heraus: „Wer in Westberlin für die Ostwährung optiert, wählt das Regime der Ostzone" (13). Am 23. Juni erteilten die Westmächte den Befehl, in den Westsektoren Berlins den Umtausch in das neue Ost-Geld nicht durchzuführen; am selben Tag entschied der Magistrat mehrheitlich, gegen die Stimmen der Kommunisten, daß in den Westsektoren das neue West-Geld Gültigkeit haben sollte. Sie entschieden damit auch gegen Zehntausende Berliner, die sich vor dem Rathaus versammelt hatten und eine einheitliche Währung für die ganze Stadt forderten. „ Kommunistische Krawallmacher" und „Rollkommandos" – so und ähnlich bezeichnete die bürgerliche Geschichtsschreibung diese Demonstranten (14). Mit der Einführung einer zweiten Währung wurde auch die deutsche Hauptstadt gespalten, das Potsdamer Abkommen wurde stark verletzt und der Konflikt zwischen der UdSSR und den Westalliierten sowie zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären deutschen Kräften brach offen aus; ein Konflikt, auf den Politiker wie Reuter, seit langem hingearbeitet hatten. „Am nächsten Morgen wußten es alle: Die Sowjets hatten die Einführung der Westmark in den Westsektoren Berlins mit der Verhängung der

10 Ebenda, S. 403.
11 Ebenda, S. 405.
12 Ebenda.
13 Ebenda, S. 413.
14 Vgl. z.B. ebenda, S. 416.



Hungerblockade über mehr als zwei Millionen Menschen beantwortet." So steht es bei Brandt/Löwenthal (15), und ähnlich steht es in allen Geschichtsbüchern für westdeutsche und Westberliner Schulen.

Zum Beispiel: „Es fing so an: Im Jahre 1948 sperrten die Sowjetrussen mit einem Male alle Zufahrtswege nach Berlin. Über Nacht war unsere Heimatstadt beinahe ohne Nahrung ..." (16). „Die Mutter erzählt nun aus den Jahren 1948 und 1949: ‚Um Westberlin herum, also auch im Ostteil unserer Heimatstadt, herrschen seit 1945 die Sowjetrussen. Eines Tages sperrten sie alle Land- und Wasserwege nach Westberlin. Flugzeuge brachten uns das Notwendigste zum Leben. An einen Aufbau der Stadt war natürlich gar nicht zu denken. Aber:‚Der Insulaner verliert die Ruhe nicht' ... "(17) Nach einer anderen Version ging es nicht ganz so plötzlich los mit der ‚Blockade': „Die Sowjets planten, die Berliner mit Gewalt klein zu kriegen. Es begann langsam. Man hielt z.B. einen britischen Militärzug an ..." (18). Andere Versuche, den Beginn der ‚Blockade' zu beschreiben, lauten folgendermaßen: Es habe damit begonnen, daß „Alexander G. Kotikow, Generalmajor der Roten Armee, weißhaarig, säuerlich, teiggesichtig – ein ernster, aggressiver Jünger des Stalin-Kommunismus ... plötzlich eine Sitzung der Alliierten Kommandantur ... verließ." Warum? Gründe erfährt man nicht, auch nicht, was für eine Sitzung das war, aber: „... Sein Chef, Marshall der Roten Armee Sokolowski, ein Produkt der gleichen unbeugsamen Schule, hatte knapp drei Monate früher ein ebenso schlechtes Benehmen gezeigt."Damit „leitete er ein Kapitel ein, das später seinen Höhepunkt in der herzlosen, grausamen Blockade und der versuchten Aushungerung von zwei Millionen Menschen im Freien Berlin finden sollte." (19) Die Darstellung der ‚Blockade'-Zeit von Juni 1948 bis Frühjahr 1949 in der bürgerlichen Geschichtsschreibung ist ein unglaublicher Wust von Lügen und Verdrehungen, von reaktionärer Phantasie, zusammenhanglosem, gegen die Sowjetunion gerichteten haßerfüllten Geschwätz und Informationsunterschlagungen. Nicht anders war es in dieser Zeit selbst in Westberlin; die realen Fakten gingen unter im Trommelfeuer der antikommunistischen Propaganda. Real war folgendes: Nach dem eklatanten Bruch der alliierten Abkommen seitens der Westmächte durch die Einführung einer seperaten Währung für Westberlin war die Sowjetunion der Ansicht, daß das Recht der Westmächte auf Teilnahme an der Verwaltung Berlins so gründlich mißbraucht worden war, daß die Anwesenheit der Westmächte in Berlin nicht mehr berechtigt sei. Noch in einer anderen Hinsicht hatten die Westalliierten den Viermächtestatus Berlins stark mißbraucht: Sie hatten Westberlin zu einem El Dorado für Spionage-Organisationen, Schmuggler und Saboteure gemacht. Tonnenweise wurde über Westberlin antikommunistisches Propagandamaterial in die SBZ geschafft, Sabotage des wirtschaftlichen und politischen Aufbaus durch Organisationen, die in Westberlin ihren Sitz hatten, waren an der Tagesordnung. Das veranlaßte die Sowjetunion, den Güter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin, der ja durch die von ihr besetzte Zone lief, genauer zu kontrollieren. Daß am 18. Juni der gesamte Personenverkehr von und nach Westberlin, ab 23. Juni auch der Güterverkehr unterbrochen wurde, war einerseits eine dringende Maßnahme zum Schutz der Wirtschaft der SBZ, andererseits aber auch eine Protestmaßnahme gegen die Spaltung Deutschlands und Berlins durch die Westmächte und ein Versuch, sie wieder zur Rückkehr auf den Boden der Abkommen von Jalta und Potsdam zu bringen. Niemals handelte es sich dabei um eine „Hun-

15 Ebenda, S. 418.
16 Willy Jäger, Helmut Steinhardt: BERLIN. Aus dem Leben unserer Heimatstadt, Westberlin 1955, S. 24.
17 Ebenda, S. 60.
18 Paul Weiglein: UNVERWÜSTLICHES BERLIN, Zürich 1955, S. 269.
19 Lowell Bennett: BASTION BERLIN. Das Epos eines Freiheitskampfes, Frankfurt/Main, 1951, S. 25 f.

gerblockade": Gleichzeitig mit den Verkehrsunterbrechungen wurden von der Sowjetischen Militäradministration organisatorische und materielle Mittel bereitgestellt, um die vollständige Versorgung der Bevölkerung Westberlins mit Nahrungsmittel, Kohle, Strom und Gas zu sichern. 3.000 neue Verkaufsstellen wurden entlang der Sektorengrenze errichtet, tausende Tonnen Fett und Mehl aus der Sowjetunion herangeschafft (20). Doch die Westmächte hatten eher ein Interesse an der Verschärfung der Situation: Sie verhängten eine „Gegenblockade", d.h. sie stellten den Handel mit der SBZ vollständig ein. Sie ließen die Bevölkerung lieber ohne Strom und Gas sitzen, als mit der SBZ über Lieferungen zu verhandeln; sie starteten das größte Propagandaunternehmen der Nachkriegszeit: statt auf die angebotene Versorgung durch die SBZ einzugehen, errichteten sie eine „Luftbrücke" und flogen Nahrungsmittel, Kleidung, Heizmaterial von den Westzonen nach Westberlin ein. Die Gründe für diese Maßnahmen hat John Forster Dulles sehr direkt benannt: „Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen." (21) Daß es sich bei der „Blockade" um eine Propagandaaktion ohne realen Boden handelte, bestätigte auch die englische Zeitung „Daily Mail", indem sie zugab: „Die Berliner haben, wenn sie die Lieferangebote der sowjetischen Behörden annehmen, die Macht, unsere Luftbrücke lächerlich und unsere Anwesenheit unnötig zu machen." (22)

Vor diesem Hintergrund muß man die Reden und Schriften aus dieser Zeit sehen, um zu erkennen, daß hier bei vollem Bewußtsein über den Sachverhalt gezielt und bewußt antikommunistische Ideen ausgearbeitet und verbreitet wurden, die nur dazu dienten, die Westberliner für die Interessen des USA-Imperialismus zu mißbrauchen. In dieser „Blockade"-Zeit wurde der Grundstein zu all den antikommunistischen Vorstellungen über Westberlin und die Westberliner gelegt, die den fortschrittlichen Kräften in dieser Stadt noch heute die politische Arbeit schwer machen. Das Bild von Westberlin als „belagerter Festung, über der immer die Fahne der Freiheit und der Demokratie wehen" werde, hatte Reuter schon ein Jahr vor Beginn der „Blockade" geprägt (23). Jetzt, wo die Stadt durch die angebliche „Hungerblockade" einer „tödlichen Bedrohung" ausgesetzt sein sollte, kam dieses Bild erst voll zur Entfaltung. Wieder war es Ernst Reuter, der die Ideologie der „Insel im Roten Meer" am schärfsten zu formulieren und am massenwirksamsten zu verbreiten verstand. „In den Wochen zu Beginn der Blockade und auch in den folgenden Monaten war der Platz Reuters fast ebenso oft am Rednerpult wie am Schreibtisch. Er wurde zum Volksredner, dessen einfache, zündende Parolen dem Widerstandswillen Ausdruck und Ziel gaben", so würdigen seine Biographen Willy Brandt und Richard Löwenthal Reuters Rolle in dieser Zeit (24). Reuter in seinen „Volksreden": „Berlin ist keine russische Garnisonsstadt ... Berlin ist das Stalingrad der deutschen Freiheit ... In dieser Stadt lebt ein starkes, mutiges, seines eigenen Wertes bewußtes Volk, das seinen Willen zur Freiheit allem Gerede zum Trotz bekundet und das seinen Weg gehen wird, bis es sein Ziel erreicht hat ... Wir sind eine belagerte Stadt, und wir sind als Kommandanten dieser Stadt fest entschlossen, diese Belagerung durchzustehen ..." (25). Nicht die Rücknahme der spalterischen Einführung der Westmark in Westberlin und die Rückkehr zu Verhandlungen in der Alliierten Kommandantur wurden als das politische Ziel der Sowjetunion und als

20 Vgl. Keiderling/Stulz, a.a.O. S. 160.
21 Zit. nach: Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 160.
22 Zit. nach Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 159.
23 Vgl. Anmerkung (9).
24 Brandt/Löwenthal, a.a.O., S. 432.
25 Ebenda, S. 432 f.



Grund für die Verkehrsbehinderungen dargestellt, sondern die pure Boshaftigkeit der „Russen", die , weil sie Kommunisten sind, machtgierig und friedensfeindlich das „freie Berlin" schlucken wollten. „Sie (die Westberliner) wußten, daß die zynischen und gnadenlosen Herren des Kreml sich entschlossen hatten, sie als menschliche Geiseln zu benutzen – über zwei Millionen Berliner – in dem harten, unerbittlichen Kampf um politische Macht. Sie sollten sich dem kommunistischen Terror beugen ... oder sterben, verhungern im Dunkeln der totalen Blockade." (26) Der Antikommunismus war Basis und Hauptinhalt dieser „Insel-Ideologie", und zwar in seiner denkbar militantesten, emotional mit Haß und Furcht aufgeladenen Erscheinungsform. Im Kampf gegen die „rote Gefahr" wurde die „freie Insel", die „belagerte Festung" zum Nabel der Welt erkoren und der Mythos des unbeugsamen „Freiheitswillens" der „Bastion Berlin" wurde geboren. Es gab eine Fülle von haßgeladenen „Freiheitskundgebungen", in deren Folge es mehr als einmal zu provokatorischen Ausschreitungen aufgeputschter „Blockade-Helden" an der Grenze zum Ostsektor kam, was auf beiden Seiten Todesopfer forderte. Mit Durchhalteparolen wurde die Bevölkerung aufgepeitscht. Voller Pathos rief Ernst Reuter die Weltöffentlichkeit an: „Ihr Völker der Welt! ... Schaut auf diese Stadt ... Schaut auf Berlin und das Volk von Berlin! Seid dessen gewiß: diesen Kampf, den wollen, diesen Kampf, den werden wir gewinnen!" (27)

Etwas nüchterner beschrieb Reuter im September 1948 auf dem Düsseldorfer Parteitag der SPD Sinn und Zweck der Blockadehysterie: „Wir sind im Bereich der sowjetischen Besatzungsmacht die Insel, das Schaufenster der Freiheit. Wir wissen genau, daß die Pläne der Sowjetunion, die Ostzone endgültig sanieren zu können, unmöglich sind, solange diese Stadt hält. Das ist eine wesentliche Aufgabe ... Eine andere Aufgabe, die wir in diesem Kampf zu erfüllen haben, ist die, daß wir für den Westen Deutschlands eintreten, denn wenn der Deich brechen würde, seien Sie sicher, die Fluten würden über die Elbe hinwegschwemmen ..." (28) Also Störung des wirtschaftlichen und politischen Aufbaus in der SBZ und die Funktion als Rammbock des Westens gegen den Sozialismus – das war die Aufgabe, die Westberlin erfüllen sollte. Schon zu dieser Zeit verkündete Reuter das aggressivste Konzept der amerikanischen Roll-back-Strategie, aggressiver und militanter als die Amerikaner selber. „Dadurch, daß wir standhalten, dadurch werden wir den europäischen Frieden retten und sichern, der ohne die Freiheit Berlins und ohne die Freiheit Ostdeutschlands und ohne die Freiheit der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens nicht mehr denkbar ist". (29) Wenn all diese Länder vom Sozialismus „befreit" seien – dann habe Westberlin seine Aufgabe erfüllt. Mit dem Krieg wurde in dieser Zeit sehr leichtfertig gespielt. „Berlin ist einen Krieg wert", schrieb die Zeitung der Westberliner SPD „Der Sozialdemokrat" am 17.8.1948. Lucius D. Clay, amerikanischer Militärgouverneur in Westberlin, wollte die von den sowjetischen Organen verhängten Verkehrsbeschränkungen einfach mit einem von bewaffneten Soldaten geschützten Panzerzug von Helmstedt nach Westberlin durchbrechen, bekam dazu allerdings keine Erlaubnis von Washington. „Das Risiko sei etwas zu groß ..." Der heiße Krieg wurde nicht gewagt, der kalte Krieg ging um so heftiger weiter. Mit riesigem Aufwand wurde die „Luftbrücke" gebaut: Die Engländer und Amerikaner flogen in pausenlosem Einsatz Lebensmittel und Kohlen, Benzin und Kleidung nach Westberlin. „Helfen Sie Berlin, dann helfen Sie Deutschland, dann helfen Sie der ganzen Welt!" (30) hatte der Demagoge Reuter ausgerufen, und die Flugzeuge der Amerikaner kamen, um die Welt zu retten. Allerdings reichte das Herangeschaffte für die Versorgung der Bevölkerung nicht aus, und trotz allem Gerede

26 Lowell Bennet, a.a.O. S. 46.
27 Brandt/Löwenthal, a.a.O. S. 452.
28 Ebenda, S. 453.
29 Ebenda, S. 453 f.
30 Ebenda, S. 434.

von „totaler Blockade" war vielen Westberlinern ein voller Magen wichtiger als die Durchhalteparolen und Hetzkampagnen der Blockade-Ideologen: Rund 100.000 Westberliner bezogen ihre Lebensmittel offiziell aus dem Ostteil der Stadt. „Der größte Teil der Lebensmittel-, Brennstoff- und Materiallieferung für die Westsektoren erfolgte auch weiterhin trotz angeblicher Blockade auf offiziellem und illegalem Weg aus Ostberlin und den Randgebieten." (31)

Auf Grund der bis zum äußersten angespannten Lage der Stadt gelang es den Spaltungs-Politikern der CDU und der SPD, die einheitliche Stadtverwaltung zu sprengen und am 5.12.1948 separate Wahlen für eine Westberliner Stadtverwaltung durchzuführen. Damit war die Spaltung der Stadt perfekt und ein wesentliches Ziel des Propagandaunternehmens „Blockade", die „Rettung Westberlins" für den Westen, erreicht. Als am 12. Mai 1949 auf Grund eines Abkommens der vier Alliierten sämtliche Verkehrsbeschränkungen von beiden Seiten aufgehoben wurden, war die erste Phase des kalten Krieges zu Ende. In dieser Zeit war in wütendem Antikommunismus ein ideologisches Bild von Westberlin gebaut worden, das die Grundlage für die ganze noch folgende Frontstadtideologie bildete. Dieses Bild setzte sich aus vier Hauptelementen zusammen:

1. Die Vorstellung von der Sowjetunion als machtgierig, brutal und aggressiv und die Angst, die „Russen" wollten Westberlin „schlucken".
2. Westberlin als Hüterin der Freiheit der westlichen Welt; als belagerte Festung, die die Fahne der Freiheit hochhält, als Bollwerk des Westens gegen den Kommunismus, als belagerte Insel im feindlichen Meer.
3. Die Westberliner als „freiheitsliebende", unbeugsame Insulaner, die sich durch nichts erschüttern lassen und mit Herz und Schnauze gegen den Kommunismus kämpfen.
4. Die Amerikaner als Retter in der Not: „Unsere Alliierten", die Freunde, die (West)Berlin nicht im Stich gelassen haben, die „Schutzmacht", der Westberlin daher auf ewig zu Dank verpflichtet ist.

Propagandistisch war somit alles erreicht, was John F. Dulles als für die Amerikaner günstig bezeichnet hatte (32). Und noch etwas anderes hat die „Blockade" gebracht: „Der kalte Krieg ist ein Segen für die Flugzeugindustrie geworden, weil die bewaffnete Macht heute den einzigen großen Markt für die Produktion von Flugzeugen bietet ... Wären nicht die hochgetriebenen Regierungsaufträge, dann wäre es um die Flugzeugindustrie schlecht bestellt", schrieb New York Herold Tribune (33). Und: Diese gigantische technische Leistung (Die Luftbrücke, d.Verf.) übertraf alles, was Fachleute des militärischen Transports vorher für möglich gehalten hatten; sie hat zweifellos die Vorstellungen von der Rolle des Lufttransports in der Versorgung von Armeen revolutioniert." (34)

**Westberlin als „billigste Atombombe"**

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten im Frühjahr 1949 war die Teilung Deutschlands besiegelt. Der Ostteil Berlins war zur Hauptstadt der DDR geworden, die Westsektoren standen nach wie vor unter westalliierter Besatzungshoheit. Der Plan, Westberlin als ein Bundesland der BRD anzuschließen, den die Westberliner SPD und die westdeutsche Adenauer-Regierung gemeinsam gefördert hatten, war daran gescheitert, daß die Westmächte nicht so weit gehen mochten und lieber einen Rest von Achtung gegenüber dem „Viermächtestatus" der Stadt bewahrten. Die „Westberlin-Klausel" im Grundgesetz der

31 Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 160.
32 Vgl. Anmerkung (21).
33 Zit. nach: A. Norden: SO WERDEN KRIEGE GEMACHT! Über Hintergründe und Technik der Aggression, Berlin (DDR) 1968 (4. Aufl.) S. 281.
34 Brandt/Löwenthal, a.a.O. S. 515.



BRD, die dessen Gültigkeit auch auf Westberlin erstrecken wollte, wurde daher genauso wie der entsprechende Paragraph in der Westberliner Verfassung von den Westmächten suspendiert. Was sollte nun aus Westberlin werden? Wiederum war es Ernst Reuter, der am 12. Mai, nach Beendigung der „Blockade", als erster ein Zukunftsbild für Westberlin entwarf: „Dieses unbesiegbare Berlin, dieses Bollwerk europäischer Freiheit und Kultur soll endlich wieder den Platz einnehmen, der ihm zukommt. Zusammen mit den Deutschen im Westen, zusammen mit der deutschen Bundesrepublik, zu der wir gehören werden, was immer augenblicklich auch noch für Hemmnisse dem entgegenstehen mögen, zusammen mit allen Deutschen, die für Freiheit und Recht eintreten, werden wir unser Land als ein freies Land wieder aufbauen, und Berlin wird nach so viel Nöten und Leiden die Stadt sein, in der alle Deutschen vom Westen und vom Osten zusammenkommen werden. Der Freiheit unserer Stadt, der Freiheit unseres Landes und damit dem Frieden der Welt haben wir eine Gasse geschlagen. Niemand und nichts wird uns hindern können, diesem ersten Sieg den zweiten folgen zu lassen, der unseren Brüdern im Osten die Freiheit bringt und damit Berlin endlich zu einer wirklich freien Stadt macht!" (35)

Am politischen Konzept hatte sich also nichts geändert. Der Westen sollte den Osten „befreien", der Sozialismus sollte „zurückgerollt" werden. In diesem aggressiven Konzept sollte Westberlin eine bedeutende Rolle spielen, nämlich „die Konsolidierung und Stabilisierung ... der Sowjetzone soweit wie möglich zu erschweren und so sehr wie möglich zu verlangsamen. (West)Berlin will lieber Störenfried als Schlafmütze sein", so formulierte es Willy Brandt (36). Für diese Funktion Westberlins wurden vielfältige Symbole und Bilder geschaffen, die meisten entstammen der schöpferischen Phantasie Ernst Reuters: „Frontstadt im kalten Krieg"; „Bastion der Freiheit"; „Insel der Freiheit hinter dem Eisernen Vorhang"; „Pfahl im Fleisch der Ostzone"; „die Klinke, mit der die Tür nach dem Osten aufgestoßen werden kann"; und als vielleicht schärfste Formulierung: „Westberlin als billigste und wirksamste Atombombe" (37). Eine weitere Reihe von Bezeichnungen Westberlins läßt den aggressiven Charakter der Politik erkennen, auf deren Boden sie gewachsen sind: Da war von „Brückenkopf", „Speerspitze", „Hauptkampflinie", „Bollwerk", „Trojanischem Pferd" u.ä. die Rede. Ernst Reuter: „Wir wirken wie Dynamit auf die Ostzone, und wir werden den Druck auf die Ostzone in einem Ausmaß verstärken, das wenige sich heute vorstellen können." (38) Der Militarismus des Vokabulars entsprach voll und ganz dem politischen Ziel des „Rollback" des Sozialismus. Der Aufwand, mit dem diese Ideologie verbreitet wurde, war beträchtlich, und an Propaganda-Ideen hat es nicht gefehlt. Erwähnenswert ist u.a. die „Freiheitsglocke", die in den USA gegossen worden war und die als Geschenk für die mutigen Frontstadtkämpfer am 24.10.1949 im Rathaus Schöneberg ihre Premiere hatte.

„Im Rahmen einer Sammelaktion war sie vorher in 26 Städten in ganz Nordamerika ausgestellt worden. Die gesammelten Gelder kamen dem ‚Radio Freies Europa' zugute, einem neuen Sender, der ‚von irgendwo in Europa' zu den gefangenen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang spricht", weiß Lowell Benett in „Bastion Berlin" zu berichten (38). Solche und ähnliche Aktionen wurden ‚im Namen des Freien Berlin' unternommen. Vor der auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus versammelten Menge sprach der amerikanische General Taylor noch einmal aus, wofür diese „Freiheitsglocke" gestiftet wurde: „In den bitteren Jahren von 1945 bis heute haben die Berliner die Geißel der Roten Armee, die Entbehrungen der Blockade und die Bösartigkeit der kommunistischen Ziele kennen-

35 Brandt/Löwenthal, a.a.O. S. 513 f.
36 Willy Brandt in: DIE WELT, zit. nach Keiderling/Stulz, a.a.O. S. 282.
37 Alle diese Formulierungen und noch einige mehr finden sich bei Brandt/Löwenthal a.a.O., S. 513 ff.
38 Ebenda, S. 609.

gelernt. Aber diese Jahre haben Berlin die Anerkennung der Welt als Symbol des demokratischen Widerstandes gebracht und haben ihm die Achtung und Bewunderung der freien Welt gewonnen." (39)

Man muß sich mit aller Deutlichkeit vor Augen führen, was solche Worte, gesprochen im Jahre 1950 in Westberlin, für eine Bedeutung haben: Die grauenvolle Zeit des Hitlerfaschismus und der Schrecken des zweiten Weltkrieges sind gerade 5 Jahre vorbei, da werden die Soldaten, die halb Europa vom Faschismus befreit haben, die ‚Geißel der Roten Armee' genannt, da sprechen die Besatzer den Westberlinern Dank und Anerkennung dafür aus, daß sie den ‚Blockade'-Schwindel hungernd und frierend mitgemacht haben, da wird der wütende, blinde Antikommunismus, der die Atmosphäre in Westberlin vergiftet, ‚demokratischer Widerstand' genannt – so sah die ‚demokratische Umerziehung' des deutschen Volkes durch die Amerikaner aus. Das Läuten der sogenannten „Freiheitsglocke" ist bis zum heutigen Tage täglich zweimal im RIAS zu hören. Der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) ist auch solch ein ‚Symbol des Freiheitswillens der (West-)Berliner', eine Frucht des Kalten Krieges und Hüter des Frontstadtgeistes. Diese Rundfunkstation entstand im Jahre 1946 auf Initiative der Amerikaner und meldet sich seitdem täglich mit der Ansage: „Hier ist RIAS Berlin – eine freie Stimme der freien Welt!" Darin steckt schon das ganze politische Programm. Die ‚freie Stimme der freien Welt' wurde im Laufe der Zeit zum leistungsfähigsten Sender in Mitteleuropa ausgebaut, um die antikommunistische Propaganda bis weit nach Osten ertönen zu lassen. In einem der vielen Bücher über Wesen und Charakter der ‚Frontstadt' und ihrer Bewohner, die in den 50er Jahren erschienen und heute zu Dutzenden in den städtischen Bibliotheken Westberlins zu finden sind, heißt es über den RIAS: „Besonders der RIAS nimmt sich der Ostberliner und der Zonenbewohner mit großer Geschicklichkeit an und sucht auf eine kaum je ermüdende Weise das Verständnis für amerikanisches Denken und Leben zu fördern ..." (40) Mit vielen ‚populären' Unterhaltungssendungen stärkte der RIAS das Frontstadtbewußtsein, so z.B. durch die pfiffig geschriebenen und in schönstem Berliner Dialekt vorgetragenen Glossen, die unter dem Titel ‚Der Insulaner' ausgestrahlt wurden und das Weltgeschehen, das sich natürlich immer um die Frontstadt dreht, aus der Sicht des ‚kleinen Mannes' kommentierten – wobei der ‚kleine Mann' als propagandistischer Durchschnitts-Westberliner ein erbitterter Antikommunist und ‚Freiheits'fanatiker ist, aber alles mit ‚Humor' erträgt, ‚mit Herz und Schnauze'. Das ist das Bild des Westberliners, das in der ‚Blockade' entstand und in der folgenden Zeit des Kalten Krieges tausendfach reproduziert wurde.

Die Funktion Westberlins als vorgeschobener Posten des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus fand neben der Frontstadt-Ideologie noch eine andere ideologische Ausdrucksform: Westberlin als das Schaufenster des Westens, in dem das Aufblühen der kapitalistischen Wirtschaft und die bunten Formen des ‚american way of life', der ‚westlichen Freiheit', ausgestellt wurden.

Diese ideologische Version hörte sich weit weniger aggressiv an; ‚Stätte der Begegnung zwischen den Menschen aus Ost und West', ‚lebendige Brücke zwischen den Menschen', ‚Ort der geistigen Auseinandersetzung' – wer könnte dagegen etwas einwenden? Was damit bezeichnet wurde, unterschied sich jedoch in der politischen Zielrichtung durch nichts von dem, was mit der Speerspitzen-Ideologie bezeichnet wurde. Freiheit und Reichtum sollte das Schaufenster ausstellen: das erste war einfach, das zweite war schwieriger. Die Freiheit des Westens, das waren die Kinos in der Nähe der Sektorengrenze, in denen amerikanische Filme zu sehen waren; das waren Leuchtschriften auf 3 m hohen Gerüsten, die den Inhalt der antikommunistischen Westberliner Presse nach ‚drüben' leuchteten; das war

39 Lowell Bennett, a.a.O., S. 273.
40 Zit. nach Lowell Bennet, a.a.O., S. 276.



der RIAS mit seiner ‚Volksaufklärung'; „tolle" Lokale am Kurfürstendamm, Kaugummi und Coca-Cola. Es verbargen sich aber noch wesentlich ernstere Dinge hinter diesem Schlagwort. Das ‚Schaufenster der Freiheit' beherbergte an die 100 Spionage- und Menschenhändlerorganisationen, die bis 1961 von Westberlin aus Sabotageakte in der DDR verübten, Arbeitskräfte abwarben und nach Westdeutschland weitervermittelten, die regelrechten Menschenhandel betrieben (42). Der Schaden, der dadurch der Volkswirtschaft der DDR zugefügt wurde, war ungeheuer hoch (43). „(West-)Berlin will lieber Störenfried als Schlafmütze sein", hatte Willy Brandt verkündet, und er hatte es auch so gemeint. Das Abwerben von Tausenden von Arbeitskräften in den ‚freien Westen' und der Versuch der massiven Beeinflussung der Bevölkerung der DDR durch imperialistische Hetzpropaganda – das war die Realität des ‚Schaufensters der Freiheit' .. Damit Westberlin als ‚Schaufenster der Freiheit' funktionieren konnte, mußte es aber auch und zwar primär als ‚Schaufenster' der wirtschaftlichen Leistungen des Westens wirken können. Das war nicht ganz leicht, denn zunächst, Anfang der 50er Jahre, gab es in Westberlin nichts als ein fast vollständiges wirtschaftliches Chaos. Hunderte von Betrieben waren nach Westdeutschland verlegt worden. Der Grund war das sogenannte „Berlin-Risiko": der undefinierte rechtliche Status; die unsichere Zukunft der Stadt; die Angst der Unternehmer vor Sozialisierung, wenn die Westalliierten die Stadt nun doch verlassen würden – da zogen es viele vor, ihren Betrieb oder mindestens die Betriebsleitung nach Westdeutschland zu verlegen. Die Folge war, daß es Anfang 1950 300.000 Arbeitslose und 50.000 Kurzarbeiter in Westberlin gab. Das paßte aber nicht in das Schaufenster-Konzept, eine schnelle Abhilfe war notwendig. Dabei ging es weniger um den Aufbau einer ausgewogenen, vernünftig strukturierten Wirtschaft, auf deren Grundlage die Stadt wirklich lebensfähig wäre als darum, eine rasche wirtschaftliche Blüte herbeizuführen. Bei der völligen Desorganisation der Westberliner Wirtschaft blieb nichts anderes übrig als Westberlin von der Bundesrepublik „aushalten" zu lassen. Die Adenauer-Regierung war darüber nicht sehr begeistert, denn das kostete schließlich Geld. Ungeduldig schimpfte Reuter: „Was sind wir in Berlin nun eigentlich, ein Haufen Dreck oder ein Teil des Westens, für den der Westen zu sorgen hat?" (44) Die Integration Westberlins in den westdeutschen Staat, der ideologisch und politisch eine Tatsache war, denn „in Reuters Konzeption waren das Zusammenwachsen des Westens und der Kampf für die politische Befreiung der gewaltsam sowjetisierten Völker ... zwei Seiten ein und desselben Prozesses" (45), war in Wirklichkeit noch keineswegs so weit gediehen, und es kostete Reuter große Anstrengungen, die Adenauer-Regierung davon zu überzeugen, daß finanzielle Investitionen in Westberlin politischen Gewinn bringen würden. Schließlich setzte Reuter mit Unterstützung der Amerikaner durch, daß 10 % der Gelder des Marshall-Plans, die für die BRD bestimmt waren, nach Westberlin flossen. Weitere Subventionierungsmaßnahmen wurden beschlossen, z.B. ein „Notopfer Berlin" genannter jährlicher Zuschuß für den Westberliner Haushalt aus der BRD-Kasse. Bezahlen mußte das die werktätige Bevölkerung der BRD; was nicht aus Steuermitteln finanziert wurde, mußte zusätzlich aufgebracht werden: Dazu gab es 2-Pfennig-Briefmarken mit der Aufschrift ‚Notopfer'. So schwierig war es, Westberlin zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu verhelfen, der zur Erfüllung der ‚Schaufenster'-Funktion jedoch absolut notwendig war. Außer den Finanzspritzen wurden noch vielfältige andere Maßnahmen ergriffen: „Berlin reizt und wirbt für sich durch Ausstellungen ... internationale Automobil-Ausstellungen, ... die Deutschen Industrieausstellungen, ... die Grünen Wochen; alles Veranstaltungen, die auch aus Ostberlin

42 Vgl. dazu Jürgen Kuczynsky: SO WAR ES WIRKLICH, Berlin (DDR), 1969, S. 193f; und Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 3o4 ff.
43 Vgl. dazu Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 466 ff.
44 Brandt/Löwenthal, a.a.O. , S. 536 f.
45 Ebenda, S. 529.

und der Zone stark besucht wurden." (46) Und das war einer der wichtigsten Zwecke der Sache, nicht weil auf diese Weise normale Beziehungen zur DDR und ihrer Bevölkerung geknüpft werden sollten, sondern um in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus Glanzstücke zum Vorzeigen zu haben und so den ‚goldenen Westen' für die begehrten Facharbeiter aus der DDR schmackhaft zu machen.

Eine weitere Komponente der Westberlin-Ideologie dieser Zeit des Kalten Krieges ist die Wiederbelebung des ‚Hauptstadt'-Mythos. Eine Zeitlang, bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, hatte man es besonders seitens der Westmächte vermieden, von Berlin als Hauptstadt Deutschlands zu sprechen. (Bis 1949 bestand noch die reale Möglichkeit, Berlin zur Hauptstadt eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands zu machen.) Bei der Gründung der BRD war daher auch Bonn zum Sitz der Regierung und zur deutschen Hauptstadt erklärt worden. Nachdem nun die Teilung Deutschlands perfekt war, gewann die Forderung, Berlin müsse die Hauptstadt Deutschlands werden, einen ganz anderen Charakter. Diese Forderung wurde eingebettet in das aggressive Konzept der Liquidierung der DDR: Zunächst sollte Westberlin zum Sitz der BRD-Regierung werden, dann, nach der „Befreiung" Osteuropas, sollte Groß-Berlin wieder als Hauptstadt eines ‚Deutschen Reiches' fungieren.

„Wenn ich Bundeskanzler wäre", erklärte Reuter 1949, „so ginge ich nach Berlin und würde die Bundesregierung hier etablieren." Begründung: „Wenn Bundesregierung und Bundesparlament sagen würden, es sei ihr Recht, in Berlin zu sein, dann würden sie ‚den Osten auseinandersprengen' und es würde keine Möglichkeit geben, dieser Dynamik des Geschehens auf die Dauer Widerstand zu leisten!" (47) So war es möglich, allein durch die dauernde Bezeichnung Westberlins als ‚Hauptstadt Deutschlands' widerrechtliche, friedensfeindliche politische Aktionen ideologisch vorzubereiten. 1956, in einer Zeit gesteigerter Kriegshetze, als die politische Lage in Europa aufs äußerste angespannt war, beantragte der Hamburger Verleger Dr. Gerd Bucerius im westdeutschen Bundestag den Umzug der Bundesregierung nach Westberlin mit der Begründung, ‚Berlin' sei die Hauptstadt Deutschlands und damit der BRD (48). Das war ohne Zweifel mehr als die Idee eines zurückgebliebenen Nationalisten, das war ein Aufruf zum abermaligen Angriff auf die Existenz der DDR.

Der erste umfassende Versuch, die DDR zu liquidieren, der berühmte Tag X, der am 17. Juni 1953 stattfinden sollte und auf den alle in Westberlin tätigen Stör- und Wühlorganisationen so eifrig hin gearbeitet hatten, war für die „Befreier der Ostzone" politisch zu einem totalen Fiasko geworden. Doch für die Ideologen des Kalten Krieges war das der Anlaß zur Produktion einer neuen Flut von Antikommunismus und wütender aggressiver Anti-DDR-Hetze, und wieder wurde Westberlin als inzwischen schon ‚traditioneller' ‚Hort der Freiheit' stärker als irgendeine Stadt der BRD davon überspült und auch selbst als Ort der Handlung mit in der Legende vom ‚Volksaufstand' verarbeitet. Bis zum Ende der 60er Jahre fanden in Westberlin am 17. Juni ‚Freiheitskundgebungen' statt; und die Westberliner SPD fühlte sich als Regierungspartei der ‚deutschen Hauptstadt' dieser reaktionären Tradition besonders verpflichtet. So stand z.B. am 16.6.1966 folgender ‚Aufruf der Berliner SPD' in der ‚Berliner Stimme': „Stellvertretend für die 17 Millionen Deutschen im sowjetisch besetzten Teil unseres Landes bekennt sich die deutsche Hauptstadt erneut zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Eingedenk der Opfer dieses Tages rufen die Berliner Sozialdemokraten alle Berlinerinnen und Berliner auf, bei der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg, das Bekenntnis zu Frieden, Freiheit und Einheit zu erneuern."

46 Paul Weiglein, a.a.O., S. 299.
47 Brandt/Löwenthal, a.a.O., S. 375.
48 Vgl. Keiderling/Stulz, a.a.O. S. 375.



Das alles trug dazu bei, daß das Bild Westberlins in den 50er und bis weit in die 60er Jahre hinein, so wie es die offizielle Propaganda der Herrschenden in der BRD und in Westberlin darstellten, das Bild der Frontstadt im Kalten Krieg, immer aggressivere und militantere Züge bekam. Je aggressiver der BRD-Imperialismus wurde, je weiter die ökonomische und politische Abhängigkeit Westberlins von der BRD getrieben wurde, desto kriegerischer wurde auch der Westberliner Frontstadtgeist. Gegen Ende der 50er Jahre trieb die politische Spannung in Europa die besonders durch die NATO strapaziert wurde, auf einen neuen Höhepunkt zu. Ohne Übertreibung kann man davon sprechen, daß die Bonner Regierung sich auf die militärische Konfrontation mit den sozialistischen Ländern vorbereitete; eine Anzahl von Dokumenten der NATO und der Bundeswehr belegen diese These (49). Die Rolle Westberlins als ‚billigste Atombombe' war in diesem Zusammenhang beinahe im konkreten militärischen Sinn des Wortes zu verstehen. Die Tätigkeit der Schmuggler- und Spionagebanden in Westberlin nahm genauso bedrohlich zu, wie die Aktivitäten und die Frechheit im Auftreten der sogenannten ‚Vertriebenenorganisationen' (50). Als die Sowjetunion im November 1958 einen Versuch unternahm, das Problem Westberlin auf dem Verhandlungswege zu lösen und den Westmächten vorschlug, über den Status der Stadt als Freie Stadt zu verhandeln, wurde dies von den Frontstadt-Kriegern als ‚Erpressung', ‚Ultimatum', ‚Bedrohung' und ‚Griff an die Kehle' bezeichnet. Die Westmächte lehnten den Vorschlag ab, die Springer-Presse jubelte. Damit war aber vorerst die letzte Chance vergeben, das Pulverfaß Westberlin auf dem Wege von Verhandlungen vor der Explosion zu bewahren. Die DDR zog ihre Konsequenzen, als sie im August 1961 der Aggression und Diversion, die von Westberlin ausgingen, einen Riegel vorschob.

### Ideologische „Drehscheibe" oder „Wandel durch Annäherung"

Die Maßnahmen des 13. August 1961 brachten für die Frontstadt einen regelrechten Katzenjammer. Verwirrung und Ratlosigkeit herrschte bei den Ideologen des Kalten Krieges. „In Berlin ist seit dem 13. August 1961 eine neue Situation eingetreten", bemerkte Willy Brandt, „Westberlin ist seit diesem Tag eine andere Stadt geworden." (51) Das war das zaghafte Eingeständnis der Tatsache, daß das Bild von der ‚billigsten Atombombe' zerplatzt war, daß Westberlin seine Funktion als ‚Speerspitze' gegen den Sozialismus verloren hatte, daß die offene Aggression nicht durchsetzbar war. Westberlin habe „viele Funktionen in die Zone und darüber hinaus in den ganzen Ostblock hinein verloren", trauerte die CDU (52). Und der Herausgeber des ‚Telegraf' schrieb: „Wer immer nur daran dachte, in Berlin ein Schaufenster der freien Welt zu sehen, stand nach dem 13. August an der Klage-(Beton)mauer seiner Illusionen ... Die Schaufenster-Ideologen sind jetzt verwirrt und glauben, plötzlich Berlin seiner Werte entkleidet zu sehen." (53)

Es brauchte allerdings geraume Zeit, bis die Realität der „abgebrochenen Speerspitze" sich auch ideologisch niederschlug. Zunächst gab es noch einmal eine grandiose Beschwörung des alten Frontstadt-Geistes aus der Blockade-Zeit, als nämlich der Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, am 21.6.1963 Westberlin einen Besuch abstattete und vom Schöneberger Rathaus der versammelten Menge zurief: „Alle freien Menschen, wo immer

49 Vgl. ebenda, S. 409 f.
50 Vgl. ebenda, S. 454 f.
51 W. Brandt: „Berlin im Brennpunkt – sein Ringen um Deutschlands Einheit und Europas Freiheit", in: BERLIN AM KREUZWEG EUROPAS, AM KREUZWEG DER WELT, Westberlin 1962, S. 63.
52 Zit. nach Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 507.
53 A. Scholz: AUF UMWEGEN ZUM ZIEL, Beiträge zum politischen Geschehen der Gegenwart, Westberlin 1964, S. 86.

sie leben mögen, sind Bürger von Berlin, und darum sage ich als ein freier Mensch mit Stolz die Worte: Ich bin ein Berliner!" (54)

Das war der letzte große Höhepunkt der Frontstadt-Ideologie. Das folgende knappe Jahrzehnt bis zum vierseitigen Abkommen über Westberlin vom September 1971 ist die Zeit des Abbaus des Kalten Krieges, der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz und als Konsequenz daraus auch die Zeit, in der das Bild Westberlins als Frontstadt zerfällt. Die herrschenden Kreise Westberlins oder der BRD waren keineswegs an dem Abbau der Spannungen in Europa führend beteiligt, sondern wurden durch die Friedenspolitik der sozialistischen Länder zur Revision ihres politischen Kurses gezwungen. Daher darf man nun nicht erwarten, daß als Ersatz für das aggressive Frontstadt-Bild die Vorstellung eines friedlichen, mit seiner sozialistischen Umgebung in gutnachbarlichen Beziehungen lebenden Westberlin verbreitet wurde. Solange es ging, wurden auch die letzten Reste des alten Frontstadtgeistes noch am Leben gehalten, was sich u.a. in den bis Ende der 60er Jahre stattfindenden ‚Freiheitskundgebungen' am 17. Juni und am 1. Mai ausdrückte. Hier war immer noch von der ‚Befreiung des Ostens' die Rede, für die Westberlin eine besondere ‚Verantwortung' trage. Die Lebensfremdheit solcher Parolen wurde jedoch angesichts der wachsenden Stärke des sozialistischen Lagers immer deutlicher, und die Zahl der Westberliner, die den Aufrufen zu solchen Hetzveranstaltungen folgten, wurde im Lauf der Zeit immer kleiner.

Für die Ideologen des Imperialismus bestand nun der Zwang, neue Westberlin-Bilder zu produzieren, die zwar weiterhin dem Antikommunismus verpflichtet sein, aber andererseits auch den neuen Gegebenheiten im internationalen Kräfteverhältnis Rechnung tragen und daher mindestens auf den ersten Blick friedlichen Charakters sein mußten. Solche neuen Westberlin-Bilder fanden sich dann im Rahmen der neuen Strategien des Imperialismus, der vom militärischen ‚Roll-back' auf das ‚Aufweichen' des Sozialismus umgestiegen war. „Wandel durch Annäherung" hieß die neue Formel: Die Systeme sollten sich gegeneinander öffnen, voneinander ‚lernen', so daß der Sozialismus allmählich wieder zum Kapitalismus wird (oder ein ‚demokratischer Sozialismus' wird, was aus dem Sprachschatz der SPD stammt und dasselbe meint.). Dahinter verbirgt sich die Einsicht, die Systemauseinandersetzung mit friedlichen Mitteln führen zu müssen (nachdem die Stärke des Sozialismus den Ausbruch kriegerischer Auseinandersetzungen verhindert hatte), d.h. der ideologischen Auseinandersetzung kommt ein immer größeres Gewicht zu.

Diesen Tatsachen begannen die neuen Westberlin-Bilder Rechnung zu tragen. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister Westberlins seit 1957, war innerhalb der SPD einer derjenigen, die die Zeichen der Zeit am ehesten erkannten und einem gewissen Realismus in der Politik gegenüber der DDR zum Durchbruch verhalfen. Er war auch ein aktiver Förderer der neuen Westberlin-Ideologie: Westberlin solle nun eine ‚Drehscheibe zwischen Ost und West' werden, ‚Stätte der Begegnung und der freien geistigen Auseinandersetzung' (dieses Bild war absolut nicht neu, erhielt aber unter den neuen Bedingungen eine weit größere Relevanz als in der Zeit vor 1961) und der Platz, von dem aus ‚menschliche Erleichterungen' im Verhältnis zwischen den Menschen im geteilten Deutschland erreicht werden sollten. Kongresse und Ausstellungen, internationale Veranstaltungen, die Tätigkeit internationaler Organisationen sollten das Bild der Stadt prägen.

Ein Dokument dieser neuen Sichtweise der Funktion Westberlins ist das sog. ‚Glienicker Papier' der SPD (Ergebnis einer Klausurtagung der Westberliner SPD am 23.9.1967 im Schloß Glienicke in Westberlin; veröffentlicht am 30.9.1967 in der ‚Berliner Stimme'). Mit

54 Theodore C. Sorensen: KENNEDY. New York 1965, S. 677.



zu der Zeit noch ungewöhnlicher Nüchternheit wird dort festgestellt: „Zur Zeit sind keine internationalen Faktoren erkennbar, aus deren Summierung sich in überschaubarer Zeit eine Lösung der deutschen Frage abzeichnet. Weder für die Weltmächte noch für die europäischen Staaten ist die Wiedervereinigung Deutschlands eine akute Frage ihrer Außenpolitik." Man nahm auch Abschied von der Vorstellung, daß ‚die Russen kommen' und Westberlin ‚schlucken' würden.

Jedoch hatte der Realismus seine Grenzen, und auf die Vorstellung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und eines friedlichen, vertraglich geregelten Status Westberlins als unabhängige, eigenständige Stadt mochte man sich 1967 noch nicht einlassen. Deswegen hieß die Konsequenz der SPD aus der neuen Lage: „Für Berlin folgt daraus, daß gegenwärtig zwar keine unmittelbare äußere Gefahr für die freiheitliche Existenz der Stadt besteht, die latente Gefährdung aber erhalten bleibt", weil es „das Ziel der SED (bleibt), West-Berlin aus dem Gefüge der Bundesrepublik Deutschland herauszulösen, es zu isolieren und die Rechte der Schutzmächte auszuhöhlen." Juristisch und politisch ist Westberlin nie Bestandteil des ‚Gefüges der BRD' gewesen, und niemals haben die SED oder die SED-W, später SEW, vorgehabt, Westberlin zu ‚isolieren' oder irgend jemandes ‚Rechte auszuhöhlen' – aber soweit ging die Einsicht bei der SPD 1967 noch nicht, und beim Westberliner Senat geht sie bis heute noch nicht so weit. Weiterhin bleiben es in den Ideologien der SPD die Kommunisten – außerhalb und innerhalb Westberlins –, die angeblich eine Art ‚Bedrohung' für die Stadt darstellen.

Nach nochmaligem Bekenntnis der Zugehörigkeit Westberlins zur BRD heißt es dann im ‚Glienicker Papier' über die Rolle Westberlins: „Im Rahmen einer aktiven Deutschlandpolitik der Bundesregierung wird Berlin auf Grund seiner Situation und besonderen Position einen entscheidenden Beitrag zu einer innerdeutschen (!) Entspannung leisten müssen ... Die Position West-Berlins erleichtert eine solche Politik, da die politische Führung dieser Stadt auf Grund der obersten Verantwortung der Alliierten einen besonderen Handlungsspielraum für Vereinbarungen hat." Das heißt, da Westberlin angeblich keine eigene richtige Regierung besitze, brauche man nicht, wie es für eine ordentliche Regierung üblich ist (und für Bonn daher nötig wäre), von Staat zu Staat mit der DDR zu verhandeln. Man glaubte, quasi unverbindlich, ohne völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Vereinbarungen mit der Regierung der DDR treffen zu können. „Auf dieser Grundlage kann der Senat von Berlin Verhandlungen mit den Verantwortlichen in Ost-Berlin führen." Westberlin sollte auf diese unlautere Weise zum Probierfeld für die ‚neue Ostpolitik' der Bonner SPD-FDP-Regierung werden. In den Verhandlungen um die Passierscheinfrage zwischen dem Westberliner Senat und der DDR-Regierung zeigte sich schnell, daß die Haltung „Verhandeln, aber nicht anerkennen" nicht weiterführte. Solche Halbheiten waren aber das Typische dieses neuen Westberlin-Images. In der ‚Messestadt Berlin', in der ‚weltstädtischen' Atmosphäre dieser Stadt sollte reger Handel zwischen Ost und West stattfinden, aber die üblichen zwischenstaatlichen Umgangsformen wie Anerkennung der gegenseitigen Grenzen und diplomatischen Beziehungen sollten vermieden werden.

Die Propagierung Westberlins als ‚Weltstadt der internationalen Begegnungen', als ‚Stadt der Messen, Kongresse und Ausstellungen', hatte noch einen anderen Grund. Bei der Darstellung der wirtschaftlichen Situation Westberlins im Jahre 1967 mußte die SPD mit einem Zug von Resignation feststellen: „a) Die Entwicklung der Industriebauten und Ausrüstungsinvestitionen bleibt hinter der westdeutschen zurück, b) die Zahl der neugegründeten Produktionsstätten ist relativ klein ... c) das gleiche gilt für Führungsstäbe, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen; d) auch die Wanderungsbilanz zeigt, daß die Anziehungskraft Berlins schwächer wird. Das hängt zusammen mit der veränderten Rolle, der sich Berlin in der internationalen Politik gegenübersieht." In der Tat hatte nach dem 13.

August 1961 eine Talfahrt für die Wirtschaft Westberlins eingesetzt: Bis zum Frühjahr 1962 hatten bereits 20.000 Menschen die Stadt verlassen und zahlreiche Firmen verlegten ihre Produktions- und Verwaltungsstätten nach Westdeutschland. Das „Berlin-Risiko", die ungesicherte Lage der Stadt, machte sich ökonomisch schmerzlich bemerkbar. Die Maßnahmen, die die SPD im ‚Glienicker Papier' zur Abhilfe vorschlug, die dann auch durch die Politik des von der SPD gestellten Senats umgesetzt wurden, legten auch für die Westberlin-Propaganda die Richtlinien fest: „Generell ist das vermeintliche ‚Berlin-Risiko' ein hemmender Faktor bei der Neuansiedlung von Betrieben, bei der Investitionsneigung wie auch bei der Gewinnung von Arbeitskräften. ... Demgegenüber muß versucht werden, die vorhandenen Vorteile besser nutzbar zu machen: a) das Berlin-Hilfe-Gesetz, b) die Konzentration wissenschaftlicher und technischer Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, c) die geographische Lage der Stadt zwischen Ost und West." Und: „Zu diesen Aufgaben gehört das Bemühen um die Verstärkung der Funktion Berlins im Rahmen des internationalen Handels. Hierbei ist auch die geographische Lage der Stadt zur Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten zu nutzen." Das waren die ökonomischen und politischen Gründe für das Bild von der Messe-, Kongreß- und Handelsstadt Westberlin. Mit diesem Image wiederum wurden die Millionenausgaben für Prunk- und Protzbauten in Westberlin, wie Steglitzer Kreisel, Flugplatz Tegel, Kongreßzentrum am Funkturm vor der Bevölkerung begründet: Wenn Westberlin Weltstadt sein will, muß sie schließlich auch repräsentative Bauten besitzen ...

Das Bild Westberlins mußte auch deswegen die aggressiven Züge verlieren, weil man damit Menschen anlocken wollte; die einen, damit sie ihr Geld hier investierten, die anderen, um hier zu leben und zu arbeiten. Westberlin mußte also ein freundliches Gesicht zeigen, denn wer will schon auf einer Speerspitze leben?

Seit 1961 fehlten in Westberlin die über 60.000 Grenzgänger als Arbeitskräfte, das machte die Anwerbung von neuen Arbeitskräften doppelt dringlich. Daher führte der Senat gezielte Werbekampagnen in der BRD durch („Aktion: Facharbeiter nach Berlin!") und pries die ‚berauschende, faszinierende Weltstadtatmosphäre Berlins' mit bunten Prospekten und versicherte, daß ‚Berlin nicht nur eine Reise wert' sei. In den großen überregionalen Zeitungen und Zeitschriften der BRD wurden Anzeigen-Serien gedruckt, die mit humorig vorgetragenen Argumenten zu beweisen suchten, daß ‚Berlin eben doch Berlin' bleibe. Als gegen Ende der 60er Jahre, früher als in der BRD, die studentische Jugend von sich reden machte, wurde sogar diese – ansonsten bekämpfte – Erscheinung als positiv und typisch für den ‚Weltstadtcharakter Berlins' ausgegeben: Weil nämlich die Berliner schon immer besonders ‚helle' waren und in dieser Stadt eben ein ‚freier und kritischer Geist' regiere. Diese Werbekampagnen hatten, was die Gewinnung von Arbeitskräften angeht, einigen Erfolg, denn dieses neue Image des weltoffenen Berlin verdrängte mit der Zeit das Bild von der erbittert kämpfenden Frontstadt. Unverzichtbarer Bestandteil auch der neuen Westberlin-Vorstellungen war jedoch die ständige Betonung der Zugehörigkeit Westberlins zur BRD, ohne die die Stadt angeblich nicht lebensfähig sei.

Gegen alle diese Westberlin-Ideologien setzte sich jedoch seit Ende der 60er Jahre immer deutlicher die kapitalistische Wirklichkeit im Bewußtsein der Menschen durch. Mit dem alten Frontstadtgeist ging unter der Westberliner Arbeiterklasse auch zunehmend die ‚Zurückhaltung' gegenüber den ‚Sozialpartnern' zu Ende, die, so hatte die Westberliner DGB-Führung unter Ernst Scharnowski oft genug verkündet (55), wegen der besonderen Lage Westberlins absolut notwendig sei. Die Arbeit der Westberliner Kommunisten, die durch die Kalte-Kriegs-Psychose lange Zeit isoliert werden konnten, trug wesentlich zum Abbau

55 Vgl. Keiderling/Stulz, a.a.O. S 402.



solcher Vorstellungen in der Arbeiterklasse und zum Nachlassen der Wirksamkeit aller möglichen ‚Berlin-Bilder' bei.

Die klarer auftretenden kapitalistischen Widersprüche, die durch keine der vielen Westberlin-Ideologien erklärt und nur zeitweise vertuscht werden können, bewirkten, daß diese nach und nach an Einfluß auf das Bewußtsein der Westberliner verloren. Die daraus folgende Ernüchterung trug mit dazu bei, daß der Weg zum Vierseitigen Abkommen und damit zur Klärung und Entkrampfung der Situation in Mitteleuropa frei wurde.

### Vierseitiges Abkommen – die Realität

Nach dem Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin, in dem der Status Westberlins als eigenständiger Stadt festgemacht ist, die „so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden" kann, wobei „die Verbindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden" sollen (56), hat sich bis heute, was die Politik der in Westberlin Regierenden betrifft, nicht allzuviel geändert. Die Chance, die das Abkommen für eine selbständige, friedliche Entwicklung Westberlins bietet, haben sie bis heute nicht genutzt. Von dem Märchen der Zugehörigkeit der Stadt zur BRD hat sich noch keine der bürgerlichen Parteien trennen mögen. Im ganzen zeigen sich die Westberlin-Ideologen nach dem Vierseitigen Abkommen noch ratloser als nach den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR 1961. Die Antworten des Westberliner Senats auf die Frage nach der Perspektive der Stadt, gestellt im Jahre 1972, zeichnen sich vor allem durch Schwammigkeit aus. Durchgängig ist das Beharren auf den „Bindungen Westberlins an den Bund, die unsere Lebensfähigkeit ausmachen ... und die Anwesenheit der Schutzmächte, die unsere Sicherheit ausmacht" (57). Als das wesentliche des Viermächteabkommens wird die Bestätigung dieser „Lebensnotwendigkeiten" Westberlins dargestellt. Was mit derartigen Interpretationen bezweckt wird, zeigt die widerrechtliche Errichtung des Bundesumweltamtes in Westberlin. Bei keinem der Sprecher des Senats und der bürgerlichen Parteien hat sich bis jetzt die einzig realistische Vorstellung der Selbständigkeit Westberlins und der Möglichkeit der Entwicklung ausgewogener friedlicher Beziehungen nach Ost und West durchgesetzt. Während die SPD das Abkommen als einen Erfolg ihrer Politik feiert, um es dann in obigem Sinne zu verfälschen, sagen CDU-Politiker offen, daß ihnen ‚die ganze Richtung nicht paßt'. Heinrich Lummer träumt von guten alten Frontstadt-Zeiten: „Alle Welt schaute auf Berlin, solange immer wieder neu sich zuspitzende Krisen diesen Ort heimsuchten. Die ‚offene Wunde' fand Mitleid und Engagement. In solchen Zeiten schaute man nicht nur, man gab auch: Geld, Sympathie, Garantien ... Das Gewöhnliche wird Berlin demnächst bedrohen, das allzu Profane: keine Hauptstadt mehr, keine ‚offene Wunde' mehr, keine Aussicht auf Wiedervereinigung. Berlins Zukunft ist nur noch aufs Überleben eingerichtet, ohne übergreifende Aufgaben." (58) Harry Ristock zur Zukunft Westberlins: Sie wird sich „zum Modell einer modernen Großstadt entwickeln. Weltoffen und tolerant wie bisher. Sicher wie jede andere Stadt in Europa. Zukunftsorientiert und beispielhaft." (59) Axel Cäsar Springer verkündete seine Westberlin-Vorstellung zum „Tag der Heimat" am 8.9.1974 unter der Überschrift: „Berlin – Hauptstadt der deutschen Nation": „Man kann es nicht oft

56 VIERSEITIGES ABKOMMEN ÜBER WESTBERLIN, Teil II, Abschnitt B.
57 Klaus Schütz: „Der langfristige Funktionsgewinn", in: Rolf Heyen (Herausg.): DIE ENTKRAMPFUNG BERLINS oder Eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Reinbek 1972, S. 75.
58 Heinrich Lummer: „Der langfristige Funktionsverlust", in Rolf Heyen: ENTKRAMPFUNG ..., a.a.O., S. 81.
59 Harry Ristock: „Zentrum der Begegnung", in ebenda, S. 42.

genug sagen: Berlin hat das ungeschmälerte Recht, Hauptstadt der Deutschen zu sein, Hauptstadt der deutschen Nation, die fortbesteht trotz der mit Gewalt gezogenen Grenze. ... Wenn Berlin den Kampf bestehen soll, wenn es weltoffene, vitale Metropole der deutschen Nation und Glockenturm der freien Welt an der Mauer zur Unfreiheit bleiben soll, dann muß jetzt, jetzt endlich, viel geschehen ..." (60) Das sind Originaltöne aus der ‚Blockade'-Zeit, das ist die Ideologie des kältesten Kalten Krieges, der rabenschwarzen Reaktion, die hier ihre Auferstehung feiert. Wo die Stärke des Sozialismus die militärische und politische Durchsetzung der aggressiven Ziele des Imperialismus verhindert, da verschärft sich der ideologische Kampf aufs Äußerste, und die Aggressivität des Imperialismus nach innen wächst. Die Gefährlichkeit eines Axel Cäsar Springer, der von ‚Berlin' als der Hauptstadt „eines geläuterten Deutschland, als achtbares Kernstück eines freien, starken, christlichen Europa" träumt, sollte daher nicht unterschätzt werden.

## Das neue „Leitbild" wird gesucht

Die große Zeit der bürgerlichen Westberlin-Ideologie scheint vorbei zu sein: die alten Trugbilder haben an Boden verloren, sind zerstört durch die Konfrontation mit der Realität, und ein neues Leitbild von Westberlin hat sich noch nicht durchsetzen können. Die bürgerlichen Ideologen haben seit dem Vierseitigen Abkommen zwei Wege bestritten. Entweder sie wärmen das etwas flaue Bild von der ‚modernen Weltstadt' wieder auf, wo sich ‚Ost und West' begegnen, was solange ein falsches Bild bleibt, wie die einseitige Abhängigkeit von der BRD das Bemühen um den gleichrangigen Ausbau der Kontakte Westberlins nach Ost und West und eine eigenständige demokratische Entwicklung der Stadt verhindert – oder sie fallen zurück in die Haßgesänge des Kalten Krieges und werden damit restlos anachronistisch. Für die Bevölkerung Westberlins sind das keine Lösungen. Der SPD-Senat merkte das sehr genau und startete einen neuen Werbefeldzug: In der ganzen Stadt hingen große farbige Plakate – eine Serie von sechs verschiedenen – in denen die Vorzüge, die Westberlin bietet, auf beinahe zynische Weise angepriesen werden: hohe Löhne, niedrige Mieten, billige Verkehrstarife, phantastische Sportmöglichkeiten, Kultur und Bildung für alle ... Die CDU machte eine kleine Anfrage: Was für einen Zweck der Senat damit verfolge? „Die Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsamtes wird in diesem Jahr und in den kommenden Jahren schwerpunktmäßig auf die Stadt selbst bezogen sein. Sie hat die Aufgabe, mit dazu beizutragen, daß die Berliner sich mit ihrer Stadt auch weiterhin positiv identifizieren und sich im weitesten Sinne an der Entwicklung der Stadt beteiligen", lautete die Antwort des Regierenden Bürgermeisters Schütz. Ziel der Aktion sei es, viele Berliner „auf die Qualität und vielfältigen Angebote unserer Stadt aufmerksam zu machen". Dadurch werde eine „positive Grundeinstellung zu Berlin" erhofft, die den Westberlinern in den letzten Jahren offensichtlich verloren gegangen ist. (61)

Die Erfolglosigkeit derartiger Unternehmen kann jetzt schon vorausgesagt werden. Auch das schönste Plakat kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der werktätigen Bevölkerung in Westberlin nicht besser geht als in anderen Ländern des Monopolkapitalismus. Die Produktion von weiteren Leitbildern wird daran auch nichts ändern. Was im Interesse der Westberliner Bevölkerung liegt, ist eine klare Sache: Eine demokratische Entwicklung durch antimonopolitische Politik im Innern, und friedliche, umfassende Beziehungen nach außen, und zwar nach Ost und West. Mit einer solchen Stadt werden sich die Westberliner „freiwillig" identifizieren, eine besondere Ideologie über Funktion, Wesen und Charakter dieser Stadt ist dazu nicht nötig.

60 A.C. Springer in DIE WELT vom 9.9.1974.
61 Tagesspiegel vom 3.4.1974.



Winfried Wotschack

# DDR-Forschung unter Anpassungszwang

Die materielle Lebensweise und die ihr entsprechenden ideologischen Formen ergeben als Bereiche der Gesellschaft einen spezifischen Zusammenhang. Sind es die materiellen Verhältnisse, die in widersprüchlicher Weise die ideologischen und politischen Formen hervorbringen, so üben die verschiedenen Momente des Überbaus, um eine oft von bürgerlichen Theoretikern zitierte Passage aus einem Brief von F. Engels (an J. Bloch vom 21./22. Sept. 1890) zu erwähnen, auf der Basis der ökonomischen Lage „auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*." Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse als historische Stufe der Organisation gesellschaftlicher Produktion bedingen – selbst ein Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft – die Verkehrung realer Verhältnisse in der bürgerlichen Ideologie. Den bürgerlichen Auffassungen von den Verhältnissen in den sozialistischen Ländern liegt diese ‚naturwüchsige' Verkehrung zugrunde.

Die theoretisch-ideologischen Konzeptionen als Reflex der Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft sind heute zunehmend weniger aus den materiellen Bedingungen des Kapitalismus allein zu bestimmen. Die Existenz der sozialistischen Gesellschaft bedingt die (historisch sich wandelnde) Reaktion durch das kapitalistische System. D.h., die relativ eigengesetzlichen ideologisch-politischen Bereiche bringen unter dem Einfluß der sozialistischen Gesellschaft Wirkungen hervor, die andere Teile der Gesellschaft beeinflussen, die selbst die ökonomische Basis des Kapitalismus nicht unberührt lassen. Die dem Kapitalismus eigenen Gesetzmäßigkeiten erfahren eine Modifikation durch die politisch-strategischen Notwendigkeiten hinsichtlich des sozialistischen Weltsystems.

Die von den bürgerlichen Verhältnissen unterschiedenen sozialistischen Verhältnisse werden in der bürgerlichen Ideologie wesentlich ebenfalls zu bürgerlichen Formen gesellschaftlicher Organisation. Die Fortentwicklung der sozialistischen Gesellschaft bringt entsprechend erst mittelbar, über die Erkenntnis des veränderten Kräfteverhältnisses der antagonistischen Systeme, ideologisch-theoretische Formwechsel hervor. Insbesondere die Versuche der Analyse der sozialistischen Gesellschaft sind deshalb einerseits als Reflex realer gesellschaftlicher Veränderungen abhängig von der Entwicklung sowohl der bürgerlichen wie der sozialistischen Gesellschaft. Als Bestandteil der bürgerlichen Ideologie sind die verschiedenen Kommunismus-Auffassungen andererseits grundsätzlich ideologisch-theoretische und strategiebildende Auffassungen der konkreten internationalen Situation; d.h. sie sind unmittelbar bestimmt erst durch die *Wechselwirkungen* der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme.

Da abhängig von materiellen gesellschaftlichen Bewegungen, sind die Formwechsel in der bürgerlichen Analyse sozialistischer Länder – einschließlich des auf der Basis bestimmter Gesellschaftstheorien zur Anwendung kommenden Instrumentariums und der Arbeitswei-

se – selbst Ausdruck eines objektiven Entwicklungs- bzw. Anpassungsprozesses. Die realen Konflikte spiegeln sich auf theoretischer Ebene in Modifikationen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen wider. Auch eine gegenwärtige zu verzeichnende Tendenz bestimmter Teile der ‚Kommunismusforschung', die Forderung nach wirklichkeitsnäherer Analyse auch des kapitalistischen Systems, trägt den internationalen Entwicklungen Rechnung. Die Analysen sozialistischer Verhältnisse schlagen – gleichsam als Rückwirkung – um in Versuche, die eigene Gesellschaftsordnung schärfer zu erkennen.

In der Entwicklung der mit der Analyse sozialistischer Gesellschaft befaßten Wissenschaftsdisziplinen sind aufgrund der engen (bis direkten) Verbindung mit der praktischen Politik eigene Evolutionslinien, wenn überhaupt, nur am Rande auszumachen: Die Richtungsänderungen in der ‚Kommunismusforschung' erfolgten bedingt durch Reaktionen auf internationale Veränderungen in der politischen Sphäre. Der Anpassung der ‚Kommunismusforschung' (und der DDR-Forschung) an strategische Erfordernisse trägt die nachfolgende ideologiekritische Arbeit Rechnung. Die scheinbare Vielfalt der gegenwärtigen Anschauungen über die sozialistische Gesellschaft wird folglich als historisch, aus strategischen Erfordernissen, entstanden betrachtet. Aus bestimmten einschneidenderen Umorientierungen der Außenpolitik lassen sich die Hauptformen der Sozialismus-Theorie ableiten, die in ihren Verbindungsmöglichkeiten als Vielfalt erscheinen.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sind für die ‚Kommunismusforschung' zwei grundsätzliche Umorientierungsprozesse zu verzeichnen, deren Ausdruck jeweils ein Streit um Methoden war. Auslösendes Moment für die Dominanz bestimmter Strömungen innerhalb der ‚Kommunismusforschung' waren – wie es die ‚Kommunismusforschung' der Gegenwart selbst reflektiert – Kursänderungen in der Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Staaten. Insgesamt läßt sich die ‚Kommunismusforschung' über das Mittelglied der Politik als verzerrtes Spiegelbild des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisses auffassen. Folge dieses Wandels ist das quantitative und qualitative Anwachsen der international verflochtenen ‚Kommunismusforschung'. Insbesondere zwei Gründe machen es unumgänglich, deren Entwicklung in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bestrebungen maßgeblicher politischer Kreise zu analysieren: Einmal fassen sich die ‚Kommunismusforscher' selbst als (widersprüchlich) verbunden mit den politischen Anforderungen auf (besonders, was die Finanzierung und die personelle Verflechtung betrifft); zweitens verlangen die politischen Entscheidungen der bestimmenden Kreise in den kapitalistischen Ländern im Gegensatz zu der früheren ‚Naturwüchsigkeit' zunehmend stärker nach wissenschaftlicher Fundierung.

## I. Zur Entwicklung der ‚Kommunismusforschung' nach 1945 (1)

In dem folgenden kursorischen Abriß der Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der ‚Kommunismusforschung' der BRD und Westberlins und damit auch der Bestimmung entscheidender Einschnitte – als sich aus realen Entwicklungen ableitende ideologische Zäsuren – werden die verschiedenen bürgerlichen Konzeptionen weitgehend als ‚ideale' Theorien über den Sozialismus aufgefaßt. Sie bedeuten damit in gewisser Weise eine Abstraktion von den in der Regel vermischten Ansätzen. Entscheidend ist, daß nicht nur die

1 Vgl. dazu ausführlicher: W. Wotschack: ZUR DISKUSSION UM THEORIEN ÜBER DEN SOZIALISMUS. Gesellschaftspolitische Grundlagen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, unveröffentlichte Diplomarbeit, Westberlin 1974, S. 6-30.



grundlegende Strategie gegenüber dem Sozialismus sich bis in die Gegenwart erhalten hat, sondern ebenso wie die politischen Aktivitäten sind auch die einzelnen Momente der verschiedenen historischen Grundmodelle des Sozialismus – zum Teil modifiziert – heute nebeneinander anzutreffen.

### 1. Dominanz der ‚Totalitarismus'-Konzeption

Die als Korrelat zur Politik der ‚Eindämmung' sozialistischer Staaten dominierende ‚Sozialismus'-Theorie bestand in der ‚Totalitarismus'-Konzeption, welche – ausgehend von den USA – in der BRD und Westberlin bis in die 60er Jahre hinein weiteste Verbreitung fand. Diese Theorie hatte im wesentlichen den ‚totalitären' Kommunismus als permanente Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft nachzuweisen, um die weitgefächerten Aktionen gegen den Sozialismus – von militärischen über Wirtschaftsblockaden bis zur ideologischen Diversion – ideologisch zu untermauern. Unter Berücksichtigung von nach der Zerschlagung des Faschismus weit verbreiteten antifaschistischen und antiimperialistischen Einstellungen schien der ‚Ostforschung' mit dem ‚Totalitarismus'-Konzept am wirkungsvollsten ein neues Feindbild konstruierbar, indem eine Wesensgleichheit von Faschismus und Sozialismus suggeriert, der Kommunismus auf dieser Grundlage aber als der ‚totalitäre' Hauptfeind bezeichnet wurde. Die Hauptaufgabe der ‚Ostforschung' in der BRD lag in ihrer Ideologieproduktion in bezug auf die westdeutsche Bevölkerung. Der Leser aller einschlägigen Schriften „sollte instandgesetzt werden, die Einnebelungen zu durchdringen, die mit den Methoden marxistischer Dialektik und bedenkenloser Unwahrhaftigkeit zwar mit sehr mäßiger Wirkung den Untertanen gegenüber, mit um so durchschlagenderem Erfolg jedoch gegenüber der westlichen Welt und speziell auch gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik betrieben wird." (2)

Der deutsche Imperialismus hatte – anders als im ersten Weltkrieg – im Ergebnis des zweiten Weltkrieges nicht nur einen Gebiets-, d.h. einen ökonomischen Verlust erfahren. Auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches existierte eine Gesellschaftsordnung, die sich als gesellschaftliche Alternative auswies. Die Politik der ‚Abschaffung der DDR' – ‚rechtlich' durch das Bonner Grundgesetz abgesichert – hatte folglich in besonderem Maße die Immunisierung der westdeutschen und Westberliner Bevölkerung zu gewährleisten. Jeder Erfolg gegen die DDR wurde zum Erfolg des Antikommunismus und seines Bestandteils, der ‚Ostforschung'. Diese beruhte im wesentlichen in der ideologischen Umsetzung der von der Bundesregierung verfolgten außenpolitischen Taktik: Durch die ‚Politik der Stärke' sollte die DDR von anderen sozialistischen Ländern isoliert werden, falls die sozialistischen Länder nicht, einschließlich der Sowjetunion, insgesamt ‚befreit' werden konnten. Zugleich sollte der – als unvermeidlich prophezeite – wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR durch ein entsprechendes Konsumgefälle und der damit verbundenen Abwerbung von DDR-Bürgern beschleunigt werden. (3)

Aus dem besonders direkten Zusammenhang von Politik und ‚Kommunismusforschung' machen die sich mit den sozialistischen Ländern befassenden bürgerlichen Theoretiker der Gegenwart keinen Hehl: „ ‚DDR-Forschung' ", schreiben z.B. K. Sontheimer und W. Bleek, „stand ... in der Bundesrepublik von Anfang an unter politischen Vorzeichen, d.h. sie diente im wesentlichen den politischen Zielen der Bundesregierung." Der „politischen

2 W. Leissner: DIE VERWALTUNG DER SBZ, Stuttgart 1961. Zit. nach K. Sontheimer/W. Bleek, DIE DDR. POLITIK, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT, Hamburg 1972, S. 14, 15.

3 Vgl. K. Steinhaus: „Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland", in: BRD-DDR SYSTEMVERGLEICH, Köln 1971, S. 402 ff.

Phase der Ignorierung und Disqualifizierung der DDR entsprach eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR, die vor allem darauf abzielte zu zeigen, daß dieser Staat totalitär und somit unfreiheitlich und undemokratisch sei, ... und daß seine Politik im wesentlichen im Vollzug von Direktiven aus Moskau bzw. der in Ostdeutschland residierenden Statthalter der Sowjetmacht bestünde." (4)

Die bürgerliche Gesellschaft galt der ‚Ostforschung' ohne Einschränkung als Gesellschaft schlechthin, die Entwicklung des Sozialismus in den osteuropäischen Staaten als Betriebsunfall der Geschichte. Indem die sozialistischen Verhältnisse in der DDR allein als Produkt sowjetischer Eingriffe gewertet wurden, erhob man den Ablösungsprozeß vom Kapitalismus in den Rang der Zufälligkeit.

Wenn seit einigen Jahren der ‚Totalitarismus'-Theorie Ineffektivität vorgeworfen wird, dann erscheint dies zwar berechtigt hinsichtlich ihrer strategiebildenden Funktion. Unter der Annahme eines schnellen Zusammenbruchs der DDR mußte sich ihre absolute Verketzerung aber als angemessenste Methode kurzfristig zu erzielender Einstellungen in der eigenen Bevölkerung darstellen. Fußend auf der starren Gegenüberstellung von ‚freiheitlich-demokratischem' Kapitalismus und ‚totalitärem' Kommunismus hatte die sozialistische Gesellschaft im wesentlichen als statische Gesellschaft zu gelten, womit infolge der Weiterentwicklung des Sozialismus die strategiebildende Funktion des ‚Totalitarismus'-Konzepts zunehmend weniger erfüllt werden konnte. (5)

### 2. ‚Naive Konvergenzthese'

Die Entwicklungen gegen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre veranlaßten die herrschende Klasse (vor allem in den USA) zur Modifikation der Außenpolitik gegenüber dem Sozialismus: Die ‚roll-back'-Strategie hatte sich infolge der Weiterentwicklung der sozialistischen Länder als irreal erwiesen. Unter anderem vertrat H. Kissinger ab Ende der 50er Jahre eine Taktik lokaler, begrenzter Kriege, eine militärisch ‚flexible Reaktion' statt der Doktrin der ‚massiven Vergeltung'. Scharf kritisierte dann Kennedy in seinem 1960 veröffentlichten Buch „Strategie des Friedens" die amerikanische Politik der 50er Jahre. Er war der Auffassung, daß „die vor acht Jahren stolz verkündete ‚Befreiungs'-Politik ... sich als Betrug und Blendwerk erwiesen (hat)." (6) In der militärischen Doktrin der ‚massiven Vergeltung' sah er eine negative Wirkung, da sie angesichts der Gefahr eines globalen Krieges zum festeren Zusammenschluß der sozialistischen Länder führte. Den USA bliebe daher keine Möglichkeit einer differenzierten Politik gegenüber einzelnen sozialistischen Staaten.

4 Sontheimer/Bleek, a.a.O., S. 12, 13. Die Autoren, die letztlich dennoch nicht behaupten wollen, „daß die wissenschaftlichen Bemühungen um die Erfassung der Vorgänge in der DDR zwischen 1950 und 1960 wertlos und im Grunde unwissenschaftlich gewesen wären", geben Aufschluß über die Uferlosigkeit des bürgerlichen Wissenschaftsbegriffs. (Ebenda, S. 13,14).

5 Das in der ‚Totalitarismus'-Doktrin enthaltene Syndrom von Oberflächenerscheinungen der politischen Sphäre wird ab Anfang der 60er Jahre unter dem Begriff der ‚autoritären Herrschaft' fortgeführt. Ebenso werden einzelne Elemente der sozialistischen Gesellschaft als ‚totalitär' in die ‚Industriegesellschafts'-Konzepte integriert. So meint z.B. P.Ch. Ludz, auf Grund der Entwicklung sozialistischer Staaten zur ‚Industriegesellschaft' fände sozialer Wandel und „Wandel des ideologischen Dogmas" statt, die man „mit dem klassischen Begriff des Totalitarismus ... nicht mehr adäquat" erfassen könne. „Der Begriff der totalitären Partei kann dagegen, allerdings ebenfalls modifiziert, beibehalten werden." (P.Ch. Ludz: „Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft", in: KÖLNER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE UND SOZIALPSYCHOLOGIE, Sonderheft 8/1964, S. 16).



Nach Kennedys Taktik der ‚friedlichen Einbeziehung' der sozialistischen Länder sollten diese – nach Gruppen aufgeteilt – ideologisch und wirtschaftlich im Sinne der USA beeinflußt werden, um ihren Umschlag in den Kapitalismus zu erzielen. Bis etwa 1963 war die amerikanische Außenpolitik jedoch sowohl durch Elemente der ‚Eindämmung' (Kuba, Vietnam) wie auch der ‚friedlichen Einbeziehung' geprägt. 1963 propagierte Kennedy dann eine Politik, die Johnson 1964 als Doktrin des „Brückenschlags nach Osteuropa" offiziell verkündete. Entscheidendes Glied dieser Konzeption war die Entzweiung der sozialistischen Länder, ihre ‚Erosion'.

Der Umorientierungsprozeß in der Bundesrepublik, d.h. im wesentlichen die Anpassung an die amerikanische Politik, umfaßte die Zeitspanne bis Mitte der 60er Jahre. Nach dem Rücktritt K. Adenauers versuchte Außenminister G. Schröder seit 1962/63 gegen den Widerstand einer Gruppierung um K. Adenauer, F.J. Strauß und von Guttenberg eine differenzierte, auf die Isolierung der DDR gerichtete Taktik durchzusetzen, womit die Regierung Erhard den Anschluß an die USA erreichen und die außenpolitische Stagnation überwinden wollte.

In die auseinandergehenden taktischen Positionen der Bundesregierung und der USA versuchte die Gruppe um W. Brandt sich vermittelnd einzuschalten. Brandts Pressechef E. Bahr legte am 15.7.1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing seine ‚neue Ostpolitik' dar. Angeleitet von der Kennedy'schen ‚Strategie des Friedens', erklärte er: „Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll." Die Politik des Alles oder Nichts würde in Zukunft ausscheiden: „Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden ... Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung." (7) Vorerst erfolglos, fand schließlich die Gruppe um W. Brandt mit Teilen der CDU/CSU eine übereinstimmende Taktik, die zur Grundlage der großen Koalition wurde.

Die insgesamt wenig flexible Reaktion der Außenpolitik der Bundesregierung und besonders der ‚Kommunismusforschung' ist augenfällig. Weder hatte die offizielle ‚Kommunismusforschung' den Politikern einen Entscheidungsvorlauf verschaffen können, da wenig oder nur stark verzerrte Daten vorlagen. (8) Noch war sie fähig, einen Prozeß einzuleiten, der die Bevölkerung auf die Erfordernisse einer modifizierten Ostpolitik vorbereiten konnte. (9)

6 J.F. Kennedy: DER WEG ZUM FRIEDEN (The Strategy of Peace), Hrsg. A. Nevis, Düsseldorf 1961, S. 343.

7 E. Bahr in einer Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing am 15.7.1963, abgedruckt in: DEUTSCHLAND ARCHIV (im folgenden DA), Heft 8/1973, S. 862 ff.

8 Im Gegenteil legte der ‚Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands' noch 1965 eine neue – die vierte Variante eines Planes vor, wie nach der Wiederangliederung der DDR die sozialistischen Verhältnisse innerhalb eines Jahres rückgängig zu machen seien – „Liquidierung des derzeitigen Machtregimes". Vgl. H. Bertsch: „Rolle und innere Konflikte der bürgerlichen ‚DDR-Forschung' ", in: IPW-BERICHTE, Heft 7/1972, S. 8.

9 Dies geschah zunächst weniger von offizieller Seite. Wie W. Pfeiler feststellt, habe man „den August 1961 als einen Zeitpunkt zu betrachten, an dem viele begonnen haben umzudenken", schnell sei klargeworden, „daß sich dort im Osten – bei aller weitergehenden Abhängigkeit von der UdSSR – eine eigenständige Entwicklung vollzog." W. Pfeiler: „Über den politischen Wert einer wissenschaftlichen DDR-Forschung", in: DA, Heft 5/1973, S. 495.
Diese Maßnahme der DDR ermöglichte vielen – wenn auch mit zeitlichem Abstand

Der dennoch sich langsam in Gang setzende Prozeß der ideologisch-konzeptionellen Umorientierung der ‚Kommunismusforschung' brachte in den 60er Jahren hinsichtlich der Analyse der DDR eine Verschiebung des Schwergewichts auf die Strategiebildung in einer Einseitigkeit mit sich, deren Grenzen Ende der 60er Jahre immer offensichtlicher wurden. Der Forschungsschwerpunkt zur Analyse der DDR verschob sich seit Anfang der 60er Jahre von der Sowjetunion auf die DDR. Statt des einen Extrems – der Nichtberücksichtigung aktueller Entwicklung in der DDR – geriet die ‚Kommunismusforschung' in ein anderes: Die Spezifik der DDR wurde von den allgemeinen Prozessen sozialistischer Entwicklung losgelöst und verabsolutiert. Der nicht zu übersehende strategische Hintergrund – das ‚Erosions'-Konzept – bedingte die theoretische und methodologische Neuformierung, die Veränderungen in der Organisation mit sich brachten. Schon bestehende Institutionen der ‚Ost-Forschung' spezialisierten sich (Einführung von Teildisziplinen, z.B. der DDR-Forschung und der ‚Sino-Kommunismusforschung'), oder es wurden direkt neue Forschungsinstitutionen geschaffen. Bürgerliche Gesellschaftswissenschaften – besonders Soziologie und Politikwissenschaft – wurden in die zuvor hauptsächlich von Slawisten und Historikern betriebene ‚Ostforschung' integriert. Als das den Erfordernissen der ‚neuen Ostpolitik' entsprechende effektive Grundmodell des Sozialismus wurde nach dem Vorbild der USA die ursprünglich für den Kapitalismus entwickelte Theorie von der ‚modernen Industriegesellschaft' als ‚Sozialismus-Theorie' übernommen.

Zu Beginn der 60er Jahre mußte die Frage, „... ob und wie wir die Unzufriedenheit im Lager unserer Gegner ausnutzen sollten ..." (10) noch präzisiert werden. Während der 60er Jahre erlangte die Vorstellung einer automatischen ‚Konvergenz' – des Sozialismus zum Kapitalismus – einige politische Bedeutung. Wie der Kapitalismus sich aufgrund von ‚Sachzwängen', also spontan zur ‚nachkapitalistischen' Gesellschaft entwickeln würde, so wurde der Sozialismus ebenfalls als ein sich spontan entwickelnder Prozeß betrachtet. Eine scheinbare Untermauerung erhielt diese Konzeption durch das Zusammenfallen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung mit der in den 60er Jahren zeitweiligen Prosperität innerhalb des kapitalistischen Krisenzyklus. (11)

Eine entsprechende Bewertung (nämlich die Verabsolutierung) der Entwicklung der Produktivkräfte gab den theoretischen Hintergrund ab. Diese theoretische Richtung kam zu der Auffassung, daß sich die Überbauverhältnisse des Sozialismus zwangsläufig verändern würden, was dann die Wandlung der Eigentumsverhältnisse (in im wesentlichen kapitalistische) nach sich ziehen würde.

Nach dieser ‚naiven Konvergenzthese' (12), zu deren Vertretern W. Rostow, R. Aron, H.F. Achimow, E. Lemberg zu rechnen waren, erschien der Sozialismus als eine sich im „Stadium der Entwicklung zur Reife" befindende „Industriegesellschaft". (13) Der Sozialismus galt als mögliche Alternative zur früh-kapitalistischen Industrialisierung, als „Ersatz-Frühkapitalismus" (14), Sozialismus und Kapitalismus als „zwei Arten ein und derselben Gattung oder zwei Abwandlungen ein und desselben sozialen Typs ..." (15) „Mit dieser Art Fragestellung vermag man, von vornherein, den Gegensatz Sozialismus-Kapitalismus zu vermeiden und Sozialismus und Kapitalismus als zwei Abwandlungen derselben Gattung, nämlich der industriellen Gesellschaft anzusehen." (16)

Auf der Grundlage der vermeindlichen Unvermeidlichkeit der Transformation und ‚Erosion' des Sozialismus einerseits und der vergeblichen Bemühungen, ein ideologisches Gegenprogramm zur marxistisch-leninistischen Theorie aufzustellen andererseits, fand die ‚naive Konvergenzthese' ihre Entsprechung in der These von der Entideologisierung des gesellschaftlichen Lebens, dem „Ende der Ideologie".(17)

Die These der ‚Entideologisierung' war in den 60er Jahren auch Bestandteil des ‚demokratischen Sozialismus'. Nachdem die SPD in den 40er Jahren die Konzeption eines ‚dritten Weges' zwischen Kapitalismus und Sozialismus vertreten hatte, stellte sie sich in den 50er und 60er Jahren zunehmend stärker hinter die kapitalistische Entwicklung. Der sozialdemokratische Theoretiker G. Bartsch erklärt 1966 die Ziele des Sozialismus für im Grunde verwirklicht, denn in den ‚Industriegesellschaften' des Westens seien die „ehemaligen Grenzen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum ... zerflossen". Eine neue Gesellschaft erübrige sich. „Zunächst, weil sie in Gestalt der industriellen Gesellschaft schon da ist, aber auch deshalb, weil die Industriegesellschaft soviel Sozialismus in sich aufgenommen hat, wie sich mit ihrer Funktion vereinbaren läßt ... Der Sozialismus in seiner alten Form ist überholt, weil die sozialistischen Ziele bei uns weitgehend erreicht sind, soweit sie realisierbar waren." (18)

### 3. Die Evolutionskonzeption

Auslösendes Moment für eine erneute Modifikation und Neueinschätzung der Außenpolitik, entsprechend der Entwicklung innerhalb des sozialistischen Systems und zutage getretener Entwicklungsschwierigkeiten des Kapitalismus, waren die Ereignisse in der CSSR im Jahre 1968. Die Kritik an bestimmten konzeptionellen Auffassungen erfuhr einen Höhepunkt. Der Ende der 60er Jahre entstandenen politischen Situation entsprach (wie zu Beginn der 60er Jahre) eine ideologische Zäsur, die sich auf die ‚Kommunismusforschung' auswirkte.

Unter der Nixon-Administration traten Termini wie ‚kommunistische Bedrohung', ‚Roll back' und ‚Brückenschlag' weitgehend zurück, ein Ausdruck der neuen politischen Situation beim Übergang in die 70er Jahre. „Wir sind zur Koexistenz gezwungen", verdeutlichte H. Kissinger 1972 die Lage der Vereinigten Staaten, „und haben die unausweichliche Verpflichtung, gemeinsam nach einem Fundament des Friedens zu suchen. Die Erkenntnis dieser Realität ist Anfang und Ende einer zeitgemäßen und wirksamen Außenpolitik."

---

– ein Überdenken der Situation der Bundesrepublik. So schrieb der Kolumnist S. Haffner im Jahre 1964, indem er den August 1961 direkt mit dem Nov. 1918 und dem 8. Mai 1945 gleichsetzte: „Er war die dritte – diesmal Gott sei Dank unblutige Niederlage einer deutschen Politik, die Deutschlands Situation durch Druck, Zwang und kalten Krieg, in der letzten Konsequenz notfalls auch durch wirklichen Krieg, zu verbessern hoffte ... Adenauer war seit dem 13. August ein gescheiterter Politiker, nicht weniger als vor ihm Wilhelm II. und Hitler." (STERN vom 15.11.1964; zit. nach G. Keiderling/P. Stulz, BERLIN 1945-1968, Berlin 1970, S. 489.)

10 W. Brandt: KOEXISTENZ – ZWANG ZUM WAGNIS, Stuttgart 1963, S. 37.

11 Vgl. G.B. Chromuschin u.a.: ANTIKOMMUNISMUS – IDEOLOGISCHE HAUPTWAFFE DES IMPERIALISMUS, Berlin 1974, S. 10.

12 Ch. Graf von Krockow: „Der Wettkampf der Systeme. Betrachtungen über eine mögliche Kovergenz", in: GEIST UND TAT, Frankfurt/M., Heft 3/1971, S. 148.

13 W. Rostow: STADIEN WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS, Göttingen 1961, S. 6.

14 H.F. Achimow: „Der Ersatz-Frühkapitalismus. Der geschichtliche Standort des modernen Kommunismus", in: DAS PARLAMENT vom 14.7.1968, Beilage.

15 R. Aron: DIE INDUSTRIELLE GESELLSCHAFT, Frankfurt/M./Hamburg 1964, S. 37.

16 Ebenda, S. 36.

17 D. Bell: THE END OF IDEOLOGY, New York 1969.

18 B. Bartsch: „Sozialistische Partei oder Volkspartei?", in: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 3/1966, S. 209, 210.

(19) Hierbei wird die politische Lage in den USA neben der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses (20) zunehmend durch die Auseinandersetzungen politischer Fraktionen in den USA selbst bestimmt. (21) Erforderlich war die Anpassung der globalen Strategie der USA an neue Bedingungen: „Wir haben", schrieb R. Nixon, „unsere grundlegende Auffassung von Amerikas Ziel beibehalten, doch die Art und Weise, in der dieses Ziel verfolgt wird, den sich verändernden Verhältnissen einer sich verändernden Welt angepaßt." (22)

Entscheidend für die Einschätzung der Politik gegenüber dem Sozialismus ist die Auffassung von der Notwendigkeit einer Politik der Entspannung. Auch die Bundesrepublik mußte „zur Kenntnis nehmen, daß die weltpolitischen Kräfteverhältnisse sich seit 1963 nicht zugunsten des Westens verschoben hatten." (23) Die Erwartungen, die in die Ostpolitik der 60er Jahre gesetzt worden waren, hatten sich nicht erfüllt, die separate ‚Wandlung' der DDR als Folge des ‚Brückenschlags' war ausgeblieben. Als zentrales Moment der Politik gegenüber dem sozialistischen Weltsystem trat die ‚Wandlung' der sozialistischen Länder insgesamt in den Vordergrund; das Konzept der ‚Erosion' wurde differenzierter.

Es ergibt sich die Frage nach den Konsequenzen für „... das politische und wissenschaftliche Interesse, das man in der Bundesrepublik dem anderen Teil Deutschlands entgegenbringt", und dessen grundsätzliche Umorientierung Sontheimer/Bleek erst für das Jahr 1969 ansetzen. (24) Auch W. Pfeiler z.B. konstatiert die Umorientierung in „... wissenschaftliche Forschungsinstitute im eigentlichen Sinne ... eigentlich erst Ende der 60er Jahre." (25)

Die Industriegesellschaftstheorie in der optimistischen Form der ‚naiven Konvergenzthese' hatte trotz ihrer Verbreitung in den 60er Jahren nie die ungeteilte Zustimmung der ‚Kommunismusforschung' erlangt. Schon 1963 hatten Z. Brzezinski und Huntington bezweifelt, daß in der UdSSR Anzeichen für den ‚Wandel' zur Konvergenz sichtbar wären. Da die USA und die UdSSR, schrieben sie, „bisher Erfolg hatten, ist nicht anzunehmen, daß sie sich entscheidend ändern werden." (26) Und 1965 kennzeichnete Brzezinski den Vorlauf der amerikanischen Politik: „Anstatt darauf zu warten, daß die kommunistische Herrschaft zusammenbricht, wollten die Vereinigten Staaten künftig evolutionäre Änderungen in den einzelnen kommunistischen Ländern und im sowjetischen Block als Ganzem fördern. Bei der Verfolgung dieser Politik ergriffen sie vor den westeuropäischen Staaten die Initiative ..." (27)

19 Rede H. Kissingers im Juni 1972 in den USA. Wortlaut in: DEUTSCHE ZEITUNG/CHRIST UND WELT vom 30.6.1972.

20 Kennzeichnend ist auch die eingeschränkte Führungsrolle der USA unter den Verbündeten, „... die USA müssen alle Erwartungen aufgeben ..., daß unsere Rezepte immer oder automatisch beachtet werden." (R. Nixon: „Der reale Weg zum Frieden", in: U.S. NEWS & WORLD REPORT vom 26.6.1972).

21 Vgl. M. Hall: „Zur inneren Situation der USA im Wahljahr", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 4/1972, S. 410 ff.

22 Nixon: „Der reale ...", a.a.O.

23 R. Löwenthal: „Faktoren und Perspektiven der sowjetischen Westpolitik", in: SOWJETPOLITIK DER 70ER JAHRE (Hrsg. R. Löwenthal/H. Vogel), Stuttgart/(West)Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 33.

24 Sontheimer/Bleek, a.a.O., S. 11.

25 W. Pfeiler: „Über den politischen ...", a.a.O., S. 493.

26 Z. Brzezinski/Huntington: POLITISCHE MACHT USA/UDSSR. Ein Vergleich, Köln/(West)Berlin 1966, S. 467.

27 Z. Brzezinski: ALTERNATIVE ZUR TEILUNG: NEUE MÖGLICHKEITEN FÜR EINE GESAMTEUROPÄISCHE POLITIK, Köln/(West)Berlin 1966, S. 151.



Es ist ersichtlich, daß schon während der Dominanz der ‚naiven Konvergenztheorie' ein theoretisches Konzept vorbereitet wurde, mit dem die (theoretisch angenommene) Überflüssigkeit von offensiven Versuchen zur Einwirkung in die sozialistischen Länder überwunden wurde und zugleich, entsprechend den durch die reale Lage verminderten Möglichkeiten, diese Einwirkung effektiviert werden konnte. Diese neue Form der Industriegesellschaftstheorie, die Evolutionskonzeption (27a), erfuhr ihre Verbreitung in Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR im Jahre 1968. Die Grundaussage dieser Theorie besteht in der Feststellung, daß für den ‚Wandel' sozialistischer Länder die industrielle Entwicklung keine ausreichende Bedingung ist, denn der sozialistische Überbau verhindere (entgegen der ‚Naturwüchsigkeit' wirtschaftlicher Entwicklung) eine ‚Konvergenz'. Deshalb gäbe es „... keinen Sachzwang zur Konvergenz, der zielstrebiges politisches Handeln überflüssig macht". (28)

Schon 1968 schreibt Kassof in einem Sammelband unter seiner Redaktion: „Dem unvoreingenommenen Beobachter fällt weniger der Unterschied zwischen der sowjetischen und der westlichen Industriegesellschaft als vielmehr ihre Ähnlichkeit auf. Ungeachtet der äußerlichen Ähnlichkeit zeichnet sich jedoch die sozialistische Variante der Industriegesellschaft ab, die sich von der kapitalistischen unterscheidet. Deshalb liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die Sowjetunion mit Notwendigkeit dem Westen ähnlich wird, daß eine Konvergenz erfolgen wird." (29) Womit der Sozialismus nicht mehr als ‚Nebenweg' (Rostow) zu einer hochindustrialisierten – d.h. im Ergebnis kapitalistischen – ‚Industriegesellschaft' betrachtet wird. Brzezinski, Mitglied des Außenpolitischen Planungsstabes, kritisiert in Anbetracht der Entwicklung in der CSSR „... den schlichten Optimismus der 60er Jahre, ... insbesondere soweit, als er sich auf die angebliche ‚Konvergenz' des kommunistischen und demokratischen Systems bezog." (30)

Die durch die Evolutionskonzeption begründete Auffassung von der Entwicklung des Sozialismus lenkte in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit der ‚Kommunismusforschung' zunehmend stärker auf den sozialistischen Überbau und insbesondere auf die Rolle der Partei und Ideologie. Auf dem Hintergrund der nur durch *äußere* Beeinflussung – im Überbaubereich – zu erreichenden ‚Wandlung' des Sozialismus lassen sich folgende Momente unterscheiden, die auf praktisch-politischer Ebene zugleich differenzierte taktische Schritte beinhalten:

- Die zeitlichen Vorstellungen vom Untergang des Sozialismus wurden – mit wissenschaftlicher Begründung – in eine relativ ferne Zukunft verlegt, „ein Nebeneinander sowohl wirtschaftlicher Weiterentwicklung als auch der Beibehaltung der ideologischen und politischen Struktur ..." sei anzunehmen. (31)
- Da die Schwächung des politischen Überbaus als Bedingung für die ‚Wandlung' der Gesamtgesellschaft gilt, tritt die Analyse gesellschaftlicher Widersprüche in den sozialistischen Staaten – zwischen Basis und Überbau und innerhalb des Überbaus – weiter in den Vordergrund.

27a Vgl. K. Zeisler: „Die Evolutionskonzeption imperialistischer Kommunismusforschung, in: IPW-BERICHTE, Heft 4 und 5/1972.

28 H. Heimann: „Demokratischer Sozialismus in Ost und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie", in: DAS PARLAMENT vom 2.9.1972, Beilage, S. 17.

29 A. Kassof: Schlußartikel in: PROSPECTS FOR SOVIETY, London 1968; zit. nach G.B. Chromuschin u.a., a.a.O., S. 71, 72.

30 Z. Brzezinski: „Entspannungspolitik im Schatten Prags", in: C. Grosser u.a. (Hrsg.): DAS 198. JAHRZEHNT. Eine Teamprognose für 1970 bis 1980, Hamburg 1969, S. 49.

31 Brzezinski/Huntington: POLITISCHE MACHT..., a.a.O., S. 455.

- Fußend auf der Annahme der Entwicklung von ‚Konflikten' in großen Zeiträumen, werden verschiedene Etappen des Untergangs der sozialistischen Staaten wissenschaftlich begründet.
- Dem ‚Reformkommunismus' gegenüber tritt die Betonung nationaler Besonderheiten der sozialistischen Staaten insgesamt zurück. D.h., die Betonung des Nationalismus (bzw. ‚Nationalkommunismus'), z.B. in bezug auf die DDR und Jugoslawien, wird unter das Konzept der ‚reformkommunistischen Evolution' sozialistischer Länder in ihrer Gesamtheit subsumiert. Parallel zur Feststellung J.F. Kennedys zu Beginn der 60er Jahre, daß die Bedrohung der sozialistischen Länder deren Zusammenschluß fördert, meint Z. Brzezinski nach den Ereignissen in der CSSR, daß z.B. besondere Beziehungen „... zu unabhängigeren Staaten wie Jugoslawien und Rumänien ... es der Sowjetunion leichter machen (würde), die anderen bei der Stange zu halten. Eine kooperative Annäherungspolitik sollte daher an alle osteuropäischen Staaten adressiert sein ..." Weiter betont er, „... daß es unser Ziel ist, sowohl Osteuropa als auch die Sowjetunion in ein engeres Verhältnis zum Westen zu bringen und dadurch die allmähliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu fördern." (32)
- Die ‚Entideologisierungs'-These tritt gegenüber der – schon ab Mitte der 60er Jahre elementar vorhandenen – Betonung der besonderen Rolle der Ideologie als das die Gesellschaftssysteme trennende zurück, ein Resultat der Anerkennung grundsätzlich anderer gesellschaftlicher Strukturen in den sozialistischen Ländern. „Ideologische Aushöhlung ist", schrieb Z. Brzezinski 1969, „... die eigentliche Ursache politischen Wandels in den kommunistischen Gesellschaften." (33) Den verstärkten ideologischen Aktivitäten entsprechend Versuche der Erarbeitung von alternativen theoretisch-ideologischen Systemen zum wissenschaftlichen Kommunismus, deren Erfolglosigkeit sich in der Betonung der ‚Methodenvielfalt', der Anwendung „... einer prinzipiell unbegrenzten Zahl von Methoden ..." (34) äußert. Die Herausforderung durch die sozialistischen Länder – Kommunismus sei „stets als Ideologie und nicht als soziale Herausforderung verstanden worden" (35) – vor allem deren sichtbarer werdende Dynamik, bedingt die Aktivierung opportunistischer, revisionistischer und reformistischer Strömungen als Teilaspekte bürgerlicher Ideologie. Mit ihrer Hilfe werden die dem Kapitalismus eigenen Züge (bzw. der Kapitalismus insgesamt) als zum Teil sozialistisch oder als zu sozialistischen Elementen tendierend ausgegeben. Der ‚demokratische Sozialismus' (als ‚Reformkommunismus' und Reformideologie zur Verminderung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft) und Disziplinen wie die Sozialpsychologie spielen hierbei eine besondere Rolle.

Eine wichtige – in der Bundesrepublik die entscheidende – Verwirklichkeitsform besitzt die ‚Evolutions'-Konzeption in der Strategie des ‚demokratischen Sozialismus'. Dazu notwendig war dessen erneute, seit Ende der 60er Jahre erfolgte Verwandlung. Die sich verstärkenden sozialen Konflikte im Innern wie die veränderte internationale Situation zwangen zur ideologischen Modifikation. Von der weitgehenden Identifizierung mit dem gegenwärtigen Kapitalismus ging der ‚demokratische Sozialismus' erneut zur Propagierung des ‚dritten Weges' zwischen Kapitalismus und Sozialismus über. Damit verbunden ist die Abkehr von der ‚Entideologisierungs'-These. „Jetzt sind wir zu der Schlußfolgerung gelangt", äußerte R. Löwenthal Anfang 1972, „daß in unserem Zeitalter ohne glaubwürdige Festlegung auf eine übergreifende Idee keine wirksame Machtpolitik getrieben werden kann." (36) Durch die nicht eindeutig auf das kapitalistische System – welches wieder als solches bezeichnet wird – gerichtete Zielvorstellung sollen die ideologischen Einflußmöglichkeiten auf die sozialistischen Länder erweitert werden. Entsprechend wird die bürgerliche Gesellschaft als ebenso entwicklungsbedürftig wie -fähig dargestellt. „Im Zusammenhang mit der erneuten Re-Ideologisierungs- und Konvergenz-Diskussion wird die Problematik eines dritten Weges wieder aktuell", konstatiert O.K. Flechtheim, „der über den etablierten Kapitalismus hinausweisen will." (37)

Die außenpolitische Stoßrichtung der gegenwärtigen Variante des ‚demokratischen Sozialismus' ist eine anerkannte Form der Anpassung an den Stand der Systemauseinandersetzung und die globale Taktik der Evolution. Auch nach Z. Brzezinskis Ansicht ist „... der Marxismus in Osteuropa heute nur in seiner sozialdemokratischen Ausprägung populär ..., obwohl er sich vorwiegend noch in seiner östlichen Form an der Macht hält." (38) Die allgemeine Strategie hinsichtlich des anderen Systems hat sich nicht verändert. Die Veränderungen betreffen nur die Form der Taktik des bürgerlichen Systems. „Die Kommunisten in der DDR", kann mit W. Pfeiler zusammengefaßt werden, „erwarten, daß auch die BRD eines Tages auf Grund einer allgemeinen historischen Gesetzmäßigkeit ein sozialistischer Staat werden wird", was sie „... zur Solidarität mit den Kommunisten in der BRD verpflichtet ... Das westliche Gegenstück zu den kommunistischen Erwartungen sind die sogenannten Konvergenztheorien und hier speziell die sozialdemokratische Variante, die unter der Bezeichnung ‚Wandel durch Annäherung' firmiert. Hier wird die Erwartung gehegt, daß die Politik der Entspannung zu mehr Kooperation und diese wiederum zu allmählichen gesellschaftlichen Umgestaltungen im anderen System führt, und zwar solchen Umgestaltungen, die sozialdemokratischen Wunschvorstellungen entsprechen." (39)

## II. Die DDR-Forschung in den 70er Jahren

Das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen den antagonistischen Systemen findet seinen Ausdruck in der Tendenz zur politischen Entspannung. Ruft diese Tendenz einerseits allgemein den Widerstand bestimmter politischer (d.h. ökonomischer) Interessengruppen hervor, so kompliziert sich die Koordination der kapitalistischen Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern auf dem Hintergrund dieses Kräfteverhältnisses sowohl durch internationale Spannungen – hervorgerufen durch die ökonomische Entwicklung – und zunehmende innere Schwierigkeiten.

Die Politik der USA ist selbst schon durch eine Vielfalt von Tendenzen gegenüber dem Sozialismus gekennzeichnet – z.B. durch die Absicht gleicher Behandlung der verschiedenen sozialistischen Länder und andererseits der Förderung ‚polyzentristischer' Entwicklung und spezifischer Momente auf militärischer Ebene – mit den sich aus diesen Teilkonzeptionen ergebenden Folgen. Die eingeschränkte Führungsrolle der Vereinigten Staaten bringt unter anderem auch für die Bundesrepublik Widersprüche zwischen spezifischen

32 Brzezinski: „Entspannungspolitik'...", a.a.O., S. 50.
33 Ebenda, S. 43.
34 SOWJETSYSTEM UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. II, Freiburg im Breisgau, Sp. 927.
35 L. Bress: „Hat die DDR-Forschung eine Zukunft?", in: DA, Heft 7/1973, S. 720.
36 R. Löwenthal: „Welt ohne Anker", in: DIE ZEIT, 1972, Nr. 1.
37 O.K. Flechtheim: „Der dritte Weg in der deutschen Parteipolitik nach 1945", in: DAS PARLAMENT vom 23.6.1972, Beilage, S. 3.
38 Brzezinski: „Entspannungspolitik ...", a.a.O., S. 38.
39 W. Pfeiler: „Über den politischen ...", a.a.O., S. 497. Vgl. auch W. von Bredow: „Abgrenzung und Entspannung – Konvergenztheorie und antagonistische Kooperation", in: DA, Heft 3/1973, S. 252 ff.

Eigeninteressen und dem Zwang zur Anpassung an die amerikanische Regierungspolitik mit sich, was sich stark auf die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und folglich auf die DDR-Forschung auswirkt.

Die Traditionen der DDR-Forschung und die Einschätzung der politischen Entwicklung zwischen der BRD und der DDR machen eine erneute Interpretation der amtlichen Regierungspolitik für die zukünftige DDR-Forschung zur Notwendigkeit. Die sich aus der gegenwärtigen internationalen Lage ergebenden Umstellungen lösen naturgemäß gerade unter den mit der Analyse sozialistischer Länder befaßten Wissenschaftsdisziplinen eine starke Reaktion aus. Auch der gegenwärtige – besonders heftige – Streit um die wissenschaftlich richtige Vorgehensweise zur Erforschung der DDR erklärt sich nicht aus wissenschaftsinternen Differenzen, sondern aus der widersprüchlichen Anforderung durch die Politik.

### 1. Die politischen Anforderungen an die DDR-Forschung

Kern der Auseinandersetzung um die Zukunft der DDR-Forschung ist der 1973 abgeschlossene Grundlagenvertrag mit der DDR. Als Ergebnis der Entwicklung der vergangenen Jahre wirkt er auf die DDR-Forschung als ein Wendepunkt, der zusammen mit dem Rückblick auf die Genesis der ‚Kommunismusforschung' von dem Bedürfnis nach einer präziseren Fassung des Verhältnisses von DDR-Forschung (als Wissenschaft) und Politik gekennzeichnet ist. Deutlich wird – einerseits in der Auswahl der Daten und andererseits in der Form ihrer Aufbereitung – die wichtige Rolle der durch die Politik vorgegebenen Forderungen, der „Verwertungszusammenhang" (C. Burrichter), betont. Unmittelbar werden die Funktionen einer DDR-Forschung sichtbar, von denen als wesentliche zu nennen sind:

- Entscheidungshilfe für die politische Taktik zu sein;
- zur Unterstützung und Effektivierung der außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung beizutragen;
- ideologische Veränderungen innerhalb der DDR-Bevölkerung herbeizuführen;
- die eigene Bevölkerung mit bestimmten Sozialismus-Vorstellungen zu versehen.

Die politischen Anforderungen für die DDR-Forschung ergeben sich aus den für die Verhältnisse der Bundesrepublik spezifizierten politischen Aktivitäten innerhalb der global zur Anwendung kommenden Strategie. D.h. es müssen sowohl die maßgeblichen politischen Interessen wie auch die Vorstellungen von den ‚Besonderheiten' des Verhältnisses BRD-DDR gegenüber dem Verhältnis BRD (Kapitalismus)-Sozialismus berücksichtigt werden.

#### Politische Aufgabenstellung der Gegenwart

Die CDU/CSU hat auch gegenwärtig den Anschluß an eine ‚zeitgemäße' Politik nicht gefunden. In ihr versuchen sich ökonomische Gruppierungen, die eine Revanchepolitik noch nicht aufgegeben haben, ein Instrument zu erhalten, mit dem gegebenenfalls wieder auf eine Politik der Stärke übergeleitet werden kann. Wenn aufgrund der Themenstellung die Aktivität der CDU/CSU von den 60er Jahren ab vernachlässigt ist, so ist damit keine Aussage über potentiell mögliche Formveränderungen außenpolitischer Strategie der BRD getroffen. Andererseits erlangt man über die Analyse der CDU/CSU-Auffassungen weniger ein Spiegelbild der Gegenwart, sondern eher das eines in den 40er und 50er Jahren angenommenen internationalen Kräfteverhältnisses.

Auch diese weniger flexiblen Kräfte hatten zwar versucht, ihre strategischen Vorstellungen gegenüber den sozialistischen Ländern zu revidieren, über eine Aggregation von



„... immer fadenscheiniger werdenden Resten des alten Konzepts" (40) und einer flexibleren Taktik kamen sie jedoch nicht hinaus. Selbst der CDU/CSU gewogene Ideologen fordern ihren Übergang zu einer Politik, die eher geeignet wäre, ihr wieder die Initiative zu verschaffen. H. Buchheim z.B. rät, die CDU/CSU soll „... unserem Volk klar machen, daß die jetzige Bundesregierung die alten Grundlagen so gründlich zerstört hat, daß auch diejenigen nichts mehr damit anfangen können, die sie einst geschaffen und damit zwanzig Jahre lang die Offensive der DDR erfolgreich abgewehrt haben." (41) Die eingeschränkten Möglichkeiten der westdeutschen Außenpolitik sieht er nicht in dem sich objektiv verändernden internationalen Kräfteverhältnis (bzw. in den wachsenden Möglichkeiten der sozialistischen Länder), sondern leitet sie aus subjektiven Einflüssen ab, daraus, „... daß die Regierung Brandt/Scheel die altbewährten Grundsätze der Deutschlandpolitik durch die Legitimierung der DDR zunichte gemacht hat." (42) Im übrigen ‚konvergiert' er hier mit P.Ch. Ludz, der „die internationale Aufwertung der DDR" als „maßgeblich durch die Revision der deutschlandpolitischen Vorstellungen in der Bundesrepublik erst ermöglicht..." ansieht. (43)

Konkret weiß H. Buchheim aber nur vorzuschlagen, die CDU/CSU solle die Gegebenheiten der Gegenwart dazu benutzen, den „... erzielbaren Gewinn zugunsten der politisch-nationalen Einheit" durch hochgeschraubte Bedingungen gegenüber der DDR zu vergrößern. (44) Die Notwendigkeit, sich aus „einer faktisch unmöglichen Situation" zu befreien, ergäbe sich überdies aus dem Verhältnis zu den westeuropäischen Bündnispartnern. „Nachdem es die SPD war, die nach 1945 eine stark nationalistisch akzentuierte Politik vertrat, während die CDU/CSU durch ihre praktischen Entscheidungen dazu beitrug, das nationalistische Empfinden zugunsten europäischen Denkens zu überwinden, ist es schon beinahe grotesk, wie diese Partei jetzt durch ihr eigenes Verhalten ihren Gegnern hilft, sie in die nationalistische Ecke zu manövrieren." (45) H. Buchheim bedauert dann auch die gegenwärtige CDU/CSU-Politik als weniger flexibel als die unter ihrem „verehrten Patriarchen" K. Adenauer.

Dagegen konnte E. Bahr in einer Rede am 11.7.1973 in der Evangelischen Akademie Tutzing die Kontinuität der SPD-Politik seit Anfang der 60er Jahre herausstreichen. „ ‚Wandel durch Annäherung' ", zog er die Verbindung zu dem zehn Jahre zuvor verkündeten Programm, „ist das Konzept für die Haltung der Nation, solange sie geteilt ist. Es ist ein Konzept, das seit diesem Sommer zu einem wirksamen Vertrag geworden, seine Bewährung begonnen hat." (46) Erneut setzt er sich von den unflexiblen Strategievorstellungen der Regierung unter Adenauer ab, deren „... erklärte und verfolgte Politik der Umgehung, der Isolierung der DDR, zum Scheitern verurteilt sein würde, weil schon damals unsere Politik eine gewollte oder ungewollte Solidarisierung der anderen Staaten des Warschauer Vertrages bewirkte." Die „Lösung der deutschen Frage" war seit Anfang der 60er Jahre „... weder als Anschluß noch als einmaliger Akt, sondern nur als Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses vorstellbar geworden ... Dies aber hieß, daß die Staatlichkeit der DDR nicht länger geleugnet werden konnte ...".

---

40 H. Buchheim: „Gibt es noch einen Weg zur Einheit der Deutschen in Freiheit?", in: POLITISCHE STUDIEN, Nr. 208, März/April 1973, S. 188.
41 Ebenda, S. 185.
42 Ebenda.
43 P.Ch. Ludz: DEUTSCHLANDS DOPPELTE ZUKUNFT, München 1974, S. 101.
44 H. Buchheim: a.a.O., S. 181.
45 Ebenda, S. 188.
46 E. Bahr in einer Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing am 11.7.1973, abgedruckt in: DA, Heft 8/1973, S. 865 ff.

E. Bahr will die gegenwärtige Regierungspolitik nicht nur als Bestandteil der globalen Politik der westlichen Verbündeten – „der unvergessenen ‚Strategie des Friedens' " – verstanden wissen, sondern sieht darüber hinaus die SPD-Konzeption als vorbildlich für die europäischen Bündnispartner an: „Wandel durch Annäherung ist ein europäisches Konzept."

Entsprechend der internationalen Lage seit Ende der 60er Jahre nimmt er die zeitliche Verschiebung des endgültigen Erfolgs der Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern in sein Programm auf. Entgegen der theoretisch angenommenen Möglichkeit, „... über ein vielleicht zeitlich begrenztes Zwischenstadium zur staatlichen Einheit zu kommen", müsse heute aufgrund der objektiven Entwicklung eingeräumt werden, „... daß das damalige Konzept nicht mehr für eine begrenzte Übergangszeit gilt, sondern unbegrenzt, solange also der Grundlagenvertrag zwischen ihnen gilt." (47)

Auch P.Ch. Ludz, der sich in seinem 1974 erschienenen Essay auf diese Bahrrede bezieht, sieht die Konstruktion einer Kausalität von Annäherung/Wandel als (noch) nicht bestätigt an. Zwar hätte zum Teil eine ‚Annäherung' der beiden deutschen Staaten stattgefunden, „allerdings ist von einem ‚Wandel' im ursprünglich von Bahr gemeinten Sinn in der Haltung der KPdSU – wie SED-Führung noch wenig zu spüren." (48) Ebenfalls lehnt E. Bahr „die übliche Konvergenzthese" ab, „denn die unterschiedlichen Interessen der Staaten bleiben." Bei gleicher industrieller Entwicklung der „unterschiedlichen Industriegesellschaften" seien „Macht- und Glaubensfragen ... auch künftig potentielle Gefahren in der Phase der fruchtbaren Koexistenz ...". Indem E. Bahr den ‚Wandel' als Zukunftsaufgabe auffaßt, orientiert er auf die Einbettung in die globale Strategie – einschließlich der „Abschreckungsqualität", die „glaubwürdig bleiben" müsse. (49) „Die Grundlagen der Annäherung sind gelegt, der Wandel zwischen uns und der DDR, zwischen Ost und West, muß wachsen." (50)

Wie andere maßgebliche Politiker betont auch E. Bahr die Absicht, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten besonders zu beachten, eine Erscheinung, die im wesentlichen auf die eingeschränkte Führungsrolle der USA innerhalb des westlichen Bündnisses zurückzuführen ist. Die Verbindung einer relativ möglich gewordenen eigenständigen Politik gegenüber den sozialistischen Ländern mit der Unterordnung unter die Vorstellungen der Verbündeten wirft spezifische Widersprüche auf. „Es wäre unrealistisch und in hohem Grade unvernünftig", faßt P. Frank das Dilemma der BRD-Politik zusammen, „angesichts der bestehenden Machtverhältnisse und angesichts unserer Mittellage (in Europa – W.W.) auf die Isolierung des einen oder anderen unserer östlichen Gesprächspartner zu setzen." (51) Die nicht in absehbarer Zeit zu erwartende und sich nicht ‚automatisch' einstellende ‚Konvergenz' in Verbindung mit der Aktivierung der Ideologie (52) stecken auch für die Bundesrepublik den allgemeinen Rahmen der gegenwärtigen außenpolitischen Stoßrichtung ab.

47 Ebenda, S. 866, 867.
48 P.Ch. Ludz: DEUTSCHLANDS ..., a.a.O., S.16.
49 Rede von E. Bahr 1973, a.a.O., S. 871.
50 Ebenda, S. 873.
51 P. Frank: „Europäische Gespräche in einer sich wandelnden Welt", in: SOWJETPOLITIK DER 70ER JAHRE (Hrsg. R. Löwenthal/H.Vogel), Stuttgart/(West)Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 17.
52 „Es gibt keine ideologische Koexistenz sagte der regierende Bürgermeister vor zehn Jahren. Dies wird auch in zehn Jahren noch richtig sein." (Bahrrede, S. 867).



**Die Sonderinteressen der Bundesrepublik**

Mit der ‚neuen Ostpolitik' konnte die Bundesregierung ihre außenpolitische Stagnation bis 1968 überwinden, indem sie sich der globalen Strategie der kapitalistischen Staaten anpaßte. Das bedeutet aber nicht, daß damit Sonderinteressen hinsichtlich der DDR hinfällig würden. In seiner Tutzinger Rede erklärte E. Bahr: „Die Dinge konnte so geführt werden, daß die Einmaligkeit des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten geklärt war, bevor diese in die Vereinten Nationen eintraten ..." (53), was P.Ch. Ludz als Absicht interpretiert, „... Sonderinteressen zwischen den beiden deutschen Staaten deutlich zu machen." (54) Nach P. Frank galt es die für die BRD „falsche Alternative" zu vermeiden, „... entweder sich als allseits lästigen Störenfried zu isolieren, oder ihre natürlichen Belange der in Gang gesetzten Entspannungspolitik widerspruchslos zu opfern ..." (55) Deshalb ging die Bundesregierung gegen Ende der 60er Jahre von der Zwei-Staaten-Theorie aus. Sie beinhaltete „... die Anerkennung der faktischen politischen Existenz des anderen deutschen Staatsgebildes ... Die Bundesregierung hat diesen Schritt 1969 vollzogen und ist seither bemüht, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren, ohne die Tatsache aus den Augen zu verlieren, daß es sich nach wie vor um zwei *deutsche* Staaten handelt." (56) K. Sontheimer und W. Bleek kennzeichnen damit die Art der Lösung des Problems, unter Anerkennung der vom Kapitalismus prinzipiell zu unterscheidenden Entwicklung und der offensichtlich gewordenen Stabilität sozialistischer Länder dennoch auf „natürliche Belange" nicht zu verzichten: In bezug auf die DDR wird stärker auf das aus der Vergangenheit Gemeinsame orientiert. „Wir kennen", führte W. Brandt 1974 aus, „die Unterschiede in den Gesellschaftssystemen der beiden deutschen Staaten; sie trennen uns stärker als die unterschiedlichen Auffassungen von der Nation." (57)

Die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit, d.h. die Untermauerung und Anwendung der These von der ‚einheitlichen Nation' ergibt das Spezifikum der DDR-Forschung gegenüber den sich aus den außenpolitischen Erfordernissen allgemein ergebenden Aufgaben der (übernationalen) ‚Kommunismusforschung'. Im Begriff von der ‚einheitlichen Nation' soll eine ideologisch tragfähige Basis des ‚Wandels' der DDR geschaffen werden. „Der Anspruch, *der* deutsche Modellstaat auf deutschem Boden zu sein, ist von der Bundesregierung explizit, jedoch nicht implizit aufgegeben worden." (58) Gegenüber der Forderung von CDU/CSU nach direkter auf die Isolierung der DDR gerichteter Außenpolitik ordnet der ‚demokratische Sozialismus' den Aspekt des ‚Nationalkommunismus' dem der ‚reformkommunistischen' Evolution der sozialistischen Länder in ihrer Gesamtheit unter. „Ein wesentliches Ziel der Ost-West-Politik der Bundesregierung ist daher darin zu sehen, die Einheit der Nation nicht nur als Fernziel offenzuhalten, sondern sie auf Wegen zu stärken, die uns ohne diese Politik verschlossen blieben ... Nicht Wandel oder Konvergenz werden zur Einheit der Nation führen, sondern der offene Wettbewerb zweier Gesellschaftssysteme in Deutschland." (59) Aus diesen Äußerungen P. Franks geht zugleich hervor, daß der Kampf sich nicht auf die ideologische Sphäre reduziert, sondern die ‚Evolution' der Gesamtgesellschaft betreffen soll.

53 Rede von E. Bahr 1973, a.a.O., S. 867.
54 P.Ch. Ludz: DEUTSCHLANDS ..., a.a.O., S. 17.
55 P. Frank: „Die Bundesrepublik im west-östlichen Spannungsfeld", in: AUSSENPOLITIK, Heft 3/1973, S. 297.
56 K. Sontheimer/W. Bleek, a.a.O., S. 10, 11.
57 W. Brandt: „Die Lage der Nation", in: DAS PARLAMENT vom 2.2.1974.
58 P.Ch. Ludz: DEUTSCHLAND ..., a.a.O., S. 99.
59 P. Frank: „Die Bundesrepublik ...", a.a.O., S. 22, 23.

Die CDU/CSU-Kritik hinsichtlich der *Außen*politik beruht im Grunde nur auf anderen Vorstellungen von der Form der Einwirkung auf die DDR. Während CDU/CSU auf eine härtere Außenpolitik dringen, verbindet der ‚demokratische Sozialismus' diese differenziert mit seinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen des ‚dritten Weges'; in Anbetracht der globalen Strategie könne der Schwerpunkt „... nicht Außenpolitik, sondern nur Gesellschaftspolitik sein, die den gesellschaftlichen Gegensatz zwischen den beiden Blöcken überwindet." (60)

**Zur Ideologie als Instrument der Außenpolitik**

Schon 1963 hatte W. Brandt festgestellt, daß bei strategischen Festlegungen „... nicht zuerst darüber nach(zu)denken (sei – W.W.), wie wir die Kommunisten beeinflussen könnten ...", sondern daß man auf die anderen Gruppen der Bevölkerung zielen müsse. (61) Auch der Begriff von der ‚einheitlichen Nation', den z.B. P.Ch. Ludz als vage und im Grunde als unwissenschaftlich ansieht, soll in der praktischen Anwendung die Wirkung zeitigen, die Bevölkerung der DDR für die westliche Gesellschaftsordnung zu gewinnen. „Gegenüber der SED", meint Ludz, „haben SPD und FDP wie auch CDU/CSU heute kein tragfähiges Konzept der Nation anzubieten ... in der Realität schrumpft die Nation für die bundesdeutschen Politiker auf die Feststellungen von Gemeinsamkeiten in Sprache, Kultur und Geschichte – und auf die Möglichkeiten der Begegnung zusammen." Deshalb ist für die Politik der Bundesregierung „Nation ... nicht in erster Linie eine Formel für die komplexe Substanz der Geschichte; vielmehr soll dieser ... Begriff sich an den ‚Erfahrungen der neuen Begegnungen' erproben. Mit diesen Worten hat Bundesminister Egon Bahr während der ersten Lesung des Grundlagenvertrages im Bundestag, im Februar 1973, die politische Stoßrichtung der Bundesregierung umrissen." Der Vorwurf von CDU/CSU bezöge sich auf das Interimistische dieses Konzepts. Ludz charakterisiert die (wissenschaftliche) Ebene, auf der man diese Konzeption anzusiedeln habe: Die Bundesregierung nutze „... eine im Psychologischen-Historischen wurzelnde Realität für sich." Damit setzt die Art der Beeinflussung der DDR-Bevölkerung wenig auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern bewußt auf die Aktivierung von Emotionen und Traditionen. Sozialpsychologie und Werbepsychologie werden zu legitimen Instrumenten dieses Konzepts. Drei Momente sind es vor allem nach P.Ch. Ludz, auf denen diese Konzeption zum Tragen kommen soll:

- „... die Möglichkeiten der Begegnung ... (können) nicht hoch genug eingeschätzt werden." Insbesondere der von der Bundesregierung gezeigte Wille zur Normalisierung soll die BRD für die DDR-Bürger attraktiv machen.
- Die so zu erringende Anziehungskraft hätte „... die Abgrenzung vom Staatssozialismus sowjetischen Typs gefördert." Das hier sichtbare ‚Erosions'-Konzept will Ludz durch die Demonstration der „... Sicherheit des Einzelmenschen im freiheitlichen Rechtsstaat ..." intensivieren. Paradoxerweise gibt er „sozialpolitische Initiativen der Bundesregierung (Boden- und Mietrecht, Mitbestimmung, Bildungs- und Ausbildungsrecht)" an, soziale Bereiche, in denen (auch nach Aussagen bürgerlicher Wissenschaftler) die DDR als Vorbild gilt.
- Erst bei Begegnungen könnten die Bürger beider Staaten sich als jeweils Deutsche fühlen; sie würden ihre stärkeren Gemeinsamkeiten, als die mit z.B. „Franzosen, Russen oder Amerikanern", gezwungenermaßen registrieren. (62)

60 H. Heimann: „Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands durch demokratischen Sozialismus. Antworten auf die Kritik an den ‚Anregungen zu einer konkreten Utopie' ", in: DAS PARLAMENT vom 19.5.1973, Beilage, S. 27.
61 W. Brandt: KOEXISTENZ ..., a.a.O., S. 37.
62 Vgl. P.Ch. Ludz: DEUTSCHLANDS ..., a.a.O., S. 97-101.



Schon in diesen Vorstellungen zeigt sich die enge Verbindung mit der Beeinflussung der eigenen Bevölkerung, die in zweifacher Weise Zielgruppe der ‚Kommunismusforschung' ist: Als Instrument der Übertragung von Ideologie und zur innenpolitischen Stabilisierung. Offensichtlich ist der Zusammenhang von Realität und Wissenschaft hier nicht als Darstellung tatsächlicher Entwicklungen mit Hilfe von Forschungsergebnissen aufgefaßt. Die vorgegebene Interpretation der Realität läßt Schlußfolgerungen für den Erkenntniswert der ‚Kommunismusforschung' zu.

**‚Dritter Weg' als außen- und innenpolitische Problembewältigung**

Ist somit von einer Taktik der ‚Entideologisierung' hinsichtlich der DDR-Bevölkerung wenig zu spüren, so legt P.Ch. Ludz umso mehr Gewicht auf die Feststellung, daß „einer Tendenz zur Versachlichung, Entideologisierung, ja Entpolitisierung der deutschen Frage ... in der Bundesrepublik eine Re-Ideologisierung gegenüber(steht)." (63)

Aus der Art der Begegnung sich verstärkender Opposition in der Bundesrepublik – die unmittelbar auf die eingeschränkte Wirkung des primitiven Antikommunismus zurückgeführt wird – ergeben sich die tatsächlichen Differenzen von CDU/CSU und Regierungsparteien. CDU/CSU sehen in der Politik des ‚dritten Weges' eine über den Rahmen des Möglichen hinausgehende Infragestellung des eigenen Systems. Der Neoliberalist W. Röpke bezeichnet es als einen der größten Triumphe des Kommunismus, „... daß es ihm gelungen ist, den Antikommunismus, die völlig illusionslose Kennzeichnung der bolschewistischen Gefahr, als Dummheit oder Bosheit oder eine Mischung von beiden auszugeben und das sogar zu einer heute fast bestimmenden Meinung ... zu machen." (64)

Ebenso macht P.Ch. Ludz die Revision eines undifferenzierten Antikommunismus für eine Gegenbewegung verantwortlich, die über die Kritik kapitalistischer Entwicklungstendenzen (als Beispiel gibt er die Chancenungleichheit im Bildungssektor an) zu einer ‚Re-Ideologisierung' der deutschen Frage führe. Sich verstärkende ideologische Probleme führt er auf zwei Ursachen zurück. Einmal werde Westdeutschland von internationalen Entwicklungen tangiert und sei „... in eine Entwicklungsphase eingetreten, in der seine Grundlagen und gesamte Gesellschaftspolitik und Wirtschaftsordnung zum ersten Mal nach dem Kriege infrage gestellt werden" (65), was sich in Perspektivlosigkeit und sichtbar werdenden Reichtumsunterschieden ausdrücke. Zum anderen „... beschäftigen sich (jetzt) gewisse Gruppen innerhalb und außerhalb der SPD mit den Verhältnissen in der DDR; sie vergleichen Programm und Wirklichkeit des ‚ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden' miteinander und setzen sie zur Bundesrepublik in bezug." Bestimmte Veränderungen in der DDR würden ausdrücklich begrüßt, „so vor allem die Verstaatlichung der Industrie und des Bank- und Kreditwesens. Damit verschaffen sich Teile der westdeutschen Linken eine Abstützung ihres – bisher eher konfusen – Programms; damit wollen sie auch ihre Isolierung in der Bundesrepublik durchbrechen." (66) Diese ‚Re-Ideologisierung' dürfe aber nicht mit den Intentionen der Regierung verwechselt werden, die auf ‚Versachlichung' zielen. (67)

63 Ebenda, S. 113.
64 W. Röpke, in: „Was müssen wir für die Freie Welt tun?", Aktionsprogramm sozialer Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 24, Ludwigsburg 1965, S. 10.
65 Vgl. P.Ch. Ludz: DEUTSCHLANDS ..., a.a.O., S. 111, 112.
66 Ebenda, S. 112, 113.
67 Indirekt schafft P.Ch. Ludz in diesen Aussagen die Verbindung zwischen den sich bedingenden Funktionen der ‚Entideologisierungs'-These, der Förderung einer passiven Haltung in Hinsicht auf die Widersprüche des kapitalistischen Systems und der Abgrenzung gegen das Beispiel DDR und den Marxismus-Leninismus.

Während die von P.Ch. Ludz aufgezeigte Entwicklung scharfe Reaktionen von CDU/CSU hervorruft, faßt Ludz sie als unvermeidliche Begleitumstände einer dennoch optimalen Politik des ‚demokratischen Sozialismus' auf. Wegen des Funktionsverlustes der ‚Entideologisierungs'-These dürften SPD und FDP in ihrer Gesellschafts- und Sozialpolitik die Sehnsucht der Bürger „... nach einer evolutionären, offenen Philosophie des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts ..." nicht enttäuschen. (68) Entgegen der Einseitigkeit von CDU/CSU, die „ ‚Demokratie' und ‚Sozialismus' als unvereinbare Prinzipien nebeneinandersetzt" müsse eine Philosophie des „Gemeinwohls" und des „Gesamtinteresse(s) der Gesellschaft" vertreten werden. Der BRD-Bürger müsse fähig werden, die Probleme des Alltags „... mit einer solchen, aus einer demokratischen und liberalen Tradition behutsam angebotenen Philosophie bewältigen (zu – W.W.) können. Das ist unser Ziel." (69) Die differenzierte Aufnahme der innenpolitischen Problematik, d.h. die Berücksichtigung der in der Konzeption des ‚dritten Weges' unmittelbar enthaltenen ‚Selbstkritik' der bürgerlichen Gesellschaft, ist eine wichtige Vorgabe für die gegenwärtige DDR-Forschung. Die Entwicklung der DDR sei hierbei durchaus zu trennen von den Widersprüchen im ideologischen Bereich der BRD-Gesellschaft. Denn „... die realistischere Einschätzung der DDR und ein neu erwachendes Interesse der Bundesdeutschen am anderen Deutschland ..." sei nicht notwendig Ursache für eingeschränkten Antikommunismus und ‚Re-Ideologisierung'. (70) Womit der Stellenwert des DDR-Bildes angedeutet ist, welches von der DDR-Forschung erarbeitet wird. Die Anforderungen des ‚demokratischen Sozialismus' ergeben sich ja in ihrem Kern aus dem Argument, daß das Unterschreiten eines bestimmten Grades von Realität eine unzureichende Massenwirksamkeit nach sich zieht.

Die in den 60er Jahren einsetzende Korrektur der DDR-Darstellung erfüllte insbesondere zwei Aufgaben, die über die 60er Jahre hinaus aktuell geblieben sind. Diktiert waren diese Teilkorrekturen durch die Anpassung an die weltpolitische Lage und das Bestreben, in der Bevölkerung genügend Resonanz zu finden. Einerseits hatte die realistischere Darstellung der DDR die Erfordernisse einer ‚neuen Ostpolitik' für die Bevölkerung einsichtig zu machen (als eine Auswirkung können die Sympathiestreiks zugunsten der SPD/FDP-Koalition im Jahre 1972 angesehen werden); andererseits dienten die weiterhin vorhandenen Entstellungen und spezifischen Interpretationen in den DDR-Darstellungen zur Vorbereitung der BRD-Bevölkerung auf die Konfrontation mit der Realität der DDR selbst. Damit wurde dem entsprochen, was P.Ch. Ludz bezeichnete als in der DDR „... zu beobachtende Ausdrucksformen eines gestiegenen Selbstbewußtseins, des Stolzes auf die eigene Leistung. Während also große Teile der Bevölkerung nach wie vor nicht bereit sind, die SED in ihren politischen (!) Aktionen voll zu unterstützen, nehmen sie doch Anteil an der Entwicklung der DDR-Gesellschaft." (71) Ein Besucher aus der Bundesrepublik dürfte weder besonders überrascht von den tatsächlichen Entwicklungen in der DDR sein, noch sollte er die Fähigkeit verlieren, zum ideologischen Wandel der DDR beizutragen. Eine wichtige Funktion in dieser Hinsicht erfüllten in den 60er Jahren die an kapitalistischen Maßstäben gemessenen Vergleiche; z.B. die eines ‚Wirtschaftswunders' hüben und drüben, welche weder die unterschiedlichen Ausgangspositionen der beiden deutschen Staaten in Rechnung stellten, noch die verschiedenen Zielstellungen der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen einbezogen.

Diese Art des Systemvergleichs stößt seit Beginn der 70er Jahre auf Widerstand. Die Berücksichtigung innerpolitischer Konflikte und offensichtlicher gewordener Tendenzen der

68 Ebenda, S. 120, 121.
69 Ebenda, S. 122.
70 Vgl. Ebenda.
71 P.Ch. Ludz, Einleitung zu: WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN DER DDR, München 1971, S. 20.



DDR-Entwicklung erfordern einen erneuten Anpassungsprozeß an die weltpolitische Lage. Charakteristisch für diese Tendenz ist die Kritik H. Lippmanns, der fordert, „... Systemgegenüberstellungen (sollten) nicht immer vom Objekt her deckungsgleich sein. Vielmehr kommt es auf die Wertung des gesamten Lebensstandards der Bevölkerung an ... Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse in der DDR sollten nicht mit westlichen Maßstäben gemessen werden, sondern müßten am Eigenmodell analysiert werden." (72) Die erforderliche Korrektur der DDR-Forschung löste auf dem Hintergrund des Grundlagenvertrages Diskussionen aus, die weitgehend gefärbt sind durch die Konzeption des ‚demokratischen Sozialismus'. D.h., die exaktere Analyse „... schließt ideologische Konfrontation nicht aus, sondern ermöglicht sie erst, da nur so ein klares Bild zu gewinnen ist. Das verhängnisvolle Selbstbelügen sollte aufgegeben und eine realistischere Einschätzung ermöglicht werden." (73)

### 2. Zu neueren Problemen der DDR-Forschung

Der inhaltliche und organisatorische Umorientierungsprozeß der DDR-Forschung ist auch gegenwärtig nicht abgeschlossen. In einer im ‚Deutschland Archiv' im Jahre 1973 geführten Diskussion um „Aufgaben und Ziele der DDR-Forschung heute" werden als wesentliche Momente, von denen her die weitere Entwicklung der DDR-Forschung bestimmt sein soll, angegeben:

- Der Stellenwert der DDR-Forschung hinsichtlich der Situation nach Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR;
- die Effektivierung der DDR-Forschung durch Differenzierungen in der Verbindung zur Politik;
- der Zusammenhang von DDR-Forschung und anderen Wissenschaftsdisziplinen.

#### DDR-Forschung und Politik

Wie die DDR-Forscher selbst hervorheben, ist es auch gegenwärtig die Politik, die in der DDR-Forschung ihren Niederschlag finden soll. Mußte die Bundesregierung ihre Rolle des ‚Störenfrieds' überwinden, im Nachhinein muß es auch die Forschung. „Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik ... und der DDR soll sich nach den Vorstellungen der Vertragspartner auch auf die Wissenschaft auswirken." (74) Zusammen mit der Ableitung von Erfordernissen aus der politischen Situation sind es die Lehren aus der Vergangenheit der ‚Kommunismusforschung', die den Hintergrund für die Versuche einer erneuten Fixierung des Verhältnisses von DDR-Forschung (bzw. der Person des Forschers) zur politischen Exekutive abgeben. Wie P.Ch. Ludz konkretisiert, haben die Forschungsinstitute und Forscher zu beachten, „... daß mit der Herausbildung dessen, was heute ‚Ostpolitik' genannt wird, die DDR-Forschung neue Aspekte gewonnen hat und sich weiterentwickeln wird – ebenso wie sich diese Politik entwickelt. Das ‚Nebeneinander' der beiden deutschen Staaten, das einmal zu einem ‚Miteinander' führen soll, hat viele Facetten und Aspekte." (75)

Ein sich zuspitzender Konflikt, oder mit P.Ch. Ludz ausgedrückt, die zu verzeichnenden „Konkurrenzkämpfe zwischen den DDR-Forschern" (76), ergibt sich aus traditionell an

72 H. Lippmann: „Der Grundlagenvertrag und die DDR-Forschung", in: DA, Heft 5/1973, S. 501, 502.
73 Ebenda, S. 502.
74 H. Weber: „Die DDR-Forschung nach dem Grundvertrag", in: DA, Heft 6/1973, S. 587.
75 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der DDR-Forschung", in: DA, Heft 5/1973, S. 488.
76 Ebenda.

der früheren Stoßrichtung der DDR-Forschung (bzw. ‚Ostforschung') orientierten und den auf flexiblere Anpassung drängenden Strömungen; ein kontroverser Prozeß, der sich notwendig aus der engen Verbindung der DDR-Forschung mit der praktischen, aktuellen Politik ergibt. „Der Konflikt", stellte W. Maibaum 1972 als Studienleiter des Ostkollegs der Bundeszentrale für Politische Bildung fest, „zwischen denen, die aus persönlichem Engagement und mit tatkräftiger Unterstützung offizieller Stellen die DDR-Forschung in den Jahren des Kalten Krieges getragen haben, und einer Anfang der 60er Jahre noch kleinen, inzwischen jedoch beachtlichen Gruppe von Soziologen, Politologen, Pädagogen und Historikern, die die DDR-Forschung für sich weitgehend als freies Feld der Wissenschaft entdekken, war unausweichlich." (77)

Die Varianten der DDR-Forschung werden insbesondere nach der Direktheit ihres Wirksamwerdens in der Auseinandersetzung mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung unterschieden. „Manche", polemisiert P.Ch. Ludz, „die heute bei den Geldgebern in Bonn ebenso wie bei gewissen Kreisen aus Wissenschaft und Forschung in Ostberlin Kontakt und Kommunikation suchen, wollten noch vor einigen Jahren in die DDR, damals ‚Mitteldeutschland' genannt, ‚hineinwirken'." (78)

Nach den 50er Jahren begrüßt W. Bergsdorf eine zweite Phase der DDR-Forschung, in der „die detaillierte politische Zielsetzung" der 50er Jahre verschwamm. Zugleich warnt er für die Zukunft vor einem apolitischen Wissenschaftsverständnis, eingedenk der unrühmlichen Rolle, die diese Auffassung in der deutschen Wissenschaftsgeschichte unseres Jahrhunderts gespielt hat. (79)

Daß die DDR-Forschung politisch motiviert ist und auch sein sollte, wird grundsätzlich nicht bestritten. „Man darf nie vergessen, daß alles, womit DDR-Forschung zu tun hat, seine weltanschaulichen und politischen Hintergründe und Bezüge hat ..." (80) Auch nach der Auffassung von P.Ch. Ludz – als Vertreter einer Variante des Positivismus – „besteht eine solche Politik-Orientiertheit bei dieser Art Forschung stets in einem bestimmten Maße." (81) Die Meinung darüber, in welche Weise Politik und DDR-Forschung eine akzeptable Verbindung eingehen sollten, variiert entsprechend den politischen und methodologischen Richtungen. Während z.B. J.B. Gradl ein Freihalten der DDR-Forschung von der Politik, eine Beschränkung „... auf reine Sammlung von Tatsachen und ihren politisch sterilen Vergleich ..." (82) ablehnt, hat nach P.Ch. Ludz „... die DDR-Forschung *als Forschung* zunächst keine direkten politischen Aufgaben." (83), um zwei Extreme – die allerdings beide von der Rentabilität politischer Verwertbarkeit ausgehen – anzudeuten. Im

77 W. Maibaum: „Konzeption und Schwierigkeiten der DDR-Forschung", in: POLITISCHE BILDUNG, Heft 2/1972, S. 3.

78 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 489.
W. von Bredow, der den „Veteranen" der ‚Kommunismusforschung' die unüberwundenen eigenen Vorurteile vorwirft, kennzeichnet die Stoßrichtung der Vergangenheit als „Hoffnung auf die systemsprengende Kraft des osteuropäischen Nationalismus, die der eine oder andere höchst interessierte Beobachter Osteuropas bis noch vor kurzem gehegt hat ..." Der Beweis, daß sich diese Hoffnung „wohl endgültig als obsolet erwiesen hat ...", müßte indes erst erbracht werden. (W. von Bredow: „Die DDR als Forschungsobjekt", in: DA, Heft 8/1973, S. 822, 823.)

79 Vgl. W. Bergsdorf: „Eine dritte Phase der DDR-Forschung?", in: DA, Heft 6/1973, S. 591, 592.

80 J.B. Gradl: „DDR-Forschung als eigene Aufgabe", in: DA, Heft 5/1973, S. 487.

81 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 492.

82 J.B. Gradl: „DDR-Forschung als ...", a.a.O., S. 487.

83 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 492.



Zentrum der Überlegungen dieser in wissenschaftstheoretischer Hinsicht unergiebigen Reflexion über die Politabhängigkeit steht in der Regel das Verweisen auf die „Verwertbarkeit" (Zimmermann), den „Verwertungszusammenhang" (Burrichter). Die Aufträge durch die politische Administration (bei Vorbehalt pluralistischer Lösungsversuche) oder – deutlicher – die Finanzierung werden zu primären Problemen. (84) Wissenschaftstheoretische Argumente werden – wenn überhaupt – höchstens angedeutet.

Die Notwendigkeit, daß auf die politischen Vorgaben mit einer gewissen Flexibilität reagiert werden sollte, wird unabhängig von den verschiedenen Standpunkten gefordert, wobei unterschiedliche Gründe angeführt werden:

– Die Einseitigkeit der Forschungsergebnisse – hervorgerufen durch die starre Verbindung von Politik und Forschung – muß überwunden werden. Die DDR-Forschung sollte, wie P.Ch. Ludz schreibt, keine direkten politischen Aufgaben erfüllen, „Forschungsergebnisse können und sollten jedoch den Trägern der politischen Entscheidung zur Verfügung gestellt werden – schon deshalb, um Tabus und falsche Vorstellungen abzubauen, Wunschträume zu zerstören und politischen Entscheidungen ein Höchstmaß an Rationalität und Transparenz zu verleihen." (85)

– Viele Forscher finden sich heute – nach ihren Aussagen zu eigener Überraschung – in die Kategorie der ‚kalten Krieger' eingereiht, oder sind der zukünftigen ‚Verwertung' ihrer Arbeiten gegenüber skeptisch geworden. Die Politik, beklagt W. Bergsdorf, „... überläßt die DDR-Forschung sich selbst und nimmt dann mehr oder weniger staunend ihre Resultate zur Kenntnis und verwendet sie eklektisch, immer nur dann und so weit, wie es ihr die aktuelle politische Diskussion erlaubt." (86) Will man mit W. von Bredow annehmen, daß nur eine Minderheit der ‚Kommunismusforscher' die Unterminierung des Sozialismus *bewußt* betrieben hätte („mit Sicherheit z.B. ... Walt W. Rostow ..." und „... diejenigen Politik-Berater im Umkreis der amerikanischen Administration, die zu Beginn der sechziger Jahre eine ‚Auflockerungs'-Politik gegenüber Osteuropa konzipierten ..."), dagegen „die Mehrheit westlicher Konvergenztheoretiker ... über lange Jahre hinweg keineswegs sensibel für die strategischen Möglichkeiten ihrer Hypothesen" gewesen sei (87), dann sollten Schlußfolgerungen darüber angestellt werden, daß Ideologie – einschließlich der theoretischen Konzeptionen – keineswegs notwendig auf die Bewußtheit der Forscher angewiesen ist.

  Auf dieser Ebene ist die Diskussion nicht geführt worden. Im Gegenteil wurden pragmatische Lösungen angeboten. „Voraussetzung für die erfolgreiche Fortsetzung dieser Entwicklung (zur Sachlichkeit – W.W.)", so H. Lippmann, „ist jedoch die strenge Trennung der DDR-Forschung in der Bundesrepublik von der durchaus legitimen politischen Auseinandersetzung mit dem anderen System ..." (88) Am deutlichsten führt J.B. Gradl aus: „Natürlich muß man die Sorge von Wissenschaftlern verstehen, die mit ihrer Arbeit nicht als Werkzeuge kalten Krieges, polemischer Agitation und psychologischer Kriegsführung mißbraucht werden wollen. Dies kann in der Tat nicht Sache der DDR-For-

84 Nicht umsonst findet es H. Lippmann erfreulich, wenn er auf den DDR-Wissenschaftler H. Bertsch verweisen kann, der bemerkt, einzelne Wissenschaftler in der BRD könnten auch bei sachlicher DDR-Forschung „Auftrag und Entgelt" sichern. Vgl. H. Lippmann: „Der Grundvertrag ...", a.a.O., S. 499; H. Bertsch: „Rolle und ...", a.a.O., S. 4, 10.

85 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 492.

86 W. Bergsdorf: „Eine dritte Phase ...", a.a.O., S. 592.

87 W. von Bredow: „Abgrenzung und ...", a.a.O., S. 255.

88 H. Lippmann: „Der Grundvertrag ...", a.a.O., S. 500.

schung sein. Das politische Ringen, das ist Sache der Politik und der Politiker. Die DDR-Forschung soll Sacherkenntnisse und abgewogene Urteile leisten, nicht Propaganda liefern." (89) Den Kern dieser Aussage kann man sich verdeutlichen, wenn man beachtet, daß Gradl die Aktivitäten des Forschungsbeirates z.B. nie als Propaganda ansah. (90)

W. von Bredow vertritt die Auffassung, Marxisten würden den bürgerlichen Verfechtern der Konvergenztheorien „... allzuoft ein Problembewußtsein auf diesem Gebiet (unterstellen), das sie gar nicht besitzen." (91) Die Wissenschaftler sozialistischer Länder unterscheiden aber bekanntlich – eine Grundlage der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie und Ideologiekritik – das Bewußtsein der Einzelperson von den gesellschaftlich herrschenden Ideen als Widerspiegelung der objektiven materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft. (92) Zur Charakterisierung der grundlegenden theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der ‚Kommunismusforschung' ist daher von den individuellen Beweggründen durchaus zu abstrahieren – was das reale Leben ohnehin tut. Ob die „... Zuweisung (bestimmter politischer Funktionen – W.W.) in einzelnen Fällen mit den Absichten der betroffenen Wissenschaftler übereinstimmt oder nicht ..." (93), ist folglich (für den Marxisten) ein Problem, welches auf einer anderen wissenschaftlichen Ebene anzusiedeln ist.

– Neben der Berücksichtigung einer für die Bevölkerung der BRD (nach Ansicht der DDR-Forscher) adäquaten Darstellung des Sozialismus beinhaltet die ‚Anerkennung' der DDR-Wissenschaft – den Wissenschaftlern aus der DDR sollte „... mehr Gelegenheit gegeben werden, ihren Standpunkt in der Bundesrepublik zu vertreten ... Diesem parteilichen Disput müssen wir uns stellen, wenn er auch nicht mit unserem Wissenschaftsbegriff übereinstimmt" (94) – zugleich die Abgrenzung vom Marxismus-Leninismus innerhalb der Bundesrepublik. „Da in der Gegenwart", gibt L. Bress zu bedenken, „nur an Reformuniversitäten mit eindeutiger politischer Orientierung diese Anforderungen (gemeint ist die kontinuierliche Erarbeitung der DDR-Theorie – W.W.) aufgenommen werden, wird manch ein Bundesbürger über die eines Tages anlaufende Informationspolitik über die DDR in Erstaunen geraten ..." (95) Auch P.Ch. Ludz nennt von den Größen, die die DDR-Forschung „nachhaltig beeinflußt haben und weiterhin beeinflussen werden", an erster Stelle die seit 1968/69 veränderte universitäre Lage, durch die DDR-Forschung nur unter Schwierigkeiten betrieben werden könne. (96)

Während einerseits zur Behebung dieser ‚Schwierigkeiten' eine stärkere Zentralisierung der DDR-Forschung gefordert wird (z.B. von Bress), plädieren andere für eine an den Universitäten betriebene Forschung. In Anbetracht der in der BRD zutagegetretenen Konflikte schlägt H. Zimmermann vor, man müsse bestimmten Teilen der jungen Generation „Einsicht in die Komplexität moderner Industriegesellschaften" verschaffen.

89 J.B. Gradl: „DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 487.
90 Vgl. ebenda.
91 W. von Bredow: „Abgrenzung und Entspannung ...", a.a.O., S. 255. Ebenso W. Pfeiler: „Über den politischen Wert ...", a.a.O., S. 497.
92 Vgl. V. Wrona: „Die Offensive des Marxismus-Leninismus und die Krise der Ideologie des Imperialismus", in: EINHEIT, Heft 4/1973, S. 393, 394. „Diese Mystifikation ist selbst wiederum kein Produkt der Willkür, sondern resultiert aus der objektiven Erscheinungsweise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, aus der Warenproduktion und dem Warentausch." (Vgl. ebenda).
93 W. von Bredow: „Die DDR als ...", a.a.O., S. 823.
94 H. Lippmann: „Der Grundvertrag ...", a.a.O., S. 500.
95 L. Bress: „Hat die ‚DDR-Forschung' ...", a.a.O., S. 720.
96 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 488.



(97) Das Anwachsen des Marxismus in der BRD sieht er „... nicht zuletzt aus der mehrheitlich arroganten (weil pauschalen und unseriösen) Leugnung des erkenntnisaufschließenden Gehalts Marxscher Fragestellungen in den ersten Jahrzehnten nach 1945". Gerade die DDR-Forschung könnte „... zu größerer Realitätsbezogenheit ... veranlassen", indem die DDR entsprechend dargestellt wird. (98) Bei einer an den Universitäten betriebenen DDR-Forschung sieht G. Neugebauer keine Apologeten am Werk: „Diese konnten auf Forschung ruhig verzichten, da ihr Bild ohnehin vorbestimmt ist." (99)

Die (wissenschaftliche) Lösung dieses Problems zeichnet sich bei W. Bruns ab, der „verschiedene Richtungen und Tendenzen der ‚DDR-Forschung' " aufzeigt, die sich bei ihm aus der Richtung der ‚Kritik' (von rechts oder links) und der Wertfreiheit ergeben. Die „apologetische DDR-Forschung" klammert er aus, denn „in diesem Genre figurieren die DDR und die Sowjetunion als der bereits materialisierte Sozialismus. Die Verhältnisse dort werden folglich als vorbildlich für die kapitalistischen Staaten rezipiert und propagiert." Diese „Affirmative Verblendung" hat demzufolge aus dem Rahmen einer – im übrigen von ihm selbst geforderten – parteilichen Wissenschaft zu fallen. (100) Trotz Anerkennung von parteilicher Wissenschaft (in oben gezeigter pragmatischer Fassung (101), geforderter Kooperation mit Wissenschaftlern aus der DDR und proklamiertem Wissenschaftspluralismus ist damit der Versuch unternommen, dennoch den Marxismus-Leninismus mit wissenschaftlicher Begründung auszuschließen.

**Bürgerliche Gesellschaftstheorie und Analyse des Sozialismus**

Die verschiedenen Argumente zur Frage des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik sind also nicht auf der grundsätzlichen Ebene der Parteilichkeit der DDR-Forschung angesprochen worden. Allerdings lassen sich Problematisierungen in dieser Richtung konstatieren. M. Ackermann wirft die Frage auf, inwieweit die Einstellung des einzelnen DDR-Forschers gegenüber der aktuellen Politik auch seine wissenschaftliche Methodik beeinflußt; (102) G. Neugebauer sieht die Gefahr, „... der DDR stets äußerlich zu bleiben"; (103) und W. Bergsdorf nimmt an, daß „... die wissenschaftstheoretische Diskussion die These des Geburtsfehlers politisch motivierter Forschung so zerzaust (hat), daß heute die Antithese gelegentlich ernsthaft diskutiert wird, nach der nur eine an politischen Zielsetzungen ausgerichtete Forschung den Ansprüchen einer Wissenschaftlichkeit gerecht zu werden vermag.

97 H. Zimmermann: „Zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung", in: DA, Heft 7/1973, S. 714.
98 Ebenda, S. 715.
99 G. Neugebauer: „DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 1038.
100 Vgl. W. Bruns: „Richtungen und Probleme der DDR-Forschung ...", in: DA, Heft 6/1973, S. 595-597.
101 Die Oberflächlichkeit von Auffassungen über Parteilichkeit dokumentiert sich in der Erkenntnis H. Webers, die DDR sei „... eine ausgesprochen politisch verfaßte Gesellschaft ...", woraus sich der Zusammenhang von Politik und DDR-Forschung begründe. Ebenso zielt die Aussage K. Erdmanns, „Forschung über Bereiche eines Staates, der das Primat der Politik auf seine Fahnen geheftet hat, kann wohl kaum unpolitisch betrieben werden ..." direkt auf die Abtrennung des Zusammenhangs von DDR-Forschung und Politik einerseits und dem Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaft andererseits, ab. (H. Weber: „Die DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 588; K. Erdmann: „Kritische Analyse unerläßlich", in: DA, Heft 6/1973, S. 599).
102 Vgl. M. Ackermann: „Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und den DDR-Forschern", in: DA, Heft 6/1973, S. 589.
103 G. Neugebauer: „DDR-Forschung nur Büttel der Politik?", in: DA, Heft 10/1973, S. 1038.

Noch hat die Parteilichkeit als Qualitätsmerkmal der Wissenschaft nicht Eingang gefunden in unser Mobiliar von Vorurteilen." (104)

Wie eine „nicht äußerliche" oder „parteiliche" DDR-Forschung zu bestimmen sei, wird aber nicht zum Problem der Determiniertheit durch relevante sozialökonomische Gruppierungen, sondern den Hintergrund bilden die von dem gesamtgesellschaftlichen Bezug abstrahierten Vorgaben durch die politische Exekutive. Sieht man ab von dem Beitrag J.B. Gradls und besonders dem K.C. Thalheims, der sich unter Berufung auf das Urteil des BVG im Rechtsstreit um den Grundlagenvertrag gegen eine Neufixierung der DDR-Forschung stellt, (105) dann ist die Zukunftsvorstellung am besten charakterisiert durch den Vorsatz: „Nach dem Grundvertrag verlangt die neue Etappe des ‚friedlichen' Wettbewerbs von der DDR-Forschung eine realistischere Beurteilung der DDR." (106)

In dem Streit um die Neuorientierung der DDR-Forschung fällt allgemein auf, daß die grundlegende Gesellschaftstheorie, auf deren Basis DDR-Forschung begründet werden soll, kaum ins Blickfeld gerückt wurde. Ebenso werden weltanschauliche Grundlagen nur an der Oberfläche berührt. So z.B. wenn M. Ackermann mögliche Bewertungen der Befürworter der Normalisierung unterscheidet: „Wer unerwünschte gesellschaftspolitische Veränderungen befürchtet, verhält sich skeptisch abwartend. Für wen es sich lediglich um einen außen- und sicherheitspolitischen Vorgang handelt, der nimmt die Tatsachen zur Kenntnis, ohne gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen zu ziehen. Eine dritte Gruppe begrüßt die Politik und nimmt sie als auslösendes Moment für gesellschaftspolitische Veränderungen sowohl in außen- wie innenpolitischer Hinsicht." (107)

Die Diskussion um die wissenschaftstheoretisch richtige Vorgehensweise der DDR-Forschung, die einen breiten Raum einnimmt, wird relativ abgehoben geführt von dem (unterstellten) theoretischen Gesellschaftsmodell, zugleich Ausdruck einer spezifischen Auffassung von dem Zusammenhang von Methode und Gesellschaftstheorie. Ohne auf deren gegenseitige ‚Bereicherung' genauer einzugehen (108) – die auch nicht expliziert wird – erweist sich die ‚Industriegesellschafts'-Theorie (wenn auch oft nur indirekt) als die zugrundeliegende allgemeine Gesellschaftstheorie. Eine an den Entwicklungsphasen der ‚Kommunismusforschung' (letztlich an der jeweiligen Reflexion des internationalen Kräfteverhältnisses) orientierte Dreiteilung nimmt M. Ackermann vor. Er unterscheidet nach dem Maßstab der ‚Kommunismusforschung' („Der idealtypische Bezugspunkt für die DDR-Forschung ist die BRD, eine Sache ‚an sich', die DDR selbst"):

104 W. Bergsdorf: „Eine dritte Phase ...", a.a.O., S. 592.
105 Vgl. K.C. Thalheim: „Zur Notwendigkeit und zu den Aufgaben der DDR-Forschung", in: DA, Heft 9/1973, S. 916 ff.
106 H. Weber: „Die DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 589.
107 M. Ackermann: „Die Normalisierung ...", a.a.O., S. 589.
108 Auf die welthistorischen Zusammenhänge der modernen Wissenschaftsdebatten gehen Domin u.a. ein, wobei sie diese neben dem Anknüpfen an traditionelle Wissenschaftsvorstellungen wesentlich als durch die Entwicklung des Sozialismus diktiert analysieren. Die gegenseitige Beeinflussung von Gesellschaftsauffassung und Wissenschaftsbestimmung (wobei die ‚soziale Bestimmung' stärker betont wird) führt letztlich zur Verschiebung der Abstraktionsebene der Gesellschaftsauffassung selbst. Andererseits soll eine Erweiterung der Zielgruppe z.B. positivistischer Argumentationen durch die Verflechtung mit gesellschaftstheoretischen Aspekten ermöglicht werden, d.h. die technokratische Auffassung der Gesellschaftsentwicklung soll in ihrer ideologischen Wirksamkeit erhöht werden. (Vgl. G. Domin u.a.: BÜRGERLICHE WISSENSCHAFTSTHEORIE UND IDEOLOGISCHER KLASSENKAMPF, Berlin 1973, S. 15 ff.).



– „Eine *systemdifferente* Betrachtung der DDR geht konsequent von der eigenen Gesellschaftsvorstellung aus, macht diese allein zum Maßstab für Analysen und Wertungen. Daraus resultiert dann entschiedene Ablehnung der DDR, die Notwendigkeit der Abgrenzung, das pointierte Aufdecken von Fehlern und Schwächen, das Abschwächen von Vorzügen."

– „Eine *systemvergleichende* Betrachtung ist einerseits am ehesten auf die politische Normalisierung eingestellt. Sie geht aus von zwei Staaten und zwei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen." Neben der Gefahr „Unvergleichliches miteinander zu vermengen" („der ‚Sinn' eines Systems ... wird ausgeklammert") gerät der Systemvergleich durch den Versuch des Aufbaus einer systemübergreifenden Logik „in das Zwielicht beider Systeme".

– „Die *systemimmanente* Betrachtung hat – entgegen landläufiger Nach-Antikommunismus-Auffassung – noch gar nicht stattgefunden. Traditionell heißt systemimmanente Betrachtung: System‚vergleich' unter Weglassung der BRD. Die erst zu erstellende systemimmanente Betrachtung darf Marx oder Lenin nicht nur als Kirchenväter zitieren, sondern muß ausgehen von einem an den Schriften der Klassiker orientierten Begriff von Sozialismus ..." (109)

Der Systemvergleich gilt – bei Nichtangabe der Art der „systemübergreifenden Logik" und oft unter Hinweis auf dessen Problematik – als wichtigstes Vorgehen zur Analyse der DDR – innerhalb der „erkenntnistheoretischen Pluralität" (C. Burrichter). Wogegen die „systemimmanente" Betrachtungsweise aufgrund des unzureichenden „Begriffsverständnis(ses) der DDR-Kategorien" (Erdmann) bzw. der Klassiker des Marxismus-Leninismus als anstrebenswert bezeichnet wird.

Insbesondere der Versuch des Einbeziehens des Ziels oder des ‚Sinns' eines Systems gerät zu einem spezifischen Problem. Zugleich wird der Widerspruch zwischen der systemvergleichenden und systemimmanenten Betrachtung deutlich. Denn die Frage nach der Bewegung eines Gesellschaftssystems ist nur über die Analyse objektiver Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten in den verschiedenen Gesellschaftsformationen zu beantworten. Das heißt aber, diese müssen in ihren *wesentlichen* Triebkräften erfaßt werden. Worin sich diese Gesellschaften unterscheiden – und darauf nur kann sich der Vergleich stützen – ist aber eine Frage der Gesellschaftstheorie. Ist diese als ‚moderne Industriegesellschaft' in ihrem Kern vorgegeben, dann erlauben die Methoden lediglich eine Stützung dieser Theorie. Die (oberflächliche) Unterscheidung bestimmter politischer Strukturen oder anderer aus der Totalität einer Gesellschaftsformation herausgelöster Bereiche erzeugen ja letztlich jenes „beliebig manipulierbare DDR-Bild". (G. Neugebauer), oder eine „DDR-Sicht, in der eigene Wertvorstellungen alleiniger Maßstab sind" (H.Weber).

Die Notwendigkeit des Einbezugs der Dynamik des gesellschaftlichen Systems in der DDR ruft dagegen Modifikationen in der Methodologie hervor, was sich z.B. in der Kritik des ‚kritischen Positivismus' widerspiegelt. Werden die unter der Leitung von P.Ch. Ludz entstandenen „Materialien zur Lage der Nation" einerseits als Höhepunkt realistischer DDR-Forschung angesehen, so wird andererseits relativiert, hinsichtlich der Erfassung der Weiterentwicklung der DDR seien sie unzureichend. „Mit dem kritischen Positivismus ist allenfalls eine Beschreibung des Ist-Zustandes möglich", sieht W. Bruns die Grenzen des Ludz'schen Ansatzes. „Es werden lediglich Erscheinungen erfaßt, das Wesen bleibt weitestgehend unbefragt." (110) Die sich intensiv entwickelnden Wissenschaften in den sozialisti-

109 M. Ackermann: „Die Normalisierung ...", a.a.O., S. 590.
110 W. Bruns: „Richtungen und Probleme ...", a.a.O., S. 597.

schen Ländern, durch die „die (tatsächlichen und potentiellen) wissenschaftlichen Potenzen des Kapitalismus radikal beschränkt worden" sind (111), ruft den Zwang zum Vergleich von Wissenschaftssystemen hervor. Hierzu legt C. Burrichter den Forschungsansatz des ‚Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft Erlangen (IGW) dar, wobei er das Erkenntnisinteresse als vom „Charakter des Systemwettstreites bestimmt und motiviert" angibt. Er zeigt auf, „wie aufgrund des veränderten Charakters im Systemwettstreit für die DDR-Forschung die vergleichende Analyse notwendig wird." Die Forschungsarbeit legitimiert er (politisch) durch den „Qualitativen Wandel der Beziehungen der Systeme", wobei die Dominanz der Konfliktebene sukzessive zugunsten der konkurrierenden Beziehungen abgebaut wird." (112) Als Grundmodell des Sozialismus dient die ‚Industriegesellschafts'-Theorie, denn die kapitalistischen Gesellschaften „... sind in der Lage zu erkennen, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Probleme auch in anderen – in sozialistischen – Gesellschaften ansteht. Die Konflikte und Entwicklungsstörungen hochentwickelter Industriegesellschaften sind zunächst nicht typisch ‚sozialistischer' oder ‚kapitalistischer' Natur, sondern Folgen des wissenschaftlich-technischen und industriellen Reifegrads dieser Gesellschaften." (113) Der unterschiedliche politische Überbau der Systeme läßt sich nach Burrichter ‚umgehen', indem der Vergleich „... jetzt nicht mehr auf eine der beiden Vergleichsgrößen (BRD oder DDR) hin angelegt ... sondern an einer dritten, gemeinsamen Größe ausgerichtet" wird, den „spezifischen Lösungsversuche(n)" gesellschaftlicher Probleme. (114)

In großer Klarheit zeichnen sich bei C. Burrichter aber zwei weitere Aspekte der Analyse der DDR ab: Die Bestimmung des Verhältnisses der DDR zum Sozialismus als Gesellschaftssystem und das Begreifen der DDR als ‚Alternative' zur BRD.

**Probleme des zukünftigen ‚DDR-Bildes'**

In welchem Verhältnis die DDR zum Sozialismus (genauer: zur ‚sozialistischen Variante' der ‚Industriegesellschaft') stehen sollte, wird für die DDR-Forschung sowohl auf dem Hintergrund politischer Vorgaben (‚einheitliche Nation' bzw. in Relation zu ‚Gesamteuropa') als auch in bezug auf den organisatorischen Zusammenhang von DDR- und ‚Kommunismus'-Forschung diskutiert. Am eindeutigsten nimmt J.B. Gradl eine Abtrennung der DDR vor. „Wenn die DDR", schreibt er, „für uns in der Bundesrepublik ein fremdes Land, Ausland wäre, wie etwa die Sowjetunion oder Ungarn, dann wäre sie nicht Gegenstand eines besonderen Forschungsbereichs. Man würde bei uns die DDR-Entwicklung genauso zu verstehen, zu analysieren, zu interpretieren, zu beurteilen haben wie bei allen anderen Staaten, in denen Staat und Gesellschaft nach kommunistischen Ordnungs- und Wertvorstellungen gestaltet werden." (115) Die DDR sei dagegen ein Staat in Deutschland und gehöre „in den Gesamtzusammenhang der Nation". (116) Womit er – ähnlich argumentiert K.C. Thalheim (117) – in krasser Weise eine Einschränkung des Erkenntniswertes der DDR-Forschung vornimmt. Denn eine Überwindung der ‚wertfreien' Analyse solcherart unterstellt, eine in der BRD betriebene DDR-Forschung habe zu anderen Ergebnissen zu gelangen, als die anderer (kapitalistischer) Staaten.

111 R. Rilling: „Zur bürgerlichen Interpretation der DDR-Forschungspolitik", in: DAS ARGUMENT, Heft 73/1972, S. 509.
112 C. Burrichter: „Systemwettstreit und Systemvergleich. Anmerkungen zur vergleichenden Wissenschaftsforschung", in: DA, Heft 8/1973, S. 819.
113 Ebenda, S. 820.
114 Ebenda.
115 J.B. Gradl: „DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 485.
116 Ebenda, S. 486.
117 C.K. Thalheim: „Zur Notwendigkeit ...", a.a.O., S. 917 ff.



Dagegen zeichnet sich bei anderen eine differenziertere Vorgehensweise ab. (118) Ludz sieht den ‚nation-building'-Ansatz als Forschungsschwerpunkt neben anderen. Bress verlangt in Zusammenhang mit einer Zentralisierung der DDR-Forschung die Einordnung der „‚DDR-Forschung' in einen übergeordneten geographischen und politischen Zusammenhang" („Europa-Osteuropa/UdSSR"). Dadurch gewänne die DDR-Forschung „eine gewisse Autorität", da „diese aus dem Gravitationsfeld politischer Zwecke herausgenommen würde ..." (119)

Eine Bevorzugung der DDR als Forschungsobjekt anderer Art zeichnet sich z.B. bei H. Zimmermann ab. Ihm scheint die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR „besser als die Analyse anderer politischer und sozialer Systeme geeignet, die Problematik ebenso wie die Vorzüge und Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der eigenen politisch-sozialen Ordnung schärfer zu erkennen." (120) Die DDR habe u.a. ein ähnliches technologisches Entwicklungsniveau und die Materialbasis sei besser als die für andere Volksdemokratien. Die Entwicklungsschwierigkeiten kapitalistischer Länder und die Entwicklung sozialistischer Länder spiegeln sich (bezogen auf die BRD und DDR) unmittelbar wider. „Heute sieht sich die DDR-Forschung nicht nur in einem gewandelten außenpolitischen Kontext, sondern auch in einer veränderten innenpolitischen Situation. In ihr steht die DDR-Forschung erneut vor der Frage, ob und in welcher Weise sie gesellschaftliche Reformen befördern kann und will." (121) L. Bress sieht die Möglichkeit der „Aufdeckung von Alternativen in der Gesellschaftspolitik". „So hätten viele Irrtümer in der Hochschulpolitik vermieden werden können, wenn man die Hochschulreform in der DDR vorher studiert hätte." (122) Auch P.Ch. Ludz konstatiert einen „... Wettbewerb der beiden deutschen Staaten und Gesellschaftssysteme – ein Wettbewerb, der aufgrund der bestehenden weltpolitischen Lage vor allem ein Wettbewerb der ‚Lebensqualität' unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden sein wird." (123) Für Teile der DDR-Forscher findet somit das Problem der Übernahme von Elementen der sozialistischen Gesellschaft in die bürgerliche Eingang in die theoretischen Überlegungen zur Analyse der DDR. Neben der Tendenz der ‚Anerkennung' der DDR als integraler Bestandteil des Sozialismus als Weltsystem werden auf wissenschaftlicher Ebene auch Probleme der Entwicklung des Kapitalismus relevant. Die Notwendigkeit eines Zusammenbruchs des Sozialismus hat sich somit über den behaupteten Nachvollzug zu kapitalistischen Verhältnissen in einen Versuch der Überwindung von Schranken des kapitalistischen Systems selbst entwickelt. Die DDR-Forschung, schreibt G. Neugebauer, kann „... auf politischer Ebene nur dann eine Funktion haben, wenn die ‚Alternative DDR' Modellcharakter für eine nachkapitalistische Entwicklung der Bundesrepublik hätte." (124)

Nicht unwesentlich in der Selbstreflexion ist auch die Rolle der DDR-Forscher, die sich aus einer anzustrebenden Kooperation mit den Wissenschaftlern der DDR ergibt. Hier

118 W. von Bredow ist der Auffassung, „Das das ganz und gar und alle anderen Überlegungen zunächst aus dem Felde schlagende Besondere an der DDR ... mit dem Grundvertrag und seinem politischen Milieu nun aufgehoben" sei. (W. von Bredow: „Die DDR als ...", a.a.O., S. 823). Inwieweit dieser Ausgangspunkt zumindest bei einzelnen Forschern zum Tragen kommen wird, bleibt abhängig davon, ob der Ansatz für die DDR-Analyse (wie für die anderen sozialistischen Staaten) in dem Internationalen des Sozialismus gesehen wird.
119 L. Bress: „Hat die ‚DDR-Forschung'...", a.a.O., S. 485.
120 H. Zimmermann: „Zu einigen innenpolitischen ...", a.a.O., S. 716.
121 Ebenda, S. 714.
122 L. Bress: „Hat die ‚DDR-Forschung'...", a.a.O., S. 718.
123 P.Ch. Ludz: „Die Zukunft der ...", a.a.O., S. 493.
124 G. Neugebauer: „DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 1038.

wird der – bewußte oder unbewußte – Antikommunismus innerhalb der ‚Kommunismusforschung' zu einem spezifischen handicap. Denn, „es kann nicht geleugnet werden, daß die DDR-Forschung bis in die 60er Jahre hinein, vielfach auch gegen den Willen der beteiligten Forscher selbst, einen ausgesprochen ‚antikommunistischen' Effekt hatte." (125)

M. Ackermann konstatiert, wichtiger gegenüber der allgemeinen Frage nach dem Einfluß der Tagespolitik auf die DDR-Forschung sei die Frage, ob „... die DDR ihre Meinung über die DDR-Forschung überprüfen ..." wird. (126) In diesem Sinne fordert auch (selbstkritisch) H. Weber eine Revision der DDR-Forschung, die „nach dem Grundvertrag ihre Position zu verbessern ..." hat. „Die DDR-Forschung", macht er deutlich, „muß in erster Linie den zweifelhaften Ruf überwinden, ein Produkt des ‚kalten Krieges' zu sein. Daher muß sie jede Einseitigkeit, alle Spekulationen und jeden Propagandaverdacht vermeiden. Bei aller Notwendigkeit, die DDR kritisch zu betrachten, ist doch die Objektivität der Analysen und ihre wissenschaftliche Absicherung die Voraussetzung dafür, daß Diffamierungen abgewehrt werden. Das geschieht am wirkungsvollsten durch eine weitere Steigerung der Qualität der DDR-Forschung, eine Verbesserung ihrer Methoden und der Arbeitsweise." (127) Bezeichnenderweise macht er keine Aussage über das den Methoden zugrundeliegende theoretische Grundmodell des Sozialismus.

Als fatal empfindet es W. von Bredow, „... wenn auch in Zukunft DDR-Forschung in der Regel mit einer Wissenschaft assoziiert würde, die eigentlich nur Strategie sein will." (128) Mögliche strategische Hintergründe deuten sich (auf der Grundlage der kritischen Einschätzung der gegenwärtigen DDR-Forschung) allerdings bei L. Bress an, der eine Trennung von DDR-Wissenschaftlern vornimmt in Theoretiker, die in „SED-eigenen Instituten" arbeiten und den übrigen Gesellschaftswissenschaftlern (z.B. den am IPW tätigen). Dies Ausspielen von Wissenschaft gegen die Partei ist traditioneller Bestandteil der ‚Aufweichungs'-Taktik des sozialistischen Überbaus.

Die Grenzen hinsichtlich der notwendig gewordenen Präzision in der Aufarbeitung der Theorie des Marxismus-Leninismus ergeben sich aus der Zwiespaltigkeit objektiverer bzw. weniger verfänglicher Ansätze. Denn dieses Vorgehen sei „delikat, wegen des Zwanges, in mitunter fremden theoretischen Deduktionen mitzudenken ...". (129)

### 3. Schranken und Möglichkeiten der DDR-Forschung

Aufgabestellung der Arbeit war die Analyse von Tendenzen, die einer objektiven wissenschaftlichen Erforschung des Sozialismus durch die bürgerliche Wissenschaft entgegenstehen. Der in der neueren DDR-Forschung zu verzeichnenden Differenziertheit steht (auf wissenschaftlicher Ebene) weiterhin das die wesentlichen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus nivellierende theoretische Grundmodell, vor allem die ‚Industriegesellschafts'-Theorie, entgegen. „Die erkenntnishemmende Kraft bürgerlicher gesellschaftskonzeptioneller und sozialtheoretischer Doktrinen verhindert das Verständnis für die realen Prozesse in der sozialistischen Gesellschaft. Das trifft selbst auf Verfasser zu, die sich über die zwangsläufige Erfolglosigkeit einer illusionsbeladenen antikommunistischen Politik nicht im unklaren sind und für unvoreingenommene Forschungen plädieren. Sie sind Gefangene ihrer theoretischen Prämissen." (130) Dies vorausgesetzt und abgesehen von

125 H. Zimmermann: „Zu einigen innenpolitischen ...", a.a.O., S. 713.
126 M. Ackermann: „Die Normalisierung ...", a.a.O., S. 589.
127 H. Weber: „Die DDR-Forschung ...", a.a.O., S. 587.
128 W. von Bredow: „Die DDR als ...", a.a.O., S. 824.
129 L. Bress: „Hat die ‚DDR-Forschung'...", a.a.O., S. 719.
130 K. Zeisler: „Genesis und Funktionen der gegenwärtigen imperialistischen ‚Kommunismusforschung' ", in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, Heft 10/1973, S. 1179.



traditionell reaktionären Strömungen, finden sich unter den DDR-Forschern einerseits Teile, die alte Ziele nur effektiver verfolgen wollen, und andere, die zur Vertiefung der wissenschaftlichen Forschung streben. Die Angriffe auf die liberalen Seiten der DDR-Forschung – die auch als Instrument von der Regierungspolitik berücksichtigt werden – tragen nicht unwesentlich dazu bei, antikommunistische Vorurteile in den verschiedenen Bevölkerungsschichten abzubauen.

Der Ausgangspunkt nicht nur der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch der der sozialistischen ergibt sich aus der Totalität der unterschiedlichen Gesellschaftsformationen. Zur Erforschung des Sozialismus kann die DDR als Beispiel gelten, welches den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Entwicklung unterzurordnen ist. Die Theorie von der ‚Industriegesellschaft', in der Kapitalismus und Sozialismus als zwei Varianten gefaßt sind, macht demgegenüber eine Analyse von Gesellschaft zur Spekulation. Die Erforschung von Gesellschaft würde reduziert auf eine Aufzählung von Bestandteilen; den Mitgliedern der Gesellschaft schiene freizustehen, welche Elemente sie in ihr System integrieren wollen und welche nicht.

Die damit verbundene Konzeption, einen ‚weniger kapitalistischen' Kapitalismus entstehen zu lassen, ist wissenschaftlich ebenso wenig haltbar, wie die Forderung, sozialistische Staaten müßten bestimmte ideologisch-politische Vorleistungen zur Durchführung eines solchen Programms erbringen und dadurch zugleich die friedliche Koexistenz ermöglichen. W. von Bredow z.B. kritisiert die ‚Konvergenz'-Vorstellungen und führt einen Begriff der ‚antagonistischen Kooperation' ein. „Der Weg der Ost-West-Politik führt auch in den siebziger Jahren nicht vom Antagonismus zur Konvergenz. Statt dessen wird hier vorgeschlagen, für die sich entwickelnde intersystemare Zusammenarbeit den Begriff ‚antagonistische Kooperation' zu verwenden. Beides, der ideologische Konflikt und die partielle Kooperation, werden auch in Zukunft Kennzeichen der Ost-West-Politik sein." (131)

131 W. von Bredow: VOM ANTAGONISMUS ZUR KONVERGENZ. STUDIEN ZUM OST-WEST-PROBLEM, Frankfurt/M. 1972, S. 188.

**Deutsche Volkszeitung**

ein demokratisches Wochenblatt –

unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

# KONSEQUENT

**Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis**

**1974 haben die Ausgaben der Zeitschrift folgende Schwerpunkte in Politik, Theorie, Parteiarbeit und Dokumentation:**

| | |
|---|---|
| **Heft 15** | **Aktionseinheit — Generallinie der SEW** |
| **Heft 16** | **Lage der Westberliner Werktätigen und Forderungen der SEW** |
| **Heft 17** | **IV. Parteitag der SEW 1974** |
| **Heft 18** | **Wahlkampf — Klassenkampf** |
| **Sonderheft 3** | **25 Jahre Deutsche Demokratische Republik** |

Herausgeber: **Sozialistische Einheitspartei Westberlins — Kreisvorstand Zehlendorf**, 1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 8 11 56 14.

KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 2,– DM, Jahresabonnement 6,– DM, Sonderheft 3,– DM außerhalb des Abonnements. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Bln.-West 260319 – 109.

KONSEQUENT ist in den Büros der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und im Buchhandel erhältlich. Abonnementsbestellungen sind an die Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf zu richten.




Günter Krause

# Zur ideologischen Bedeutung der Marktwirtschaftsdoktrin

Innerhalb der bürgerlichen Ideologie im allgemeinen und der bürgerlichen Politischen Ökonomie im besonderen besitzt seit längerem die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" großes Gewicht. Ausgehend von den konkreten historisch-gesellschaftlichen Bedingungen gilt es ihren klassenmäßigen Inhalt, ihre weltanschaulichen sowie erkenntnistheoretischen Wurzeln, ihre ideengeschichtlichen Quellen, ihre ideologische und pragmatische Funktion, ihre spezifische Rolle im Klassenkampf sowie ihr reaktionäres und unwissenschaftliches Wesen aufzudecken und darzulegen.

Wesentliche Postulate und Theoreme dieser Konzeption existieren nicht etwa erst seit einigen Jahren, sondern sie sind in bestimmter Weise mit der historischen Genesis der kapitalistischen Produktionsweise und besonders mit ihrem Markt-Konkurrenz-Funktionsmechanismus entstanden und verbunden. Als relativ abgerundete polit-ökonomische und z.T. gesellschaftspolitische Plattform wurde die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" dann Anfang der 30er Jahre dieses Jahrhunderts in entwickelten imperialistischen Staaten wie England, USA und vor allem Deutschland konzipiert und formiert – im direkten Zusammenhang mit der Herausbildung und auch als grundlegender Bestandteil des Neoliberalismus. (1) Unter Verwendung von Auffassungen und Positionen des ökonomischen Liberalismus (2), bei theoretischer Verarbeitung und prononcierter Betonung des Regulierungsprinzips des Kapitalismus der freien Konkurrenz, der Markt-Konkurrenz-Regulierung sowie bei gewisser Anpassung an Prozesse und Erscheinungen des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde ihr die Aufgabe zuteil, einerseits das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zu negieren, die kapitalistische Wirtschaft in ihrem imperialistischen Stadium ihres sozialökonomischen Inhalts zu entkleiden und schlechthin als „Marktwirtschaft" zu definieren. Andererseits gilt es mittels antikommunistischer und vulgärökonomischer Argumentation den sich in Theorie und Praxis weiterentwickelten Sozialismus zu diskreditieren, überhaupt Charakter und Natur des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu entstellen.

Die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" erklärt wirtschaftliche Prozesse und Erscheinungen wesentlich aus dem – der kapitalistischen Produktionsweise immanenten – Gewinn- und Nutzenstreben „des" Menschen. Kraft des Marktes als „ordnender Potenz" und

1 Zu den Entstehungsursachen, dem Inhalt und der Funktion des Neoliberalismus vgl. folgende marxistisch-leninistischen Arbeiten: Günter Schneider: BETRUG MIT DER FREIHEIT – Eine Studie über den Neoliberalismus, Berlin 1972; BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS, Hrsg. Herbert Meißner, Berlin 1967, S. 48 ff.;Israil, G. Bljumin: DIE KRISE DER MODERNEN BÜRGERLICHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1962, S. 400 ff.; Robert Naumann: THEORIE UND PRAXIS DES NEOLIBERALISMUS, Berlin 1957.

2 Der ökonomische Liberalismus stellte die politökonomische Ideologie, die wirtschaftspolitischen Grundpositionen und z.T. auch die politische Bewegung der Bourgeoisie im werdenden und entwickelten Kapitalismus der freien Konkurrenz dar.

durch den „freien Wettbewerb" der Produzenten werde über den Preis-Profit-Mechanismus die Verteilung der produktiven Ressourcen auf die verschiedenen Zweige der Wirtschaft erreicht – eben entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Dieser Typ von Wirtschaft – als „Marktwirtschaft" deklariert – sei nun infolge seines Regulierungsprinzips sowie mit Hilfe „marktkonformer", d.h. den Markt-Konkurrenz-Mechanismus unterstützender Maßnahmen des imperialistischen Staates fähig, die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft, die Erfüllung der Interessen, „des" Menschen in bestmöglicher Weise zu sichern, die Produktion völlig nach den Bedürfnissen der Konsumenten zu gestalten, gute Leistungen von Produzenten entsprechend mit hohen Gewinnen zu „belohnen", hingegen ungenügende Effektivität und mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Wünsche der Konsumenten bzw. an die Erfordernisse des Marktes mit Verlusten zu „bestrafen" sowie – was sehr wesentlich sei – Freiheit und Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft zu fundamentieren.

Verfolgt man nun die Entwicklung und Entstehung des Imperialismus in der BRD und Westberlin, untersucht man auch die Angriffe bürgerlicher und revisionistischer Ideologen gegen den realen Sozialismus, so wird man feststellen können, daß dabei die mit der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" verbundenen Begriffe, Argumente und Thesen stets eine beträchtliche Rolle gespielt haben und vor allem auch heute noch spielen. D.h. ungeachtet der Tatsache, daß der Kapitalismus der freien Konkurrenz sich zum Imperialismus entwickelte und damit zwangsläufig in bestimmter Weise eine Veränderung des Regulierungs- und Funktionsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise erfolgte, ist die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" – freilich mit einigen Modifizierungen – präsent.

Außerordentlich interessant und auffällig ist, daß in der BRD und Westberlin seit einiger Zeit bürgerliche Politiker und Theoretiker die Popularisierung und Verbreitung von „marktwirtschaftlichem" Gedankengut besonders nachdrücklich fordern bzw. empfehlen. So erklärt z.B. Johann Philipp Freiherr von Bethmann, daß die „Marktwirtschaft" in der BRD und Westberlin „nur bestehen bleiben (kann), wenn sie allgemein verstanden wird, verstanden von den vielen, denen sie zugute kommt". (3) Daher sei ein „Mindestmaß von Kenntnissen in der Bevölkerung" (4) zu verwirklichen, seien Informationen und Publikationen über den Markt, den Marktmechanismus und die „freie Marktwirtschaft" notwendig.

Und im Zusammenhang mit der Herausgabe der Dokumentation „25 Jahre Bundesrepublik – 25 Jahre soziale Marktwirtschaft" wird in einer Anzeige erklärt, daß es „nie ... notwendiger als heute (war), die Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft fundiert und positiv zu beleben!" (5)

Natürlich werden in diesem Zusammenhang für die marxistisch-leninistische Theorienkritik eine Reihe von Gedanken und Fragen provoziert, werden z.B. folgende Probleme aufgeworfen: wie ist es zu erklären, daß der Begriff der „Marktwirtschaft", daß Dogmen der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" in der BRD und Westberlin gegenwärtig so stark strapaziert werden, daß sie nach wie vor im Arsenal der bürgerlichen Ideologie und Politischen Ökonomie einen beträchtlichen Stellenwert besitzen? Und inwieweit entsprach bzw. entspricht diese Theorie der grundlegenden Strategie des Imperialismus in der BRD

3 Johann Philipp Freiherr von Bethmann: „Soziale Marktwirtschaft – überwundener Kapitalismus", in: MANAGEMENT HEUTE UND MARKTWIRTSCHAFT, Nr. 5/1974, S. 40.
4 Ebenda.
5 DIE WELT vom 22.4.1974.



und Westberlin; welche Aspekte sind dafür ausschlaggebend, daß modifizierte Kategorien des Kapitalismus der freien Konkurrenz verwandt werden? Bedeutsam ist ferner, wo und in welchen Formen und Varianten Gedanken bzw. Aussagen der „Marktwirtschafts"-Theorie anzutreffen sind, auf welchen ideengeschichtlichen und objektiven Grundlagen sie basiert, welche Klasseninteressen sie überhaupt widerspiegelt, welches ihre wesentlichen Grundaussagen sind? Ferner wie die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" theoretisch-wissenschaftlich zu beurteilen ist, aus welchen Gründen „marktwirtschaftliches" Ideengut solche Kontinuität besitzt, ob es eine materielle Basis dafür gibt? Und welche politische, welche ideologische Funktion übt diese Theorie im Klassenkampf innerhalb des heutigen Kapitalismus sowie gegen den realen Sozialismus aus? All die genannten Gesichtspunkte sind auch deshalb relevant, weil es unter marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern die m.E. nicht richtige Auffassung gibt, daß der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" in der BRD und Westberlin bereits Mitte der 60er Jahre, vor allem mit der Wirtschaftskrise 1966/67 und dem ganz offensichtlichen Versagen der neoliberalen Dogmen und Wirtschaftspolitik der endgültige Todesstoß versetzt wurde. D.h. schwindender Einfluß des Neoliberalismus in Theorie und Praxis des heutigen Imperialismus und Untergang der Theorie von der „Marktwirtschaft" werden z.T. als ein Prozeß, als identischer Vorgang betrachtet.

## 1. Zur Präsens der „Marktwirtschafts"-Doktrin

Es ist eine reale Tatsache, daß in der BRD und Westberlin in jüngerer Zeit der Begriff der „Marktwirtschaft" eine Hochkonjunktur erlebte, daß diverse Konferenzen, Diskussionen und Publikationen dem Thema und Problem „freie Marktwirtschaft" gewidmet wurden, daß Postulate der Konzeption von der „freien Marktwirtschaft" Kernvokabeln in bürgerlicher Theorie und Politik sind. Theorie und Praxis der „Marktwirtschaft" erregen soviel Aufmerksamkeit und Publizität, daß bürgerliche Ideologen von einer „aktuellen Diskussion um die Theorie der Marktwirtschaft" (6) sprechen, der Ansicht sind, daß die Diskussion über die „Marktwirtschaft" „jetzt erneut in eine Phase des Sturm und Drang eingetreten" ist. (7)

Ein Blick in die Standardwerke der bürgerlichen Politischen Ökonomie zeigt, daß dem Modell der „freien Marktwirtschaft" breiter Raum gewidmet wird. Dabei ist festzustellen, daß „marktwirtschaftliches" Gedankengut durchaus in verschiedener Art, d.h. über in gewisser Weise voneinander abweichende Theorien- und Lehrsysteme kultiviert und verbreitet wird. Überragende Präsens besitzt die „Marktwirtschafts"-Doktrin – wie bereits erwähnt – innerhalb des Neoliberalismus.

Auffassungen und Positionen der „Marktwirtschafts"-Theorie werden im bestimmten Maße auch im Keynesianismus bzw. Neokeynesianismus (8) vertreten, wenngleich modifiziert.

6 Hans-Günter Krüsselberg: MARKTWIRTSCHAFT UND ÖKONOMISCHE THEORIE, Freiburg i.Br. 1969, S. 13.
7 Dieter Schmidtchen: „Für eine konsequente Wettbewerbspolitik und über die Wege dorthin: Bemerkungen zum Wettbewerbsverständnis des Sachverständigenrates", in: ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT, 129. Bd., 1973, 1. Heft, S. 102.
8 Zur marxistisch-leninistischen Analyse und Kritik des Keynesianismus und Neokeynesianismus vgl. Klaus O.W. Müller: NEOKEYNESIANISMUS, Berlin 1972; BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS ..., S. 77 ff.; Karl Heinz Schwank: LORD KEYNES' THEORIE – WEDER REVOLUTIONÄR NOCH WISSENSCHAFTLICH, Berlin 1961.

Diese Richtung der bürgerlichen Politischen Ökonomie – bedeutsamste Variante der politökonomischen Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, nach John Maynard Keynes, ihrem englischen Stammvater benannt – konzediert ebenfalls ein Wirken und die angeblichen Vorzüge des Markt-Konkurrenz-Mechanismus, die Existenz der „Konsumentensouveränität" und die Notwendigkeit des „freien Wettbewerbs". Allerdings weist sie auch auf Mängel jenes Funktionsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise hin. Betont wird, daß die Marktregulierung nur die Tendenz aufweise, das wirtschaftliche Gleichgewicht in der kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen. Aus diesem Grund erwachse die Notwendigkeit von ökonomischen Aktivitäten des imperialistischen Staates (Regulierungs- und Programmierungsmaßnahmen) innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Auf dem Hintergrund des instabilen, spontanen und widersprüchlich verlaufenden kapitalistischen Zyklusses entstanden in den letzten Jahren unter bürgerlichen Theoretikern verstärkt Diskussionen und Auseinandersetzungen um den Regulierungs- und Funktionsmechanismus des Kapitalismus, um Möglichkeiten und Instrumentarien der Regulierung sowie insbesondere um das Verhältnis von „marktwirtschaftlicher" Regulierung und staatsmonopolistischen Wirtschaftsaktivitäten. In diesem Kontext profilierte sich eine Strömung der bürgerlichen Politischen Ökonomie, die unter dem Begriff der „gemischten Wirtschaft" (mixed economy) bekannt wurde und auftritt. Von ihr wird der „Marktwirtschafts"-Gedanke insofern am Leben erhalten, als die Regulierung des Reproduktionsprozesses im heutigen Imperialismus als Produkt der Kombination von „marktwirtschaftlicher" Regulierung und staatsmonopolistischer Steuerungs- und Planungstätigkeit verstanden wird. Kerngedanke dieses im Lager der bürgerlichen Politischen Ökonomie seit geraumer Zeit recht breite Zustimmung findenden Modells ist, daß „sich Elemente von Markt- und Staatslenkung vermischen" (Paul A. Samuelson), wobei der Staat die längerfristigen und „Gemeinwohl"-Bedürfnisse über entsprechende Wirtschaftsaktivitäten beeinflussen und lenken soll, hingegen die anderen produktiven und konsumtiven Bedürfnisse über den Markt-Konkurrenz-Mechanismus reguliert werden sollen. In der BRD und Westberlin galt insbesondere Karl Schiller als ein prononcierter Vertreter des Konzepts von der „gemischten Wirtschaft", bekannt ist seine programmatische Formulierung, daß die günstigste Richtung wirtschaftlicher Entwicklung aus der „Kombination von Marktwirtschaft und Globalsteuerung ..., von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft" (9) bestehe. Nachdrücklich fordert er, daß „unsere Wirtschaftsordnung ... in dieser Weise dualistisch gegliedert sein (sollte), daß sie dem Staat ... globale Maßnahmen erlaubt, der Wirtschaftsverkehr und seine Regulierung sollten dagegen dem billigsten und besten Lenkungsinstrument überantwortet werden, das wir dafür kennen, dem Marktmechanismus". (10)

Bemerkenswert ist im übrigen, daß die Idee und das Konzept der „gemischten Wirtschaft", das also die „Marktwirtschafts"-Doktrin auf spezifizische Weise kultiviert, bereits in den 40er und 50er Jahren von bürgerlichen Politökonomen recht deutlich umrissen und zur Diskussion gestellt wurde. (11)

9 „Die Anpassungsinflation ist von der CDU/CSU verschuldet", Interview mit Karl Schiller, in: INDUSTRIEKURIER vom 25.9.1969.

10 Karl Schiller: „Freiheitliche Wirtschaft – heute und morgen", in: DER ÖKONOM UND DIE GESELLSCHAFT, Stuttgart 1964, S. 169.

11 So schrieb z.B. Carl Landauer 1951, „daß weder staatliche Wirtschaftspolitik ohne den Markt auskommt, noch der Markt richtig funktionieren kann, wenn nicht die Gemeinschaft planend die Voraussetzungen beeinflußt." Daher bestehe die Aufgabe in der kapitalistischen Wirtschaft darin, „eine Synthese zwischen zentraler Steuerung und Eigenbewegung der Wirtschaftseinheiten" zu finden, denn „nur Mischsysteme ... sind lebensfähig". (Carl Landauer: „Kollektivplanung und Marktwirtschaft in der heutigen Wirtschaftspolitik", in: WIRTSCHAFTSTHEORIE UND WIRTSCHAFTSPOLITIK, Festausgabe für Adolf Weber, Westberlin 1951, S. 99).



Eine spezifische Erscheinungsform- und Evolutionsform der Theorie von der „Marktwirtschaft" tritt insbesondere seit Mitte der 60er Jahre auf – in Gestalt der Konzeption vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus". Entscheidende Ursache für die verstärkte Entwicklung und „Empfehlung" von Modellen der „sozialistischen Marktwirtschaft" seitens bürgerlicher und revisionistischer Theoretiker (12) ist *zum einen* der notwendige Anpassungszwang des Imperialismus auch auf ideologischem Gebiet an das zugunsten des Sozialismus veränderte internationale Kräfteverhältnis. Um im ideologischen Klassenkampf Wirkung zu erzielen, müssen imperialistische Strategien sukzessive und partiell von einem frontalen, direkten ideologischen Angriff auf den Sozialismus Abstand nehmen und zu elastischeren, verschleierten Formen des geistigen Eindringens übergehen. Dabei stellen bürgerliche und revisionistische Sozialismus-Konzeptionen eine mögliche Variante dar. *Zum anderen* mußten bürgerliche und revisionistische Ideologen entsprechend ihres Klassenauftrages bestrebt sein, auf die Entwicklung in den sozialistischen Ländern Einfluß zu nehmen und diese – wenn möglich – umzufunktionieren.

Reale Anknüpfungspunkte waren Mitte der 60er Jahre die Diskussionen und Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung der Planungs- und Leitungstätigkeit und zur Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus, die in einer Reihe sozialistischer Länder im Prozeß des Übergangs in die Phase der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durchgeführt wurden. Die bürgerliche und revisionistische Politische Ökonomie präsentierte nun die Theorie vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" als ihre „gutgemeinte" Offerte, als ihr Angebot zur „Verbesserung" der sozialistischen Wirtschaft. Bei ihr handelt es sich um einen Versuch, den der kapitalistischen Produktionsweise entlehnten Markt-Konkurrenz-Mechanismus in den sozialistischen Wirtschaftsorganismus zu transplantieren.

Bemerkenswert ist, daß Theorie und Praxis der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" von ihren Befürwortern nicht nur als relevant für die unmittelbare Gegenwart angesehen werden, sondern auch – was unter dem Druck der Auseinandersetzungen und Diskussionen im bürgerlichen Lager um die weitere Zukunft, die Perspektive der gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaft sowie der damit einhergehenden Entwicklung der bürgerlichen Zukunftsforschung und Futurologie verständlich erscheinen muß – als solide und klare Orientierung für die Zukunft des imperialistischen Systems begriffen und popularisiert werden. (13)

Daß die Theorie von der „Marktwirtschaft" von ihren Verfechtern nicht nur für den Rahmen der BRD und Westberlin auserkoren wurde bzw. der Markt-Konkurrenz-Mechanismus nicht nur allein dort praktiziert werden kann und soll, darauf wurde bereits im Zusammenhang mit dem Konzept vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" verwiesen. Auf internationaler Ebene sollen Theorie und Praxis der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" desweiteren den sogenannten Entwicklungsländern in der „Dritten Welt" als Mo-

12 Vgl. z.B. Paul K. Hensel: DIE SOZIALISTISCHE MARKTWIRTSCHAFT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI, Stuttgart 1968; Bruno Gleitze/Paul K. Hensel/Karl C. Thalheim/Rudolf Weinberg: DER OSTEN AUF DEM WEGE ZUR MARKTWIRTSCHAFT? , Westberlin 1967; Ota Sik: PLAN UND MARKT IM SOZIALISMUS, Wien 1967; ders.: DEMOKRATISCHE UND SOZIALISTISCHE PLAN- UND MARKTWIRTSCHAFT, Zürich 1971.

13 Vgl. z.B. DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT – 25 JAHRE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, Sonderband, Hrsg. Helmuth Decher/Alois Gassner, Bielefeld 1974; Reinhard Blum: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, Tübingen 1969; Hans-Günter Krüsselberg: MARKTWIRTSCHAFT UND ÖKONOMISCHE THEORIE, a.a.O.; Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, ORDNUNG DER ZUKUNFT, Manifest '72, Frankfurt/M.-Westberlin-Wien 1972.

dell wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung dienen. (14) Auch bei ihnen sollen Marktregulierung, „freier Wettbewerb", „Konsumentenhoheit" etc. verwirklicht und so ihre „segensreichen" und „sozialen" Wirkungen erzielt, der wirtschaftliche Aufschwung und die politische Stabilität gesichert werden.

Tatsache ist auch, daß es nicht wenige bürgerliche Theoretiker und Politiker gibt, die die Plattform der „Marktwirtschaft" als durchaus akzeptable Variante für die Entwicklung des „gemeinsamen Europäischen Marktes" bzw. des zukünftigen imperialistischen Westeuropas ansehen. (15)

Wenn über die Präsens der „Marktwirtschafts"-Theorie in der BRD und Westberlin gesprochen wird, so muß unbedingt darauf hingewiesen werden, daß bestimmte Dogmen, bestimmte ideologische Kernaussagen dieser Theorie zum Allgemeingut der Bürgerlichen Ideologie wurden, in diverse Konzeptionen und Theorien der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften aufgenommen wurden. Darin besteht u.a. die außerordentliche Bedeutung dieser Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" für das Monopolkapital, für die Verteidigung des Imperialismus. Sie wirkt als ein ideologischer Blutspender. Denn z.B. die weitverbreiteten antikommunistischen Legenden von der Existenz der „Zentral- bzw. Befehlswirtschaft" und des „Totalitarismus"/Autoritarismus in den sozialistischen Ländern, die allbekannten ahistorischen und vulgärökonomischen Thesen vom „König Kunden", von der „Konsumentensouveränität" in der kapitalistischen Gesellschaft, vom „bundesdeutschen Wirtschaftswunder" sowie vom kapitalistischen Wirtschaftssystem als dem „freiheitlichsten, demokratischsten, sozialsten und dynamischsten Wirtschaftssystem" wurden im direkten Zusammenhang mit der Entwicklung der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" geschaffen.

## 2. Inhalt und Kritik wesentlicher Postulate der Theorie von der „freien Marktwirtschaft"

Die Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" besitzt nach den Aussagen ihrer Verfechter in der BRD und Westberlin eine ganz beträchtliche Ausstrahlungskraft und Wirkung. Knut Borchardt schreibt, daß das „Schlagwort‚Soziale Marktwirtschaft' " überall „eine große Überzeugungskraft" (17) entfalte, Armin Gutowski spricht davon, daß das „Marktwirtschafts"-Modell „nach wie vor eine gewisse Faszination" (18) ausstrahlt, Herbert Ehrenberg meint, daß das Denkschema von der „Marktwirtschaft" bei vielen Äußerungen zur praktischen Wirtschaftspolitik immer noch im Hintergrund vorhanden" (19) ist. Und der Großindustrielle Kurt Körber philosophiert über „einen Glaubenssatz der freien Marktwirtschaft" (20).

Unsere Aufgabe wird es nun sein, zu analysieren und zu belegen, worauf diese „Überzeugungskraft", diese „Faszination" beruht, vor allem welche inhaltlichen Grundlagen sie hat. Es gilt zu prüfen, ob und welche theoretisch-wissenschaftliche Substanz in dieser Theorie steckt, welche Absichten mit ihrer Entwicklung und Propagierung verbunden sind. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es notwendig, die wesentlichsten Theoreme und Doktrinen jener Konzeption zu untersuchen.

### 2.1. Der Begriff der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft"

Bereits der Begriff „freie" oder „soziale Marktwirtschaft", dem „ideologische Komponenten zugrunde" liegen, „die ... einen ... nicht zu unterschätzenden Öffentlichkeitswert beinhalten" (21), vermittelt bestimmte Erkenntnisse über das Wesen und den Charakter dieser theoretischen Konzeption. So ist doch beim Wort „*freie* Marktwirtschaft" zu fragen, wovon diese Wirtschaft frei sein soll? ! Eine freie Wirtschaft „an sich" ist nicht existent. Jede Produktion, jede Wirtschaft – unabhängig von ihrem sozialen Inhalt – ist an bestimmte objektive Bedingungen und Voraussetzungen gebunden, enthält und unterliegt bestimmten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bzw. Gesetzen. Und ein freies, absolut willkürliches Handeln der Menschen in der Wirtschaft ist demzufolge auch unmöglich. Freiheit ist eine historische Kategorie, die sozial bestimmt ist. D.h. sie beinhaltet stets eine *bestimmte* Freiheit, die *bestimmten* Zielen dient, die mit einer *bestimmten* Klasse verbunden sind. Wenn imperialistische Theoretiker von einer „freien Wirtschaft" sprechen, so haben sie ein Wirtschaftssystem im Auge, das dem Monopol die Freiheit zur Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, die Freiheit zur Kapitalverwertung gewährt. Das bedeutet auch, daß die „freie Marktwirtschaft" den der kapitalistischen Produktionsweise immanenten ökonomischen Gesetzen gehorcht bzw. unterliegt.

Der Terminus „*soziale* Marktwirtschaft" ist objektiv gesehen, ebenfalls eine theoretische Konfusion, ist vom Kern her eine Tautologie. Denn es müßte einleuchtend sein, daß jede Produktionsweise, jede Wirtschaft eine soziale Produktionsweise, eine soziale Wirtschaft ist, denn sie muß notwendigerweise auf sozialen, gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen der Menschen basieren.

Wenn sich nun bürgerliche Theoretiker und Politiker in der BRD und Westberlin zur „sozialen Marktwirtschaft" bekennen, sich ihr verpflichtet fühlen, ihre Grundgedanken verbreiten, so geht es ihnen im Wesen um den Nachweis, daß das staatsmonopolistische System nicht am Profit orientiert ist, sondern dem „Wohl aller" und der Verbesserung der „Qualität des Lebens" verpflichtet ist. Von Bethmann bekennt: „Soziale Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftsordnung *für* Unternehmer, sie ist eine Wirtschaftsordnung *mit* Unternehmern, sie ist aber eine Wirtschaftsordnung *für alle*." (22)

---

14 Vgl. DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – MODELL FÜR DIE DRITTE WELT? Protokoll einer Arbeitstagung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Berichte und Abhandlungen, Heft 10, Bad Godesberg 1968; Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack, ebenda, S. 377 ff.

15 Vgl. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ZU FRAGEN DER FREIEN INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFT, Haben wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Marktwirtschaft?, Protokoll Nr. 30, Hamburg 1968; Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack, ebenda, S. 348 ff.

16 Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob und inwiefern die Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" der Realität des heutigen Imperialismus, dem Klassenkampf im nationalen und internationalen Rahmen sowie dem Charakter unserer Epoche gerecht zu werden vermag.

17 Knut Borchardt in: Werner Ehrlicher/Ingeborg Esenwein-Rothe/Harald Jürgensen/Klaus Rose: KOMPENDIUM DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Göttingen 1969, S. 385.

18 Armin Gutowski: „Die modelltheoretischen Schlußfolgerungen und ihre Konsequenzen für die Entwicklungspolitik, in: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – MODELL FÜR DIE DRITTE WELT?, a.a.O., S. 39.

19 Herbert Ehrenberg: „Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft", in: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 9/1972, S. 700.

20 Kurt A. Körber, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ZU FRAGEN DER FREIEN INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFT, Haben wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Marktwirtschaft?, a.a.O., S. 5.

21 Ebenda.

22 Johann Philipp Freiherr von Bethmann: „Soziale Marktwirtschaft – überwundener Kapitalismus", a.a.O., S. 33.

Kurzum: es geht um die Postulierung der „Sozialpartnerschaft", der „Harmonie der Interessen". Damit wird das Ziel verfolgt, die antiimperialistischen Kräfte in der BRD und Westberlin vom revolutionären Klassenkampf, vom Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen abzuhalten.

Auch der Begriff „*Markt*wirtschaft", der zum Ausdruck bringen soll, daß „die Wirtschaftsstruktur durch den Markt zustande kommt" (23), zeigt die prinzipielle Schwäche, die wissenschaftliche Mangelhaftigkeit dieser Theorie. Zwar besitzt der Markt, die Zirkulationssphäre innerhalb einer warenproduzierenden Gesellschaft bzw. im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß eine ganz entscheidende Bedeutung, aber Markt und Zirkulationssphäre sind abgeleiteter, sekundärer Natur im Vergleich zur Produktionssphäre. Erst muß in einem Wirtschaftssystem die Produktion von Waren stattfinden bevor diese auf den Markt, in die Zirkulationssphäre kommen können. Ein Wirtschaftssystem, das dem Markt die primäre Rolle im Reproduktionsprozeß zuerkennt, ist demnach ein Anachronismus.

### 2.2. Die neoliberale Konstruktion von der „freien Marktwirtschaft" und der „Zentralverwaltungswirtschaft"

Das Schema von der „freien Marktwirtschaft" und der „Zentralverwaltungswirtschaft", das eine bedeutende Rolle in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus spielte und spielt, entstand als integraler Bestandteil des Neoliberalismus.

Gerade die mit der Wertung dieser beiden Wirtschaftsformen bzw. -modelle verbundenen ideologischen Postulate waren und sind es, die zu einem entscheidenden Bestandteil der imperialistischen Propaganda in der BRD und Westberlin avancierten, die insbesondere auch einen perfiden Antikommunismus stimulierten. So ist doch auch dieses theoretische Schema von der „freien Marktwirtschaft" und der „Zentralverwaltungswirtschaft" die „ökonomische Erklärung" für die politische Theorie von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" der imperialistischen Länder und vom „Totalitarismus/Autoritarismus" in den sozialistischen Staaten. (24)

Von welcher „Wissenschaftlichkeit" diese Auffassungen und Positionen sind, äußert sich z.B. in der Tatsache, daß dem Gegensatz von „freier Marktwirtschaft" und „Zentralverwaltungswirtschaft" angeblich der Unterschied von „Markt" und „Staat" entspricht. Da wird nicht nur der jeweilige unterschiedliche Inhalt der Kategorien „Markt" und „Staat" in unterschiedlichen Produktionsweisen bzw. Gesellschaftsformationen geflissentlich „übersehen", werden statt dessen allgemeine Kategorien stilisiert, sondern es wird in apologetischer Weise auch der Regulierungsmechanismus der sozialistischen Produktionsweise verleumdet und entstellt. Und zwar indem behauptet wird, daß die sozialistische Produktionsweise durch einen zentralen staatlichen Dirigismus aller ökonomischen Prozesse, Erscheinungen und Einheiten gekennzeichnet sei, daß es im Prinzip keine relative Selbständigkeit von Betrieben geben würde und daß der Markt im gesellschaftlichen Reproduktionspro-

23 Wolfgang Frickhöffer: „Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Anwendung auf Entwicklungsländer", in: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – MODELL FÜR DIE DRITTE WELT?, a.a.O., S. 8.

24 Vgl. z.B. Eberhard Günther, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ZU FRAGEN DER FREIEN INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFT, Haben wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Marktwirtschaft?, a.a.O., S. 30/31; Gert von Eynern: GRUNDRISS DER POLITISCHEN WIRTSCHAFTSLEHRE, Köln-Opladen 1968, S. 66/67.



zeß kein Gewicht besitzt. Hier wird offensichtlich, daß die Verfechter des Schemas von der „Marktwirtschaft" und der „Zentralverwaltungswirtschaft" den realen Wirkungsmechanismus der sozialistischen Wirtschaft und vor allem seine Genesis im Zusammenhang mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bewußt nicht theoretisch-wissenschaftlich erfassen und darstellen wollen. Denn anders ist die Entstellung des Charakters und des Wesens der sozialistischen Warenproduktion, die Verleumdung der Funktion und realen Wirkung der Kategorien der Warenproduktion, der Ware-Geld-Beziehungen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen nicht zu erklären.

Was ist nun prinzipiell zu dem von den „Marktwirtschafts"-Ideologen gewählten theoretisch-methodologischen Ausgangspunkt zu bemerken? Vor allem folgendes: Indem das primäre Kriterium zur Bestimmung eines Wirtschaftssystems, der Charakter der Eigentums- und Produktionsverhältnisse negiert, formale, ihres sozialen Inhalts entkleidete Kriterien dafür herangezogen und verabsolutiert werden, zudem die Eigentums- und Produktionsverhältnisse aus der Art und Weise der Regulierung der Wirtschaft erklärt werden, kommt letztlich eine Klassifizierung von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen zustande, die mit der historischen Realität nichts gemein hat und Produktionsweisen identifiziert, die grundsätzlich unterschiedlichen sozialökonomischen bzw. Klassencharakter haben. Wenn also der grundlegende Inhalt und Charakter der jeweiligen Produktionsweise geleugnet wird, dann heißt das, daß es auch keine *kapitalistische* Produktionsweise gibt und demzufolge auch keine soziale Revolution zu ihrer Beseitigung notwendig ist. D.h. weiter, daß bei Nichtexistenz historisch-sozial bedingter Gesellschaftsformationen es natürlich auch keine gesellschaftlich bedingte Existenz der Menschen gibt. Dann sind Kategorien wie „Wirtschaft", „Staat", „Demokratie" und „Freiheit" inhaltlich nicht durch die jeweilige soziale Formation determiniert, d.h. sie haben dann keinen Klassencharakter, sind Kategorien „an sich".

Insgesamt ist es Ziel dieser Betrachtungs- und Darstellungsweise, daß – unter Verzerrung der realen Verhältnisse – der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem imperialistischen Stadium – eben als „freie Marktwirtschaft" deklariert – Vorzüge zugestanden werden sollen, die sie nicht aufweist und die sozialistische Produktionsweise mit Eigenschaften identifiziert werden soll, die im Kern der Kapitalismus besitzt. Die politisch-ideologische Funktion besteht dabei darin, die Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten an das imperialistische System zu fesseln und von einer Orientierung auf den Sozialismus abzuhalten.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Problem steht ein nicht unwichtiges inhaltliches Postulat der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft". Seine Hauptaussage besteht darin, daß die „freie Marktwirtschaft" in keinem kausalen Verhältnis zum Kapitalismus bzw. gar Imperialismus steht. M.a.W.: die „freie Marktwirtschaft" wird als nichtkapitalistisches bzw. nichtimperialistisches Wirtschaftssystem charakterisiert und definiert, ein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise und „freier Marktwirtschaft" wird bestritten. Auf diese Weise soll der Kapitalismus bzw. Imperialismus einer eindeutigen sozialökonomischen Bestimmung enthoben werden.

Diese Positionen sind heute nach wie vor bei bürgerlichen Politökonomen der BRD und Westberlins anzutreffen. So ist Ernst-Joachim Mestmäcker der Ansicht, daß „Kapitalismus ... kein analytischer Begriff (ist), sondern ... auf beliebige Wirtschaftssysteme angewendet werden (kann), in denen die Verfügung über den Wirtschaftsablauf verschieden verteilt ist". (25) Weiter behauptet er: „Wir haben es in der Diskussion über die Marktwirtschaft ... eben nicht mit dem Imperialismus zu tun. Zwar handelt es sich bei der Marktwirtschaft

25 Ernst-Joachim Mestmäcker, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ..., a.a.O., S. 17.

um ein hochpolitisches Problem, in dem auch die Machtkontrolle eine Rolle spielt; aber es gibt keinen vorgegebenen Sachzwang, wonach gerade die Marktwirtschaft zum Imperialismus tendiert". (26) Bei Erhard/Müller-Armack ist zu lesen: „Bislang hat die ideologische Linke sich an die Soziale Marktwirtschaft in ausführlicher Polemik kaum herangewagt. Sie glaubt sich offensichtlich dieser Diskussion enthoben, indem sie unsere heutige Wirtschaftsordnung schlechthin als Spätkapitalismus charakterisiert ... Der Ausdruck Spätkapitalismus nimmt einen früher in der deutschen Literatur üblichen veralteten Sprachgebrauch auf, der seit vierzig Jahren in der deutschen wissenschaftlichen Literatur durch den sachgerechten Begriff der Marktwirtschaft ersetzt wurde." (27) Und der rechtssozialdemokratische Ideologe Ehrenberg meint: „Mit marktwirtschaftlicher Ordnung, wie wir sie im zukünftigen Europa brauchen, ist weder die atomistische Konkurrenz der Klassiker noch irgendein imperialistischer Kapitalismus gemeint." (28)

### 2.3. Die These von der Marktregulierung der imperialistischen Wirtschaft

Das entscheidende politökonomische und ideologische Dogma der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" besteht darin, daß der Markt-Konkurrenz-Mechanismus, daß das Wirken von Angebot und Nachfrage auf dem Markt im Zusammenhang mit der Preis-Profit-Relation, daß die Regulierung der Wirtschaft durch den Markt es ist, die die bestmögliche und gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft zugunsten der Individuen bewirkt. Im Prinzip wird hier der Regulierungsmechanismus des vormonopolistischen Kapitalismus verfochten. Das Prinzip enthält sowohl das Moment der Rationalität als auch das der Irrationalität. Das Moment der Rationalität ergibt sich aus der Tatsache, daß – entsprechend den Bedingungen der Kapitalverwertung – im Vergleich zu den vorkapitalistischen, naturalwirtschaftlich ausgerichteten Produktionsweisen die Produktion jetzt ihren Zweck nicht mehr in der Produktion von verschiedenen Gebrauchswerten, sondern in der Verwertung des Wertes hat. Da unter kapitalistischen Verhältnissen die Warenproduktion allgemeinen Charakter angenommen hat, alle Faktoren des Arbeitsprozesses Warenform besitzen und da der Wert als allen Waren immanente qualitative Substanz sowie als Kriterium für quantitative Vergleiche existiert, besteht die Möglichkeit, die verschiedenen Tätigkeiten der kapitalistischen Produzenten, die Organisation der Produktion auf *ein* Ziel, auf die Maximierung des Gesamteffekts – auf die Maximierung des Profits zu orientieren. Der Profit wird zum Motor der Produktion, er bewirkt, daß alle Anstrengungen und Tätigkeiten der Kapitalisten dem – nun die gesamte Produktion beherrschenden – Prinzip unterworfen sind, mit vorhandenen Mitteln einen maximalen Gewinn zu erzielen. Das Moment der Rationalität wird so historisch wirksam über das Streben nach maximaler Verwertung des angelegten Kapitals.

Das Moment der Irrationalität ist darin zu sehen, daß dieser kapitalistische Regulierungsmechanismus zwangsläufig die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, Verlust an gesellschaftlicher Arbeit, Vergeudung von gesellschaftlicher Produktivkraft (29) einschließt. Es besteht darin, daß die Herstellung der notwendigen Proportionen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses im gesellschaftlichen Maßstab auf spontanem Wege, nach vollzogener Produktion, hinter dem Rücken der Produzenten erfolgt. Diese „ex post"-Regulierung über den Markt stellt die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Produktion, die Proportionalität in der Wirtschaft nur über nicht koordinierte, widersprüchliche Maßnahmen und Tätigkeiten der kapitalistischen Produzenten her. Die Proportionalität, das Gleichgewicht in der Wirtschaft wird letztlich nur durch ständige Abweichungen langfristig hergestellt, wird zum Resultat einer Disproportionalität, eines Ungleichgewichts. Marx entwickelte, daß „innerhalb der kapitalistischen Produktion die Proportionalität der einzelnen Produktionszweige sich als beständiger Prozeß aus der Disproportionalität darstellt, indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat." (30)

Das durch den Markt-Konkurrenz-Mechanismus erreichte wirtschaftliche Gleichgewicht ist natürlich vor allem ein *solches* Gleichgewicht, das die Verwertung des Kapitals, die Realisierung eines maximalen Profits garantiert. Damit wird deutlich, daß es sich um ein Gleichgewicht handelt, das den Profit als Kriterium hat und ihm demzufolge das Unvermögen inhärent ist, die Produktion an rational bestimmten *gesellschaftlichen* Erfordernissen und Bedürfnissen auszurichten. Dieses kapitalistische Gleichgewicht bringt keinesfalls zum Ausdruck, ob und wie die Produktivkräfte der Gesellschaft ausgenutzt und zur Entfaltung gebracht werden, ob und wie die Bedürfnisse und Interessen *aller* Individuen befriedigt und realisiert werden.

Das Regulierungsprinzip des vormonopolistischen Kapitalismus wird von den Vertretern der „freien Marktwirtschaft" nach wie vor als grundlegendes Regulierungsinstrumentarium angesehen.

Gert von Eynern schreibt z.B., daß in der „Marktwirtschaft" der Markt und die Preise „nicht nur Indikatoren für den Grad der Knappheit und der Nützlichkeit einer Ware (sind), sondern auch wirkende Kräfte. Zum Wohle der Verbraucher wird die Produktion durch den Preismechanismus in sinnvoller Weise an alle Gegebenheiten ... angepaßt." (31) Karl Brandt formuliert, daß im „marktwirtschaftlichen" System „die Produktionsstruktur ... über den Markt auf die Bedarfsstruktur der Haushalte eingestellt" (32) wird. Bei Heinz Sauermann ist zu lesen, daß in der „Marktwirtschaft" die Ordnung „dadurch hergestellt (wird), daß aus Angebot und Nachfrage der einzelnen Entscheidungseinheiten sich auf allen Märkten Preise ergeben, vermittels derer Produktion und Verteilung gesteuert werden". (33) Analoge Auffassungen werden im Prinzip in allen einschlägigen Publikationen der bürgerlichen Politischen Ökonomie vertreten. Und natürlich finden wir sie bei den profiliertesten Verfechtern der „Marktwirtschafts"-Konzeption. (34) Wie sind diese Positionen einzuschätzen?

Grundsätzlich ist festzustellen, daß durch die Genesis des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium der Regulierungsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise verändert wurde, und sich insofern auch die Stellung und Bedeutung des Marktes innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses modifizierte. Und zwar einerseits derart, daß infolge der Entwicklung der Produktivkräfte und der sich damit vollziehenden Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Umfang des Marktes und die Notwendigkeit

---

26 Ebenda, S. 18.
27 Erhard/Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ..., a.a.O., S. 23/24.
28 Herbert Ehrenberg: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ..., a.a.O., S. 41.
29 Insbesondere in Reaktionen auf das Aufbrechen des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt wird die Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit und Produktivkraft sichtbar.
30 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, Berlin 1962, S. 267.
31 Gert v. Eynern, ebenda, S. 63.
32 Karl Brandt: EINFÜHRUNG IN DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Freiburg 1971, S. 57.
33 Heinz Sauermann: EINFÜHRUNG IN DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Wiesbaden 1960, S. 94.
34 Vgl. Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, ORDNUNG DER ZUKUNFT, Manifest '72, a.a.O., S. 23 ff.

möglichst stabiler kontinuierlicher Beziehungen zwischen Markt und Produktion sowie anderen Produktionsphasen im Interesse der Festigkeit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses größer wurde. Andererseits wurde (und wird) die Regulierungsfunktion des Marktes zunehmend außer Kraft gesetzt. Dem imperialistischen Staat wurde (und wird) – da er kraft seiner bedeutenden Gewalt, Mittel und Potenzen alle Bereiche und Strukturen der Gesellschaft zu erfassen vermag – aufgrund des gewachsenen gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte jene Funktion übertragen, der selbst große imperialistische Monopole immer weniger gerecht werden konnten ( und können) – nämlich im gesellschaftlichen Rahmen die Bedingungen und Notwendigkeiten der Profitproduktion mit den Anforderungen der Produktivkräfte annähernd in Übereinstimmung zu bringen, die Regulierung der gesellschaftlichen Zusammenhänge derart zu übernehmen und durchzuführen, daß die Kapitalverwertungsinteressen der Monopole erfüllt werden können. Der Markt kann diese Funktion nicht mehr übernehmen, weil infolge des Drucks der Produktivkräfte die Kapitalproduktion solche Dimensionen und Formen angenommen hat, solchen Erfordernissen unterliegt, daß sowohl die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die einzelnen Bereiche der Gesellschaft als auch die Sicherung der Verwertungsbedingungen nur noch sehr schwer der ex post-Regulierung des Marktes überlassen werden kann, wenn ein Maximalprofit der Monopole gesichert werden soll.

Nach Auffassung der „Marktwirtschafts"-Theoretiker werden in der „Marktwirtschaft" vor allem die Vorzüge des Konkurrenz-Gleichgewichtspreises – wie Ausgleich von Gesamtnachfrage und Angebotsmenge, Maximierung der umgesetzten Warenmenge und Abwesenheit von unbefriedigter Nachfrage- und Angebotsüberschuß – zum Tragen kommen bzw. realisiert, weshalb dieses Wirtschaftssystem allen anderen vorzuziehen sei. D.h. ein wichtiger Gedanke ist der der Sicherung einer gleichgewichtigen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft über den angeführten Mechanismus. Dieses Problem des Gleichgewichts spielt in der bürgerlichen Politischen Ökonomie insofern eine beachtliche Rolle, als

– mit der Verbreitung von Gleichgewichtsauffassungen und - konzeptionen die real vorhandenen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nicht ins Bewußtsein der Werktätigen eindringen sollen und

– durch Analysen und Betrachtungen über Bedingungen und Möglichkeiten des Gleichgewichts am Markt, dem Monopolkapital verwendbare Aussagen über Realisierungsverhältnisse in der Zirkulationssphäre, über Bewegungen der Preise in Abhängigkeit von Veränderungen des Angebots und der Nachfrage geliefert werden sollen.

Im Marktgleichgewicht ist gesellschaftlich mehr als nur die Notwendigkeit enthalten, eine quantitative Übereinstimmung von Nachfrage, Angebot und Preis zu sichern. Der qualitative gesellschaftliche Inhalt ist darin zu sehen, daß sich über und in der Dynamik dieses Verhältnisses unter warenproduzierenden Bedingungen die jeweils konkret existenten gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsverhältnisse unmittelbar, mittelbar und letzten Endes realisieren. D.h., daß unter monopolitischen Reproduktionsverhältnissen die Kapitale an einem solchen Gleichgewicht am Markt, an einem solchen Verhältnis von Angebot und Nachfrage interessiert sind, das ihre maximale Verwertung garantiert. Insofern steht objektiv die proportionale gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung und die allseitige Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder nicht in ihrem Interessen-Mittelpunkt.

Die These von der Sicherung der Gleichgewichtigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft ist – wie die heutige Wirklichkeit des Imperialismus zeigt – nicht nur illusorisch, sie verzerrt auch die kapitalistischen Verhältnisse. Denn 1. ist die Sicherung der Gleichgewichtigkeit eines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als Übereinstimmung aller seiner Phasen in der Entwicklung (35) sozialökonomisch bestimmt. D.h. unter kapitalistischen Bedingungen ist ein solches Gleichgewicht, eine solche Übereinstimmung,, die den Profit sichert. 2. Weil der kapitalistische Markt, die Proportionen zwischen Angebot und Nachfrage nicht durch die zu realisierenden gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse oder die Produktionsmöglichkeiten, sondern eben durch den realisierbaren Monopolprofit bestimmt werden, muß der dem Kapitalverhältnis immanente Konflikt zwischen Produktion und Markt sich verschärfen und somit eine tiefe Ungleichgewichtigkeit sowie Disproportionalität der imperialistischen Ökonomik hervorbringen . (36) 3. Wird bei Existenz staatsmonopolistischer Verhältnisse der Marktpreis-Mechanismus des vormonopolistischen Kapitalismus wesentlich durchbrochen bzw. aufgehoben. An die Stelle des in der freien Konkurrenz gebildeten Marktpreises treten der Monopolpreis und der staatsmonopolistisch gebildete Preis, die aufgrund von ökonomischer sowie außerökonomischer Gewalt als Marktpreise keinesfalls den Bewegungen und Relationen von Angebot und Nachfrage folgen. 4. Der freie Marktpreis ist, weil er sich auf der Basis momentaner Bedingungen bildet, seinem Wesen nach *statischer* Natur. D.h. über ihn ist bzw. wäre es möglich – und das auch stark verzerrt – nur bestimmte Verhältnisse und Erfordernisse der Wirtschaft und des Marktes in einem gegebenen Zustand und Moment zu erfassen bzw. auszudrücken. Die heutige Kapitalproduktion erfordert unter dem Druck der Produktivkräfte und Systemauseinandersetzung in immer stärkerem Maße langfristige und komplexe Gestaltungen und Entscheidungen innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Über den freien Marktpreis können die notwendigen Zusammenhänge und Strukturen, die erforderlichen Entwicklungstempi einzelner Zweige, Kooperationen und Verflechtungen nicht hergestellt und ökonomisch fundiert werden, d.h. ihm fehlt ein *dynamischer* Aspekt. So muß der imperialistische Staat mittels seines Regulierungs- und Umverteilungsinstrumentariums um Sicherung der entsprechenden Verwertungsbedingungen des Kapitals, um ein profitables, ein *kapitalistisches* Gleichgewicht bemüht sein.

Angesichts der Erfordernisse der Produktivkräfte, der gegenwärtigen Maßstäbe kapitalistischer Produktion und der objektiven Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in der BRD und Westberlin sowie unter dem Zwang des Kampfes mit dem Sozialismus treten auch die Befürworter von der Konzeption der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" für bestimmte Maßnahmen des imperialistischen Staates ein, fordern sie eine staatliche Sicherung bzw. Verwirklichung des Marktmechanismus bzw. eine Aufgliederung bestimmter gesellschaftlicher Bereiche aus dem Wirkungsfeld der „marktwirtschaftlichen " Regulierung. (Gerade die unter bürgerlichen Ideologen der BRD und Westberlins wachsende Erkenntnis, daß der Markt-Konkurrenz-Mechanismus nicht besonders geeignet ist, wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche und Strukturen entsprechend den Erfordernissen der Kapitalverwertung zu gestalten (37), reflektiert auch zutiefst die theo-

35 Vgl. Karl Marx: „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, in: MEW, Bd. 26.2., Berlin 1967, S. 510.

36 Bereits Marx schrieb, die „richtige Proportion zwischen Angebot und Nachfrage hat seit langem zu bestehen aufgehört. Sie hat das Greisenalter überschritten, sie war nur möglich in jenen Zeiten, wo die Produktionsmittel beschränkt waren, wo der Austausch sich in außerordentlich engen Grenzen vollzog. Mit dem Entstehen der Großindustrie mußten die richtigen Proportionen verschwinden und mit Notwendigkeit muß die Produktion in bestimmter Aufeinanderfolge den Wechsel von Prosperität, Krisis, Stockung und neuer Prosperität und so fort durchmachen." (Karl Marx: „Das Elend der Philosophie", in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 97.

37 Vgl. Eberhard Günther, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ..., a.a.O., S. 31; Klaus-Heinrich Standke, ebenda, S. 34; Werner Meißner: „Investitionslenkung – ein neues Instrument für die Wirtschaftspolitik", in: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 8/1973, S. 623.

retische Haltlosigkeit und das praktische Unvermögen „marktwirtschaftlicher" Regulierungsprinzipien und - vorstellungen.)

Die Forderungen nach staatlichen Wirtschaftsaktivitäten zur Verwirklichung der Marktregulierung sind sehr klar. Bei von Eynern ist zu lesen, daß „der Marktmechanismus ... nämlich nur (funktioniert), wenn gewisse Voraussetzungen gegeben sind ..., diese Voraussetzungen ... sind Produkte staatlicher ... Handlungen. Der Staat muß sich Tag für Tag darum bemühen, daß die Marktwirtschaft funktioniert." (38) Dahl formuliert, daß in der „Marktwirtschaft" der BRD und Westberlins „der Staat nicht zum Nachtwächter reduziert (ist). Von ihm wird aktive Wirtschaftspolitik stets dann gefordert, wenn der freie Markt und damit der Konsument in Gefahr ist." (39) Und Erhard/Müller-Armack bekennen: „ Die Soziale Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem starken ... Staat die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Ordnung." (40) D.h. daß auf dem Hintergrund der objektiven Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft unter staatsmonopolitischen Bedingungen, Forderungen nach entsprechenden Formen der Wirtschaftslenkung und – Regulierung vorgetragen werden, die „freie" oder „soziale Marktwirtschaft" muß staatsmonopolistisch verwirklicht werden. (41) Hieran offenbart sich über die bürgerlichen Positionen, daß mittels „marktwirtschaftlicher " Prinzipien sich der Reproduktionsprozeß im Imperialismus nur sehr schwer lenken läßt. Bezüge zum Kapitalismus der freien Konkurrenz werden von „realistischen" Theoretikern abgewiesen. Reimut Jochimsen sagt deutlich: „Mit der freien Marktwirtschaft, wie sie im vergangenen Jahrhundert von Anhängern des ökonomischen Liberalismus verstanden wurde, kann man keine Politik machen, sondern nur einen sogenannten ‚ordre naturel' als spontanes Muster komplexer Beziehungen durchsetzen." (42) Und Edgar Salin: „Was vom Liberalismus im 19. Jahrhundert unter Marktwirtschaft verstanden wurde, wäre heute gar nicht mehr durchführbar." (43). Die nun auch von den Verfechtern der „Marktwirtschafts"-Konzeption entwickelten Instrumentarien und Begriffe wie mehrjähriger Haushalt, staatliche Globalsteuerung, mittelfristige Finanzplanung, Wirtschaftsbericht, Zielprojektion, Investitionslenkung sind politökonomischer Ausdruck der Grenzen des Modells von der „freien Marktwirtschaft" und Reaktion auf die reale staatsmonopolistische Entwicklung in der BRD und Westberlin, die eben dem „freien Spiel der Kräfte" nicht überlassen werden kann.

Insgesamt läßt sich erkennen und ableiten, daß die Vertreter der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" aufgrund ihrer Analysen zu der – durchaus realen – Einschätzung kommen, daß ein klassischer Markt-Konkurrenz-Mechanismus nicht mehr wirkt und daß der imperialistische Staat eine wichtige Funktion zur Gewährleistung, zur Wirkung des Marktmechanismus auszuüben hat. Allein mit seiner Hilfe – so wird zum Ausdruck gebracht – kann die „freie Marktwirtschaft" gesichert werden. Indem jene bürgerlichen Politökonomen insbesondere in der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und vor allem -intervention eine grundlegende Bedingung für das Funktionieren der Marktregulierung und des kapitalistischen Reproduktionsprozesses überhaupt sehen, offenbart sich ihre Konzeption

38 Gert v. Eynern, ebenda, S. 71.
39 Dieter Dahl, ebenda, S. 43.
40 Erhard/Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - ORDNUNG DER ZUKUNFT, a.a.O., S. 26.
41 Dabei gibt es unter den verschiedenen Verfechtern der „Marktwirtschafts"-Konzeption z.T. Diskussionen und Polemiken um den Grad, den Umfang staatlicher Aktivitäten, dies sind allerdings Auseinandersetzungen sekundärer, also nicht prinzipieller Natur.
42 Reimut Jochimsen, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ..., a.a.O., S. 40.
43 Edgar Salin, in: ebenda, S. 41.



objektiv als eine theoretische Rechtfertigung, als eine Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter der Hülle der „Marktwirtschaft". Die objektive Basis für die Forderung nach „ordnenden Maßnahmen" des imperialistischen Staates, nach staatsmonopolistischer Wirtschaftsaktivität liegt in den Existenzbedingungen des heutigen Kapitalismus begründet. Zu Recht bemerken marxistisch-leninistische Politökonomen, daß „die grundlegende Ursache und Haupttriebkraft der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... sich aus der Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Resultate" (44) ergibt. Die sich mit der Entfaltung des Monopols zuspitzenden gesellschaftlichen Konflikte im Inneren und Äußeren des imperialistischen Systems sowie die historische Defensivposition dieses Systems gegenüber dem realen Sozialismus erforderten und erfordern neue Bewegungsformen zur Erhaltung der Kapitalverhältnisse zu finden, zwangen und zwingen das Monopolkapital , „das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat unmittelbar in die Wirtschaft einzuschalten und ihm zu Erhaltung des Profitsystems immer umfassendere ökonomische Funktionen zu übertragen." (45)

Interessant ist aber nun, *wie,* d.h. mit welcher Argumentation „Marktwirtschafts"-Ideologen angesichts der nicht zu leugnenden Labilität, Krisenhaftigkeit und Widersprüchlichkeit des heutigen Imperialismus die Ursachen dieser Situation erklären und auf welche Weise sie die staatsmonopolistischen Maßnahmen rechtfertigen. Typisch ist, daß die entscheidenden Ursachen für die Lage des Imperialismus nicht in dem durch die Eigengesetzlichkeit des Kapitals hervorgebrachten Produktions- und Ausbeutungsverhältnis Monopol gesehen werden. In apologetischer Verzerrung werden bestimmte falsche wirtschaftspolitische Maßnahmen, einzelne Konzeptionen bestimmter Politiker bzw. ein „Fehlverhalten" „des" wirtschaftenden Menschen als Erklärung für die immensen Probleme der „freien Marktwirtschaft"angegeben. Frickhöffer ist z.B. der Ansicht, „ daß die Schwierigkeiten und Spannungen nicht der Marktwirtschaft, sondern den Verstößen gegen sie, den Abweichungen, den Tendenzen, es anders zu machen, zu danken waren und sind." (46) Bruno Molitor formuliert angesichts des Problems der Inflation, daß das kein Versagen der „Marktwirtschaft" sei, sondern es „signalisiert vielmehr, daß an der Bedienung der wirtschaftspolitischen Steuerungshebel etwas nicht klappt." (47) Alfred E. Ott meint, daß die Probleme der „Marktwirtschaft" nur aus dem nicht voll funktionsfähigen Preissystem bzw. - Mechanismus entspringen. (48) Nach Erhard/Müller-Armack ist es „eine pragmatische Wirtschaftspolitik", die „zwangsläufig zu konzeptionellen Widersprüchen" (49) führt. D.h., die Widersprüche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Imperialismus werden nicht als das Ergebnis der existenten Produktionsverhältnisse behandelt, sondern als Resultat gewisser falscher wirtschaftspolitischer Maßnahmen bzw. als Ergebnis einer zeitweilig nicht intakten „Lenkungsmechanik". Das bedeutet, daß seitens der Monopole und des imperialistischen Staates nur „klügere", „weitsichtigere" Entscheidungen zu tref-

44 Autorenkollektiv: „Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland" (Thesen), in: EINHEIT, Heft 1/1965, S. 103.
45 Ebenda.
46 Wolfgang Frickhöffer, in: „Marktwirtschaft meistert die Zukunft", Vorträge und Diskussionen der 29. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, TAGUNGSPROTOKOLL Nr. 29, Ludwigsburg 1968, S. 7.
47 Bruno Molitor: „Ist die Marktwirtschaft noch zeitgemäß?", in: MANAGEMENT HEUTE UND MARKTWIRTSCHAFT, Nr. 3/1974, S. 34.
48 Alfred E. Ott, in: Werner Ehrlicher/Ingeborg Esenwein-Rothe/Harald Jürgensen/Klaus Rose: KOMPENDIUM DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, a.a.O., S. 191.
49 Erhard/Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – ORDNUNG DER ZUKUNFT, a.a.O., S. 64.

fen seien, dann wären die Probleme eigentlich behoben. Doch die inneren Widersprüche , die Labilität des imperialistischen Systems, die verstärkte Konkurrenz zwischen den internationalen Monopolen und imperialistischen Machtblöcken stellen die bürgerliche Politische Ökonomie und die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik vor Probleme, die sie vom Wesen her nicht zu lösen vermögen. Wohl ist eine partielle und temporäre Beeinflussung bzw. Dämpfung bestimmter ökonomischer und sozialer Entwicklungen und Konflikte möglich. Insgesamt jedoch vollzieht sich die Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses grundsätzlich nach den objektiven Gesetzen der herrschenden Produktionsweise und nicht nach konzeptionellen Vorstellungen bürgerlicher Politökonomen oder nach irgendwelchen subjektiven Erwägungen und Überlegungen imperialistischer Politiker.

Kennzeichnend ist insgesamt, daß die „Marktwirtschafts"-Ideologen bei ihrer Begründung und Erklärung der staatsmonopolistischen Wirtschaftsaktivitäten

- nicht an bestimmten ökonomischen Widersprüchen und Konflikten des heutigen Kapitalismus vorbeigehen können, wenn sie die auch verzerrt zum Ausdruck bringen und gleichzeitig auf ihre apologetische Weise ausnutzen,
- die Ursachen dieser Widersprüchlichkeit – und insofern den Anlaß zu den staatlichen Aktivitäten – nicht in den monopolkapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen sehen, d.h. daß sich dann auch die Konsequenz ihrer revolutionären Beseitigung erübrigt,
- die Konflikte auf dem Boden der „Marktwirtschaft", d.h. der Kapitalordnung mit Hilfe des Staates gelöst werden sollen, so bewußt Illusionen über die Möglichkeit der prinzipiellen Beseitigung dieser Konflikte im Rahmen des Systems genährt und verbreitet werden,
- der imperialistischen Wirtschaft in Gestalt der staatlich verwirklichten „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" ein politökonomisches Ordnungssystem eingeben, das im Wesen jedoch keinen der staatsmonopolistischen Realität adäquaten Inhalt zur Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals besitzt. Insofern ist dieses theoretische Modell in der Relation zum existenten staatsmonopolistischen Kapitalismus ein historischer Anachronismus, der aber – in seiner theoretischen Hülle gesehen – gerade die Aufgabe hat, diesen Kapitalismus zu verteidigen und zu rechtfertigen.

Gerade im Zusammenhang mit dem Dogma von der „marktwirtschaftlichen" Regulierung der kapitalistischen Produktion muß noch ein weiterer kapitaler theoretisch-methodologischer Fehler der Konzeption von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" erwähnt werden. Die objektive wissenschaftliche Analyse einer wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Ordnung gebiert eigentlich die Erkenntnis, daß die entscheidenden Charakteristika eines Wirtschaftssystems – und hierzu ist ohne Zweifel auch der Regulierungsmechanismus zu zählen – durch den sozialökonomischen Charakter der Eigentumsverhältnisse, das Ziel und die Triebkräfte der Produktion, die Interessen der herrschenden Klasse bestimmt werden und davon auch abgeleitet werden müssen. Doch in der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" werden gerade die wesentlichen Eigenschaften eines Wirtschaftssystems – und dabei vor allem das Ziel der Produktion – aus dem ökonomischen Regulierungsmechanismus erklärt und entwickelt!

### 2.4. Das Postulat vom „Antimonopolismus"

Innerhalb der Konzeption von der „freien Marktwirtschaft" nimmt das Monopolproblem einen gewichtigen Platz ein. Charakteristisch ist, daß die „Marktwirtschafts"-Ideologen in ihren Darlegungen einen bestimmten Antimonopolismus äußern, sich als Gegner von Monopolen in der „Marktwirtschaft" präsentieren. Worin besteht nun der Inhalt dieses „Antimonopolismus"?



Ausgehend von der Erklärung des Monopols als einer *Markt*form (50) und nicht als einer Entwicklungsform des kapitalistischen *Produktions*verhältnisses, ausgehend von der Position, daß die Ursache des Monopols in einem subjektiven Trieb „des" Menschen liegt, der zu allen Zeiten die entscheidende Rolle spielte – womit der objektive, gesetzmäßige Charakter, die historische Natur der Herausbildung des imperialistischen Monopols geleugnet wird – wird entwickelt, daß das Monopol ein „Störfaktor", eine „Entartung" bzw. „Fehlentwicklung" der „freien Marktwirtschaft" sei und ihre Effizienz beeinträchtige, den „freien Wettbewerb", den Marktmechanismus behindere, zur Machtbildung führe und daher zu verhindern bzw. zu bekämpfen sei. Walter Eucken betont, daß das Monopol „die bestmögliche Versorgung des Marktes" (51) nicht gewährleistet, er kommt zu der Ansicht, „daß durch das Vorhandensein von Monopolen diese (durch das Preissystem erfolgende – G.K.) Koordination der Pläne und Handlungen aller ... Betriebe und Haushalte zu einem gesellschaftlichen Wirtschaftsprozeß des Gleichgewichts gestört wird, daß die Annäherung an das allgemeine Gleichgewicht nur zufällig gelingt ..., daß die Konsumenten entthront werden" (52). Um eine weitere „Fehlentwicklung" auszuschließen, soll nun der Staat – und das ist zutiefst historischer Anachronismus und im Kern handfeste Apologetik – mittels „Monopolaufsicht", „Monopolgesetzgebung" und „Monopolamt" „die Träger wirtschaftlicher Macht zu einem Verhalten ... veranlassen, *als ob* vollständige Konkurrenz bestünde" (53).

Zwar kann im gegenwärtigen Imperialismus der BRD und Westberlins angesichts des dominierenden Einflusses der Monopole nicht mehr von einer „Entartung" bzw. einem „Sonderfall" der „freien Marktwirtschaft" gesprochen werden, zwar muß angesichts der heutigen Maßstäbe der Kapitalproduktion, der internationalen Konkurrenz gar die Notwendigkeit von großen Monopolunternehmen von bürgerlichen Ideologen begründet werden (54), doch wird dies mit der Forderung bzw. „Empfehlung" verbunden, keine große Verzerrung des Marktes und Verletzung der Konkurrenzverhältnisse zuzulassen. So soll eine entsprechende staatliche „Wettbewerbspolitik" verhindern, „daß einzelne Unternehmen eine dauernde Monopolstellung am Markt erringen. Sie muß verhindern, daß einige wenige Großunternehmen durch informelle Abmachungen den Markt unter sich aufteilen, den Wettbewerb untereinander ausschließen, die Preise augenzwinkernd gemeinsam erhöhen" (55).

Welche Funktion kommt nun diesem apologetischen Antimonopolismus imperialistischer Theoretiker zu?

*Erstens* geht es darum, unter den Werktätigen die Auffassung zu verbreiten, daß das imperialistische Monopol innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise mehr oder weniger ein zufälliges Resultat der Entwicklung ist, ein „Fremdkörper", der die Reinheit und die Fundamente der „freien Marktwirtschaft" beeinträchtigt. Hier soll also die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung, die objektiv-historisch vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus führt, geleugnet werden.

---

50 Zum Monopolverständnis der bürgerlichen Marktformenlehre vgl. Günter Krause: „Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie", in: SOZIALISTISCHE POLITIK, Nr. 14/15-1971, S. 57 ff.

51 Walter Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK, Bern-Tübingen 1952, S. 33.

52 Ebenda, S. 40.

53 Ebenda, S. 295 (Hervorhebung – G.K.).

54 Vgl. z.B. Günter Böddeker: MUT ZUR GRÖSSE, Oldenburg-Hernburg 1966; Diether Stolze, in: BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS ..., a.a.O., S. 32/33.

55 Erhard/Müller-Armack: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ..., a.a.O., S. 219.

*Zweitens* waren angesichts der Kompromittierung des Monopolkapitals durch den Faschismus, angesichts realer antimonopolistischer Stimmungen und Haltungen in der Bevölkerung bürgerliche Ideologen gezwungen, die Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals in „antimonopolistischer" Hülle zu unterstützen. Insofern hatte der apologetische Antimonopolismus die Funktion diesen realen Antimonopolismus der Bevölkerung abzufangen – über die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" mit ihrer „antimonopolistischen" Orientierung.

Dieser apologetische Antimonopolismus imperialistischer Theoretiker ist an sich keine spezifische Erscheinung der Theoretiker in der BRD und Westberlin. Er erhält allerdings auf deutschem Boden eine besondere Note und spezielle Bedeutung. Insofern nämlich, als sich in der DDR eine gesellschaftliche Entwicklung vollzog und vollzieht, die auf wirklichen antimonopolistischen Positionen basiert. Diese Tatsache veranlaßte imperialistische Ideologen nun, zumindest zeitweilig, die imperialistische Entwicklung in der BRD und Westberlin mittels „antimonopolistischer" Thesen zu tarnen.

*Drittens* soll die Illusion verbreitet werden, daß es möglich sei, die aus der Herrschaft des Monopols resultierenden ökonomischen, politischen und sozialen Konflikte aufzuheben, wenn „der" Staat mit entsprechender Politik eingreift bzw. einen „freien Wettbewerb" verwirklicht. D.h. aber, daß die – falsche – Vorstellung entwickelt wird, daß *innerhalb* des existenten kapitalistischen Systems unter imperialistischen Verhältnissen mittels eines „neutralen" Staates, eines Staates „an sich" auch die fundamentalen Widersprüche gelöst werden können. Damit wird nicht nur die Leugnung des sozialökonomischen Wesens, des Klassencharakters des imperialistischen Staates betrieben, sondern es ist beabsichtigt, auf diese Weise die revolutionären Kräfte vom Kampf gegen die Monopole, gegen das System abzuhalten. Zudem werden Hoffnungen und Illusionen hinsichtlich wirtschaftlicher Maßnahmen und Reformprojekte des imperialistischen Staates verbreitet.

*Viertens* ist mittels des apologetischen Antimonopolismus beabsichtigt, den antimonopolistischen Positionen breiter Kreise der Bevölkerung eine antisozialistische Stoßrichtung zu geben. Und zwar in dem Sinne, daß der sozialistische Staat als „Sonderart des absoluten und totalen Monopols der kollektivistischen Wirtschaftsbehörde", als „Supermonopol, das in der Tat alles, was uns das Monopol verhaßt macht, ins Kolossale und schlechthin Unerträgliche steigern muß" (56).

*Fünftens* kommt diesem apologetischen Antimonopolismus innerhalb der Strategie des Monopolkapitals die Aufgabe zu, die Politik gegenüber dem nichtmonopolisierten Kapital bzw. dem Mittelstand theoretisch-ideologisch zu fundieren und die „freie Marktwirtschaft" als eine „antimonopolistische" Wirtschaftsordnung darzustellen. Damit soll eine Integration dieser Kräfte in das kapitalistische System bewirkt werden.

*Sechstens* darf nicht übersehen werden, daß angesichts der existenten, der wachsenden Widersprüche des Imperialismus ein apologetischer Antimonopolismus und eine imperialistische „Monopolkritik" die Aufgabe erhält, die marxistisch-leninistische Monopol- und Imperialismuskritik zu paralysieren und ihre Verwurzelung in den Reihen der antimonopolistischen Kräfte zu verhindern.

56 Wilhelm Röpke: MASS UND MITTE, Erlenbach-Zürich 1950, S. 122.



## 3. Die entscheidenden Funktionen der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft"

Anhand der Ausführungen zu den wesentlichsten Thesen und Positionen der „Marktwirtschafts"-Konzeption läßt sich nun darlegen, worin prinzipiell ihre entscheidenden Funktionen bestehen.

Die *politische* Funktion von der „freien Marktwirtschaft" besteht im Kern darin, grundsätzlich alle Forderungen der Arbeiterklasse, der übrigen werktätigen Schichten, überhaupt aller progressiven gesellschaftlichen Kräfte nach entscheidender Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD und Westberlin abzufangen. Unter den konkreten historischen Bedingungen bot sie die Möglichkeit, die Restauration und Sicherung der ökonomischen und politischen Herrschaft des imperialistischen Monopols auf dem Boden der BRD und Westberlins theoretisch zu „erklären" und ideologisch abzusichern. Die nach der faschistischen Zwangswirtschaft und Herrschaft bei vielen Werktätigen vorhandenen Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich einer demokratischen, sozialen Sicherheit gewährenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sollten über diese Theorie im Interesse des Monopolkapitals entschärft und kanalisiert werden. Gleichzeitig galt es jegliche Gedanken und Bestrebungen hinsichtlich einer von Kapitalherrschaft und Ausbeutung befreiten, auf gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln beruhenden sozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung kategorisch zu unterbinden und mit allen Mitteln zu diffamieren. So kommt dann dem Antikommunismus eine ganz entscheidende Position in dieser Theorie zu.

Die *ideologische* Funktion der „Marktwirtschafts"-Konzeption ist vor allem darin zu sehen, entscheidend zur Verschleierung und Verbrämung der monopolkapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse unter den Bedingungen des heutigen Imperialismus in der BRD und Westberlin beizutragen, Illusionen über den Staat, die Freiheit, Demokratie und Wirtschaft in diesem System zu verbreiten und auf diese Weise die Werktätigen und z.T. auch nichtmonopolistische bürgerliche Kräfte den Interessen und Zielen des Monopolkapitals gefügig zu machen, sie in die imperialistische Ordnung zu integrieren.

Eine *wirtschaftspragmatische* Funktion hatte die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" in bestimmtem Maße in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu spielen, als über die Forderung nach dem „freien Spiel der Kräfte" die Emanzipation des Kapitals gegenüber gewissen reglementierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Besatzungsmächte auf dem Territorium der BRD und Westberlins betrieben wurde. (57) Die theoretische Orientierung auf eine „freie Marktwirtschaft" galt als eine Polemik, als eine bürgerliche Opposition gegenüber bestimmten ökonomischen Fesseln, die die Akkumulation und das freie Fließen des Kapitals zeitweilig behinderten, zu vertreten.

## 4. Hintergründe der relativen Kontinuität von „marktwirtschaftlichen" Ideen und Konzeptionen innerhalb der bürgerlichen Ideologie und Politische Ökonomie der BRD und Westberlins

Das Phänomen, daß „marktwirtschaftliches" Gedankengut in der politischen und ideologischen Landschaft des Imperialismus der BRD und Westberlin nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt, daß grundlegende Aussagen der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" auch nach dem Scheitern der neoliberalen Wirtschafts- und Gesell-

57 Vgl. dazu auch BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS, a.a.O., S. 52 ff.

schaftskonzeption der CDU/CSU bzw. des Ludwig Erhard weiterhin im Arsenal der bürgerlichen Ideologie anzutreffen sind und auch Verwendung finden, wirft das Problem der Ursachen der relativen Kontinuität von „marktwirtschaftlichen" Theoremen auf, die zwar im Zusammenhang mit der Entwicklung des Neoliberalismus, als sein Bestandteil entstanden, deren Präsens aber nicht ausschließlich an die Existenz dieser Strömung der bürgerlichen Politischen Ökonomie gebunden ist.

Ganz sicher wäre der Hinweis berechtigt, daß auch in der Gegenwart noch Restbestände neoliberalen Gedankenguts anzutreffen sind, die mit dafür sorgen, daß Postulate der „Marktwirtschafts"-Theorie und Illusionen über den Marktmechanismus verbreitet werden. Doch das kann m.E. nicht die alleinige und allumfassende Erklärung für den geschilderten Tatbestand sein.

Die entscheidenden Ursachen für diese relative Kontinuität liegen sowohl allgemein in politisch-ideologischen als auch in materiell-ökonomischen Faktoren des Imperialismus begründet und sie hängen auch mit einer spezifischen Situation und Stellung des Imperialismus der BRD und Westberlins zusammen. Von überragendem Gewicht sind dabei die politisch-ideologischen Momente, die wesentlich die Langlebigkeit von Doktrinen der „Marktwirtschafts"-Konzeption sowie ihren bemerkenswerten Platz innerhalb der bürgerlichen Ideologie erklären.

Anknüpfend an den weiter unten entwickelten Gedanken, daß es in der Geschichte der Politischen Ökonomie ein „Beharrungsvermögen" bestimmter bürgerlicher Dogmen und Thesen gibt, gilt es hier festzustellen, daß es gerade die mit der Theorie von der „freien" und „sozialen Marktwirtschaft" verbundenen Freiheitsdemagogie, der damit in Zusammenhang stehenden Begriffe und Postulate vom „freien Wettbewerb" vom „freien Unternehmer", von der „Freiheit und Rechtmäßigkeit des Privateigentums" an Produktionsmitteln, von der „Freiheit der Privatinitiative", von der „Konsumfreiheit" sowie die Losungen vom „König Kunden", vom Profitreiz als „Stimulator der Produktion" sind, die als längerfristig eingesetzte Mittel bzw. Argumente zu ideologischen Verschleierung der realen Macht- und Herrschaftstrukturen, der kapitalistischen Ausbeutung und Profitproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus dienen sollen. Charakteristisch ist im übrigen, daß mittels der Freiheits-, Demokratie- und Wohlstandsdemagogie die bei vielen Angehörigen des werktätigen Volkes vorhandenen, angesichts des umfassenden politischen, ökonomischen und sozialen Repressionsapparates des Imperialismus verständlichen Sehnsüchte, Ideale und Wünsche nach Freiheit, Demokratie und sozialen Wohlstand angesprochen und apologetisch mißbraucht werden. Dabei werden Begriffe und Kategorien wie Freiheit, Recht, Demokratie, Konsum und Staat ihres sozialökonomischen Inhalts entleert und als „allgemeine" Begriffe präsentiert. (58)

Ein weiterer nicht unwesentlicher politisch-ideologischer Faktor, der mit die relative Kontinuität von Thesen der „freien Marktwirtschafts"-Konzeption erklärt, besteht gerade auch darin, daß sie unter Negierung entscheidender sozialökonomischer und historischer Kriterien und Aspekte eine Möglichkeit zur besseren Etikettierung des Imperialismus in sich barg und birgt, indem nach entsprechender „theoretischer" Argumentation der Begriff „Kapitalismus" bzw. „Imperialismus" durch den der „Marktwirtschaft" ersetzt wird. Gerade im Zusammenhang mit der wachsenden von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften vorgetragenen Kritik am Imperialismus ist es verständlich, daß bürgerliche Theoretiker

58 Wilhelm Röpke schreibt, daß die Menschen „nicht einmal überwiegend durch ihre Klasseninteressen bestimmt werden, sondern ... durch allgemeine und elementare Wertvorstellungen und Gefühle" (DIE GESELLSCHAFTSKRISIS DER GEGENWART, Erlenbach-Zürich (o.J.), S. 14).



um eine bessere Optik, um einen „eleganteren" Namen für dieses System bemüht sind. Nicht von ungefähr werden zahlreiche Polemiken gegen den Begriff „Kapitalismus" geführt und Termini wie „Industriegesellschaft", „Konsumgesellschaft", „technotronische" oder „postindustrielle Gesellschaft" ins Spiel gebracht. Ein Bezug auf die grundlegende, die entscheidende gesellschaftliche Struktur, das Kapitalverhältnis soll auch nach Möglichkeit durch den das System kennzeichnenden Begriff ausgeschaltet werden. Selbst semantische Akrobatik ist zur ideologischen Manipulierung, zur Irreführung der Bevölkerung gefragt und notwendig.

Die materiell-ökonomische Grundlage für das „Beharrungsvermögen" von Doktrinen der „Marktwirtschafts"-Konzeption ist mit den Bedingungen und Verhältnissen der kapitalistischen Warenproduktion selbst gegeben. Wie ist das zu verstehen? Mit der Herausbildung des Imperialismus, mit der Entwicklung und Wirkung des staatsmonopolistischen Regulierungssystems wurde und wird zwar der Regulierungsmechanismus der Produktion, das Kapital- und Konkurrenzverhältnis wesentlich im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus modifiziert, wurden und werden neue Bedingungen der Kapitalverwertung und Konkurrenz geschaffen, doch die kapitalistische Konkurrenz selbst kann mit dem Weiterbestehen des Kapitals als Monopolkapital sowie als staatsmonopolistisch organisiertes Kapital nicht beseitigt, nicht aufgehoben werden. Sie ist die Daseinsweise, die „innere Natur des Kapitals" (Marx). Mit der weiteren Existenz des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln ist auch das Fortwirken des Konkurrenz-Prinzips und seinen Konsequenzen für den Regulierungs- und Funktionsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise verbunden, wenngleich Modifizierungen auftreten. In der staatsmonopolistisch beeinflußten Konkurrenz ist die historische Erscheinungsform des Konkurrenzprinzips und Konkurrenzmechanismus für den gegenwärtigen Imperialismus gegeben, insofern ist der modifizierte Konkurrenzmechanismus auch heute wesentlich für die Regulierung der kapitalistischen Produktionsweise.

Analog dem Problem der Konkurrenz ist das des Marktes. Innerhalb des sich modifizierenden Regulierungsmechanismus des Kapitals nahm und nimmt der Markt eine bestimmte sich verändernde Stellung und Funktion ein. Aber der Markt kann genau wie die Konkurrenz nicht einfach beseitigt werden mit der Entfaltung des Kapitalsverhältnisses. (59)

Daß eine relative Kontinuität der „marktwirtschaftlichen" Theoreme festzustellen ist, hängt auch mit einem – bereits in anderem Zusammenhang erläuterten – Fakt zusammen, der aus der sozialökonomischen Basis des Imperialismus resultiert. Die kapitalistische Entwicklung ist durch verschiedene Bewegungs- und Existenzformen des Kapitalverhältnisses charakterisiert (privates Einzelkapital, Monopolkapital und staatsmonopolistisch organisiertes Kapital). Der Prozeß der Negierung der jeweiligen Existenzform des Kapitals bedeutet nun nicht, daß die jeweils vorhergehende Form grundsätzlich verschwindet, sie wird vielmehr dem dominierenden Kapitalverhältnis untergeordnet, von ihm beherrscht. D.h. aber auch, daß kein „einheitlicher" Imperialismus existiert. Lenin formuliert, „nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird je existieren ... Auf dem Standpunkt stehen, es gäbe einen einheitlichen Imperialismus ohne den alten Kapitalismus, heißt das Gewünschte für die Wirklichkeit nehmen" (60). D.h. es gibt auch im heutigen Imperialismus noch privates Einzelkapital, nicht monopolisiertes Kapital und z.T. noch Bereiche, in denen dieses Kapital relativ günstige Existenzbedingungen hat, aber

59 Vgl. W.J. Lenin: „Einige Erwägungen zu den Bemerkungen der Kommission der gesamtrussischen Aprilkonferenz, in: WERKE, Bd. 24, Berlin 1959, S. 465.

60 Ders.: „Bericht über das Parteiprogramm. VIII. Parteitag der KPR(B), (1919), a.a.O., S. 153.

doch bereits dem Druck des Monopols ausgesetzt ist. Ein ideologischer, ein politökonomischer Reflex der nichtmonopolistischen bürgerlichen Kräfte auf ihre komplizierte Lage ist die Verbreitung und Kultivierung solcher Thesen und Leitbilder, in denen als Orientierung eine weitgehend freie Konkurrenz, mehr oder weniger freie Marktpreisbildung, begrenzte Staatsintervention und ein relativ unverzerrtes Wirken von Angebot und Nachfrage angeben wird, d.h. vom Kern her wird das Fortwirken „marktwirtschaftlicher" Vorstellungen unterstützt.

Welches sind nun die Momente und Faktoren, die aus einer spezifischen Situation des Imperialismus der BRD und Westberlins heraus zur relativen Konstanz von „marktwirtschaftlichem " Gedankengut führen? Diese Fragestellung ist gerade auch deshalb relevant, weil z.B. in den USA das Leitbild von der „freien Marktwirtschaft" längst nicht dieses Gewicht hat wie in der BRD und Westberlin oder in anderen westeuropäischen Ländern. Erinnert sei hier nur an John K. Galbraith kritische Position zum Glauben an eine Marktregulierung. (61)

Ein *erster* Faktor besteht darin, daß imperialistische Theoretiker in der BRD und Westberlin auf die politische Vergangenheit (Faschismus) und die politische Kräftegruppierung (Organisiertheit, Stärke und Kampftraditionen der Arbeiterbewegung) stärker Rücksicht nehmen müssen. Demzufolge sind sie gezwungen, ihre Ideen und Aussagen mehr demagogisch-illusionär zu verhüllen – gerade mit dem Freiheits-, Demokratie- und Wohlstandsglorienschein a lá Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft".

Ein *zweiter* Faktor, der die lange Wirkung der Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" verständlich werden läßt, waren die günstigen Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals in der BRD und Westberlin in den Nachkriegsjahren, in den 50er Jahren. Der große Bedarf, die starke Nachfrage nach Produktionsmitteln und Konsumgütern, die relativ große Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes und die recht günstigen Positionen des BRD-Kapitals auf dem äußeren Markt, sowie die beträchtlichen Unterstützungen und Investitionen seitens des Monopolkapitals der USA bewirkten einen starken konjunkturellen Aufschwung, der unter zweifachem Aspekt zur Verbreitung und Erhaltung der „Marktwirtschafts"-Konzeption beitrug: *einmal* waren infolge dieser ökonomischen Verhältnisse die Interventionen des imperialistischen Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß relativ begrenzt, nicht so umfassend, beschränkten sich auf bestimmte Bereiche und Kategorien. Es existierte eine Situation, in der der Marktprozeß relativ wenig beeinflußt wurde, in der sich günstige Verhältnisse eines „freien Wettbewerbs" am Markt herausgebildet hatten. Diese Tatsache mußte die Kultivierung von „Marktwirtschafts"-Thesen unterstützen. Zum *anderen* wurde auf dem Hintergrund dieser Nachkriegskonjunktur die materielle Lebenslage großer Teile der Werktätigen – trotz ganz immenser Ausbeutung – im Vergleich zur Zeit des Faschismus und den ersten Nachkriegsjahren spürbar verbessert, wurde ein gewisser materieller Wohlstand geschaffen. Dieser Fakt wurde von imperialistischen Theoretikern in der BRD und Westberlin apologetisch ausgenutzt und mißbraucht. Er wurde als Produkt der „freien Marktwirtschaft" ausgegeben, das „Marktwirtschafts"-Konzept habe sich praktisch bewährt. Diese These erzielte bei vielen Werktätigen ideologische Wirkung, stärkte einen Glauben an Theorie und Praxis der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft", spielte eine bedeutende Rolle im ideologischen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden. Denn es kam hinzu, daß bürgerliche Ideologen die unter weitaus schlechteren ökonomischen Bedingungen begonnene, sich aber ohne kapitalistische Ausbeutung vollziehende, jedoch der

61 Vgl. John K. Galbraith: DIE MODERNE INDUSTRIEGESELLSCHAFT, München-Zürich 1968, S. 47 und 64.



ständigen Störung des Imperialismus der BRD und Westberlins ausgesetzte Entwicklung in der DDR verleumdeten und bestimmte zeitweilig auftretende, infolge der unterschiedlichen Ausgangspositionen entstandene wirtschaftliche Probleme als Ergebnis der „Zentralverwaltungswirtschaft", als Produkt der „bürokratischen Zwangswirtschaft" ausgaben.

Ein *dritter* Tatbestand ist der Entwicklungsstand des staatsmonopolitischen Kapitalismus in der BRD und Westberlin im Vergleich zu den USA. Der höhere Konzentrationsgrad von Produktion und Kapital in den USA bedingt objektiv auch straffere, höher entwickelte Formen und Methoden zur Leitung der Monopolunternehmen. Da ist kaum Platz für Ideen und Vorstellungen vom „klassischen" Unternehmer des Kapitalismus der freien Konkurrenz. In der BRD und Westberlin wirkt aber das historisch antiquierte Leitbild vom „freien Unternehmer" mit seiner Persönlichkeit noch relativ lange nach, eben aufgrund des unterschiedlichen Niveaus der kapitalistischen Entwicklung. Und jener „freie Unternehmer" war ja mit dem „freien Wettbewerb", dem „freien Spiel der Kräfte" am Markt großgeworden.

Als ein *viertes* Moment muß angeführt werden, daß in der BRD und Westberlin alle entscheidenden politischen Kräfte nach Parteien des Monopolkapitals grundsätzlich am Konzept der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" festhalten bzw. sich konsequent zur Praxis der „Marktwirtschaft" bekennen, wenngleich es bestimmte unterschiedliche Nuancierungen z.B. zwischen CDU/CSU und SPD gibt. Doch bei den „staatstragenden" politischen Kräften hat es zu keiner Zeit einen *prinzipiellen* Bruch mit der „Marktwirtschafts"-Konzeption gegeben, was natürlich das Weiterleben, die Zählebigkeit entsprechender Doktrinen fördert und erklärt.

Wohl verlor – insbesondere mit den offen ausbrechenden ökonomischen, sozialen und politischen Konflikten Mitte der 60er Jahre – der Neoliberalismus als lange Zeit dominierende Strömung der bürgerlichen Politischen Ökonomie der BRD und Westberlins ganz beträchtlich an Einfluß, wohl wurde von imperialistischen Ideologen und Politikern auch Kritik an Theorie und Praxis der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" geübt, doch gänzlich aufgegeben wurde die „Marktwirtschafts"-Konzeption trotzdem nicht. Vielmehr wurde sie in bestimmter Weise aufgearbeitet. Angesichts wachsender Widersprüche und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, der zunehmenden politischen Aktivitäten der Bevölkerung sowie unter dem Druck des wissenschaftlich-technischen Fortschritts präsentierten vor allem rechtssozialdemokratische Theoretiker ihre stärker an staatsmonopolistischer Planung und Regulierung orientierte, bestimmten sozialen Reformierungs- und Sicherungsmaßnahmen mehr Rechnung tragende „aufgeklärte" „Marktwirtschafts"-Variante. Gewisse kritische Äußerungen von bestimmten Kräften des Monopolkapitals und der CDU/CSU zu dieser Variante sollen nur der Sorge Ausdruck verleihen, daß nicht eventuell zuviel „Sozialismus oder gar eine Planwirtschaft östlicher Prägung" anvisiert wird.

Ein *fünfter* Faktor ist die Tatsache, daß der Imperialismus der BRD und Westberlins eine wichtige Nahtstelle zwischen Imperialismus und Sozialismus in Europa bildet, daß er insbesondere mit dem Sozialismus der DDR konfrontiert ist. Das hat zur Folge, daß hier imperialistischen Ideologen verstärkt die Aufgabe zukommt, mit ihren Ideen und Theorien ideologischen Einfluß und Wirkung auf das Denken und Handeln der Menschen in den sozialistischen Staaten auszuüben. So wird unter Anknüpfung an bestimmte Prozesse, Entwicklungen und Diskussionen in der Wirtschaft sozialistischer Länder seit Mitte der 60er Jahre die Ausarbeitung und „Empfehlung" des Konzepts vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" forciert betrieben. Auch in diesem Zusammenhang tauchen „marktwirtschaftliche" Thesen und Postulate in der Öffentlichkeit und in Publikationen der BRD und Westberlins ständig wieder auf. All die genannten Faktoren und Aspekte in ihrer Gesamtheit erklären nun m.E. die relative Kontinuität von „marktwirtschaftlichem" Ideen-

gut innerhalb der bürgerlichen Ideologie und Politischen Ökonomie der BRD und Westberlins, machen verständlich, „warum diese Theorie ... nicht nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit, sondern auch heute noch in einer allerdings schwerer durchschaubaren Form tragenden Einfluß auf das ... Denken im deutschsprachigen Raum" (62) hat.

## 5. Die Konzeption vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" — Produkt der Evolution der Theorie von der „freien Marktwirtschaft" und Instrument der ideologischen Diversion gegen den realen Sozialismus

Spezifisches Resultat der Evolution der imperialistischen Theorie von der „freien" oder „sozialen Marktwirtschaft" ist die Konzeption vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus". Sie spielt in der BRD und Westberlin bei bürgerlichen und revisionistischen Ideologen seit geraumer Zeit im Zusammenhang mit ihren Attacken auf Theorie und Praxis des Sozialismus eine bedeutende Rolle.

Diverse bürgerliche und revisionistische „Sozialismus-Verbesserer" greifen bei ihren „Empfehlungen" auf die „Marktwirtschafts"-Theorie zurück. Ausgehend von der bei Krüsselberg recht deutlich ausgesprochenen Position, daß die „Marktwirtschafts"-Theorie „ihre eigentliche Bedeutung ... als politische Leitidee (erhält)" und da vor allem „als ‚Gegenstoß des Liberalismus' zum Sozialismus" (63), schlagen sie den sozialistischen Ländern vor, die sozialistische Planwirtschaft aufzugeben und durch den Markt-Konkurrenz-Mechanismus, durch die damit verbundenen Prinzipien und Instrumentarien, durch die wesentlichen Elemente der „freien Marktwirtschaft" zu ersetzen. Hieran bestätigt sich der Fakt, daß die Theorie von der „freien Marktwirtschaft" stets — wie Kurt Hager feststellt — „eine der wichtigsten Propagandathesen des Imperialismus im ideologischem Kampf gegen unsere sozialistische Planwirtschaft" (64) war und ist.

Wovon gehen die verschiedenen Konzeptionen eines „marktwirtschaftlichen Sozialismus" aus? Vor allem von der These, daß die sozialistische Planwirtschaft, die zentrale staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die Tätigkeit des sozialistischen Staates bei der Entwicklung der Wirtschaft mit ökonomischer Rationalität und Effektivität, mit optimaler Berücksichtigung und Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, mit einem attraktiven Angebot an Konsumgütern unvereinbar sei. Nach Meinung der Repräsentanten der Theorie vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" hätten sich der sozialistische Wirtschaftsmechanismus und die Hauptprinzipien der sozialistischen Planung nicht bewährt, daher sei ein Übergang zu einem anderen „besseren" Funktionsmechanismus der Wirtschaft notwendig, wären „effektivere" Leitungs- und Lenkungsformen des Reproduktionsprozesses erforderlich.

Ökonomisches Kernstück eines „verbesserten" Sozialismus soll nach Auffassung bürgerlicher und revisionistischer Theoretiker der Marktmechanismus, die Marktregulierung mit ihren Instrumentarien und Prinzipien sein. Das „marktwirtschaftliche" System schaffe die Grundlage für eine höhere wirtschaftliche Effektivität, befriedige die Bedürfnisse der

62 Hajo Riese: „Ordnungsidee und Ordnungspolitik — Kritik einer wirtschaftspolitischen Konzeption, in: KYKLOS, Vol. XXV, 1972, 1, S. 26/27.
63 Hans-Günter Krüsselberg: MARKTWIRTSCHAFT UND ÖKONOMISCHE THEORIE, Freiburg i.Br. 1969, S. 278.
64 Kurt Hager: „25 Jahre DDR — Aufstieg des Sozialismus im Bruderbund mit der UdSSR", NEUES DEUTSCHLAND vom 26.4.1974.



Konsumenten besser, fördere die Initiative der Produzenten mehr, honoriere wirkliche Leistungen und der Markt erweise sich als echtes „Bewertungsorgan" der wirtschaftlichen Effektivität der Betriebe. Die sozialistische Planwirtschaft könne dies über die zentrale staatliche Planung, über die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates nicht sichern, weil die „Zentrale" die Wirtschaftsziele bestimme und weil sie die ökonomischen Prozesse nicht übersehen können, zudem die Produzenten vor allem nur über administrative Maßnahmen zur Produktion stimuliert werden.

Aufgrund dieses — willkürlich konstruierten — Tatbestandes werden dann entsprechende Forderungen und„Empfehlungen" laut, werden die Grundelemente des „marktwirtschaftlichen Sozialismus" entwickelt. Ota Sik legt als einer der eifrigsten revisionistischen Verfechter des Konzepts vom „Marktsozialismus" dar, daß es notwendig sei, in der Volkswirtschaft die Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen und Macht durchzusetzen, um die Regulierung der Produktion über den Markt-Konkurrenz-Mechanismus zu sichern. Er postuliert ein „eigenes sozialistisches System des allgemeinen Unternehmertums", setzt sich dafür ein, daß die sozialistischen Betriebe von „der Kuratel des Staates" getrennt werden und als konkurrierende ökonomische Einheiten auf der Grundlage des „Systems von Selbstverwaltungen" (65) wirken. In seinem System des „marktwirtschaftlichen Sozialismus" setzt sich der Betriebspreis unter den Bedingungen der relativ freien, marktmäßigen Bildung der meisten Preise als die Hauptlinie der Weiterentwicklung (der Produktion) durch, während die ständigen wechselseitigen Vergleiche der Reproduktionskosten und der Produktionspreise der verschiedenen Erzeugnistypen und -gruppen in erster Linie von den Produktionsbetrieben selbst vorgenommen werden." (66)

Karl C. Thalheim attackiert die zentrale staatliche Planung, setzt sich dafür ein, daß die sozialistischen Betriebe „von der staatlichen Leitung und Reglementierung" befreit und zu „selbständigen Marktsubjekten" (67) gemacht werden. Und Gregory Grossmann schreibt in diesem Zusammenhang: „Wenn der Marktmechanismus nicht fest genug verankert ist ..., wird die Bürde der Koordination von Millionen wirtschaftlichen Entscheidungen und Aktivitäten größtenteils weiterhin bei den Zentralbehörden bleiben!" (68)

Kurzum das Wirtschaftmodell des „marktwirtschaftlichen Sozialismus" beinhaltet:
- Abbau der ökonomischen Funktion des sozialistischen Staates, ihre Reduzierung auf eine allgemeine Orientierungs- und Informationsfunktion,
- Aufgabe der zentralen staatlichen Planung und Verwandlung des Planes in eine Summe von allgemeinen Empfehlungen,
- Auflösung des staatlich organisierten sozialistischen Eigentums, Lostrennung der sozialistischen Betriebe vom Staat durch Verwirklichung eines rivalisierenden Gruppeneigentums auf „Selbstverwaltungs"-Basis („Autonomie der Betriebe"),
- Installierung des Markt-Konkurrenz-Mechanismus als Regulator der sozialistischen Preisbildung, freie Preisbildung über Angebot und Nachfrage und kraft einer „sozialistischen Konkurrenz".

65 Ota Sik: PLAN UND MARKT IM SOZIALISMUS, Wien 1965, S. 116.
66 Ders., zit. bei J. Olsewitsch: „Der Wirtschaftsmechanismus des Sozialismus und antikommunistische Konzeptionen", in: EINHEIT, Heft 12/1970, S. 1582.
67 Karl C. Thalheim: „Östliche Wirtschaftssysteme und ihre Wandlungen, in: BEIHEFTE DER KONJUNKTURPOLITIK, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Westberlin 1970, S.23.
68 Gregory Grossmann in: WIRTSCHAFTSREFORMEN IN OSTEUROPA (Hrsg.: K.C. Thalheim und Hans-Hermann Höhmann), Köln 1968, S. 299.

Welche eindeutige *politische* Stoßrichtung imperialistischer Ideologen der BRD und Westberlins mit dem Konzept vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" verbinden, ist z.B. den Worten von Paul K. Hensel zu entnehmen: „Würde in Mitteldeutschland die Idee des Konkurrenzsozialismus verwirklicht werden, dann würde dies die Wiedervereinigung Deutschlands politisch und insbesondere auch wirtschaftlich erleichtern." (69) Und Georg von Wrangel bemerkt, daß die „wirtschaftliche Angleichung Mitteldeutschlands an Westdeutschland" davon abhängig ist „in welchem Ausmaß ... die mitteldeutsche Wirtschaft zu den Grundsätzen der Marktwirtschaft zurückgefunden haben wird ..." (70)

Die marxistisch-leninistische Politische Ökonomie übt am Konzept vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" prinzipielle Kritik, sie lehnt den Markt-Konkurrenz-Mechanismus als Regulierungs- und Ordnungsprinzip der sozialistischen Wirtschaft grundsätzlich ab. Und die sozialistische Wirtschaftspraxis belegt überzeugend, daß die der sozialistischen Planwirtschaft immanenten Triebkräfte, die ihr adäquaten Leitungs- und Lenkungsformen sehr wohl zu einem hohen wirtschaftlichen Wachstum, zu einer bedeutenden ökonomischen Effektivität und zu immer besseren sowie zur allseitigen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse *aller* Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft führen.

Worin bestehen die entscheidenden Punkte der Kritik?
Zum Anfang muß festgestellt werden, daß bereits der methodologisch-theoretische Ausgangspunkt des Konzepts vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" unhaltbar ist. Und zwar insofern, als die Verfechter und „Empfehler" eines „Marktsozialismus" geflissentlich übersehen, daß das Wirken eines Regulierungsmechanismus innerhalb einer bestimmten Produktionsweise nicht Resultat subjektiver Entscheidungen, Maßnahmen und Einsichten bestimmter Personen auf dem Gebiet der Wirtschaft, nicht schlechthin Produkt praktisch-organisatorischer Festlegungen sein kann. Der Regulierungsmechanismus einer Gesellschaft für Produktion bzw. Wirtschaft ist letztlich durch die existenten Eigentums- und Produktionsverhältnisse objektiv determiniert. D.h. daß das Regulierungsprinzip den Wirkungsmechanismus der sozialen Triebkräfte einer bestimmten Produktionsweise beinhaltet und umfaßt. Das bedeutet auch, daß das Regulierungsprinzip einer Produktionsweise den ihrem Entwicklungsstand adäquaten Mechanismus zur bestmöglichen Entwicklung der Produktivkräfte und zur Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse ausmacht, und das letztlich die sozialen Triebkräfte einer Produktionsweise – über kurz oder lang – auch einen solchen Regulierungs- bzw. Funktionsmechanismus verlangen bzw. erforderlich machen, der eben diese Produktivkraft-Entfaltung sichert.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, gilt es daher auch zu bemerken, daß sich die sozialistische Produktionsweise nur wirklich optimal, erfolgreich entwickeln kann, wenn sie als *gesamtgesellschaftliche* Ordnung verstanden wird. Dabei sind ihre einzelnen Bausteine und Teile ineinander verwoben, bei Nichtexistenz eines Bausteins wird letztlich diese Ordnung nicht funktionieren können. Grundlegende Bausteine der sozialistischen Produktionsweise sind die politische Macht der Arbeiterklasse und die führende Rolle ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf allen Gebieten der Gesellschaft, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Planmäßigkeit aller gesellschaftlichen Prozesse, die zentrale staatliche Planung, die kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Menschen, der demokratische Zentralismus als Leitungsprinzip, die Solidarität und

69 Paul K. Hensel: ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT, Wirtschaftsordnungen staatlicher Planung, Hannover 1966, S. 80.
70 Georg von Wrangel: WIRD DER OSTBLOCK KAPITALISTISCH?, München 1966, S. 138.



Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im festen Bündnis und unter Führung der Sowjetunion. Welches sind nun die wesentlichen Gründe, aus denen die Ablehnung des Markt-Konkurrenz-Mechanismus und seiner Prinzipien für die sozialistische Produktionsweise erwächst?

*Erstens* handelt es sich hier um das klassische Regulierungsprinzip der *kapitalistischen* Produktionsweise, also um ein systemfremdes Regulierungsprinzip, das auf das Ziel und die Triebkräfte einer historisch überholten Produktionsweise eingerichtet ist. In die sozialistische Volkswirtschaft den Regulierungsmechanismus des Kapitalismus der freien Konkurrenz transplantieren zu wollen, ist ein historischer Anachronismus, ist politökonomische Romantik. Zudem ist es geradezu grotesk – und kennzeichnet die Absicht der Repräsentanten des „Marktsozialismus" – wenn die sozialistische Wirtschaft einen Regulierungsmechanismus verwirklichen soll, dessen mangelnde soziale und ökonomische Wirksamkeit unter den Verhältnissen des heutigen Imperialismus ganz offensichtlich ist, der ständig zeigt, daß er unfähig ist, den Produktivkräften Raum zu ihrer Entfaltung zu geben und daher – um den heutigen Erfordernissen der Kapitalverwertung annähernd zu entsprechen – eine nachdrückliche Flankierung durch die staatsmonopolistische Regulierung erfährt.

*Zweitens* basiert der „marktwirtschaftliche Sozialismus" auf einem Regulierungssystem das den Abbau der zentralen staatlichen Planung für erforderlich hält. Die Verwirklichung dieser Forderung würde jedoch bedeuten, daß das entscheidene politische Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei zur planmäßigen Leitung und Lenkung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft zerstört wird. Damit wäre ein entscheidender Schritt zum Abbau der Macht der Arbeiterklasse, zur Zersetzung der Grundlagen, zur Deformation des realen Sozialismus getan. Gerade die politische Leitung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Arbeiterklasse und ihre Partei ermöglicht es die Vielfalt, die Kompliziertheit der gesellschaftlichen Prozesse in den Griff zu bekommen und die Vorzüge des Sozialismus organisch mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Lenin wies im übrigen kategorisch darauf hin, daß die politische Leitung der wirtschaftlichen Prozesse durch die Arbeiterklasse und ihre Partei unbedingt notwendig ist, denn „ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können." (71)

*Drittens* ist zu bemerken, daß die im Konzept vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" enthaltene Orientierung, das staatlich organisierte sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln aufzulösen und in ein Gruppeneigentum auf Basis der „Autonomie der Betriebe" zu verwandeln, für die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft nicht akzeptabel ist, weil die Konsequenz die schrittweise Zersetzung der ökonomischen Basis des Sozialismus wäre und die Planmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung verhindern würde.

Bereits Engels hatte in seiner Polemik mit Eugen Dühring dessen Vorstellungen von der sozialistischen Wirtschaft als einer Föderation von selbständigen „Kommunen", die in einen „freien Verkehr" treten sollten, nachdrücklich zurückgewiesen, dabei bemerkt, daß dies in der Realität zur Herausbildung einer Konkurrenz zwischen den „Kommunen" und im Kern zum Kapitalismus führen würde. (72) Die Auflösung bzw. Zersplitterung des gesellschaftlichen Eigentums würde in der sozialistischen Wirtschaft dazu führen, daß „selbstverwaltete" Betriebe entstehen, die zur Gesellschaft in Form des Staates nur mittelbare

71 W.J. Lenin: „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins", in: WERKE, Bd. 32, Berlin 1961, S. 74.
72 Vgl. F. Engels: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)", in: MEW, Bd. 20, Berlin 1962, S. 268 ff.

und lose Verbindungen haben, die divergierende Interessenpositionen besitzen, die untereinander in Kollision geraten und deren Werktätige auch unterschiedliche Interessenlagen aufweisen, was langfristig die Festigung und Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen untergraben muß. Unteilbares gesamtgesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln ist vor allem auch deshalb notwendig, weil es die unabdingbare Voraussetzung dafür bildet, daß die Betriebe über ihre wirtschaftliche Tätigkeit die dem gesellschaftlichen Eigentum entspringende Funktion, die Aneignung der Mittel und Erzeugnisse der Produktion durch die Gesellschaft zugunsten all ihrer Mitglieder zu sichern, auch real verwirklichen können. Über zersplittertes, „autonomes" und konkurrierendes Gruppeneigentum kann diese Funktion wohl kaum wahrgenommen werden.

*Viertens:* Eine prinzipielle Schwäche der „marktwirtschaftlichen" Regulierung – und demzufolge ein Argument gegen die Einführung des Marktmechanismus in die sozialistische Wirtschaft, gegen den „marktwirtschaftlichen Sozialismus" – besteht darin, daß die Entwicklung der Ökonomie weitgehend auf Spontaneität, auf den blind-spontan wirkenden Kräften des Marktes beruht. Gerade aber die bewußte, vorausschauende, planmäßige Leitung der ökonomischen, der gesellschaftlichen Prozesse im Interesse der Werktätigen macht einen ganz entscheidenden Vorzug, einen Wesenszug des Sozialismus/Kommunismus aus. Die Spontaneität ökonomischer Prozesse widerspricht nicht nur den Erfordernissen der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus, sondern vor allem das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln erfordert im Interesse seiner Eigentümer eine planmäßige Leitung und Lenkung des Reproduktionsprozesses und gleichzeitig ist die Planmäßigkeit auch direkte Konsequenz dieses gesellschaftlichen Eigentums. Marx wies im „Kapital" auf die große Bedeutung der bewußten, planmäßigen Entwicklung der Produktion im gesellschaftlichen Maßstab hin: „Nur wo die Produktion unter wirklicher vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses." (73)

*Fünftens* widerspricht die Regulierung der sozialistischen Wirtschaft über den Markt zutiefst dem Charakter der gesellschaftlichen Produktivkräfte im Sozialismus sowie den Bedingungen der sozialistischen Großproduktion. Die Erreichung einer hohen wirtschaftlichen Effektivität und die Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts können nicht über einen Mechanismus erreicht werden, dem letztlich das Moment des Zeitverzuges inhärent ist. Denn wenn über das Wirken von Angebot und Nachfrage, über das Wirken des Marktes außerhalb des Planes entschieden werden soll, was und wieviel produziert und entwickelt wird, wird nicht nur auf spontanem, indirektem Wege die Entwicklung der Wirtschaft bewirkt, sondern auch ein großer Umweg, ein Zeitverzug bewußt in Kauf genommen. D.h. der Markt-Konkurrenz-Mechanismus präsentiert sich als ex post-Koordinator, der das Moment des Zeitverzuges aufweist – in einer Zeit, wo in der sozialistischen Produktionsweise das Gesetz der Ökonomie der Zeit oberstes Gebot ist. Resultat dieses Marktmechanismus sind bedeutende ökonomische Verluste, sind Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit, Verringerung des Akkumulations- und Wachstumstempos der sozialistischen Wirtschaft und Behinderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Angesichts des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte, des Umfangs und der Komplexität der ökonomischen Beziehungen, der immensen Dimensionen der sozialistischen Fonds ist es zutiefst unrationell, den spontanen Marktkräften, den Unsicherheitsfaktoren von Angebot und Nachfrage die Gestaltung der Wirtschaft zu überlassen. Der Markt kann aufgrund seiner Mechanik bestimmte Entwicklungstendenzen der Produktion, mögliche

73 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, a.a.O., S. 197.



Disproportionen erst im nachhinein, nach vollzogener Produktion, nach Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit signalisieren. Dies widerspricht aber auch der Dialektik von Bedürfnissen, Produktion und Markt unter sozialistischen Verhältnissen. Denn der weiteren langfristigen Entwicklung der Produktion sollen nicht Informationen über abgelaufene ökonomische Prozesse zugrunde liegen, sondern die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen müssen ihr Ausgangspunkt sein. Sie bestimmen wesentlich den zukünftigen Bedarf und die zukünftige Nachfrage.

*Sechstens* würde die Einführung des Marktmechanismus und seiner Prinzipien in die sozialistische Wirtschaft bedeutende negative soziale Folgen für die Werktätigen, negative Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen haben sowie schädliche politische Entwicklungen mit sich bringen. Infolge der mit der Marktregulierung verbundenen Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit, infolge der mit der „Autonomie der Betriebe", der „sozialistischen Konkurrenz" verbundenen unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Interessenlage der Betriebe und demzufolge auch der Werktätigen wird die soziale Unsicherheit der Produzenten (Arbeitslosigkeit!), ein Absinken ihres Lebensstandards sowie die Isolierung der Betriebskollektive und Werktätigen untereinander bewirkt. Nicht Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, sondern Isoliertheit, Konkurrenz und ein Gegeneinander wäre dominierend. Dies würde gerade auch bedeuten, daß die der sozialistischen Produktionsweise immanenten Vorzüge und Triebkräfte nicht zum Tragen kommen könnten (Herbeiführung der Interessenidentität zwischen Individuum, Betrieb und Gesellschaft, Zusammenarbeit zwischen den Betrieben auf der Grundlage der zentralen staatlichen Planung und Leitung der Grundprozesse der gesellschaftlichen Entwicklung). Zudem wäre infolge einer sich selbst regulierenden Wirtschaft, infolge der Wirkung des Marktmechanismus die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf dem Gebiet der Leitung der Wirtschaft hinfällig, außerdem wäre die bewußte Mitwirkung, die schöpferische Teilnahme der Werktätigen an der Leitung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse weitgehend begrenzt. D.h. es würde zu einer Einschränkung der sozialistischen Demokratie kommen und ein dem Sozialismus wesenseigener Vorzug könnte nicht wirksam werden.

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Die eindeutige Ablehnung der Regulierung der sozialistischen Wirtschaft durch den Markt, die klare Beantwortung der Frage „Plan oder Markt für den Sozialismus?", die Kritik am „marktwirtschaftlichen Sozialismus" besagt nicht, daß es hier um eine Negierung des Marktes, etwa um die Ablehnung der Ware-Geld-Beziehung und der Kategorien der Warenproduktion für den Sozialismus geht. Der Markt ist eine bestimmte Phase im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Sozialismus, spielt durchaus eine Rolle innerhalb der sozialistischen Warenproduktion. Und die Wertkategorien wirken in allen Phasen des Reproduktionsprozesses. Die Funktionen des Marktes und der Wertkategorien im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft ergeben sich jedoch aus dem Ziel und dem Charakter der sozialistischen Produktionsweise, sie sind planmäßig eingesetzte Instrumente zur Erreichung dieses Zieles. Die Planmäßigkeit und die Planung als wesentliches Grundprinzip wirtschaftlichen Handelns im Sozialismus/Kommunismus betreffen auch den Markt und die Ware-Geld-Beziehungen, die Kategorien der Warenproduktion. D.h. auch, daß die Beziehungen der sozialistischen Produzenten und Betriebe nicht einzig und ausschließlich über den Markt hergestellt werden; diese Beziehungen werden vor allem durch die bewußte, planmäßige Einordnung der sozialistischen Betriebe in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß hergestellt und determiniert. (74)

74 Vgl. dazu Waldfried Schließer: „Die Ware-Geld-Beziehungen und das Wertgesetz in der sozialistischen Planwirtschaft", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 2/1974, S. 256 ff.

Welche Funktion erhält nun das Konzept vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus", warum werden Konzepte eines „Marktsozialismus" entworfen?

Die Klärung dieses Problems kann nur erfolgen und verstanden werden auf dem Hintergrund der bedeutenden gesellschaftlichen Prozesse, Auseinandersetzungen und Ereignisse, die sich in der gegenwärtigen historischen Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab vollziehen. Angesichts der Tatsache, daß sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Friedens und des Sozialismus verändert, angesichts des Umstandes, daß der reale Sozialismus immer stärker seine Vorzüge präsentiert und daher eine zunehmende Anziehungskraft auf das Denken und Handeln der Werktätigen gerade auch in der nichtsozialistischen Welt ausübt, sind imperialistische Ideologen gezwungen, sich auf eine langfristige ideologische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus einzustellen. D.h. sie müssen sich auch auf solche Konzeptionen und Entwürfe orientieren, die – da eine gewaltsame Attacke gegen den Sozialismus gegenwärtig unrealistisch wäre – eine Veränderung der sozialistischen Ordnung vor allem durch den Prozeß einer „inneren Evolution" bewirken bzw. erreichen können. Das sind also Konzeptionen, die einerseits bei Verwendung bestimmter Begriffe und Schlagworte vom Sozialismus eine Hinwendung und Identifizierung der Werktätigen zum Sozialismus bzw. mit seiner Theorie und Praxis verhindern sollen und – wenn möglich – unter den imperialistischen Bedingungen die sozialistischen Neigungen von Werktätigen in das System zu integrieren haben. Es geht um den Versuch, „die sozialistische ‚Zeitströmung' einzufangen". (75)

Andererseits müssen es solche Theorien und Modelle sein, die als politökonomisches und gesellschaftskonzeptionelles Instrument der Erosion des Sozialismus wirksam werden können, deren Realisierung „tatsächlich eine Systemveränderung bedeuten" würde, die „einen echten Systemwandel" (76) zu erreichen vermögen.

So werden nun vor bürgerlichen und revisionistischen Ideologen „Sozialismus"-Konzeptionen entwickelt, die unter dem Deckmantel von „Empfehlungen" zur „Verbesserung" des realen Sozialismus angeboten werden. Hier soll der Gedanke zum Tragen kommen, der im Antikommunismus-Beschluß der SPD formuliert wurde: „Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen." (77) Die entscheidende Funktion des antikommunistischen Konzepts vom „marktwirtschaftlichen Sozialismus" im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus besteht nun darin, ausgehend von dem Erfordernis „sich den sozialistischen Neigungen in der Bevölkerung zu stellen, ohne jedoch die Marktwirtschaft als Leitbild aufzugeben" (78), nach Möglichkeit eine Deformation der sozialistischen Produktionsweise zu bewirken, ihren Organismus und ihre Stabilität zu zersetzen, den weiteren Zusammenschluß und die Einheit der sozialistischen Länder zu untergraben sowie eine Diffamierung des Sozialismus in Theorie und Praxis in den Augen der Werktätigen der sozialistischen und kapitalistischen Länder zu erreichen.

---

75 Hans-Günter Krüsselberg, a.a.O., S. 278.
76 Karl C. Thalheim: „Liberalisierungstendenzen im Ostblock", in: Gleitze u.a.: DER OSTEN AUF DEM WEG ZUR MARKTWIRTSCHAFT?, a.a.O., S. 48.
77 „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus", in: VORWÄRTS vom 4.3.1971, S. 10.
78 Hans-Günter Krüsselberg, a.a.O., S. 88.




**Trimm dich**

**Mal wieder fit machen für den Klassenkampf**

**Für 3 Mark signal abonnieren.**

**lies signal**

**Bestellungen an den signal-Vertrieb 1 Berlin 44, Allerstr. 35**

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

**Plambeck & Co**
**Druck und Verlag GmbH**
– Vertriebsabteilung –
**404 Neuss/Rhld.**, Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 / 5 70 81 – 86

| TAGESZEITUNG | WOCHENZEITUNG |
|---|---|
| ☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **TAGESZEITUNG** für mindestens 3 Monate (Abonnementspreis monatlich DM 7,–) | ☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **WOCHENZEITUNG** für mindestens 1 Jahr (Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,50) |

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

# tendenzen

ZEITSCHRIFT FÜR ENGAGIERTE KUNST

Damnitz Verlag · 8 München 40 · Kaiserstraße 54 · Telefon 089/334383
Erscheinungsweise: 6x jährlich · Einzelpreis DM 6,50 (inkl MwSt 5,5 % zuzügl Porto)
Abonnementspreis DM 35,— (inkl MwSt 5,5 % u Porto) · Studentenabo (Schüler, Lehrlinge, Studenten — Nachweis erforderlich) DM 27,-.

**97 Die Kunst im großen deutschen Bauernkrieg**

Aus dem Inhalt: Künstler im Bauernkrieg von 1524/25 an der Seite der frühbürgerlichen Revolution: Grünewald, Ratgeb, Riemenschneider u. a. — Die „gottlosen Maler" von Nürnberg — Agitationsgrafik des Bauernkrieges — Bildpropaganda und Bildersturm in der Hussitenbewegung — Das Fortwirken der antifeudalen Bestrebungen seit der Niederlage der revolutionären Bauern — Arbeiterklasse und Bauern in der BRD.— u. a. DM 6.50.—

**98 25 Jahre BRD - Klassenkämpfe in der Kunst**

Verantw. Schellemann, 8 München 40, Kaiserstraße 54 Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH Neuss, Kantener Straße 7




Günter Matthias Tripp

# Materialistische Erkenntnistheorie und Ideologie

> Wenn ich so sehe, jetzt bei der Schulung kam ich mal drauf, wie Marx und Engels sich rumgetastet haben, um rauszufinden, wo sie eigentlich sind, wie die Lage ist — das war anstrengend, glaub ich.
> (Kutschen Meyer in: Hermann Kant, Das Impressum)

Die ideologische Auseinandersetzung vollzieht sich gegenwärtig in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und zwangsläufig auf unterschiedlichen theoretischen Ebenen.

Eine besondere Form des Kampfes stellt der Streit um Inhalt und Methode des Marxismus-Leninismus selbst dar. In dieser Kontroverse begegnet als Variante der Versuch, den Marxismus-Leninismus auf die Aussagen im Marxschen „Kapital" einzuschmelzen, Marx selbst von seinem Entwicklungsgang zu coupieren und ihn von seinen Nachfolgern abzuschneiden. Der auf die politische Ökonomie reduzierte Marx soll die theoretische Legitimationsbasis abgeben für einen Angriff auf die materialistische Erkenntnistheorie. Ihre Existenz wird als mit dem Marxismus unvereinbar ausgegeben, weil das Denken immer nur als Reflex der Entwicklung der Formen in Natur und Gesellschaft verstanden werden dürfe und ihm eigene Gesetze nicht zukommen sollen.

In den folgenden Ausführungen wird das Verständnis des Erkenntnisprozesses bei Marx, Engels und Lenin analysiert und die Frage untersucht, inwieweit das Denken einen besonderen Gegenstand der materialistischen Philosophie ausmacht, der im Maße der historischen Entwicklung zu einem besonderen theoretischen Bereich im Rahmen des Marxismus-Leninismus avanciert: die materialistische Erkenntnistheorie.

Ist der Konstitutionsprozeß der materialistischen Gnoseologie vollzogen, wird an einigen exemplarischen Punkten die Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Positionen geführt und werden ihre ideologischen Konsequenzen analysiert. Aber der Konstitutionsprozeß hat selbst nur elementaren Charakter und bedarf zukünftig einer systematischen Erweiterung um den Stand der gegenwärtigen materialistischen Erkenntnistheorie und ihrer zentralen Frage: der dialektischen Logik.

### Historisch-theoretischer Ausgangspunkt und erste Entwicklungszüge des dialektischen Materialismus

Die Hegelsche Philosophie hatte versucht in einem großen systematischen Entwurf — in dem Versuch der Synthese von methodischer Reflexion und inhaltlicher Aussage — die Merkmale von Natur, Gesellschaft und Denken als Bestandteile einer umfassenden Bewegung zu begreifen, d.h. derjenigen, die der absolute Geist in Gang setzt, um sich selbst zu gewinnen in der Form des reinen Begriffs. Alle dialektische Bewegung ist diesem Denken zufolge nichts als dialektische Bewegung der Substanz, die unmittelbare Bewegung des Begriffs. Die Substanz aber ist das Absolute, die absolute Macht, gedacht als sich auf sich be-

ziehende Negativität. (1) Wenn bei Hegel dieses Absolute immer schon als über Subjektivität hinaus gedachtes erscheint und damit das System des objektiven Idealismus konstruiert, in dem der Geist die Wirklichkeit im Akt der Selbsterzeugung konstituiert, so reflektiert sich darin nicht nur auf neue Weise ein Schöpfungsmythos in Form der Rationalität, die Intention, die Wirklichkeit aus dem Denken heraus zu begründen. Es artikuliert sich hier vielmehr in idealistischer Form auch der Zweck, die theoretische Erfassung der Bewegungsformen der Wirklichkeit, so wie sie sich dem Bewußtsein darstellen, auf den Begriff zu bringen. Indem entgegen Hegel die Unmittelbarkeit des Bewußtseins nicht nur mit dessen Reflexionsprozeß vermittelt gedacht wird, sondern mit der von ihm unabhängig existierenden objektiven Realität, fallen sowohl das Konstrukt des absoluten Geistes wie der Anspruch, die Welt als seinen Schöpfungsakt darstellen zu können, in sich zusammen.

Wenn nach Hegel die Philosophie ihre Zeit in Gedanken ist, so hat die Zeit nach Hegel, deren erster großer historischer Höhepunkt die 48er Revolution darstellt, in der von ihr durch Marx hervorgebrachten neuen Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus eine neue Form der Erklärung der Genese des Bewußtseins gefunden und diese Einsicht gegen das System der Hegelschen Philosophie und seine Ableitung historisch zur Geltung gebracht. Sie führt heute die Auseinandersetzung um die Behauptung dieser Erkenntnis weiter, denn soweit die Hegelsche Philosophie als herrschender Ausdruck der bestimmenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfte ihrer Zeit begriffen wird und soweit diese Kräfte post Hegel bis in die aktuelle Gegenwart (wenn auch in historisch transformierter Form) einen realen Faktor bilden und sich durch das als hermetisch verstandene Hegelsche System der Philosophie ideell repräsentiert sehen, wird die Kontroverse um Genese und Funktion der Erkenntnis andauern. Sie dauert an als Ausdruck der die Zeit beherrschenden gesellschaftlichen Antagonismen, der quer zu einander stehenden Klassen, des Klassenkampfes. Diese neue, durch Marx und Engels hervorgebrachte Philosophie kann nicht – und gerade dies in konsequenter Anwendung des oben zitierten Hegelschen Satzes – entfernt richtig verstanden werden, wenn sie nicht als gedankliche Fassung einer historisch zum Durchbruch kommenden und sich entwickelnden Klasse, im engeren Sinne des Proletariats, im weiteren Sinne der werktätigen und lohnabhängigen Bevölkerung erkannt wird. Diese kann sich nicht durch eine bestimmte Form historisch entstandener Philosophie ein Verständnis von Wirklichkeit vorschreiben lassen, das mit ihren eigenen Erfahrungen nicht übereinstimmt, weil es nicht von ihnen ausgeht, sondern von einem metaphysischen Postulat. Die Marxsche Philosophie beginnt aber nicht so, daß sie dogmatisch gegen den idealistischen Wirklichkeitsbegriff die Thesen einer anderen Interpretation von Wirklichkeit vorträgt, sondern sie macht die idealistische Philosophie selbst zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung, indem sie diese mit der von jedermann erfahrenen eigenen sinnlichen Gewißheit und dem, was augenscheinlich nicht negiert werden kann, nämlich die Existenz und Notwendigkeit von Arbeit als materieller Tätigkeit, konfrontiert.

In den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten arbeitet Marx im Rahmen seiner Hegelkritik, die bestimmt ist durch die Frage „wie halten wir es nun mit der Hegelschen Dialektik" (2) die Hegelsche Position der Arbeit heraus: „Hegel steht auf dem Standpunkt der modernen Nationalökonomen. Er erfaßt die *Arbeit* als das Wesen, als das sich bewährende Wesen des Menschen; er sieht nur die positive Seite der Arbeit, nicht ihre negative. Die Arbeit ist das *Fürsichwerden* des *Menschen* innerhalb der *Entäußerung* oder als *entäußerter* Mensch. Die Arbeit, welche Hegel allein kennt und anerkennt, ist die *abstrakt*

1 Hegel, G.W.F.: WISSENSCHAFT DER LOGIK, Zweiter Teil, Phil.Bibl. 57, 1934, S. 214.
2 Marx, Karl: ÖKONOM.-PHIL. MANUSKRIPTE, MEW Ergzbd. I. Teil, S. 568.



*geistige.* (3) Indem Marx den abstrakten Charakter der Arbeit im Zusammenhang mit dem spezifischen Charakter der Hegelschen Entäußerung faßt, öffnet er gleichzeitig die Möglichkeit, positive Bestimmungen der Arbeit bei Hegel zu erkennen, die im Rahmen der Beschreibung dieses Entäußerungsprozesses vorgenommen werden. So sagt Hegel in der Phänomenologie des Geistes: „Daß aber die Hand das *Ansich* der Individualität in Ansehung ihres Schicksals darstellen muß, ist leicht daraus zu sehen, daß sie nächst dem Organ der Sprache am meisten es ist, wodurch der Mensch sich zur Erscheinung und Verwirklichung bringt. Sie ist der beseelte Werkmeister seines Glücks." (4) Und die Widersprüchlichkeit des Hegelschen Denkens artikuliert sich ebenso in der Aussage über Staat und Reichtum, denn er ist eben so sehr „allgemeines geistiges Wesen" wie „beständig *werdendes Resultat* der *Arbeit* und des *Tuns Aller*." (5) In der idealistischen Hülle Hegelscher Philosophie steckt also sehr wohl auch ein materieller Kern.

Um den verkehrten Charakter des Hegelschen Arbeitsbegriffs plausibel zu machen, greift Marx zum Kriterium der sinnlichen Gewißheit, denn nur mit seiner Hilfe läßt sich klären, inwieweit dem Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, nicht irgendeine Wahrheit sans phrase, sondern eine gegenständliche Wahrheit, weil der Mensch ein gegenständliches Wesen ist. Auch wenn er sich einbildet in Hegelscher Manier durch die Entäußerung des Selbstbewußtseins die Gegenstände selbst kreieren zu können, so muß ihm vor Augen geführt werden, daß er selbst gegenständlich bestimmt ist: „Das gegenständliche Wesen wirkt gegenständlich, und es würde nicht gegenständlich wirken, wenn nicht das Gegenständliche in seiner Wesensbestimmung läge." Es schafft, setzt nur Gegenstände, „weil es durch Gegenstände gesetzt ist, weil es von Haus aus *Natur* ist." Und nun der erkenntnistheoretisch wichtige Satz: „In dem Akt des Setzens fällt es also nicht aus seiner ‚reinen Tätigkeit' in ein *Schaffen* des *Gegenstandes*, sondern sein *gegenständliches* Produkt bestätigt nur seine *gegenständliche* Tätigkeit, seine Tätigkeit als die Tätigkeit eines gegenständlichen natürlichen Wesens." (6) Vor diesem Hinweis zerfällt der Hegelsche Gedanke, den Menschen nur als abstraktes und spiritualistisches Wesen, als nicht-gegenständliches Wesen zu begreifen. Es zerfällt damit auch der Anspruch, eine gültige Beschreibung der Wirklichkeit zu leisten, denn ist – so Marx – die Wirklichkeit gegenständlich definiert, kann das theoretische Begreifen der Wirklichkeit nicht nur nicht von ihr absehen, es hat sie vielmehr als Grund seiner Bedingungen letztendlich immer zu begreifen. Indem das Erkennen seine Voraussetzungen, seinen Charakter wie seine Rolle neu zu bestimmen lernt, bestimmt es auch in der tätigen und begreifenden Auseinandersetzung seinen Ausgangspunkt, die Wirklichkeit, auf neue Weise. Was für es selbst zutrifft, die gegenständliche Bestimmung, d.h. die Bestimmung durch Arbeit, hat die Wirklichkeit, die ja die Wirklichkeit des Menschen, d.h. der menschlichen Gesellschaft, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der in sie eingehenden ökonomischen und natürlichen Voraussetzungen ist, selbst zu betreffen. Sie ist selbst als Produkt der menschlichen, gegenständlichen Tätigkeit zu begreifen, d.h. der geschichtlichen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Die Wirklichkeit kann jetzt nicht mehr als Entäußerung, sondern nur noch als der Prozeß der Verwirklichung der menschlichen Wesenskräfte begriffen werden. Quintessenz dieser Erkenntnis: die Menschen machen ihre Geschichte selber, sie brechen aus der verordneten Ohnmacht, der Subsumption unter ein absolutes Wesen, dem auch ideell befestigten Herrschafts-Knechtschaftsverhältnis aus, an die Stelle der ewigen Natur des Menschen in ihrer Statik tritt der Beginn des Begreifens und die Einsicht in die Notwendigkeit historischer, gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer und gedanklicher Bewegung, d.h. Tätigkeit.

3 Ebenda, S. 574.
4 Hegel, G.W.F.: PHÄNOMENOLOGIE DES GEISTES, Phil.Bibl. 114, S. 231.
5 Ebenda, S. 355.
6 Marx, Karl: ÖKONOM.-PHIL. MANUSKRIPTE, a.a.O., S. 577.

Im Mittelpunkt der Entstehung der Marxschen Theorie steht die gedankliche Bewegung nur insofern sie unter Hegelschen Prämissen die Wirklichkeit zu konstituieren beansprucht. Marx löst diesen Anspruch auf, nicht indem er einen differenzierten Ableitungsprozeß der gedanklichen Bewegungsformen und ihrer begrifflichen Bestimmung vornähme – Ansätze dieser Frage werden erst später thematisiert – sondern er beginnt in einem immer schärferen Präzisierungsgang den Abhängigkeitscharakter des Denkens und der Bewußtseinsbildung zu beschreiben. Das in der Hegelkritik gezeigte analytische Verfahren verfährt zunächst, wenn man so will, hermeneutisch, wenn es den Duktus der Hegelschen Argumentation in Bezug auf den Entfremdungsprozeß nachvollzieht. Es stellt jedoch im Nachvollzug des Textes keine Restauration desselben her, vielmehr zwingt es dessen Aussage, die gleichzeitig den Anspruch zum Ausdruck bringt, das Materielle ideell zu konstituieren, in die Konfrontation mit der Frage nach dem Konstitutionsprozeß des Ideellen selbst. Was ist das Erste, was ist das Abgeleitete, so steht die Frage. Das Ideelle oder das Materielle. Zwar läßt sich der Marxsche Ansatz der Hegelkritik zunächst als hermeneutischer beschreiben, aber er durchbricht die Hermeneutik durch die Frage nach den Voraussetzungen der im Text geäußerten Postulate, durch Aufdeckung der Verwechslung der Konstitutionsebenen; denn bei Hegel gilt „die Entfremdung des Selbstbewußtseins ... nicht als Ausdruck, im Wissen und Denken sich abspiegelnder Ausdruck der *wirklichen* Entfremdung des menschlichen Wesens." (7) Das Verstehen schlägt um ins Begreifen. Im „Begreifen"reift zugleich das Greifen nach dem Richtigen, Wahren, dem Resultat der Hegel-*Kritik*, die vom Begriff zum Gegenstand zurückfindet. Marx sagte: „Dies Begreifen besteht aber nicht, wie Hegel meinte, darin, die Bestimmungen des logischen Begriffs überall wieder zu erkennen, sondern die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes zu fassen." (Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW I, S. 296) (8) In diesem Satz von Marx, die methodische Verfahrensweise beschreibend, die Wirklichkeit sich adäquat anzueignen, öffnet sich zugleich eine eklatante Differenz zum aktuellen Hermeneutik-Verständnis, das die Frage der Konfrontation der Aussage über einen Gegenstand mit diesem selbst schon eskamotiert hat. Sein affirmativer, das Herrschende interpretierende Charakter offenbart sich nicht zuletzt darin, auch wenn es derartige Überlegungen weit von sich weist: „Unsere Überlegungen verwehren uns, die hermeneutische Problemstellung auf die Subjektivität des Interpreten und die Objektivität des zu verstehenden Sinnes aufzuteilen. Ein solches Verfahren ginge von einem falschen Gegenüber aus, das auch nicht durch die Anerkennung der Dialektik des Subjektiven und Objektiven überbrückt werden kann... Die Hermeneutik im Bereich der Philologie und der historischen Geisteswissenschaften ist überhaupt nicht ‚Herrschaftswissen', d.h. Aneignung als Besitzergreifung, sondern ordnet sich selbst dem beherrschenden Anspruch des Textes unter." (9) Oder: „Der Sinnzusammenhang muß im Gegebenen selbst aufgefunden und nicht von außen her hineingetragen werden. Dies fordert die hermeneutische Erkenntnistheorie." (10)

Wir haben versucht, diese Position in der Gegenüberstellung von Verstehen und Begriff herauszuarbeiten und dies unter dem Hinweis, daß die Kategorie Verstehen bei Marx in der Kategorie Begriff ihre Aufhebung findet, denn „das Begreifen ... ist ein Mehr, weil das Begriffene das Verständnis des Begriffenen beinhaltet ... nur der *Begriff* gilt in der Philosophie. Nur mit Hilfe von Begriffen kann überhaupt philosophiert werden. Er ist das Grundelement jeglichen rationalen Denkens. Schließlich meinte ja auch Hegel in der Wissenschaft

7 Ebenda, S. 575.
8 Beyer, W.R.: HEGEL-BILDER, Berlin 1964, S. 213.
9 Gadamer, H.G.: WAHRHEIT UND METHODE, Tübingen 1960, S. 294 f.
10 PHILOSOPHISCHES WÖRTERBUCH, hrg. von G. Klaus/M. Buhr, Bd. I, S. 474 (über E. Betti).



der Logik: ‚Das Sein ist noch nicht wirklich, nur das Begriffene ist wirklich' und Marx vervollständigte: ‚die begriffene Welt als solche ist erst das Wirkliche.' " (11) Ging es der Hegelschen Philosophie noch um das Begreifen der Wirklichkeit, so fällt die oben skizzierte wie derzeit aktuelle Hermeneutik vollends hinter diesen Anspruch zurück und die durch Marx verursachte Wende in der theoretischen Erkenntnis der Wirklichkeit muß ihr überhaupt verschlossen bleiben. Sie profiliert sich in der Unterordnung unter das Bestehende.

Nachdem Marx in der Diskussion um die Priorität des Bewußtseins gegenüber der Wirklichkeit den abgeleiteten Charakter des Bewußtseins mit Hilfe der anthropologischen Kategorie der gegenständlichen Wesensbestimmtheit des Menschen entwickelt hat, treibt er die Auseinandersetzung, die sich bedingt durch den Ausgangspunkt der Hegelschen Philosophie noch auf einer hohen Abstraktionsstufe bewegt, in die historische Dimension vor. Auf der ausschließlich traditionell philosophisch theoretischen Ebene lassen sich die verschiedenen gedanklichen Reproduktionsformen der Wirklichkeit nicht fassen. Dazu bedarf es der Erkenntnis, daß der Mensch in seiner Gegenständlichkeit ohne Frage in gleicher Weise durch seine Geschichtlichkeit bestimmt ist, so wie die Geschichtlichkeit den Produktionszusammenhang der Menschen und ihre Gesellschaftlichkeit zum Ausdruck bringt. Durch diese Erweiterung der ursprünglichen erkenntnistheoretischen Frage nach der Rangzuordnung von Ideellem und Materiellem, gerade in der Entscheidung für die Priorität der der Materie und als deren zwingende Konsequenz, muß Marx den Rahmen traditioneller Philosophie notwendig sprengen und dennoch bewahrt er gleichzeitig in diesem Aufhebungsprozeß die Relevanz der historischen Formen der Philosophie als Ausdruck des theoretischen Aneignungsprozesses der Wirklichkeit und damit als Bedingung des eigenen Denkens. Im strengen Sinne handelt es sich in diesem Überschreiten der philosophischen Ebene, die zunächst Ausgangspunkt der Diskussion ist, um den Konstitutionsprozeß einer neuen Wissenschaft, der Wissenschaft des historischen und dialektischen Materialismus. Jede Überlegung, welche die Prozeduren des Bewußtseins und der Erkenntnis betrifft, kann sich forthin nicht mehr mit abstrakten Erörterungen begnügen, denn sie hat Bewußtsein und Erkenntnis als unauflöslich verknüpft zu betrachten mit den sozioökonomischen und historischen Prozessen, in die Naturprozesse selbstredend eingehen. Und weil sie die bereits von Feuerbach geäußerte Erkenntnis zu berücksichtigen hat, daß das Bewußtsein zwar das Erste für mich, aber nicht das Erste an sich ist, sind zuvörderst die Vermittlungsbedingungen, die dem Bewußtsein vorausgehen zu analysieren, um den kriteriellen Ansatz seiner Beurteilung zu gewinnen. Umgekehrt, wer die Marxsche Theorie auf die Kritik der politischen Ökonomie reduziert, streicht nicht nur ein Stück Marxscher Theorie aus, sondern verfehlt sie im wesentlichen. Eine Wissenschaft, die sich explizit als historische versteht (Marx: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Geschichte.") (12), nicht in ihrem systematischen historischen Zusammenhang zu betrachten, heißt zugleich mit der Struktur ihrer Genese auch ihr eigentliches Anliegen zu verfehlen, das im Kommunistischen Manifest niedergelegt ist. In dem hier erörterten besonderen Sachverhalt aber heißt es schlicht das historisch dokumentierte wechselseitige Verhältnis von Philosophie und Ökonomie bei Marx zu negieren, es heißt den Prozeß nicht zu verfolgen, in dem Philosophie zur wissenschaftlichen Theorie und Weltanschauung zugleich wird, die mit der Anleitung zum Handeln notwendig verknüpft ist.

**Die Thematisierung der Bedingungen des Bewußtseins**

Schon im Streit mit Hegel um die Priorität von Idee oder Materie spielt im Marxschen Denken die konkrete Arbeit als Kriterium auch theoretischer Gewißheit die entscheiden-

11 Beyer, W.R.: HEGEL-BILDER, a.a.O., S. 222-226.
12 MEW 3, S. 18 (Fußnote).

de Rolle. Nachdem der Streit entschieden ist, beginnt Marx seine Theorie der menschlichen Produktionsweise als Bedingung menschlichen Bewußtseins zu entfalten. „Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*... Wie die Individuen ihr Leben äussern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion." (13) Marx hebt hier nicht nur den Akt der Produktion als wesentliches Kennzeichen menschlicher Entwicklung hervor. Wesentlich ist ebenfalls die Art des Produktes selbst, *was* produziert wird. Die in der Unterschiedlichkeit der Produkte zum Ausdruck kommende Teilung der Arbeit ist der treibende Kern in der Herausbildung unterschiedlicher Formen des Bewußtseins und damit auch über das Gesamt des Produktionszusammenhangs, der sich durch die Teilung der Arbeit in spezifischer Weise widerspiegeln muß. Aber erst eine historisch spätere Teilung der Arbeit erweist sich als von zentraler Bedeutung. „Die Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt. Von diesem Augenblicke an *kann* sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, *wirklich* etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen – von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der ‚reinen' Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen." (14) Mit diesem qualitativ Neuen, als das die Teilung von materieller und geistiger Arbeit herausgestellt wird, offenbart sich in damit unmittelbar verknüpfter Weise ein weiterer Sachverhalt. Zwar manifestiert sich bereits in gesellschaftlich und ökonomisch frühen Formationen die Teilung der Arbeit als Existenz des Privateigentums („Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke" (15)), im weiteren Gang der gesellschaftlichen Entwicklung jedoch, insbesondere seit dem Konstitutionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, drückt die Teilung der Arbeit in geistige und materielle die Existenz unterschiedlicher Klassen aus. Mit ihr fallen „der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion verschiedenen Individuen zu " (16). Dieses Verhältnis spiegelt sich auch auf der politischen Ebene wider. „Eine Woche nach dem Sturm auf die Bastille ... entwickelte ... Abbe Sieyes die ersten Gedanken der siegreichen Bourgeoisie über die Organisation der Gesellschaft im zukünftigen Frankreich. Mit ... Leidenschaft ... forderte er ‚heilige Gleichheit der politischen Rechte'. Im selben Atemzug schlug er vor, die Gesellschaft in zwei Gruppen zu teilen, in „aktive Bürger", die das Wahlrecht besitzen, und in „passive Bürger", die es *nicht* besitzen sollten." (17) Maßstab ist der abgeführte Steuersatz. Die entfaltete Verselbständigung der geistigen Produktion gegenüber der materiellen bringt ebensosehr einen gesellschaftlichen Zustand zum Ausdruck, in dem die unmittelbaren Produzenten von der Mitbestimmung über die Verwendung der von ihnen hervorgebrachten Produkte ausgeschlossen sind. Und sie bringt ebensosehr die Nichtberücksichtigung eben dieser Produzenten in den politischen Vertretungsorganen zum Ausdruck. Berücksichtigt man diesen von Marx aufgedeckten konkreten Sachverhalt, läßt sich der klassenspezifische bürgerliche Charakter des Denkens erläutern. Auch wenn die Theorie zu den bestehenden Verhältnissen in Widerspruch tritt, „so kann dies nur dadurch geschehen, daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit der bestehenden Produktionskraft in Widerspruch getreten sind". (18) Widersprüchliche theoretische Konzeptionen haben also letztendlich in der widersprüchlichen sozioökonomischen Realbewegung ihren Ausgangspunkt. Im klassenspezifisch-bürgerlichen Charakter des Denkens wiederum liegt die Möglichkeit begründet, die Wirklichkeit in einer Weise widerzuspiegeln, die den realen Verlaufsformen in keiner Weise adäquat ist. Die Ursache hierfür liegt im warenproduzierenden Charakter der Klassengesellschaft begründet. Solange nämlich das theoretische Bewußtsein nicht nur sich selbst in der von Feuerbach kritisierten Form als unmittelbarer Ausgangspunkt der Betrachtung versteht, sondern auch die Art und Weise vorgefundener Produktion unvermittelt und naturgegeben begreift, wird es den klassenspezifischen Charakter seines Denkens negieren und ihn für ein entwickelteres Denken gerade darin zum Ausdruck bringen: „Formeln, denen es auf die Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert, gelten ihrem bürgerlichen Bewußtsein für ebenso selbstverständliche Naturnotwendigkeit als die produktive Arbeit selbst." (19) Worin hat nun dieses falsche Bewußtsein, auch wenn es sich als wissenschaftliches versteht, und als klassenspezifisch bürgerliches bekennt, seine tiefere Ursache, die es als solches erst erklärbar machen? Und wie ist der Standpunkt einer solchen Erklärung selbst zu gewinnen?

13 Ebenda, S. 21.
14 Ebenda, S. 31.
15 Ebenda, S. 32.
16 Ebenda.
17 Herrnstadt, Rudolf: DIE ENTDECKUNG DER KLASSEN, Berlin 1965, S. 150.
18 MEW 3, S. 31 f.



Marx gewinnt seine Theorie vom falschen Bewußtsein, d.h. den Entstehungsprozeß einer so gefaßten Ideologie aus der Analyse der Ware in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Ware ist das Produkt menschlicher Arbeit, das immer auch schon gesellschaftliche Form besitzt. Und genau aus dieser Form entspringt das, was Marx als den mystischen Charakter der Ware bezeichnet, dessen Genese er wie folgt erklärt: „Die Gleichheit der menschlichen Arbeiten erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, das Maß der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer erhält die Form der Wertgröße der Arbeitsprodukte, endlich die Verhältnisse der Produzenten, worin jene gesellschaftlichen Bestimmungen ihrer Arbeit betätigt werden, erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte. Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen." (20)

Der Versuch, in unmittelbarem Zugriff die durch die kapitalistische Warenproduktion bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die der Menschen zueinander zu erfassen, wird den durch die oben beschriebene Verkehrung bestimmten gesellschaftlichen Zustand nicht wirklich durchdringen können. Hatte für Marx im Aufdecken des idealistischen Charakters der Hegelschen Philosophie in Bezug auf die gegenständliche Wesensbestimmung des Menschen der Hinweis auf die für jedermann erfahrbare sinnliche Gewißheit genügt, so kann die Analyse eines gesellschaftlichen Produktions-Verhältnisses, welches das Leben des konkreten arbeitenden Menschen bestimmt, aus dem Kriterium sinnlicher Unmittelbarkeit nicht mehr erschlossen werden. Im Gegenteil. Die Unmittelbarkeit verschließt den Zugang zum tatsächlichen Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit, erschließen kann diesen Zugang nur die theoretische Reflexion. Dies jedoch nicht in Form eines abstrakten Konstruktionsprozesses, in der Form, „das Reale als Resultat des sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden, und aus sich selbst sich bewegenden Denkens zu fassen". (21) Der Ausgangspunkt der theoretischen Reflexion wird bei Marx – und gerade

19 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 95 f.
20 Ebenda, S. 86.
21 Marx, Karl: GRUNDRISSE, S. 22.

darin zeigt sich sein entwickelter und konsequent durchgehaltener Ansatz, der Materielles und Ideelles, Konkretes und Abstraktes stets mit einander vermittelt denkt – immer schon als verarbeitete Anschauung und Vorstellung begriffen, der das Konkrete zugrundeliegt. Nur so wird auch die Marxsche These verständlich, daß „die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst". (22)

In diesem Zusammenhang soll auf Lenin verwiesen werden, der sich zur Rolle der Abstraktion im Denkprozeß folgendermaßen äußert: „Die Abstraktion der *Materie*, des Natur*gesetzes*, die Abstraktion des *Wertes* usw., mit einem Wort *alle* wissenschaftlichen ... Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, richtiger, *vollständiger* wider. Von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken *und von diesem* zur Praxis – das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der *Wahrheit*, der Erkenntnis der objektiven Realität." (23) Der Vergleich beider Zitate zeigt die Unsinnigkeit einer Argumentation, welche die von den abstrakten Bestimmungen ausgehende Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens bei Marx gegen die Verwendung des Begriffs Widerspiegelung bei Lenin auszuspielen versucht. Es wird hierbei offensichtlich zweierlei übersehen. Einmal, daß der Abstraktionsprozeß bei Lenin als Widerspiegelungsprozeß gefaßt wird und nicht dem Reproduktionsprozeß vom Abstrakten zum Konkreten entgegengesetzt wird. Zum anderen, und aus dem ersten folgend, sind beide Kategorien subjektiver Dialektik. Auch Marx nimmt (siehe Kapital I, S. 88) bei genauem Hinsehen die Unterscheidung von vollständiger und nicht vollständiger Widerspiegelung vor wenn er sagt: „Das Gehirn des Privatproduzenten spiegelt diesen ... Charakter ihrer Privatarbeiten nur wider in den Formen, welche ... im Produktenaustausch erscheinen" Es handelt sich also hierbei um einen unvollständigen Charakter von Widerspiegelung. Die vollständige Form der Widerspiegelung wird nur dann erreicht, wenn die aus dem Widerspiegelungsprozeß resultierenden Abstrakta vollständig sind in der Weise, daß sie die Reproduktion des Konkreten als Einheit des Mannigfaltigen im Denken ermöglichen. Es wäre nun ein bedauerlicher Irrtum, würde man den Abstraktionsprozeß als Widerspiegelungsprozeß, den Prozeß der Reproduktion des Konkreten (ausgehend von den Abstrakta) aber als diesem nachgeordnet und vom Widerspiegelungscharakter nicht berührt betrachten. Dies zu behaupten hieße, den Widerspiegelungscharakter einiger ideeller Prozesse anzuerkennen, für andere aber nicht. Der Reproduktionsprozeß des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten wäre dann ein rein kantianischer Verstandesakt, womit der Boden des Materialismus in der Erkenntnistheorie verlassen wäre. Das Konkrete könnte dann nicht als geistige Abbildung des real Konkreten erreicht werden und bliebe eine Theorie über das Konkrete. Das real Konkrete selbst bliebe unerkennbar. Der Agnostizismus dieser Position liegt auf der Hand, weil die Theorie sich wiederum durch die Theorie erklären müßte. (24)

Das Verhältnis von „Widerspiegelung" und „Reproduktion" als Bestimmungen subjektiver Dialektik ist so zu fassen, daß ausgehend vom sinnlich konkreten die mittels der Widerspiegelung erreichten Abstraktionen die notwendigen Konstitutionsmomente des theoretischen Konkreten darstellen, der Reproduktionsprozeß des Konkreten im Denken sich also mit Hilfe bzw. nur über die Abstraktionen vollzieht, die mittels der Widerspiegelung gewonnen werden. Insofern stehen beide in einem dialektischen Verhältnis zueinander.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen zum Verhältnis vom Abstrakten zum Konkreten bei Marx war die Frage, mit welchen Mitteln sich der Fetischcharakter der Warenwelt, „der

22 Ebenda.
23 Lenin, W.I., WERKE 38, S. 160.
24 Siehe dazu auch Pawlow, Todor: DIE WIDERSPIEGELUNGSTHEORIE, Berlin 1973, S. 38.



aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert" (25), resultiert, analysieren läßt, da die Ebene der sinnlichen Gewißheit zur Klärung der objektiven Wahrheit über den gesellschaftlichen Sachverhalt hier nicht verfängt, sondern den Schein nur reproduziert. Leisten kann, dies haben wir versucht auszuführen, nur die sich konkret vermittelnde theoretische Reflexion, d.h. die sich historisch und gesellschaftlich begreifende Reflexion. „Marx geht nicht von einem abstrakten Erkenntnisbegriff aus, sondern davon, daß die Menschen einer bestimmten Gesellschaftsformation in ihrem materiellen Lebensprozeß durch ihre praktisch-gegenständliche Tätigkeit ... sich die Natur aneignen." (26) „Allein auch wenn ich wissenschaftlich etc. tätig bin, eine Tätigkeit, die ich selten in unmittelbarer Gemeinschaft mit anderen ausführen kann, so bin ich gesellschaftlich, weil als Mensch tätig ... Daher ist auch die Tätigkeit meines allgemeinen Bewußtseins – als eine solche – mein theoretisches Dasein als gesellschaftliches Wesen." (26a) Genau dieser Begriff der historisch und gesellschaftlich vermittelten theoretischen Reflexion ermöglicht es Marx, die Hülle des (abstrakten) Scheins zu durchstoßen und das, was sich in der Unmittelbarkeit der Anschauung sehr unspezifisch darstellt, in konkrete Erkenntnis auszulösen. Wäre Marx noch einem kantianischen Begriff von Erkenntnis verfallen, so könnte er immer nur den Fetischcharakter gedanklich reproduzieren, aber nie erkennen, ein Verfahren, das auch dem mechanischen Materialismus eigen ist, dem der Kopf nur die Analogie der Maschine ist. Dem analytischen Bemühen geht bei Marx eine Verständigung über die Art und Weise seines Charakters voraus, indem es die Unmittelbarkeit des Gegenstandes der Reflexion auflöst: „Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet daher sofort, sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten." (27) Wie wir schon weiter oben bemerkt haben und wie anhand der Ausführungen der Deutschen Ideologie paradigmatisch zu bemerken war, löst Marx die Erkenntnisprobleme durch die historische Dimension auf. Indem der Gegenstand der Erkenntnis immer schon als historisch bestimmter präzisiert wird, soll gleichzeitig der Tatbestand zum Ausdruck kommen, daß der zur Analyse anstehende Gegenstand an ein vorläufiges Ende seiner Entwicklung angelangt ist: „Das Nachdenken über die Formen des menschlichen Lebens, also auch ihre wissenschaftliche Analyse, schlägt überhaupt einen der wirklichen Entwicklung entgegengesetzten Weg ein. Es beginnt post festum und daher mit den fertigen Resultaten des Entwicklungsprozesses. Die Formen, welche Arbeitsprodukte zu Waren stempeln und daher der Warenzirkulation vorausgesetzt sind, besitzen bereits die Festigkeit von Naturformen des gesellschaftlichen Lebens, bevor die Menschen sich Rechenschaft zu geben suchen, *nicht über den historischen Charakter dieser Formen* (Hervorhbg. G.M.T.), die ihnen vielmehr bereits als unwandelbar gelten, sondern über deren Gehalt." (28) Nur über die Erläuterung des historischen Charakters dieser Formen kann die Meinung über sie, die sie für unwandelbar hält, überwunden werden. Der Gegenstand und sein Wirkungszusammenhang sind von der theoretischen Analyse seines Zustandes erst dann betroffen, wenn die theoretische Einsicht in praktisches Handeln umgeschlagen ist und Verhältnisse herbeigeführt hat, die nicht mehr erlauben, die Produkte eines spezifischen gesellschaftlichen Produktionsprozesses wie er in der kapitalistischen Gesellschaft vorfindlich ist, als natürliche Produkte hinzustellen: „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu

25 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 87.
26 Kosing, A.: „Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie", in: MARXISMUS DIGEST 1/72, S. 13.
27 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 90.
28 Ebenda, S. 89 f.

ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind." (29)

Wir haben versucht zu beschreiben, wie Marx aus der Teilung von materieller und geistiger Tätigkeit und Produktionsmitteleigentum den historischen Tatbestand der Verselbständigung des Denkens gegenüber der durch die materielle Produktion bestimmten Wirklichkeit entwickelt. Wir haben ferner versucht zu zeigen auf welche Weise Marx das falsche Bewußtsein über die gesellschaftliche Wirklichkeit aus dem Mystizismus der kapitalistischen Warenproduktion gewinnt, wie aufgrund der Teilung der Arbeit und dem vorherrschenden Fetischcharakter der Warenwelt, die eine in Klassen gespaltene Gesellschaft, nämlich die bürgerliche, essentiell bestimmen, das gegenüber dem materiellen Produktionsprozeß verselbständigte Denken, zur apologetischen, an der herrschenden bürgerlichen Klasse orientierten Theorie, zur Ideologie wird, die gleichzeitig den Anspruch verkörpert, theoretischer Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit insgesamt zu sein. Marx beginnt diesen Anspruch aufzulösen, indem er die geistigen Produktionsformen auf die materiellen zurückführt (dialektischen Materialismus) und die materiellen Produktionsformen historisch-gesellschaftlich bestimmt (historischen Materialismus). Er verläßt damit den Boden einer abstrakten, am autochthonen und isolierten Ich ausgerichteten Erkenntnistheorie und legt die Grundlage für eine gesellschaftliche Gnoseologie. „Da die gesellschaftliche Praxis der Menschen die bestimmende Grundlage für alle Formen der geistigen Aneignung der Wirklichkeit bildet, ist auch der Erkenntnisprozeß nur als gesellschaftlicher Vorgang möglich." (30) Eine in diesem Sinne verstandene Gnoseologie ist gegenüber allen übrigen Formen von Erkenntnistheorie etwas grundlegend und qualitativ Neues, nicht weil sie den Erkenntnisprozeß thematisiert, sondern weil sie die materiellen, gesellschaftlichen, historischen und ideellen Bedingungen des Erkenntnisprozesses untersucht und sich über die bestimmenden Gesetze dieser Bedingungen und Momente und ihren wechselseitigen Zusammenhang Rechenschaft geben muß. Mit der Pointierung des Erkenntnisprozesses sind die oben beschriebenen Komponenten als Konstitutionselemente immer schon mitzudenken.

### Dialektisch-Materialistische Erkenntnis und Ideologie

Was hier von Marx bestimmt wurde, ist nun aber nicht einfach eine neue Gnoseologie, die sich der angegebenen Konstitutionselemente versichert, sondern sie gewinnt in der Aufdeckung und Umkehrung der bürgerlichen Erkenntnistheorie und Ideologie ihren eigenen, nichtbürgerlichen, materialistischen, an den Interessen der unmittelbaren Produzenten, der Arbeiterklasse, ausgerichteten und diese widerspiegelnden Standpunkt, d.h. sie ist parteilich bestimmt. Daß eine solche Bestimmung von Wissenschaft existiert, hat in immer stärkerem Maße ihr den Vorwurf von Unwissenschaftlichkeit eingetragen, denn nach einem aktuell staatlich verordneten Verständnis, hat sich Wissenschaft durch einen pluralistischen, unbestimmten und positionslosen Charakter auszuzeichnen (31). Der Begriff von Wissenschaft wird durch indifferente Meinung über Wissenschaft ersetzt. Es wird dabei allerdings übersehen, daß die nichtmarxistische Philosophie diesen standpunktlosen Standpunkt bereits ad absurdum geführt hat. In seiner Heidelberger Niederschrift der Vorlesung über die Geschichte der Philosophie schreibt Hegel zur Frage der Parteinahme in der historischen Darstellung folgendes: „Es muß die Forderung als gerecht zugestanden werden,

29 Ebenda, S. 94.
30 Kosing, A.: „Karl Marx und ...", a.a.O., S. 15.
31 Siehe dazu: M.v.Brentano: „Wissenschaftspluralismus als Kampfbegriff", in: ARGUMENT 66 und Vortrag von Klaus Holzkamp auf dem Universitätstag SS 1974 in der FU Berlin-W.



daß eine Geschichte – es sei von welchem Gegenstande es wolle – die Tatsachen ohne Parteilichkeit, ohne ein besonderes Interesse und Zweck durch sie geltend machen zu wollen, erzähle. Mit dem Gemeinplatz einer solchen Forderung kommt man jedoch nicht weit. Denn notwendig hängt die Geschichte eines Gegenstandes mit der Vorstellung aufs engste zusammen, welche man sich von demselben macht ..." (32) „eine richtige Darstellung ist es, daß man das, was Beziehung auf den Gegenstand hat und wesentlich ist, daß man dies darstellt. Eine solche Parteilichkeit ist notwendig... Der andere Sinn ist gewöhnlich dieser, daß man gar keine Partei für die Philosophie nehmen, sondern die Vorstellung haben soll, daß man bloß Irrtümer, Meinungen ... zu erzählen habe ... Das ist eine Unparteilichkeit, die bloß negativ ist, die keinen Zweck hat." (33)

Aus dem Gesagten erhellt, daß der marxistischen Gnoseologie das ideologische Element wesenseigen ist. Ideologie als Ideologie des Proletariats ist nun nicht mehr verstanden als falsches Bewußtsein, sondern als wissenschaftlicher Ausdruck der realen gesellschaftlichen Bewegungsformen. „Die Widerspiegelung ökonomischer Verhältnisse konstituiert ideologische Anschauungen nur, solange sie nicht als Umkehrung erkannt ist." (34) Aufgedeckt und erkannt wird die Umkehrung realer Verhältnisse in der materialistischen Weltanschauung und Erkenntnistheorie. „Das gesellschaftliche Bewußtsein wird zwar also niemals aufhören, Widerspiegelung materieller Verhältnisse zu sein, aber es ist nicht unter allen Bedingungen eine falsche Widerspiegelung und also nicht unter allen Bedingungen in diesem Sinne Ideologie." (35) Vielmehr, indem die materialistische Gnoseologie nicht nur Materielles und Ideelles, Subjekt und Objekt auf Basis der Einheit der Materie vermittelt denkt, sondern dies gleichzeitig unter Berücksichtigung der historisch-gesellschaftlichen und ökonomischen Bewegungsformen, die sich in klassenmäßigen Verhältnissen widerspiegeln, vollzieht, gelingt es ihr sich als Wissenschaft darzustellen, die einen qualitativ neuen Typus verkörpert. Indem sie die Bewegungsgesetze der Wirklichkeit erkennt, erkennt sie die Auflösung des im unreflektierten Bewußtsein existierenden Scheins im Interesse aller als besonderes Interesse der unmittelbaren Produzenten, der Lohnarbeiter. Denn Schein und Exploitation machen zwei Seiten ein und derselben Medaille aus: „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit ... Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen" (36).

Die materialistische Gnoseologie als allgemeine Wissenschaft des Erkenntnisprozesses verkörpert damit gleichzeitig eine klassenmäßige Position. Sie kann nicht Theorie des Denkens sein ohne gleichzeitig die Schritte anzugeben, wie sie zur allgemeinen Theorie werde. Als Theorie kann sie sich nur verwirklichen, wenn sie in Praxis umschlägt, d.h. dazu beiträgt, Verhältnisse herbeizuführen, in denen in der Quintessenz die Exploitation aufgehoben ist. Die Notwendigkeit einer derartigen Gnoseologie zu leugnen heißt konsequenterweise entweder den Ausbeutungsmechanismus überhaupt zu leugnen resp. für seine Erhaltung einzutreten oder dem Glauben zu verfallen, daß er sich durch ökonomische „Sachzwänge" von selbst aufhebe.

32 Hegel, G.W.F.: EINLEITUNG IN DIE GESCHICHTE DER PHILOSOPHIE, Hamburg 1940, S. 8.
33 Ebenda, S. 283.
34 Siehe MEW 37, S. 488 f.
35 Hahn, Erich: „Marxismus und Ideologie", DZFPH 10/64, S. 1179 f.
36 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 562.

Bisher wurde versucht, die durch Marx herausgearbeiteten Kernstücke der dialektisch und materialistisch bestimmten neuen Gnoseologie zu erfassen, die sich durch die Kritik ihr historisch vorausgehender Positionen immer schärfer auf den Begriff bringt. Engels nimmt 40 Jahre nach der ersten Selbstverständnis-Diskussion über die Problematik der Bewußtseinsbildung (Deutsche Ideologie) das Thema wieder auf, um von der Position der mittlerweile entfalteten Weltanschauung, Präzisierungen ihres Verhältnisses zur Philosophie vorzunehmen (siehe MEW 21, Engels, L. Feuerbach, Einleitung). Ergebnis dieser Orientierung ist m.E. eine direkte Neubestimmung der Rolle der Philosophie mit Hervorhebung des erkenntnistheoretischen Aspekts. Nach Engels ist die Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie, die nach dem Verhältnis von Denken und Sein. (37) Nach der Entwicklung der Marxschen Theorie aber stellt sich die Aufgabe der Philosophie verändert dar. Die dialektische Auffassung von Geschichte wie Natur legt deren kategoriale Bestimmungen auf eine Weise frei, die eine Rückkehr zu spekulativen Konstruktionen über diese als nicht gegenstandsbestimmten unmöglich machen. Die Philosophie hat in diesen Bereichen ihr Recht verloren. Sie emanzipieren und differenzieren sich als selbständige wissenschaftliche Disziplinen, die grundsätzlich tatsachenorientiert zu sein haben. An diesen nicht ausgerichtete gedankliche Überlegungen müssen an der Sache selbst und damit an der Erkenntnis der Wirklichkeit vorbeigehen. Wie in der Ideologie ist auch hier die Umkehrung entscheidend; gegen die Konstrukta des Kopfes sind die adäquaten Widerspiegelungen von Gegenständen und Sachverhalten im Kopfe zu stellen. Was folgt daraus also konsequenterweise für die Neubestimmung der Rolle der Philosophie? Nichts anderes als sich vorzüglich der Erkenntnis zu widmen, präziser formuliert: die widerspiegelnde Aneignungsweise der Wirklichkeit in den Köpfen und die in diesem Zusammenhang auszumachenden Gesetze des Denkprozesses zu erforschen. „Für die aus Natur und Geschichte vertriebne Philosophie bleibt ... nur noch das Reich des reinen Gedankens, soweit es noch übrig: die Lehre von den Gesetzen des Denkprozesses selbst, die Logik und Dialektik." (38) Gerade unter Berücksichtigung des vorher Gesagten kann hier keine Rede davon sein, daß Engels der Abschaffung der Philosophie das Wort redet (der Marxismus hat diese Konsequenz bekanntlicherweise ja auch nicht gezeitigt wie die umfangreiche philosophische Aktivität in den sozialistischen Ländern beweist). Er redet allerdings der Abschaffung der alten, in reiner Gedankenspekulation erschöpften Philosophie das Wort. Die Philosophie muß neu bestimmt werden, indem sie die Relevanz der Fragen der alten Philosophie begreift. Diese Fragen sind: „Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unsern Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit erzeugen?" (39) Wie wenig dies Fragen sind, die nur auf der abstrakt-logischen Ebene lösbar sind, resultiert aus dem von Engels für sie angegebenen und auf Marx basierenden Wahrheitskriterium, nämlich Praxis, Experiment und Industrie. Eine nicht unwesentliche Reihenfolge, den Entstehungsprozeß des Denkens aus der praktisch-geistigen Handlung betonend, gefaßt als Widerspieglungsprozeß: „Die Einwirkungen der Außenwelt auf den Menschen drücken sich in seinem Kopf aus, spiegeln sich darin ab als Gefühle, Gedanken, Triebe, Willensbestimmungen, kurz, als ‚ideale Strömungen' und werden in dieser Gestalt zu ‚idealen Mächten'." (40) Die systematische Darstellung dieser Vorgänge, verstanden als ununterbrochener Prozeß des Werdens und Vergehens, des Aufsteigens vom Niedern zum Höhern erfolgt durch die dialektische Philosophie und als diese Philosophie kann sie nie mehr zu sein beanspruchen als bloße Widerspiegelung dieser Prozeßstruktur im denkenden

37 Siehe MEW 21, S. 274.
38 Ebenda, S. 306.
39 Ebenda, S. 275.
40 Ebenda, S. 282.



Hirn. (41) Ihre Begriffe werden gefaßt als materialistische Abbilder der wirklichen Dinge. Engels sagt: „Damit wurde die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt." (42) Es heißt bei Engels also nicht Reflex, sondern bewußter Reflex. Darin wird ausgedrückt, „daß alles, was einen Menschen bewegt, den Durchgang durch seinen Kopf machen muß" (43), d.h. theoretisch ausgedrückt werden muß. Die theoretisch-erkennende Tätigkeit und nicht der unmittelbare, im Stadium der Vorartikulation befindliche Eindruck, eine wie auch immer vorgestellte einseitige Prägung, ist Ursache der Kenntnis über die Objekte. Erst die widerspiegelnde Reproduktion der den Gegenstand konstituierenden Momente stellt die Kenntnis über diese in Form aktiver Auseinandersetzung her. Wir müssen uns die Dinge erst theoretisch aneignen ehe wir sie uns praktisch aneignen. Marx hob diesen Sachverhalt ja in dem bekannten „Bienen-Beispiel" hervor, daß eben noch der schlechteste Baumeister sich vor der besten Biene durch die theoretische Antizipation seines Werkes im Kopfe auszeichnet. (44) Im übrigen bediente sich bereits Hegel dieses Beispiels zur Bestimmung des Grads der Bewußtseinsbildung als Vergleichsmoment.

Im Abschnitt „der Werkmeister" in der Phänomenologie schreibt er: „Der Geist erscheint also hier als der *Werkmeister*, und sein Tun, wodurch er sich selbst als Gegenstand hervorbringt, aber den Gedanken seiner noch nicht erfaßt hat, ist ein instinktartiges Arbeiten, *wie die Bienen ihre Zellen bauen !* (Hervohbg. G.M.T.) (45) Wie wenig Reflex und Widerspiegelung bei Marx und Engels als einfache Antwortreaktion oder Widerschein begriffen werden dürfen, mag eine Interpretation erhellen, die Manfred Buhr jüngst vorgetragen hat. (46) Ausgehend von der Konzeption der Teilung der Arbeit in der Deutschen Ideologie, nach der erst diese historische Herausarbeitung des vermittelten Gegensatzes von materieller und ideeller Tätigkeit dem Bewußtsein die Möglichkeit verschafft, „etwas andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein", sich in den Stand zu versetzen, „sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der ‚reinen' Theorie ..., Philosophie etc. überzugehen", erschließt Buhr den Doppelcharakter dieser Textstelle. Marx gibt doch hier zunächst und ganz offensichtlich die Begründung für die Verselbständigung von Theorie gegenüber den wirklichen Verhältnissen. Seine Kausalanalyse legt die Bedingung für die Entstehung vom falschen Bewußtsein frei. Nach Buhr verbirgt diese Bedingung jedoch ein Mehr, das aus dem emanzipatorischen Charakter des Denkens resultiert, das sich über eine „schlechte" Wirklichkeit erhebt. Das Bewußtsein hat jetzt die Möglichkeit etwas anderes zu sein als das wirkliche Sein und gerade darin drückt es eine Antizipation aus, nicht eine Antizipation im Geist der Utopie, sondern eine Real-Antizipation, die Veränderung der wirklichen Verhältnisse. Dieses antizipatorische Element drückt gerade die besondere Fähigkeit des Bewußtseins aus. Und worin, wenn nicht im systematischen Erfassen dieses veränderten Charakters des Bewußtseins für die Veränderung der Wirklichkeit besteht denn das qualitativ Neue der Marxschen gegenüber der Hegelschen Philosophie, die doch Bewegung und Veränderung nur im Rahmen des unveränderlichen Systems zu begreifen vermag? Das qualitativ Neue ist auch noch unter einem anderen Aspekt zu betrachten, der insbesondere das Verhältnis der Philosophie zur Natur- und Gesellschaftswissenschaft berührt. Gerade in der Klärung dieses durch Marx und Engels neu bestimmten Verhältnisses wird sich die These von der Abschaffung der Philosophie durch die Klassiker als obsolet erweisen.

41 Siehe ebenda, S. 267 f.
42 Ebenda, S. 293.
43 Ebenda, S. 281.
44 Siehe Marx, Karl: KAPITAL I, S. 193.
45 Hegel, G.W.F.: PHÄNOMENOLOGIE DES GEISTES, Hamburg 1952, S. 486.
46 Buhr, Manfred: „Die Kraft der materialistischen Dialektik" (Referat auf dem X. Internationalen Hegel-Kongreß in Moskau), bisher unveröffentlicht.

**Über die Wechselbeziehung von historischem und dialektischem Materialismus und Philosophie**

Es wurde bereits oben auf den durch Engels konstatierten Tatbestand verwiesen, wie wenig der Anspruch der spekulativen Philosophie aufrecht zu erhalten ist, für die Geschichts- wie die Naturwissenschaft repräsentativ das Wort zu ergreifen. An die Stelle der totalen Verkehrtheit des bisherigen deutschen Idealismus tritt der moderne Materialismus, der durch die Geschichte den Entwicklungsprozeß der Menschen verkörpert sieht als auch den geschichtlichen Charakter der Natur erkennt. „In beiden Fällen ist er wesentlich dialektisch und braucht keine über den andern Wissenschaften stehende Philosophie mehr". (47) Der moderne Materialismus substituiert folglich die bisherige Philosophie als Theorie über den Gesamtzusammenhang der Wirklichkeit und übernimmt dadurch die Position als Weltanschauung mittels einer allgemeinen Vermittlungstheorie. Durch die Substitution der tragenden Rolle der Philosophie im bisherigen Verständnis zerstört er zwar ihren gesamttheoretischen Anspruch, nimmt sie aber als besonderen Bereich in sich auf. Er negiert sie ergo nicht, sondern bewältigt sie durch Präzisierung ihrer Funktion auf Basis der neuen, eben materialistischen Erkenntnis. Ähnlich der Stelle im Feuerbach heißt es im Anti-Dühring: „Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch *selbständig* (Hervorhbg. G.M.T.) bestehn bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen – die formelle Logik und die Dialektik. Alles andre *geht auf* (Hervorhbg. G. M. T.) in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte." (48) Wie ist es nun um diese Selbständigkeit resp. dieses Aufgehen bestellt ? Diese Selbständigkeit meint den präzisierten Gegenstandsbereich der Philosophie im Gesamtsystem des modernen Materialismus, konzentriert auf den Erkenntnisbereich. Die Philosophie geht auf in den positiven Wissenschaften in doppelter Hinsicht: sie ist in ihnen sowohl überwunden wie aufbewahrt; „überwunden ihrer Form, aufbewahrt ihrem wirklichen Inhalt nach." (49) Und dieser wirkliche Inhalt ist nicht ohne Neubestimmung, worin sich die echte Wirklichkeit zum Ausdruck bringt, zu denken. Wenn die Philosophie neu bestimmt ist, in vorzüglicher Form den Erkenntnisprozess zu ihrem Reflexionsgegenstand hat, so dies nicht, wie schon anhand der Marxschen Umkehrung erläutert, auf einer abstrakten, vom Gesamtzusammenhang losgelösten Ebene. Sie ist als Philosophie nicht mehr aparte Wissenschaft, vielmehr durchdringt sie in ihrem neuen Charakter, weltanschaulich bestimmten Charakter, die übrigen Wissenschaften und hat sich gleichzeitig durch sie und mit ihnen vermittelt zu denken. Indem sie den Erkenntnisprozess reflektiert, ist sie zugleich ideologisch und weltanschaulich bestimmt und indem sie den einzelnen Wissenschaften den Gang der Erkenntnis unter den oben genannten Kriterien vor Augen führt, vermittelt sie diese mit dem Gesamtzusammenhang und mit sich selbst. Sie hilft den einzelnen Wissenschaften die Kriterien zu gewinnen, sich über ihre Stellung im „Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen" (50) Klarheit zu verschaffen, d.h. in ihrer neuen, materialistischen Form. Indem die Wissenschaften diese vermittelte Selbstbestimmung leisten, kann sich keine besondere Wissenschaft vom Zusammenhang mehr ihnen gegenüber etablieren, vielmehr machen sie selbst die Teilstücke einer solchen Wissenschaft aus. Was aber für die einzelnen Wissenschaften gilt, trifft auch auf die Philosophie zu. Ihr gegenüber, die einst den Anspruch vertreten konnte, eben diese Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs zu sein, kann sich ebensowenig eine derartige Wissenschaft etablieren, denn als neue Philosophie mit neuem Schwerpunkt muß sie sich ebenfalls Rechenschaft über die Vielfalt ihrer Vermitteltheit mit dem Gesamtprozeß der Wirklichkeit geben. Die Rede von der Überflüssigkeit der Wissenschaft vom Gesamt-

47 MEW 20, S. 24.
48 Ebenda.
49 Ebenda, S. 129.
50 Ebenda, S. 24.



zusammenhang auf einer entwickelten historischen Stufe kann nicht identisch gesetzt werden mit einem Postulat nach Abschaffung der Philosophie. Wird solches behauptet, so liegt in dieser Behauptung die Verwechslung von materialistischer und idealistischer Philosophie vor. Die iedealistische Philosophie wird aufgehoben, aber in der Bewahrung der Relevanz ihrer Inhalte. Die neu begründete materialistische Philosophie aber hat von Beginn an zu den anderen Wissenschaften ein neues, diese nicht dominierendes Verhältnis. Sie kann diese schon deshalb nicht dominieren, weil es sich bei der marxistischen, später marxistisch-leninistischen Philosophie bzw. Erkenntnistheorie um eine eindeutige ideologisch bestimmte Wissenschaft handelt, was von anderen Wissenschaften, insbesondere den Naturwissenschaften nur schwerlich bewiesen werden könnte. Das hat nichts mit ihrer Verwertung für bestimmte Interessen zu tun. Chemische Gesetze sind chemische Gesetze, sie bleiben dies auch unter differierenden Formen politischer Herrschaft. Sowenig aber – wie bisher herausgearbeitet wurde – bei Engels eine Philosophieverdrossenheit konstatiert werden konnte, sowenig hat Engels selbst seine Aussage über die dialektischen Kategorien als bewußter Reflex im Sinne einer Reflexologie verstanden, wie wir bereits in anderer Form versucht haben oben zu zeigen. In einem Brief an Conrad Schmidt, vom 27. Okt. 1890 äußert sich Engels zu Problematik direkter Abspiegelung ökonomischer Verhältnisse in der Theoriebildung und der Frage ihrer relativen Eigenständigkeit. Er exemplifiziert diesen Sachverhalt sowohl am Gegenstand des Rechts wie der Philosophie: „In einem modernen Staat muß das Recht nicht nur der allgemeinen ökonomischen Lage entsprechen, ihr Ausdruck sein, sondern auch *ein in sich zusammenhängender* Ausdruck, der sich nicht durch innere Widersprüche selbst ins Gesicht schlägt. Und um das fertigzubringen, geht die Treue der Abspiegelung der ökonomischen Verhältnisse mehr und mehr in die Brüche." (51) Engels will hier nichts anderes ausdrücken, als daß die systematische Konstitution eines theoretischen Gegenstandes keinen unmittelbaren Rückbezug auf die ökonomischen Ausgangsbedingungen mehr zuläßt. Im Gegenteil stellt sich eine relative Wirkungsumkehrung ein, denn insofern die Wissenschaften „eine selbständige Gruppe innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bilden, insofern haben ihre Produktionen, inkl. ihrer Irrtümer, einen rückwirkenden Einfluß auf die ganze gesellschaftliche Entwicklung, selbst auf die ökonomische. " (52) Einen weiteren Grund relativer Verselbständigung theoretischer Bereiche gegenüber der ihnen zugrunde liegenden Ökonomie bildet die Geschichte der eigenen Theorie selbst. „Als bestimmtes Gebiet der Arbeitsteilung hat die Philosophie jeder Epoche ein bestimmtes Gedankenmaterial zur Voraussetzung, das ihr von ihren Vorgängern überliefert wurde und wovon sie ausgeht. Und daher kommt es, daß ökonomisch zurückgebliebene Länder in der Philosophie doch die erste Violine spielen können." (53) Wer dies nicht sieht, sondern stets nur hier Ursache, dort Wirkung, dem fehlt, nach Engels, Dialektik, für den hat Hegel nicht existiert. (54) Explizit betont er die Rückwirkung „der politischen usw. Reflexe der ökonomischen Bewegung auf diese Bewegung selbst". (55)

Es kann m.E. kein Zweifel an der positiven Funktion der Philosophie im Denken von Friedrich Engels angemeldet werden. Im Gegenteil. Ihm gebührt das Verdienst, den Versuch unternommen zu haben, nicht nur im Zusammenhang mit Marx die wirklichen Bewegungsgesetze von Ökonomie, Gesellschaft und Denken begrifflich formuliert, sondern in eben demselben Einverständnis mit Marx die Bewegungsgesetze in den verschiedenen Be-

51 MEW 37, S. 491.
52 Ebenda, S. 492.
53 Ebenda, S. 493.
54 Siehe ebenda, S. 494.
55 Ebenda, S. 492.

reichen der Natur zum Gegenstand theoretischer Diskussion erhoben zu haben. Engels thematisierte das Problem der Vermittlung von Natur und Gesellschaft und trug dadurch wesentlich zur Konzeption der Einheit der Welt als Ausdruck der Einheit der Materie bei. Durch diese Einsicht reifte erst die spätere Entdeckung von der nicht absoluten, sondern relativen Differenz des Materiellen und Idealen. Engels definierte diese Aufgabe wie folgt: „Es handelte sich also darum, die Wissenschaft von der Gesellschaft, d.h. den Inbegriff der sogenannten historischen und philosophischen Wissenschaften, mit der materialistischen Grundlage in Einklang zu bringen und auf ihr zu rekonstruieren." (56) In Einklang bringen hieß gleichzeitig, diese Naturbasis zum Forschungsgegenstand zu erheben und die Vermittlungskategorie dieser beiden durch die historische Entwicklung nicht in unvermittelter Form auf einander bezogenen Ebene der Wirklichkeit zu entwickeln. Als Kategorie hat sie beide Bereiche in gleichem Maße zu durchdringen, will sie in genereller Form Wirksamkeit beanspruchen und sie läßt sich nur dann als plausibel erörtern, wenn in beiden Bereichen das materielle Substrat dominant resp. conditio sine qua non ist. (Beispiel: ohne Gehirn kann vom Denken nicht die Rede sein.) Aus dem von Marx aufgestellten Postulat, daß das Denken sich stets seiner Bedingungen und der Variation seiner Voraussetzungen zu versichern habe oder mit einer späteren Erkenntnis formuliert: daß das Bewußtsein eine Eigenschaft der Materie ist, entwickelte Engels in explizierter Anwendung die Kategorie der Widerspiegelung als entscheidende Kategorie der Erkenntnis und notwendiges Moment subjektiver Dialektik, als Kategorie der Vermittlung von Subjektivem und Objektivem, von Ideellem und Materiellem, von Konkretem und Abstraktem. Die Widerspiegelung drückt aber bei Engels nicht ein Kausalprinzip im Rahmen des abstrakten Schematismus Ursache-Wirkung aus. Diese Denkungsart ist, nach Engels, signifikant für die gemeine Denkungsart, die, wenn sie nach dieser Methode verfährt „früher oder später auf eine Schranke (stößt), jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird ..., weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehen, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt." (57) Sie ist kein mechanisches Abbild, weil sie selbst begrifflicher Bestandteil der Dialektik ist, denn die Dialektik faßt „die Dinge und ihre begrifflichen Abbilder wesentlich in ihrem Zusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehn und Vergehn." (58) Ein sehr wesentlicher Unterschied in der hier angestellten Betrachtung darf auf keinen Fall übersehen werden, nämlich die Scheidung der Dialektik des Gegenstandes und der Dialektik des begrifflichen Abbilds, in späterer Form als objektive und subjektive Dialektik auseinander gehalten: „Die Dialektik, sie sog. *objektive,* herrscht in der ganzen Natur, und die sog. subjektive Dialektik, das dialektische Denken, ist nur Reflex der in der Natur sich überall geltend machenden Bewegung in Gegensätzen, die durch ihren fortwährenden Widerstreit und ihr schließliches Aufgehen ineinander, resp. in höhere Formen, eben das Leben der Natur bedingen." (59) Für die Erkenntnistheorie heißt dies, daß sich die Dialektik des Abbilds immer an der Dialektik des Gegenstandes zu orientieren hat, nur so kann isomorphe Abbildung als Resultat angezielt werden. Keineswegs darf umgekehrt verfahren werden: „Erst macht man sich aus dem Gegenstand den Begriff des Gegenstandes, dann dreht man den Spieß um und mißt den Gegenstand an seinem Abbild." Konsequenz: „Nicht der Begriff soll sich nun nach dem Gegenstand, der Gegenstand soll sich nach dem Begriff richten! "(60) Darüber hinaus ist ein wichtiges gnoseologisches Innovations-Moment mit der Einführung der Kategorie Widerspiegelung gegeben. Engels spricht in den Materialien zum Anti-Dühring von der Schwierigkeit richtiger Widerspiegelung: „Schon die richtige Widerspiegelung der *Natur* äußerst schwer, Produkt einer langen Erfahrungsgeschichte ... In *Gesellschafts*sachen die Widerspiegelung noch schwieriger. Die Gesellschaft wird bestimmt durch die ökonomischen Verhältnisse, Produktion und Austausch, nebst den geschichtlichen Vorbedingungen." (61) Die Widerspiegelung kann also keine empiristische Erfassung der Wirklichkeit sein. Um eine adäquate Widerspiegelung zu erstellen, ist vielmehr ein bestimmter, historisch bedingter Stand der „Befreiung" von determinierenden natürlichen wie gesellschaftlichen Mächten zu erreichen. „ Für eine Befreiung des Menschen von diesen Mächten ist eine wissenschaftliche Meta-Widerspiegelung vonnöten. Auf der Basis derselben vollziehen sich die Handlungen der progressivsten Klasse der Gegenwart, des Proletariats, die letzten Endes zur Herrschaft über die Natur und die Beziehungen zwischen den Menschen führen muß, die dann auch alle sozialen Formen der Entfremdung beseitigen wird." (62) Es muß allerdings hier einer möglichen Verwechslung entgegengehalten werden, daß es sich bei der Meta-Widerspiegelung keinesfalls um eine Gleichsetzung dieser mit der Meta-Reflexion, wie sie der deutsche Idealismus entwickelte, handeln kann. Verkörpert letztere Theorie nur das Denken über das Denken, so hat die Meta-Widerspiegelung als dialektische Widerspiegelung nicht nur das unmittelbare Abbild im Auge, sondern entwickelt und erkennt die im unmittelbaren Abbild auftretende Verkehrtheit aus der Bedingung des Abbildes, d.h. aus der Struktur und den Gesetzen des abgebildeten Gegenstandsbereichs selbst. Sie darf also keinesfalls in Analogie zur Metareflexion als Abbild des Abbilds verstanden werden. Meta-Widerspiegelung, wie sie von Narski als besonders entwickelte Form wissenschaftlichen Bewußtseins beschrieben wird, ist vielmehr *dialektische* Widerspiegelung. Sie ermöglicht die Korrektur unmittelbarer (und insofern in gewisser Hinsicht auch noch abstrakter Erfahrung, da die Anschauung gegenüber der Konkretheit des Begriffs gewissermaßen als noch abstrakt gekennzeichnet werden muß) Erfahrung und läßt die Widerspiegelung jenen notwendigen Grad an Exaktheit gewinnen: „Eine exakte Darstellung des Weltganzen, seiner Entwicklung und der der Menschheit, sowie des Spiegelbildes dieser Entwicklung in den Köpfen der Menschen, kann also nur auf dialektischem Wege, mit steter Beachtung der allgemeinen Wechselwirkungen des Werdens und Vergehens, der fort- und rückschreitenden Änderungen zustande kommen." (63) Eine derartige Widerspiegelung entschleiert ideologische Verzerrung und muß demzufolge grundsätzlich auch von der „phantastischen Widerspiegelung" (294) unterschieden sein. Die dialektische Widerspiegelung inkorporiert insofern zwangsläufig eine zielgerichtete Handlung. Das Moment der Passivität ist ihr allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz gerade nicht eigen und kann ihr nach dem Gesagten auch nicht zu eigen sein. Die historisch gesellschaftliche Kraft, die dieses zielgerichtete Handeln betreibt und betreiben muß, um sich selbst zu verwirklichen und in der Selbstverwirklichung die allgemeine Verwirklichung zu betreiben, hat Narski oben bereits benannt. Das Postulat nach immer adäquaterer Widerspiegelung läßt sich geradezu – auf der erkenntnistheoretischen Ebene – als Movens im Fortschreiten und Fortschritt des Denkens begreifen, indem jedes neue, durch gesellschaftliche Veränderung bedingte Denken, das ihm tradierte Denken von seiner spezifischen historischen Klammer befreit und damit selbst zum erweiterten Moment relativer Wahrheit mit dem Bezugspunkt absolute Wahrheit avanciert. Insofern drückt der Zwang zu immer adäquaterer Abbildung gleichzeitig den historischen Widerspruch von Erkenntnismöglichkeit und Erkennbarkeit aus. Entgegen den Versicherungen des Agnostizismus und der hinter ihm stehenden gesellschaftlichen Interessenten weist der philo-

56 MEW 21, S. 280.
57 MEW 20, S. 21.
58 Ebenda, S. 22.
59 Ebenda, S. 481.
60 Ebenda, S. 89.

61 Ebenda, S. 582.
62 Narski, I.S.: „Fragen der Erkenntnistheorie", in: F. ENGELS UND MODERNE PROBLEME DER PHILOSOPHIE DES MARXISMUS, Berlin 1971, S. 205.
63 MEW 20, S. 22.

sophische Materialismus die grundsätzliche Erkennbarkeit der Welt nach und beweist dies historisch Schritt für Schritt. Aber gleichzeitig sind der Erkenntnismöglichkeit historische Grenzen gesetzt: „Tatsächlich ist und bleibt jedes Gedankenabbild des Weltsystems objektiv durch die geschichtliche Lage und subjektiv durch die Körper- und Geistesverfassung seines Urhebers beschränkt." (64) Es existiert der Widerspruch zwischen dem innerlich unbegrenzten menschlichen Erkenntnisvermögen und seinem wirkiichen Dasein „in lauter äußerlich beschränkten und beschränkt erkennenden Menschen". (65) „In diesem Sinne ist das menschliche Denken ebensosehr souverän wie nicht souverän." (66) Es mag augenfällig erscheinen, daß die Diskussion der Kategorie Widerspiegelung mit großer Zwangsläufigkeit in die Diskussion der Kategorien Widerspruch, Wechselwirkung und Bewegung münden muß. Wir möchten diesen Aspekt hier jedoch noch nicht verfolgen, sondern uns zunächst der prononciert erkenntnistheoretischen Seite im Denken von Lenin zuwenden, um die Einheitlichkeit im Denken von Marx, Engels und Lenin auch auf der gnoseologischen Ebene unter Beweis zu stellen.

**Lenische Aspekte der Erkenntnistheorie**

Ähnlich Marx und Engels gewinnt Lenin seine Position in der Kritik. Gegenstand und Mittel der Kritik haben sich jedoch bereits verändert. Die kritisierten Positionen tauchen jetzt schon (ähnlich Dühring) unter dem Anspruch auf, sozialistische und weiter entwikkelte marxistische zu sein. Das Mittel, das Lenin zur Kritik handhabbar ist, ist selbst ein schon in der Kritik erprobtes. Es ist der von Marx und Engels entwickelte dialektische und historische Materialismus. Das Mittel der Kritik ist aber gleichzeitig umstrittender Gegenstand. Die von Lenin Kritisierten beanspruchen in gleichem Maße Marxisten zu sein wie Lenin selbst. Der Streit um das Erbe der Klassiker ist weder abstrakt noch scholastisch. Er entzündet sich an den Fragen einer um die Jahrhundertwende von der bürgerlichen Gesellschaft und der Wissenschaft neu hervorgebrachten Theorie des Empiriokritizismus: Der Streit um dessen Rezeption gestaltet sich als Streit um den Marxismus und seine Bestandteile selbst, d.h. in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Theorie wird sich erst zeigen, inwieweit der Marxismus adäquat aufgenommen wurde, d.h. der Marxismus realisiert sich in einer spezifischen historischen Phase erst in seiner Fähigkeit zur Kritik. Die Effektivität theoretischer Kontroverse nun, die den Boden der Theorie nicht verläßt, diese Frage scheint unter Marxisten nicht weiter debattierbar. Sie scheint gelöst. Lehrt nicht die 2. These über Feuerbach, daß die Frage der gegenständlichen Wahrheit einer Theorie keine Frage der Theorie selbst, sondern eine praktische Frage sei? Läßt sich aber das Problem durch einen derart schematischen Verweis auf die Praxis abwälzen? Verbirgt sich nicht darin selbst ein falsches Verständnis vom Wert der Theorie im allgemeinen und des Marxismus im besonderen? Wie geht Lenin diese Frage an? Lenin konfrontiert die unter dem Anspruch marxistischer Theorie auftretende erkenntnistheoretische Position mit einer idealistischen, nämlich derjenigen Berkeley's. Im Zentrum steht die Frage der Aneignung der Wirklichkeit im Bewußtsein. Gegen den Marxismus wird der Vorwurf des Mystizismus und Dualismus erhoben, weil er von einem „Undenkbaren" wie Unerkennbaren ausgehe, dem Ding an sich und damit die Grenzen der Erfahrung überschreite, dadurch einer Verdoppelung das Wort rede, außerhalb der Welt der Erscheinungen, noch eine weitere, nicht definierbare Welt anerkenne, ein Nichts, ein Idol oder ein Absolutum. (67) Dieser anscheinend empirische und vorgeblich marxistische Standpunkt glaubt

64 Ebenda, S. 35.
65 Ebenda, S. 113.
66 Ebenda, S. 80.
67 Siehe Lenin, W.I., WERKE 14, S. 13.



nichts mit idealistischen Positionen gemein zu haben. Seinem Selbstverständnis nach lehnt er sie strikt ab. Was aber macht die Quintessenz der Berkeleyschen Theorie aus? „Berkeley verneint ‚nur' die Lehre der Philosophen, d.h. die Erkenntnistheorie, die ernsthaft und entschieden die Anerkennung der Außenwelt und ihre Widerspiegelung im Bewußtsein der Menschen zur Grundlage aller ihrer Überlegungen macht." (68) Statt dessen trägt er die These vor, daß die Gegenstände der menschlichen Erkenntnis den Sinnen eingeprägte Ideen sind, daß die Ideen nicht anders existieren können als im Geiste, der sie perzipiert. Berkeley erscheint unverständlich, inwieweit von der Existenz eines Dinges unabhängig von seinem Perzipiertwerden gesprochen werden könne. Also sind Objekte und Empfindungen, die Dinge und ihre Rezeption ein und dasselbe, d.h. da die Dinge Empfindungskomplexe resp. Ideen sind, perzipieren wir die Ideen. „Laßt uns die Außenwelt, die Natur für eine Verbindung von Empfindungen" halten, die durch die Gottheit in unserem Geist hervorgerufen werden. Akzeptiert das und laßt davon ab, ausserhalb des Bewußtseins, außerhalb des Menschen die „Grundlagen" dieser Empfindungen zu suchen, dann werde ich im Rahmen meiner idealistischen Erkenntnistheorie die *ganze* Naturwissenschaft, den ganzen Nutzen und die Gewißheit ihrer Schlüsse anerkennen. Dies ist Berkeleys Gedankengang." (69) Nach Lenin stehen nun folgende erkenntnistheoretische Positionen zur Debatte, die er durch den englischen Berkeleyaner Fraser treffend kommentiert sieht: „Nach den Materialisten werden die Sinneserscheinungen durch eine *materielle Substanz* oder durch eine unbekannte ‚dritte Natur' hervorgerufen; nach Berkeley durch einen rationellen Willen; nach Hume und den Positivisten ist ihr Usprung absolut unbekannt, und wir können sie bloß als Tatsache, auf induktivem Wege, gemäß der Gewohnheit verallgemeinern." (70)

Idealistischer und agnostizistischer Philosophie wird durch Lenin in der Auseinandersetzung um die Frage was denn nun veritabler Marxismus sei, denen gegenüber, die nach Lenins Ansicht, den Boden marxistischer Theorie verlassen haben, die Rolle des Prüfstandes zugewiesen. Sie übernimmt damit die Rolle eines negativen Wahrheitskriteriums. Die Identität mit ihr ist Negation des philosophischen Materialismus, was dennoch den positiven Beweis für den Marxismus immer noch ausstehen läßt. Nur eines erscheint hier wichtig festzuhalten, daß dieses negative Wahrheitskriterium selbst ein marxistisches Kriterium ausmacht. Dies insofern, als historisch-gesellschaftliche, ökonomische und philosophische Bedingungen idealistischer resp. agnostizistischer Philosophie und ihre Folgen für die Interpretation der Wirklichkeit von den Klassikern analysiert und systematisch dargestellt worden sind. So daß auf diese Darstellung zurückgegriffen werden kann und zurückgegriffen werden muß. Die moderne theoretische Physik erzählt ja auch nicht bei einer ihrer mathematischen Ableitungen noch einmal die Geschichte der Welt, um einen entsprechenden Zusammenhang nachzuweisen. Um Wissen überhaupt historisch transportierbar zu machen, entwickelte die Menschheit schließlich das Mittel der Abstraktion. Lenin hier eine restriktive Auslegung der 2. Feuerbachthese vorzuwerfen, wie dies im Kapitel über den Empiriokritizismus im 1. Leninismus-Band des „Projekt Klassenanalyse" geschieht, wäre einmal deshalb absurd, weil es sich in der hier vorgetragenen Auseinandersetzung um eine Vorklärung auf der theoretischen Ebene handelt und aufgrund des bereits durch Marx und Engels Ausgeführten es sich hier um ein vermitteltes Wahrheitskriterium handelt, denn mit der Entfaltung der Abstraktionsstufen erhält auch das letztendlich in der gesellschaftlichen Praxis wurzelnde Überprüfungskriterium einen höheren Abstraktionsgrad. An-

68 Ebenda, S. 20.
69 Lenin, W.I., WERKE 14, S. 21.
70 Ebenda, S. 23.

dernfalls kommt es zu der unsinnigen Fragestellung z.B. wie spiegelt die Vektorrechnung die Produktionsverhältnisse und ihren Widerspruch zu den Produktivkräften wider. Es wäre jedoch statisch und deshalb unmarxistisch, bei einem bloßen Konstatieren des Idealismus und einer Selbstversicherung des Marxismus zu verharren. Stellt sich der Marxismus als Theorie erst in der Auseinandersetzung mit differenten Ansichten unter Beweis, so hat dies gleichzeitig tendenziell seine Weiterentwicklung zur Folge. In der Analyse der idealistischen Positionen erweitert Lenin gerade die Plausibilitätskriterien der materialistischen Erkenntnistheorie und ihrer Kernfrage der Abbildtheorie: sind die Empfindungen als Abbild der objektiven Dinge zu begreifen oder nicht ? Existieren diese damit unabhängig von mir oder nicht ?

**Widerspiegelung und PRAXIS-Kriterium**

Erweist sich, wie oben bemerkt, die Frage der Genese einer Theorie als eine im historischen und theoretischen Kontext vielfältig vermittelte, so stellt sich dennoch die Frage der konkreten Vermittlung ihrer einzelnen Elemente zwar einerseits über diesen vermittelten Zusammenhang, aber andererseits und diesem gleichwertig zugeordnet als Frage unmittelbarer Vermittlung. Wie Marx in seiner Hegelkritik stellt auch Lenin das Kriterium unmittelbarer sinnlicher Gewißheit gegen die Spekulation des Idealismus: „Dieselbe *Erfahrung* (nicht im machistischen, sondern im menschlichen Sinne des Wortes), die in uns die feste Überzeugung bewirkt hat, daß *unabhängig* von uns andere Menschen und nicht bloß Komplexe meiner Empfindungen des Hohen, Niedrigen, Gelben, Harten usw. existieren, dieselbe *Erfahrung* bewirkt bei uns die Überzeugung, daß Dinge, Welt und Umgebung unabhängig von uns existieren. Unsere Empfindungen, unser Bewußtsein sind nur das *Abbild* der Außenwelt, und es ist selbstverständlich, daß ein Abbild nicht ohne das Abgebildete existieren kann, das Abgebildete aber unabhängig von dem Abgebildeten existiert. Die „naive" Überzeugung der Menschheit wird vom Materialismus *bewußt* zur Grundlage seiner Erkenntnistheorie gemacht." (71) Welcher vernünftige Mensch wird an der Existenz anderer Lebewesen außer uns selbst und unabhängig von uns zweifeln wollen? Und läßt sich diese Unabhängigkeit nicht auch auf den Gesamtbereich der gegenständlichen Welt behaupten und in mannigfachen Formen nachweisen? Z.B. „Das Entstehen der ‚Erscheinungen', wenn unsere Sinnesorgane einen äußeren Reiz durch diesen oder jenen Gegenstand erfahren, und das Vergehen der ‚Erscheinungen', wenn irgendein Hindernis die Möglichkeit der Einwirkung eines – eindeutig für uns existierenden – Gegenstandes auf unsere Sinnesorgane beseitigt." (72) Es liegt also auf der Hand, daß Gegenstände, Dinge, Körper unabhängig existieren und unsere Empfindungen Abbilder der Außenwelt sind. Heißt dies aber den sensualistischen Standpunkt einnehmen, daß alles Wissen aus den Empfindungen stammt? Oder wird hier die Meinung vertreten, alles Wissen stamme aus der Erfahrung, wie sie der Empirismus vertritt? Im Gegenteil: „Für den Materialisten ist die Welt ... reicher, lebendiger, mannigfaltiger, als sie scheint, denn jeder Schritt der wissenschaftlichen Entwicklung entdeckt in ihr neue Seiten. Für den Materialisten sind unsere Empfindungen Abbilder der einzigen und letzten objektiven Realität – der letzten nicht in dem Sinne, daß sie schon restlos erkannt ist, sondern in dem Sinne, daß es eine andere außer ihr nicht gibt und nicht geben kann." (73) Damit sind gleich mehrere Kernbereiche der materialistischen Erkenntnistheorie angesprochen: die Frage der objektiven Realität

71 Ebenda, S. 61 f.
72 Ebenda, S. 97.
73 Ebenda, S. 123.



und damit konsequenterweise die Frage der absoluten und relativen Wahrheit, sowie die Frage des antizipatorischen und aktiven Charakters der Abbildung, im weitesten Sinne auch das Verhältnis der Theorie zur Praxis. Lenin zufolge „kann ein Abbild dem Modell nie ganz gleich sein" (74), die Theorie ist immer nur eine annähernde Kopie der Wirklichkeit, Empfindungen und Vorstellungen sind Kopien der wirklichen Dinge und Naturvorgänge, also niemals mit diesen identisch; das hieße ja auch in zugespitzter Form das Hegelsche Postulat der Identität von Denken und Sein vertreten. Genau aber diese Nichtidentität resp. Differenz von Denken und Sein, dieser Unterschied von Original und Kopie, dieses dialektische Verhältnis läßt das Denken erst als die Notwendigkeit permanenter Bewegung, als Bewegung zu immer adäquaterer Abbildung, zur tendenziellen Kongruenz von Orginal und Abgebildetem, von immer schärferer Annäherung der relativen an die absolute Wahrheit erscheinen. Darin liegt gerade auch das antizipatorisch-fortschrittliche Moment des Denken begründet, eine Wesenseigenschaft des Denkens, die eine mechanistische Abbildrezeption zu erklären nicht in der Lage ist. Auch der Einwand eines aus dieser Struktur des Denkens resultierenden Subjektivismus sticht nicht. „Richtig ist das, was durch unsere Praxis bestätigt wird; folglich sind unsere Sinneswahrnehmungen, sofern sie durch die Erfahrung bestätigt werden, nicht ‚subjektiv', d.h. nicht willkürlich oder illusorisch, sondern als solche richtig, real. " (75) Was sich in der Durchsetzung und Umsetzung von Theorie in Praxis erst häufig auf vielfältig vermittelte Weise vollzieht, setzt sich im unmittelbaren, alltäglichen Handlungsvollzug auf relativ direkte Weise um: Praxis, resp. Erfahrung erweist sich als sich beständig reproduzierendes Kriterium des Denkens und damit folglich auch seiner Antizipationen. In der Priorität des Praktischen setzt sich die Priorität des Materiellen durch und weist unmittelbar auf die Notwendigkeit der Bildung eines diesen Bereich generell umfassenden Begriffs, der die Spannung des Ideellen und Materiellen in sich aufnimmt. „Dieser Begriff ist eben die *Materie.* Die Materie ist eine philosophische Kategorie zur Bezeichnung der objektiven Realität, die dem Menschen in seinen Empfindungen gegeben ist, die von unseren Empfindungen kopiert, fotografiert, abgebildet wird und unabhängig von ihnen existiert." (76)Dem historisch bedingten, d.h. nie abgeschlossenen Erkenntnisprozeß, der sich in den approximativen und asymptotischen Prozessen der Widerspiegelung, genauer gesagt: im ganzen *Widerspiegelungscharakter* zum Ausdruck bringt, entspricht – und dies als Bedingung der Widerspiegelung – auf der objektiven Seite der Unendlichkeitscharakter der begrifflich gefaßten Materie. Transparent wird vor dem Hintergrund dieser Aussage auch der Gedanke der Konstatierung des relativen Gegensatzes von Materie und Bewußtsein. Absolut ist er „ausschließlich in den Grenzen der erkenntnistheoretischen Grundfrage, was als primär und was als sekundär anzuerkennen ist. Außerhalb dieser Grenzen ist die Relativität dieser Entgegensetzung unbetreitbar." (77) Schon eingangs, in der kurzen Erörterung des Verhältnisses von Abstrakt und Konkret, der Reproduktion des Konkreten im Denken wurde auf den nicht ausmachbaren Widerspruch von Widerspiegelung und geistiger Reproduktion hingewiesen. M.E. bietet die oben angeführte materiell vermittelte Kategorie PRAXIS, die erkenntnistheoretisch natürlich auch als Reflexionskategorie zu bestimmen ist, in Bezug auf das Verhältnis von Widerspiegelung und gedanklicher Reproduktion den entscheidenden Maßstab. Ist der Prozeß gedanklicher Reproduktion immer auch schon Widerspiegelungsprozeß, lassen

74 Ebenda, S. 234.
75 Engels, F., zit. nach Lenin, W.I., WERKE 14, S. 106.
76 Ebenda, S. 124.
77 Ebenda, S. 143.

sich also beide Momente nicht auseinandereißen, und wird dieser Prozeß zum Erreichen des geistig konkreten beschrieben, so muß m.E. im Bereich seiner gegenständlichen Wahrheitsüberprüfung – der er selbst spielt sich ja bekanntlich im nicht gegenständlichen Bereich ab – immer auch und dies notwendig eine Instanz entsprechen, der das Widerspiegelungsmoment „substantiell" eigen ist. Anders herum gefragt: Wie sollte ein Wahrheitskriterium für Widerspiegelungsprozesse qua Reproduktionsprozesse möglich sein, dem selbst die Eigenschaft der Widerspiegelung nicht zugeschrieben werden kann? Liesse sich dies nicht nachweisen, dann wäre sicherlich die Erkenntnis von der Einheit der Materie, der Vermittlung von Materiellem und Ideellem falsch. Es erscheint mir nur wichtig, folgendes fest zu halten: Der Reproduktionsprozeß, dessen Ergebnis das geistige Konkret ist, ist der Aneignungsprozeß des Konkreten durch das Denken. Der Reproduktionsprozeß des Konkreten qua Widerspiegelungsprozeß im Denken ist also gleichzeitig Produktionsprozeß, der sich ausdrückt, in den Resultaten des Denkens. Auf der gnoseologischen, abstrakten, aber nichtsdestoweniger ebenfalls (wenn auch mannigfach vermittelt) gesellschaftlichen Ebene reproduziert sich also ein Problem, das für die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses unmittelbar gilt. „In einem stetigen Zusammenhang und dem beständigen Fluß seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionsprozeß daher zugleich Reproduktionsprozeß. Die Bedingungen der Produktion sind zugleich die Bedingungen der Reproduktion." (78) Es fragt sich natürlich, ob diese Analogie völlig schlüssig ist, ob nämlich im Kopfe nicht eine Umkehrung dergestalt statt hat, daß der Produktionsprozeß nicht gleichzeitig Reproduktionsprozeß, sondern der Reproduktionsprozeß gleichzeitig Produktionsprozeß ist. M.E. steht diese Interpretation mit der These in Einklang, daß wir uns die Objekte zuerst theoretisch aneignen, d.h. reproduzieren, ehe wir sie uns praktisch aneignen. Darin drückt sich m.E. auch das Primat der Praxis gegenüber der Theorie aus. Wenn nun, wie oben behauptet, die sich ständig reproduzierende Praxis sich als der beständige kriterielle Maßstab von gedanklichem Widerspiegelungsprozeß als Reproduktionsprozeß erweist, so liegt diese Bedingung in der Notwendigkeit der beständigen Reproduktion der Praxis begründet, d.h. damit auch immer adäquatere Praxis zu sein, an sich den Umschlag von Quantität in Qualität zu verwirklichen. Kurz: Die Praxiskategorie ist Reproduktionskategorie und die Reproduktionskategorie Widerspiegelungskategorie.

**Die Kategorie Empfindung**

Die Kategorie Widerspiegelung als gnoseologische Vermittlungskategorie spielt nun die Rolle eines sehr wichtigen Kriteriums in der Auseinandersetzung mit idealistischen und agnostizistischen Positionen. Ihre abgeleitete Setzung ermöglicht ihre Existenz als Entscheidungsinstanz bei der Frage, wie denn nun die Wirklichkeit adäquat beschrieben werden könne. In dieser Frage von Sein und Bewußtsein kristallisiert sich nun ein weiteres entscheidendes Moment heraus, das von den Gegnern materialistischer Erkenntnistheorie in die Debatte eingebracht wurde und das mit dem widerspiegelnden Charakter des Bewußtseins selbst unauflöslich verknüpft ist: die Empfindung. Nach der These Machs sind die Körper Empfindungskomplexe oder Verbindungen von Empfindungen. Ausgangspunkt seiner Überlegung ist folglich nicht der Gegenstand selbst, sondern der Gedanke oder die Empfindung von dem Gegenstand. Das Bewußtsein wird zwangsläufig als genuin-autochthon und nicht als in vielfältiger Weise abgeleitet verstanden. Die Welt etabliert sich dann als Welt meiner Vorstellungen, als – im materialistischen Sinne – solipsistische Welt, in der allenfalls wie in späteren Theorien (siehe Husserl) der andere Mensch die etwas abgeschmackte und blasse Rolle eines alter ego übernehmen kann. Gegen die-

78 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 591.



se usurpierte Autarkie der Empfindung durch die philosophische Theorie führt Lenin die Erkenntnisse der Naturwissenschaft und des auch auf ihr basierenden Materialismus ins Feld: „Für jeden Naturforscher ... sowie für jeden Materialisten ist die Empfindung tatsächlich die unmittelbare Verbindung des Bewußtseins mit der Außenwelt, die Verwandlung der Energie des äußeren Reizes in eine Bewußtseinstatsache ... Der Sophismus der idealistischen Philosophie besteht darin, daß die Empfindung nicht für die Verbindung des Bewußtseins mit der Außenwelt, sondern für eine Scheidewand gehalten wird, für eine Mauer, die das Bewußtsein von der Außenwelt trennt – nicht für das Abbild einer der Empfindung entsprechenden äußeren Erscheinung." (79) Die Tatsache der Verwandlung der Energie des äußeren Reizes weist darauf hin, daß die Empfindung Ausdruck eines Transformationsprozesses in einer besonderen Form der Materie, nämlich der organischen, ist, die als einzige in der Lage ist, die Formen von Empfindung, Wahrnehmung, Vorstellung, Denken, Bewußtsein hervorzubringen. Der Anspruch der Autarkie der Empfindung muß darüber hinaus in diesem Zusammenhang auch von der Erkenntnis der materiellen Einheit der Welt unterlaufen werden, die anorganische und organische Materie miteinander vermittelt denkt. Mit dem Mittel der logischen Hypothese kann aus dieser Einsicht auf eine Eigenschaft der anorganischen Materie geschlossen werden, die der Empfindung ähnlich ist. Darauf aufbauend erschließt sich auch die vielfach unverstandene These vom Widerspiegelungscharakter als ebenfalls für anorganische Materie signifikant. Die Empfindung erweist sich als entscheidendes Transmissionsglied zwischen den verschiedenen Formen der Materie. „Anders als durch Empfindungen können wir weder über irgendwelche Formen des Stoffwechsels noch über irgendwelche Formen der Bewegung etwas erfahren, die Empfindungen werden durch die Wirkung der sich bewegenden Materie auf unsere Sinnesorgane hervorgerufen." (80) Sie zeigt sich demzufolge als von existentieller Relevanz, denn „der Mensch würde sich nicht biologisch einer Umgebung anpassen können, wenn seine Empfindungen ihm nicht eine objektiv richtige Vorstellung von dieser Umgebung gäben." (81) Lenin weist darauf hin, daß die Erkenntnistheorie historisch natürlich von der Empfindung ausgegangen ist und ausgehen mußte. Das gilt insbesondere von Locke, aber auch von Berkeley und Diderot. Es stellt sich nur die Frage, welcher Weg von ihr aus eingeschlagen wird, der Weg zum Subjektivismus oder Objektivismus. Auch dies ist keine Frage, die sich vom rein theoretischen Standpunkt aus beantworten läßt, sondern eine praktische Frage. Bereits Feuerbach bezog in dieser Frage Position als er darauf hinwies, daß der Mensch kein abstraktes Ich ist, sondern entweder ein Mann oder ein Weib „ und man sei vollkommen berechtigt, die Frage, ob die Welt eine Empfindung ist, auf gleichen Fuß zu stellen mit der Frage,ob der andere Mensch eine Empfindung von mir ist oder ob unsere Verhältnisse in der Praxis das Gegenteil beweisen." (82) Garantiert die Empfindung als Vermittlungskategorie überhaupt erst eine Rezeption der objektiven Realität, so müssen dennoch in Berücksichtigung des auf ihr basierenden Aneignungsprozesses wichtige Unterscheidungen getroffen werden, welche die Frage des Verhältnisses „Ding an sich" – Erscheinung, Gegenstand unserer Vorstellung und diese Vorstellung selbst betreffen. Gerade die Frage der Klärung der Konzeption des „Ding an sich" im Materialismus erweist sich als wichtig, um den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Dualismus zu entkräften. Die Frage des „Ding an sich" ist ja bei Kant mit der Frage der Erkennbarkeit verknüpft. Aus dem unendlichen Charakter des Abbildungsprozesses schloß Kant auf die grundsätzliche Unerkennbarkeit der Gegenstände. Lenin trennt diese Verbindung, wenn er sagt:

79 Lenin, W.I., WERKE 14, S. 42 f.
80 Ebenda, S. 304.
81 Ebenda, S. 175.
82 Ebenda, S. 136.

„Zwischen der Erscheinung und dem Ding an sich gibt es absolut keinen prinzipiellen Unterschied, und es kann einen solchen nicht geben. Einen Unterschied gibt es nur zwischen Erkanntem und noch nicht Erkanntem." (83) Zwischen beiden darf also kein absoluter Gegensatz konstruiert werden. Es ist vielmehr sauber zu trennen zwischen dem Gegenstand unserer Vorstellungen und unseren Vorstellungen über diese. Das Ding an sich unterscheidet sich von dem Ding für uns, denn letzteres ist nur ein Teil oder eine Seite des ersteren, so wie der Mensch selbst nur ein Teil der in seinen Vorstellungen abgebildeten Natur ist." (84) Genau dieser Prozeß vom Übergang des „Ding an sich" in das „Ding für uns" ist als Erkenntnisprozeß zu begreifen, die Verwandlung des „Ding an sich" in „Ding für uns" als Erkenntnis. „Die Entwicklung des Bewußtseins bei jedem einzelnen menschlichen Individuum und die Entwicklung des kollektiven Wissens der gesamten Menschheit zeigen uns auf Schritt und Tritt die Verwandlung des nicht erkannten „Ding an sich" in ein erkanntes „Ding für uns" die Verwandlung der blinden, nicht erkannten Notwendigkeit, der „Notwendigkeit an sich," in eine erkannte „Notwendigkeit für uns." (85) Die unter dem Anspruch des Marxismus gegen die materialistische Erkenntnistheorie vorgebrachten Einwürfe lassen – und gerade dies zeigt Lenin – selbst einen Mangel an Rezeption marxistischer Theorie erkennen. Aber noch einen weiteren Tatbestand deckt Lenin in der Diskussion auf, nämlich daß die von den modernen Naturwissenschaftlern entwickelten Erkenntnistheoreme, die unter den von Lenin kritisierten „Marxisten" Verwirrung angestiftet haben, an der längst überwunden geglaubten idealistischen Philosophie ansetzen, obgleich diese Naturwissenschaftler in ihren einzelnen Disziplinen durchaus zu Einsichten gekommen sind, die sich mit den Anschauungen des Materialismus decken. Damit ist das Problem aufgeworfen, daß die einzelnen Wissenschaften aus sich selbst heraus nicht in der Lage sind – oder besser gesagt: durch ihr historisches Selbstverständnis nicht in der Lage sind, eine allgemeine Vermittlungstheorie der Natur , der Gesellschaft und des Denkens zu leisten, obgleich sie sehr wohl in der Lage sind, zu dieser Theorie wichtige Beiträge zu liefern.

**Zu Gegenstand und Methode der Leninschen Diskussion**

In diesem Zusammenhang erscheint es mir noch wichtig, Gegenstand und Methode der von Lenin geführten erkenntnistheoretischen Debatte und ihr Verhältnis zu Marx und Engels zu erläutern. Wie wir gesehen haben, konzentriert sich der Gang der von Lenin geführten Auseinandersetzung auf bestimmte von idealistischen und agnostizistischen Positionen aus geführte Einwendungen gegen die marxistische Theorie. Insbesondere in Fragen der Widerspiegelung, Empfindung, des „Ding an sich", des Reflexions- und Relationsprozesses Marxismus-Naturwissenschaften präzisiert, erweitert und vertieft Lenin die marxistische Theorie, aber er leitet diese Theorie selbst nicht noch einmal ab ovo ab, sondern er wendet sie auf einen bestimmten Gegenstandsbereich unter besonderen historischen Gegebenheiten neu an. Es ist dies die Zeit nach der Revolution von 1905, die Zeit einer brutalen Repression. „Die Zeit der gesellschaftlichen und politischen Reaktion, die Zeit des ‚Verdauens' der reichen Lehren der Revolution ist nicht zufällig eine Zeit, wo die grundlegenden theoretischen, darunter auch die philosophischen Fragen für jede lebendige Richtung an eine der ersten Stellen rücken." (86) Die Auseinandersetzung auf dem Gebiete der Erkenntnistheorie zeigt sich hier wie auch in der unmittelbaren Gegenwart als Auseinandersetzung zwischen nicht-marxistischer und marxistischer Theorie, eben darin gerade auch als ideologische Auseinandersetzung. Lenins Auffassung von Erkenntnistheorie deckt sich mit seiner Auffassung des Marxismus: Man darf ihn nicht als etwas Fertiges betrachten, seine Weiterentwicklung geschieht in der dialektischen Anwendung. „In der Erkenntnistheorie muß man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d.h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das *Wissen* aus *Nichtwissen* entsteht, wie unvollkommenes, nicht exaktes Wissen vollkommener und exakter wird." (87) Wie schon oben bemerkt, ist der von Lenin behandelte Gegenstandsbereich der marxistischen Theorie von dem bei Marx und Engels (natürlich mit Einschränkungen) unterschieden, bedingt eben durch die historische Fragestellung. Lenin schreibt dazu: „Unsere Machisten ... näherten sich dem Marxismus in einer ... geschichtlichen Periode ... als die bürgerliche Philosophie sich auf die Erkenntnistheorie besonders spezialisierte ... Unsere Machisten begriffen den Marxismus nicht, da sie sozusagen von der *anderen* Seite an ihn herankamen, und sie eigneten sich die ökonomische und historische Theorie von Marx an ... ohne sich über ihre Grundlage, nämlich den philosophischen Materialismus klargeworden zu sein." (88)

Der Gegenstand der Kontroverse um den Marxismus hat sich also verschoben; verschoben hat sich damit aber neben der Argumentations- auch die Ableitungsebene. Lenin stützt sich im wesentlichen auf die Aussagen von Engels im Anti-Dühring und in der Dialektik der Natur. Er diskutiert selbst nicht mehr das Verhältnis von historischem und dialektischem Materialismus. Er setzt diese Verhältnisbestimmung vielmehr voraus. Seine Vorgehensweise hat ihr Vorbild in der Verfahrensweise von Marx und Engels selbst. „Sowohl Marx und Engels als auch J. Dietzgen betraten die philosophische Arena zu einer Zeit, als bei den fortschrittlichen Intellektuellen im allgemeinen und in den Arbeiterkreisen im besonderen der Materialismus vorherrschte. Es ist daher ganz natürlich, daß Marx und Engels ihr ganzes Augenmerk nicht auf eine Wiederholung des Alten richteten, sondern auf eine ernsthafte theoretische *Weiterentwicklung* des Materialismus, auf seine Anwendung auf die Geschichte, d.h. auf die *Vollendung* des Gebäudes der materialistischen Philosophie bis oben hinauf. Es ist ganz natürlich, daß sie sich auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie darauf *beschränkten,* die Fehler Feuerbachs zu korrigieren, die Plattheiten des Materialisten Dühring zu verlachen, die Fehler Büchners zu kritisieren (siehe bei J. Dietzgen) und das zu unterstreichen, was diesen in Arbeiterkreisen am meisten verbreiteten und populärsten Schriftstellern *besonders* fehlte, nämlich die Dialektik." (89) Nachdem die materialistische Geschichtsauffassung zur vollen Entfaltung gebracht ist, muß diese zwar ständig neu angeeignet, aber nicht völlig neu konstituiert werden. Sie erweist sich als Wissensstand hinter dem nicht zurückgefallen werden darf, der aber trotz beständig neu notwendig werdender Reflexion und Anwendung für die Praxis ein Fundament gesicherten Wissens verkörpert, d.h. das Kapital muß nicht von jedem einzelnen noch einmal neu geschrieben werden, es reicht der logische Nachvollzug der Resultate. Die Vermittlung von historisch Früherem vollzieht sich eben über die Resultate, d.h. immer auch in abstrakterer Form. Die exakte Gegenstandsuntersuchung kann zwar die reale Totalität von Gegenständen, mit denen der spezifische Gegenstand vermittelt ist, allgemein reflektieren, sie kann dies aber niemals konkret. Die einzelwissenschaftliche Untersuchungsweise hat sich als historisch notwendig erwiesen. Engels weist in seiner Einleitung zum Anti-Dühring bekanntlich darauf hin. Aber auch eine Theorie des Gesamtzusammenhanges, wie sie im Marxismus vorliegt, kann nicht

83 Ebenda, S. 96.
84 Ebenda, S. 113.
85 Ebenda, S. 186.
86 Lenin, W.I., WERKE 17, S. 60.

87 Lenin, W.I., WERKE 14, S. 96.
88 Ebenda, S. 333.
89 Ebenda, S. 241.

die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen in sich einsaugen, weil es noch die Logik des spezifischen Gegenstandes gibt, die einer aparten Untersuchung bedarf. Das Postulat nach permanenter Totalvermittlung der spezifischen wissenschaftlichen Gegenstände, ist in seinem undialektischen und unrealisierbaren, weil totalistischen Ansatz für die Forschung letztendlich paralysierend.

Auf den Marxismus angewendet bedeutet dies, seine einzelnen Theoreme in der Auseinandersetzung mit der einzelwissenschaftlichen Forschung immer weiter zu präzisieren und die Einzelwissenschaften selbst mit der Theorie vom allgemeinen Zusammenhang,wie sie der Marxismus verkörpert, zu vermitteln. Für die Rezeption des Marxismus aber heißt dies, an entwickelten, historisch vermittelten Resultaten anzuknüpfen in der Weise, wie sie Marx in den Grundrissen illustriert: „Die Ökonomen des 17. Jhdt. z.B. fangen immer mit dem lebendigen Ganzen ... etc. an; sie enden aber immer damit, daß sie durch Analyse einige bestimmende abstrakte, allgemeine Beziehungen ... etc. herausfinden." (90) Wie Marx weiter ausführt, knüpfen die nachfolgenden ökonomischen Theorien an diesen Fixationen an und steigen über diese Abstraktionen zum Konkreten auf. Zwar vollziehen sie deren Ableitung, aber sie müssen diese nicht noch einmal entdecken. Dieser Tatbestand trifft auch auf Lenin zu,und er legitimiert seine Vorgehensweise: die Logik der im Materialismus entwickelten Kategorien zu messen mit der Logik von Kategorien, deren Herkunft offensichtlich idealistischer wie agnostizistischer Natur ist, und in der Konfrontation beider logischer Ebenen die Praxis, die Industrie, die Tätigkeit schlechthin als letztes entscheidungsrelevantes Kriterium einzuführen (wie es vor ihm die Klassiker getan haben) und dadurch Herkunft und Ableitungszusammenhang der Kategorien selbst aufzudecken. In der Bestimmung ihres Verhältnisses zur materiellen Ableitung liegt ja denn auch gerade das Kriterium und der Grad ihrer Wahrheit resp. Falschheit. Die logische Ebene kann die Ebene der historischen und systematischen Ableitung nicht ersetzen und umgekehrt. Der Vermittlungszusammenhang besteht, aber er ist für die spezifische Logik des spezifischen Gegenstandes konkret von relativer, abstrakt von allgemeiner Bedeutung. Insofern der Gegenstand geschichtlich bestimmt ist, drückt sich diese Historizität reziprok in seiner kategorialen Erfassung aus. Je konkreter gesellschaftlich und historisch ein Gegenstand bestimmt ist, um so mehr sind die ihn zum Ausdruck und zur Vermittlung bringenden Gesetze und Abstraktionen konkret ableitbar: „Die dialektischen Gesetze sind ... *durch Abstraktion gewonnene* allgemeinste Kennzeichnungen der vorantreibenden Kräfte historischer Prozesse, denen eben *als Abstraktionen* keine selbständige Wirklichkeit zukommen kann, sondern die bei der logisch-historischen Herausarbeitung des entwicklungsnotwendigen Hervorgehens einer Entwicklungsstufe aus der jeweils vorigen Stufe je nach der Beschaffenheit der durchgearbeiteten geschichtlichen Wirklichkeit als *generelle Charakteristika immer wieder anderer, historisch bestimmter, konkreter Bewegungsmomente* der historischen Progression erscheinen." (91) Was Klaus Holzkamp hier also deutlich herausarbeitet, ist nichts anderes als die spezifische Historizität der Abstraktionen, die selbst nur wieder verständlich wird als Ablösung von einer vorausgegangenen, spezifischen Historizität von Abstraktionsformen, und wenn an sie angeknüpft wird, vollzieht sich gleichzeitig ein Ablösungsprozeß, indem ihre Geschichtlichkeit eine andere wird. Die historische wie praktische Ableitung eines theoretischen Sachverhalts für die Klärung dieses Sachverhalts selbst schon auszugeben, aber hieße nicht nur, die spezifische Logik des spezifischen Gegenstandes nicht zu fassen, sondern auch in der Praxis ein Allerweltsheilmittel zu suchen: „Der Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis muß der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein ... Freilich darf

90 Marx, Karl: GRUNDRISSE, S. 21.
91 Holzkamp, Klaus: „Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus", in: ARGUMENT 84, S. 59.



dabei nicht vergessen werden, daß das Kriterium der Praxis schon dem Wesen der Sache nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung *vollständig* bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist ‚unbestimmt' genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum' zu verhindern." (92) Gerade in dieser Unbestimmtheit drückt sich der Widerspiegelungscharakter der Praxis aus, ein Wesenselement, das sie wie auch die Unbestimmtheit mit der Theorie verbindet. Erst die Wechselwirkung von Theorie und Praxis, Praxis und Theorie kann den historisch notwendigen Fortschritt in der Erkenntnis hervorbringen. Die relative, historisch bedingte Selbständigkeit beider Bereiche darf also keinesfalls als antimarxistische Erkenntnistheorie begriffen werden. Lenins theoretischer Beitrag zur materialistischen Gnoseologie ist folglich mit dem historischen und dialektischen Materialismus nicht unvermittelt, sondern in der Spezifizität seines Gegenstandes selbst wiederum historisch bestimmt. Der Gegenstandsbereich – durch die bürgerliche Theorie vorgegeben – erfordert eine Konzentration der Argumentation auf die Ergebnisse des dialektischen Materialismus, der sich dadurch umgekehrt auch als der tragende Bereich im Marxismus für die erkenntnistheoretische Diskussion ausweist.

Marx hat, wie wir gesehen haben, die Frage des Konstitutionsprozesses des Bewußtseins und damit die Frage der Aneignung der Wirklichkeit im Denken, des Verhältnisses von Theorie und Praxis, in Anknüpfung an die Aussagen der dialektischen Philosophie Hegels und des Materialismus, insbesondere Feuerbachs, auf neue Weise gestellt. Seine Erkenntnis ermittelt den grundsätzlichen Abhängigkeitscharakter des Bewußtseins von der ihm objektiv vorgegebenen Realität und sie ermittelt gleichzeitig die historischen Bedingungen, unter denen sich das Bewußtsein einbilden kann, etwas anderes zu sein als das bewußte Sein, folglich objektiv falsches Bewußtsein ist. Der historische Materialismus als Theorie und Methode analysiert die gesellschaftlichen Voraussetzungen und historischen Gesetzmäßigkeiten, unter denen sich die Bewußtseinsbildung vollzieht. In der Entdeckung der in diesen Prozessen zutage tretenden gesellschaftlichen Kräfte, bestimmt er das Proletariat als diejenige Klasse, der es historisch vorbehalten ist, in ihrer Selbstverwirklichung zugleich die allgemeinen Interessen der Menschheit zu verwirklichen und die Bedingungen für das Entstehen von falschem Bewußtsein aufzuheben. Der historische Materialismus setzt gegen dieses falsche Bewußtsein und seine Artikulation in der bürgerlichen Ideologie eine wissenschaftlich ausgewiesene und die Interessen des Proletariats widerspiegelnde, also klassenmäßig orientierte Ideologie, die allerdings nicht theoretisch bei der Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche verbleibt, sondern sich als Anleitung zum Handeln zur Aufhebung dieser Widersprüche, als Theorie des Klassenkampfes versteht. Für Marx ist dies die notwendige Konsequenz aus der Philosophie: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen,* so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen ... Der *Kopf* (der) Emanzipation ist die *Philosophie,* ihr Herz das *Proletariat.* Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie." (93) Die Verwirklichung der Philosophie, d.h. die Realisierung ihres Anspruchs, die Wirklichkeit zu erkennen und zu ihrer Gestaltung beizutragen, hat, indem sie einer klassenmäßigen Orientierung folgt, zugleich ihre Transformation zur Folge: Sie wird zum Bestandteil einer besonderen Weltanschauung mit besonderem Gegenstandsbereich: dem Erkenntnisprozeß, der Logik und Dialektik. Dieser Bereich aber ist mit den übrigen Teilen selbst wieder vermittelt und wird den allgemeinen Bewegungsgesetzen unterworfen gedacht: „Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktivität gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen. Somit sind diese

92 Lenin, W.I., WERKE 14, S. 137.
93 MEW 1, S. 391.

Kategorien, ebensowenig ewig wie die Verhältnisse, die sie ausdrücken. Sie sind *historische, vergängliche, vorübergehende Produkte* ... unbeweglich ist nur die Abstraktion von der Bewegung." (94) Während Marx sich schwerpunktmäßig der Erforschung der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft widmete, thematisierten Engels und Lenin das Erkenntnisproblem mit den Mitteln des dialektischen Materialismus und erweiterten diesen damit gleichzeitig. Als Gegenstand des dialektischen Materialismus erfolgt seine Diskussion auf einer höheren Abstraktionsebene von relativer Selbständigkeit unter Berücksichtigung der hinreichend diskutierten Tatsache, daß nicht nur die Kategorien historische Vermittlungsstufen besitzen, sondern der dialektische Materialismus insgesamt historisch abgeleitet, also mit dem historischen Materialismus verbunden ist. In Berücksichtigung der marxistischen Ideologie diskutiert die marxistisch-leninistische Gnoseologie das alte philosophische Problem des Aneignungsprozesses der Wirklichkeit im Bewußtsein. Dies unter verschiedenen kategorialen und relationalen Fassungen wie Materie – Bewußtsein – Subjekt – Objekt. Grundsätzlichen Ausgangspunkt bildet die These von der materiellen Einheit der Welt, der objektiven Existenz der vom Bewußtsein unabhängigen Außenwelt und ihren objektiven Gesetzmäßigkeiten, d.h. Bewegungsgesetzen. Als Vermittlungskategorie kommt hier der Kategorie der Widerspiegelung zentrale Bedeutung zu. Als erkenntnistheoretische Kategorie, basierend auf der besonderen Eigenschaft der organischen Materie, der Empfindung, durchdringt sie die dialektischen Gesetze und Kategorien und in entsprechender Form die Stufen des Abstraktionsprozesses. Sie ist notwendige Konstitutionsbedingung subjektiver Dialektik, indem sie die objektive Dialektik in einem unendlichen Erkenntnisprozeß zur Widerspiegelung bringt und folglich das gesellschaftliche und relative Wissen tendenziell der objektiven Wahrheit annähert, wobei ihr ein den spezifischen Abstraktionsstufen entsprechendes Praxiskriterium als Instanz der Wahrheitsüberprüfung dient. Letztendliches und entscheidendes Kriterium bleibt in jedem Falle die gesellschaftliche Praxis. Durch sie wird eine praktische wie theoretische Aneignungsweise plausibel, die gerade auch im historischen Materialismus ihre Anwendung findet. Der Vermittlungszusammenhang zwischen historischem und dialektischem Materialismus zeigt sich gerade über diese gegeben. Wenn ein dialektischer Vermittlungszusammenhang zwischen historischem und dialektischem Materialismus behauptet werden darf, dann stehen beide auch in einem wechselseitigen Widerspiegelungsverhältnis. Diesen Zusammenhang zu betonen ist wichtig, wenn berücksichtigt wird, daß der dialektische Materialismus als Theorie wie Methode die nicht-gesellschaftlichen Einzelwissenschaften reflektiert, deren Wirkungs- und Verwertungszusammenhang nur gesellschaftlich zu erklären ist. Werden diese verschiedenen aufeinander bezogenen Instanzen in angemessener Weise zur Geltung gebracht, dann läßt sich ein dialektischer Vermittlungszusammenhang zwischen den Arbeiten von Marx, Engels und Lenin ohne weiteres begründen. Es zeigt sich darin unmittelbar das qualitativ Neue marxistischer Gnoseologie, insbesondere gegenüber neukantianischer und positivistischer. Sie ist niemals allein Logik oder abstrakte Kategorienlehre, sondern eine vielfältig, in erster Linie ideologisch determinierte Theorie des Erkenntnisprozesses und der Erkenntniszusammenhänge. Ihr Verhältnis zu den Einzelwissenschaften ist durch die Angabe der Schritte bestimmt, die zur historischen und logischen Bestimmung des Gegenstandsbereiches führen; sie leitet die Untersuchung des Gegenstandes in der Weise methodisch an, daß sie der Sache nicht eine Logik von außen appliziert, sondern die Wege zum Begreifen der Logik des spezifischen Gegenstandes angibt. Sie ist daher materialistisch wie dialektisch,und als Dialektik ist sie auch Logik. Ihr Wesen besteht in dem Umgreifen verschiedener und wechselseitig aufeinander bezogener Abstraktions- und Konkretionsprozesse.

MEW 4, S. 130.



**Resümee**

In dem bisher vorgetriebenen Ableitungsgang ging es darum, nachzuweisen, daß der Entstehungs- und Entfaltungsprozeß des historischen und dialektischen Materialismus mit der Frage des Bewußtseins- und Erkenntnisprozesses wie der Frage der adäquaten Beschreibung der Formen der Wirklichkeit unauflöslich verbunden ist und in welchem Maße selbst noch in unterschiedlichen Themenkomplexen die Einheitlichkeit im Denken von Marx, Engels und Lenin nachzuweisen ist. Es sollte weiter damit transparent gemacht werden, daß der Komplex der Erkenntnis im Rahmen der historischen Weiterentwicklung des Marxismus zu einem selbständigen Gegenstandsbereich avanciert. Dies in Abrede zu stellen hieße, die gesamte marxistisch-leninistische erkenntnistheoretische Literatur, wie sie in umfangreicher Form bis heute vorliegt, in Abrede zu stellen und die Frage nach der Bestimmung der Erkenntnis der Spekulation zu überlassen. Die gesellschaftlich bedingte Ungleichzeitigkeit der Rezeption der Werke der Klassiker weist insofern in der theoretischen Diskussion der BRD wie in Westberlin Problemen noch einen Rang zu, die in den sozialistischen Ländern längst ihre Relevanz verloren haben, weil sie bereits positiv gelöst sind.

Bevor nun zu einigen strittigen, den Rang der Erkenntnistheorie bei Marx, Engels und Lenin betreffenden Meinungen Stellung bezogen wird (dazu gerade erwies sich der systematische Ableitungsversuch als notwendig), soll noch einmal – anhand aktueller Äußerungen – *die Relevanz des ideologischen Moments der materialistischen Erkenntnistheorie* herausgehoben werden, um seine gleichzeitig politische Relevanz zu bestimmen und damit das signifikanteste Unterscheidungsmerkmal zu einem bürgerlichen Gnoseologiebegriff zu artikulieren.

In ihrem Aufsatz: „Der Marxsche Wissenschaftsbegriff" führen F. Fiedler und H. Seidel aus: „Wollte die marxistische Erkenntnistheorie den gesellschaftlichen und als Teil desselben den individuellen Erkenntnisprozeß losgelöst vom gesellschaftlichen Gesamtprozeß der Umgestaltung der Welt durch den Menschen und insbesondere von seiner Verflechtung mit der Ideologie zu analysieren versuchen, verfiele sie in die Enge positivistischer Betrachtungsweise; umgekehrt kann das Phänomen der Ideologie nicht unter Abstraktion von der theoretisch-erkennenden Tätigkeit erforscht werden." (95) Diese Stelle macht auf einen Unterschied aufmerksam, den die Bestimmung der marxistischen Erkenntnistheorie zu berücksichtigen hat, nämlich die Unterscheidung von ideologisch bestimmter und theoretischer Erkenntnistätigkeit, sowie deren Vermittlungszusammenhang. Sie ist verknüpft mit einer Definition der verschiedenen Tätigkeitsarten überhaupt. Marx kennt neben der gegenständlichen Tätigkeit, auch die nicht-gegenständliche, die praktisch-geistige Form der Tätigkeit, die sich wiederum von der theoretischen Tätigkeit unterscheidet. Die theoretische Tätigkeit ist die Bewegung der Kategorien, der Produktionsakt des Denkens, der das wirklich Konkrete als Gedankenkonkretum herstellt: „Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet, einer Weise, die verschieden ist von der künstlerischen, religiösen, praktisch-geistigen Aneignung der Welt." (96) Danach unterscheidet sich die theoretische Tätigkeit von allen anderen Formen der Tätigkeit durch ihren entwickelten Abstraktionsgrad, der nun nicht einfach pejorativ zu betrachten ist, sondern ein Wesensmerkmal gedanklicher Aneignung ausmacht und diese in spezifischen Wissenschaften in besonderer Weise zum Ausdruck bringt. Forderung an die Theorie ist bei Marx allerdings die, auch ihre Vermittlung zu reflektieren: „Auch bei der theoretischen Methode ... muß das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben." (97)

95 Frank Fiedler und Helmut Seidel: „Der Marxsche Wissenschaftsbegriff", in: DZfPH, Sonderheft: Erkenntnistheorie 1968, S. 87.
96 Marx, Karl: GRUNDRISSE, S. 22.
97 Ebenda.

Der Zusammenhang nun zwischen der praktisch gesellschaftlichen Dimension und der theoretischen wird in der marxistischen Gnoseologie durch ein Zwischenglied geleistet, das sozusagen Doppelcharakter aufweist, indem es verschiedene Ebenen in sich verkörpert: „Die Beziehung von Theoretischem und Praktischem, von Erkennen und Handeln, wird in allgemeiner Weise vermittelt durch das *praktisch-geistige Bewußtsein* (Hervorhbg. G.M.T.), auf die gesellschaftliche Dimension des Handelns bezogen, durch die Ideologie. Denn: "Aus der Wissenschaft bzw. aus der Erkenntnis ergibt sich keine direkte und unvermittelte eindeutige Bestimmung dessen, was das Subjekt zu tun hat ... Das Praktisch-Geistige bzw. die Ideologie ist wissenschaftlich begründbar, überschreitet aber den Bereich der kognitiven Erkenntnis bzw. der Wissenschaft. Während in ihrem Inhalt die Wissenschaft das Subjekt der Erkenntnis auszuklammern hat, geht die Ideologie gerade von ihm aus." (98) Die marxistische Erkenntnistheorie kann folglich nicht nur Theorie des Erkenntnisprozesses, resp. Theorie der Theorie und Methode sein, sondern sie ist gleichzeitig Theorie des erkennenden Subjekts, d.h. des historisch-gesellschaftlichen Subjekts; insofern schließt sie zwangsläufig einen idealistischen Subjektbegriff mit allen seinen Folgen aus. Sie schließt damit ferner aus das Postulat der Trennung von Ideologie und Wissenschaft, denn der gegenüber nicht-marxistischer Ideologie veränderte Anspruch marxistischer Ideologie auf adäquate Abbildung der Prozesse der Wirklichkeit, sowie ihr Anspruch, diese Erkenntnis in klassenmäßig orientierte Zielprojektionen und Handlungsanweisungen umzusetzen, erfordert eine immer adäquatere Abbildung, d.h. eine immer exaktere Wissenschaft. Historisch kann m.E. deshalb von einem tendenziellen Koinzidieren von Ideologie und Wissenschaft gesprochen werden. Wertfreiheitstheoreme greifen gegenüber der marxistischen Erkenntnistheorie immer schon zu kurz, weil ihr restriktiver theoretischer Ansatz den Übergang zur Praxisdimension theoretisch nicht vermitteln kann, den die marxistische Gnoseologie qua Ansatz immer schon impliziert: durch das Zentralmoment der praktisch-geistigen Tätigkeit. Gerade unter Betonung der ideologischen Komponente marxistischer Gnoseologie darf nicht vergessen werden, daß sich ihre grundlegenden Aussagen stets auf den Erkenntnisprozeß der Menschheit als Ganzer, auf das menschliche Erkennen insgesamt beziehen. (99) Durch ihre Struktur beansprucht die marxistische Erkenntnistheorie Geltung sowohl in bezug auf die Klärung ideologisch-weltanschaulicher wie erkenntnistheoretischer Probleme der einzelnen Wissenschaften. „Indem die marxistische Erkenntnistheorie die weltanschaulichen Probleme des Erkenntnisprozesses und der Erkenntnis bearbeitet, leistet sie erstens ihren Beitrag zur Untersuchung des Gesamtgegenstandes der marxistischen Philosophie und schafft sie zweitens erkenntnistheoretische Grundlagen für alle Wissenschaften und darüber hinaus für die anderen Tätigkeitsbereiche der Menschen." (100)

Es kann also festgehalten werden, daß die materialistische Erkenntnistheorie ein entscheidendes Instrumentarium der Arbeiterklasse als dem Hauptpromotor der Geschichte verkörpert, durch das und mit dessen Hilfe die gesellschaftlichen und individuellen Erkenntnisprozesse begrifflich erfaßt werden können. Durch das Aufdecken ihrer Vermitteltheit mit dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß und der objektiven Realität gibt sie gleichzeitig die Mittel an die Hand, praktische Veränderung zu bewirken wie die Probleme der einzelnen Wissenschaften zu diskutieren. Die Existenz der materialistischen Gnoseologie zu leugnen, heißt letztendlich nichts anderes als den Versuch zu unternehmen, der Arbeiterklasse in

98 Schliwa, Harald: „Erkenntnis und Ideologie", in: DZFPH, Sonderheft: Erkenntnistheorie 1968, S. III.

99 Siehe Wittich, Dieter: ÜBER GEGENSTAND UND METHODEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ERKENNTNISTHEORIE, Berlin 1973, S. 83.

100 A. Kosing und D. Wittich: „Über den Gegenstand der marxistischen Erkenntnistheorie", in: DZFPH 12/67, S. 1408.



der theoretischen und politischen Auseinandersetzung, d.h. in besonderen Formen des Klassenkampfes, dieses Instrument aus der Hand zu schlagen.

Dieser Versuch ist auch in jüngster Zeit wieder unternommen worden. Daß er selbst unter dem Anspruch des Marxismus auftritt, zeigt seine besondere Gefährlichkeit als Teil bürgerlicher Ideologie. Dies ist der objektive Tatbestand. Das subjektive Anliegen, so ehrlich es sein mag, kann nicht beurteilt werden und steht deshalb hier auch nicht zur Debatte.

**Auseinandersetzung mit der Kritik der materialistischen Erkenntnistheorie**

In seiner Arbeit: „Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff" (101) skizziert J. Bischoff das Problem der Untersuchung der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft und inwieweit diese bereits eine entwickelte Untersuchungsmethode voraussetze. Die Schwierigkeit wird nun darin gesehen, daß eine derart systematisch gehandhabte Untersuchungsmethode (Dialektik) die Erkenntnis der Bewegungsformen der gesellschaftlichen Prozesse unterstellen muß. Die Methode, die zur systematischen Begründung des Sachverhalts beitragen soll, soll aus dem systematisch begründeten Sachverhalt selbst erst wieder erklärt werden können. Daß es sich hier um einen Zirkelschluß handelt, liegt auf der Hand. Das sieht auch Bischoff. Sein Anliegen liegt in der Auflösung dieses Zirkels (siehe S. 20 f. l.c.). Kurz: Seine These ist, die Begründung der materialistischen Dialektik wird nur im Kapital geleistet. Eine derartige Behauptung zeitigt mannigfache Konsequenzen, einmal bezüglich der Untersuchungsmethode selbst; denn wir erfahren: daß „der Übergang von der idealistischen Form der Dialektik zur wissenschaftlichen Dialektik nicht untersucht wird, da die Klärung der Frage, was wissenschaftliche Dialektik ist, der detaillierten Darstellung der Umstülpung der idealistischen Dialektik vorangeht" (S. 22 und siehe S. 115). Nun sind aber Übergänge gerade dadurch Übergänge, daß sie etwas qualitativ Neues zum Ergebnis haben. Im Falle von Marx und Engels als Resultat der philosophischen Auseinandersetzung mit Hegel, Feuerbach und den Junghegelianern den dialektischen und historischen Materialismus hervorbringen. Wo befindet sich der Ort dieser Auseinandersetzung? Einmal in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und den ökonomisch-philosophischen Manuskripten. Werden in dem Kapitel „Kritik der Hegelschen Philosophie und Dialektik überhaupt" die Kriterien des dialektischen Materialismus entwickelt oder nicht? Entfalten Marx und Engels in der Deutschen Ideologie die Prinzipien des historischen Materialismus oder nicht? Sind das die Schriften, in denen der Übergang exemplifiziert wird oder nicht? Hat Marx das Kapital geschrieben, um die Deutsche Ideologie zu erklären, oder ist das Kapital die Konsequenz der Deutschen Ideologie und die ökonomisch-gesellschaftliche Begründung der im Kommunistischen Manifest niedergelegten politischen Theorie? Oder wird das Kommunistische Manifest durch das Kapital aufgehoben, denn nach Bischoff kann es sich ja im Kommunistischen Manifest nicht um eine dialektische Begründung handeln, weil die Dialektik zu diesem Zeitpunkt als materialistische noch nicht existieren kann. Steht die Ökonomie bei Marx und Engels im Dienst der Politik oder steht sie es nicht? Warum schrieb Engels in seinem Brief vom 2. März 1853 an Marx: „Lieber Marx, ... Du solltest Deine Ökonomie fertigmachen, wir können sie nachher, sobald wir eine Zeitung haben, in weekly numbers drucken, und was der populus nicht versteht, würden die discipuli tant bien que mal, mais cependant non sans effet, exponieren. Damit wäre für alle unsre alsdann retablierten Vereine ein Anhaltspunkt der Debatte gegeben." (102) Die politische Funktion der Ökonomie dürfte danach schwerlich zu bestreiten sein.

101 Siehe: J. Bischoff: GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT ALS SYSTEMBEGRIFF, ÜBER WISSENSCHAFTLICHE DIALEKTIK, Westberlin 1973.

102 MEW 28, S. 226 f.

„Marx hatte sich seit Ende 1843 mit dem Studium der politischen Ökonomie beschäftigt und stellte sich bereits im Frühjahr 1844 die Aufgabe, eine Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie vom Standpunkt des Materialismus und Kommunismus zu veröffentlichen." (103) Nach Bischoff kann Marx diesen Standpunkt logischerweise nicht gehabt haben. War denn der Bund der Kommunisten keine auf dem historischen und dialektischen Materialismus, d.h. wissenschaftlichen Kommunismus basierende Partei? Diese Fragen stellen sich mit Konsequenz aus der Anfangsthese wie der intendierten methodischen Verfahrensweise. Es fragt sich auch, ob Marx schon nach dem I. Band des Kapital dialektischer Materialist oder eigentlich nie war, wenn berücksichtigt wird, daß das Kapital insgesamt von Engels ediert wurde. Die Grenze zum Absurden wäre damit wohl überschritten.

Bischoff streicht nicht allein den Entfaltungsprozeß der Marxschen Theorie bis zum Kapital aus, sondern behauptet: „Für den dialektischen Materialismus kann es keine spezifische Theorie der Erkenntnis geben, die sich von der allgemeinen Bestimmung der Bewußtseinsformen unterscheidet ... Wird (die) Beziehung des wissenschaftlichen Sozialismus auf eine bestimmte Form der materiellen Produktion nicht mitreflektiert und stattdessen diesem doch eine irgendwie geartete materialistische Erkenntnistheorie unterschoben, so wird unter der Form des dialektischen Materialismus eine bürgerliche Denkweise präsentiert!" (104)

„Wenn Engels daher im Kontext dieses Programms der Aufhebung der Philosophie formuliert, ‚für die aus Natur und Geschichte vertriebene Philosophie bleibt dann nur noch das Reich des reinen Gedankens, soweit es noch übrig: die Lehre von den Gesetzen des Denkprozesses selbst, die Logik und die Dialektik' (Engels, Feuerbach, S. 306), so wäre dieser Hinweis mißverstanden, wollte man daraus die Notwendigkeit einer materialistischen Erkenntnistheorie oder Methodologie ableiten. Die Lehre vom Denken auf Basis der materialistischen Geschichtsauffassung ist Resultat der Revolutionierung der Wissenschaft, nicht dessen Voraussetzung." (105)

Natürlich gibt es im Marxismus keine spezifische Theorie der Erkenntnis, die von den allgemeinen Bestimmungen der Bewußtseinskonstitution abstrahiert. Wie ziemlich deutlich ausgeführt worden ist, hat die marxistische Gnoseologie *sämtliche* Voraussetzungen des erkennenden Subjekts in Rechnung zu stellen. Bei der Analyse spezifischer Erkenntnisprozesse sind allgemeine Bestimmungen notwendig, müssen aber ihre dialektische Ergänzung mittels besonderer Bestimmungen erfahren. Dies ist ein historisch herausgebildetes Faktum, daß sich in den spezifischen Untersuchungsmethoden der Einzelwissenschaften manifestiert, also durch den untersuchten Gegenstand selbst bestimmt ist. Der Erkenntnisgegenstand bestimmt die Erkenntnismittel. „Bei der Analyse der ökonomischen Formen kann außerdem weder das Mikroskop dienen, noch chemische Reagentien. Die Abstraktionskraft muß beide ersetzen." (106) Soll und darf mit den Mitteln des historischen und dialektischen Materialismus in spezifischer Form eine Analyse des Abstraktionsprozesses geleistet werden oder darf sie es nicht? Sind Abstraktionsprozesse und ihre Untersuchung unmarxistisch? Wer das behauptet, überläßt das Feld der Erkenntnisprozesse der bürgerlichen Wissenschaft oder kann sich Erkenntnistheorie überhaupt nur nach neukantianischer Manier als Organon und Kanon von abstrakten Kategorien vorstellen, denen jede Praxisverbindung fehlt. Wie werden eigentlich (und dies ist eine erkenntnistheoretische Frage, ob man sie anerkennt oder nicht) allgemeine Bestimmungen gefaßt, wenn nicht als Abstraktion vom Besonderen? Allgemeine Bewußtseinsbestimmungen als Substitution der Erkenntnistheorie in Vorschlag zu bringen, heißt, wie bemerkt, die Kategorie des Allgemeinen selbst keiner Ableitung mehr zu unterziehen und die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem zu zerreißen. Das Allgemeine wird dann zur Hegelschen Kategorie. Im übrigen impliziert die Haltung der Negation der relativ selbständigen Rolle subjektiver Erkenntnis ein Ignorieren des relativ höheren Wahrheitsgrads der Abstraktion gegenüber der unmittelbaren Anschauung, worauf bereits hingewiesen wurde: „Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, richtiger, vollständiger wider. Von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken *und von diesem* zur Praxis – das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der *Wahrheit,* der Erkenntnis der objektiven Realität." (107) Ist damit gedient, die Dialektik als Theorie des allgemeinen Zusammenhangs ins Feld zu führen und sie gegen die Theorie-Praxis-Dialektik auszuspielen, bzw. letztere indirekt einfach für nicht existent zu erklären? Wirft die Erkenntnis Probleme der Dialektik und für die Dialektik auf oder nicht? Existiert ein dialektisches Verhältnis zwischen objektiver und subjektiver Dialektik oder nicht? „Die menschlichen Begriffe sind subjektiv in ihrer Abstraktheit, Losgelöstheit, aber objektiv im Ganzen, im Prozeß, im Ergebnis, in der Tendenz, im Ursprung." (108) Muß dieser Zusammenhang untersucht werden und bedarf es dazu einer besonderen Wissenschaft? Ist diese Lehre von der Erkenntnis nicht notwendigerweise gleichzeitig Logik und Widerspiegelung der Natur durch den Menschen. „Aber das ist keine einfache, keine unmittelbare, keine totale Widerspiegelung, sondern der Prozeß einer Reihe von Abstraktionen, der Formierung der Bildung von Begriffen, Gesetzen etc., welche Begriffe, Gesetze etc. ... eben bedingt, annähernd die universelle Gesetzmäßigkeit der sich ewig bewegenden und entwickelnden Natur *umfassen."* (109) Kurz, diese Lehre ist die dialektische wie materialistische Erkenntnistheorie. Und was nützt in diesem Zusammenhang der permanente Verweis auf die Objektivität resp. gesellschaftliche Struktur? Ist diese Forschung nicht wiederum von der Untersuchung der spezifischen Gesetzmäßigkeiten, der Kategorien und Begriffe des Erkenntnisprozesses abhängig? (110) Ist überhaupt das Objektive im Subjektiven unmittelbar meßbar? Wäre das Subjektive nur Reflex, so käme dieser Gedanke in die gefährliche Nähe der Hegelschen Theorie der Identität von Denken und Sein, in die Nähe eines ökonomischen Objektivismus, wenn man von den mechanischen Elementen eines solchen Denkens einmal völlig absieht. „Das wirklich Empfindende kann in den Empfindungen wahrgenommen werden und wird als solches wahrgenommen, aber nicht jede Empfindung zeugt unmittelbar von der Existenz eines Objekts und zeugt nicht immer davon, daß gerade dieses Objekt existiert, das in dieser Gesamtheit von Empfindungen als gegeben erscheint." (111) Umgekehrt: „Die Behauptung vom Primat der Materie enthält in sich die These, daß die Materie Eigenschaften besitzt, die im Bewußtsein nicht vorkommen, und wenn es sie doch besitzt, dann in unvollständiger und widergespiegelter Form." (112) Und noch einmal zum relativ eigenständigen Charakter des Ideellen. Wie erklärt sich denn der Marxsche Satz, daß die Theorie zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift? (113) Das Ideelle ist historisch fähig in sein Gegenteil umzuschlagen, so wie die Materie in ihren Gegensatz übergeht, indem sie Bewußtsein erzeugt. (114)

103 Ebenda, Fußnote 49, S. 668.
104 J. Bischoff: GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT ..., a.a.O., S. 53 f.
105 Ebenda, S. 76.
106 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 12.
107 Lenin, W.I., WERKE 38, S. 160.
108 Ebenda, S. 198.
109 Ebenda, S. 172.
110 Siehe Narski, I.S.: DIALEKTISCHER WIDERSPRUCH UND ERKENNTNISLOGIK, Berlin 1973, S. 231.
111 Narski, I.S.: DIALEKTISCHER WIDERSPRUCH ..., a.a.O., S. 247.
112 Ebenda, S. 256.
113 Siehe MEW 1, S. 385.
114 Siehe Narski, I.S.: DIALEKTISCHER WIDERSPRUCH ..., a.a.O., S. 265.

„Erklärt man das Ideelle als Charaktermerkmal des Bewußtseins aus den sozialen Verhältnissen und bezieht sich dabei darauf, daß das Ideelle ‚ebenso' unstofflich ist wie, sagen wir, das Wertverhältnis, ignoriert aber zur gleichen Zeit irgendwie den Unterschied zwischen dem psychisch-bewußten Aspekt des Ideellen und seiner sozialen Seite, läßt ihn im Schatten und leitet das Bewußtsein aus der letzteren ab, dann ‚vergißt' man unwillkürlich, daß keinerlei sozial-menschliche Verhältnisse ohne das bewußt denkende Gehirn des Menschen möglich sind. Das bedeutet, das Soziale selbst dem Materiellen entgegenzusetzen und *alles* Soziale nur auf das Ideelle zu reduzieren." (115)

Galt es noch nach Engels, Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft miteinander zu vermitteln und hat sich die marxistische Gnoseologie diese Aufgabe im Bereich des menschlichen Erkenntnisprozesses gestellt, der ja schlechterdings ohne Berücksichtigung seines Natur- d.h. materiellen Substrats nicht zu fassen und an dem der Übergang zum Ideellen wissenschaftlich zu beweisen ist, so wird dieser Anspruch bei Bischoff aufgegeben: „Es ergibt sich also das Resultat, daß die Begründung für die materialistische Dialektik als Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs nur innerhalb des wirklichen Wissens von der Struktur der modernen Produktionsweise möglich ist. Sowenig es aber eine eigenständige erkenntnistheoretische Begründung außerhalb der politischen Ökonomie geben kann, sowenig kann es eine Abtrennung und Neubearbeitung eines Teils der wissenschaftlichen Erkenntnis über die moderne Produktionsweise unter dem Aspekt, Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs geben." (S. 54 f.)

Nun ist es eine unbewiesene wie unbeweisbare Behauptung, die marxistische Erkenntnistheorie stünde in keinem Verhältnis zur politischen Ökonomie. Bei Gelegenheit der Diskussion des Programms bei Engels, wie die Philosophie aufzuheben, nämlich, daß ihr vornehmliches Anliegen die Analyse des Denkprozesses sei, die Logik und die Dialektik sei, wurde darauf verwiesen, daß diese Orientierung keine neue Isolierung der Philosophie von den übrigen Wissenschaften zur Folge haben darf, im Gegenteil: Sie hat ihren eigenen Gegenstandsbereich mit diesen zu vermitteln. Wie schon bemerkt, kann sich Bischoff Erkenntnis nur abstrakt vorstellen, nicht aber sinnlich (116), materiell vermittelt. Dieser Umstand hat ein Ignorieren des Verhältnisses Materielles-Ideelles und zwangsläufig die Ausklammerung der Naturerkenntnis zur Folge. Weil Bischoff diese immer nur als über das Kapitalverhältnis vermittelte begreifen kann, denn wirkliches Wissen über den Gesamtzusammenhang, der Natur, Gesellschaft wie Denken umgreift, ist ja „nur innerhalb des wirklichen Wissens von der modernen Produktionsweise möglich", dieses Wissen also der zentrale Dreh- und Angelpunkt ist, stellt die Analyse der Produktionsweise diese Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang dar. Narskis außerordentlich scharfsinnige Bemerkung zeigt besonders in diesem Zusammenhang ihre Treffsicherheit, denn die Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs ist ja selbst ideell. Das Ideelle begründet das Ideelle. Wie es erkenntnistheoretisch zu dieser Analyse selbst gekommen ist, erfährt der Leser nicht, weil die Methode ja erst durch die volle Entfaltung des Stoffs erzeugt wird. Frage: Mit welcher Methode wird eigentlich der Stoff entfaltet? (117)

Der aprioristisch-metaphysische Charakter dieser Konstruktion gipfelt in der Schlußfolgerung, dem Denken jeden eigenständigen Existenzcharakter abzusprechen, also mit dem Denken die Abschaffung des Denkens selbst zu begründen, indem gefragt wird, ob die dialektischen Denkgesetze „überhaupt im Bereich des Denkens auftretende Gesetze sind und nicht bloße Reflexe der Gesetze der Natur und der menschlichen Geschichte." (S. 65) Dieser Zweifel wird allerdings zugunsten der Reflextheorie behoben, „denn das Denken ist nur der Reflex der in der Außenwelt sich überall geltend machenden Bewegung in Gegensätzen". (S. 77) Daß sich diese Reflextheorie in ihrem mechanistischen Verständnis (siehe auch K. Holzkamp, l.c. S. 53 f.) nicht auf Engels berufen kann, wurde bereits oben dokumentiert, faßt doch Engels die Begriffsdialektik als den *bewußten* Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt, eine Fassung, die nichts mit einer Stimulus-Response Konstruktion zu tun hat, vielmehr das *dialektische* und damit auch widersprüchliche Verhältnis, das zur bewußten Einsicht gebrachte Verhältnis von subjektiver und objektiver Dialektik zum Ausdruck bringt. Selbstverständlich den Abhängigkeitscharakter der subjektiven von der objektiven im Reflexbegriff artikulierend, denn wenn keine objektive Dialektik existiert, kann auch von der subjektiven nicht die Rede sein. Wie sehr Bischoff seine Reflextheorie antidialektisch-deterministisch vorträgt, erläutert auch insbesondere sein Verständnis des Entstehungsprozesses des wissenschaftlichen Sozialismus: „Der wissenschaftliche Sozialismus ... ist notwendiger theoretischer Reflex der bestimmten ökonomischen Verhältnisse." (S. 78) Hierin wird endgültig deutlich, daß Bischoff keine Subjekt-Objekt-Dialektik kennt, sondern nur eine Objekt-Subjekt-Determination. Der wissenschaftliche Sozialismus soll sich an der Fehlinterpretation ausrichten, daß das Denken nur der Reflex der widersprüchlichen Bewegung der Wirklichkeit sei, aber nicht selbst im Widerspruch zu dieser stehend zu begreifen sei. Die schlechte Wirklichkeit reproduziert sich im schlechten Bewußtsein und wenn sich die schlechte Wirklichkeit ändert, transformiert sich auch das Bewußtsein. Nur, ändert sich die Wirklichkeit von selbst oder durch das Bewußtsein? Führen die ökonomischen Verhältnisse die Veränderung der Produktionsverhältnisse herbei oder die bewußt und organisiert handelnden Menschen? Wird die Hervorbringung des wissenschaftlichen Sozialismus nicht möglicherweise auch durch die geistige Tradition, die gesellschaftlichen und nationalen Verhältnisse und durch subjektive Faktoren bedingt? Ist eine Ungleichzeitigkeit denkbar zwischen der Entfaltung der Theorie und der gesellschaftlichen Realität? Nach Bischoff nicht, nach Marx wohl: „Die Deutschen haben in der Politik *gedacht,* was die andern Völker *getan* haben. Deutschland war ihr *theoretisches Gewissen.* Die Abstraktion und Überhebung seines Denkens hielt immer gleichen Schritt mit der Einseitigkeit und Untersetztheit ihrer Wirklichkeit. Wenn also der *status quo des deutschen Staatswesens* die *Vollendung* des ancien regime ausdrückt, die Vollendung des Pfahls im Fleische des modernen Staats, so drückt der *status quo* des *deutschen Staatswissens* die *Unvollendung des modernen Staats aus,* die Schadhaftigkeit seines Fleisches selbst." (118) Würde man Bischoff und nicht Marx folgen, dann existiert dieser antizipatorische Charakter des Denkens wie der Theorie nicht, ihn zu denken kann – will man konsequent bleiben – nicht statthaft sein. „Damit kann menschliches Denken *nicht mehr als potentielles Bewegungsmoment der gesellschaftlichen Entwicklung begriffen werden, die Subjektivität als Bestimmungsmoment der materiellen Bewegung* ist ausgeklammert, jede Bewußtseinsform, auch das *Klassenbewußtsein des Proletariats* erscheint auf der *Objektseite* und *eingeebnet in beliebige ideologische Änderungsformen der bürgerlichen Gesellschaft."* (119) Führt man diesen Gedanken noch weiter, so entdeckt man in der Konstruktion von Bischoff verborgen, den Glauben an die Selbstaufhebung der bürgerlichen Gesellschaft. Je nach Grad ihrer Widersprüchlichkeit bringt sie als theoretischen Reflex den wissenschaftlichen Sozialismus hervor. Nicht erklärt wird der Umstand, daß diese Widersprüchlichkeit insbesondere auch eine Weiterentwicklung der nicht-sozialistischen Theo-

115 Ebenda, S. 279.
116 Siehe dazu die systematische Ausführung von Klaus Holzkamp: SINNLICHE ERKENNTNIS – HISTORISCHER URSPRUNG UND GESELLSCHAFTLICHE FUNKTION DER WAHRNEHMUNG, Frankfurt/M. 1973.
117 Siehe dazu auch K. Holzkamp: ARGUMENT 84, a.a.O., S. 49.

118 MEW 1, S. 385.
119 Holzkamp, Klaus: ARGUMENT 84, a.a.O., S. 54.

rien zur Folge hat, die sich einer beherrschenden Position erfreuen dürfen. Man könnte also den Eindruck gewinnen, die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus passiere im Selbstlauf und sei nicht eine Frage des bewußten und organisierten Hineintragens in die arbeitenden Massen selbst. Es wird ferner nicht das Problem der bewußten Verhinderung der Entwicklung und Behinderung der sozialistischen Ideologie wie ihrer Verbreitung durch den bürgerlichen Staatsapparat reflektiert. Auf den mechanizistischen Charakter der einem solchen Denken zugrundeliegenden Abbildkonzeption hat bereits Klaus Holzkamp hingewiesen. Wie wenig ein derartiges Verständnis des Entstehungs- und Aneignungsprozesses des wissenschaftlichen Sozialismus mit der theoretischen Aneignungsweise, wie sie Marx entwickelt, koinzidiert, hat Fritz Kumpf systematisch artikuliert. Die in der Einleitung zur „Kritik der politischen Ökonomie" von Marx skizzierte Vorgehensweise des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten ist nach Kumpf keine direkte Widerspiegelung der gesetzmäßigen Entwicklung des zu erforschenden Gegenstandes in der objektiven Realität. (120) Bekanntlich stellt Marx ja die Frage nach der Möglichkeit der Unabhängigkeit der einfachen Kategorien gegenüber den konkreteren. „Die Antwort: Ca depend ... Mit anderen Worten, das Gesetz, nach dem sich in diesem Falle die theoretische Widerspiegelung des Kapitalismus vollzieht, ist nicht schlechthin die Widerspiegelung eines Gesetzes, nach dem sich der Kapitalismus realiter entwickelt hat." (121)

Es überrascht in diesem Zusammenhang auch nicht, wenn Bischoff die These aufstellt, es könne keine dialektische Logik geben: „Auf Basis der materialistischen Geschichtsauffassung kann es keine dialektische Logik, sondern nur Dialektik geben. Wird der innere Zusammenhang von Natur-Gesellschafts- und Denkform richtig erfaßt, kann der abstrakte Ausdruck der Bewegung des Denkens nur Reflex der in Natur und Geschichte erfahrenen Bewegung sein." (S. 74)

Geleugnet wird damit, daß der Erkenntnisprozeß auch immanenten logischen Gesetzen unterworfen ist, die selbst wieder das Ergebnis eines historischen Prozesses sind: „Die praktische Tätigkeit des Menschen mußte das Bewußtsein des Menschen milliardenmal zur Wiederholung der verschiedenen logischen Figuren führen, damit diese Figuren die Bedeutung von Axiomen erhalten konnten." (122) Wird diese These Lenins nicht akzeptiert, bleibt erst noch zu beweisen, daß historisch entwickeltes wie tradiertes Wissen nicht in den Erkenntnisprozeß eingeht, resp. diesen weitgehend determiniert und ihm damit eine gewisse Selbständigkeit verleiht. Nach der Reflextheorie ist diese Eigenständigkeit nicht möglich, ja im Abstraktionsprozeß hat die Dialektik ihr Existenzrecht verloren, der Zusammenhang von objektiver und subjektiver Dialektik existiert nicht mehr: „Dialektik, die immer Entwicklung von einzelnen Seiten oder Kategorien ist, kann niemals Anleitung für Abstraktion und Fixierung von Verstandesbegriffen sein." (S. 93)

Wenn die Dialektik in der Abstraktion ihr Existenzrecht verloren hat, so wird, wie Bischoff dies ja bekanntlich behauptet und wie Klaus Holzkamp (Argument 84, S. 49) kritisch analysiert hat, die Anwendung der Dialektik auf Sachverhalte unmöglich. Daß sie dagegen angewendet wird, darüber kann kein Zweifel bestehen, denn Marx äußert sich dazu explizit: „Was derselbe Lange über Hegelsche Methode und meine Anwendung derselben sagt, ist wahrhaft kindisch. Erstens versteht er rien von Hegels Methode und darum zweitens noch viel weniger von meiner kritischen Weise, sie anzuwenden ... Er hat keine Ahnung davon, daß dies ‚freie Bewegung im Stoff' durchaus nichts andres als Paraphase ist für die *Methode*, den Stoff zu behandeln – nämlich die *dialektische Methode.*" (123) und Lenin sagt, daß „die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx ... nur ein spezieller Fall der Dialektik" ist. (124) Im Nachwort zur 2. Auflage des Kapitals legt Marx sein Verhältnis zu Hegel dar in einer Aussage,die gleichzeitig dokumentiert, daß er die Dialektik in gewisser Hinsicht bereits vorgefunden hat: „Ich bekannte mich ... offen als Schüler jenes großen Denkers ... Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat." (125)

Dieselbe methodische Verfahrensweise, die Bischoff für das Verständnis der materialistischen Dialektik postuliert, nämlich sie mit dem Marxschen Kapital identisch zu setzen, wird von dem Projekt Klassenanalyse in seiner Leninkritik eingeschlagen, wenn formuliert wird: „Es ist also im folgenden zu untersuchen, ob Lenin den damit gesetzten Anspruch der materialistischen Bestimmung des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein bei seiner Interpretation einerseits der Wissenschaft von der Natur, andererseits der Wissenschaft der Geschichte einzulösen vermag. Um überhaupt zeigen zu können, wie das bestimmte Wissen über die Gesellschaft und über die Natur gesellschaftlich bestimmt ist, muß die Genesis der Marxschen Theorie adäquat begriffen sein." (126)

Bildet im einen Werk das Marxsche Kapital das Reduktionsprinzip, so stellt dieses hier die Genesis der Marxschen Theorie dar. Die Geschichte der Umwandlung der Natur durch den Prozeß der menschlichen Arbeit in seiner differenzierten Entfaltung, wie die Erkenntnis darüber, stellen die gnoseologische Voraussetzung der Analyse des menschlichen Erkenntnisprozesses dar. Gemäß PKA aber schneidet Lenin „diesen ganzen Zusammenhang ab, indem er sagt, daß die Materialisten ‚die objektive Realität anerkennen, die uns in der Erfahrung gegeben ist, weil wir eine objektive, *vom Menschen unabhängige* Quelle unserer Empfindungen anerkennen' (Lenin: Marx und Engels, S. 122)." (127) Welche Schlußfolgerungen zieht daraus das PKA: „Die Natur ..., ‚die uns in der Erfahrung gegeben ist', die Natur also, die *für* den Menschen ist, kann niemals von ihm unabhängig sein ... Ebenso wie die Empfindungs*fähigkeit* sich nur entsprechend der Umgestaltung der äußeren Natur entwickelt, so ist der Gegenstand der *Empfindungen selbst* auch nicht die vom Menschen unabhängige, sondern die durch ihn bearbeitete und daher modifizierte Natur." (128)

Mit den Mitteln der durch Bischoff entwickelten Reflextheorie wird hier auf eine direkte Umsetzung der Veränderungen der außermenschlichen und damit auch anorganischen Natur auf die menschliche Natur geschlossen, ohne den grundsätzlich qualitativen Unterschied zwischen organischer und anorganischer Natur zu berücksichtigen. Die Eigenständigkeit der menschlichen Geschichte wird damit geleugnet. Wäre die Natur nicht vom Menschen unabhängig, dann wäre ihr Entstehungsprozeß nicht ohne den Menschen denkbar, was eine leicht widerlegbare These ist, denn im Verhältnis zur Geschichte der Natur ist die Geschichte der Menschheit zeitlich quantitativ minimal.

Daß unser Zugang zur Natur historisch vermittelt ist, weil der Mensch ein historisches Naturwesen ist, ändert nichts an der geschichtlich belegten, vom Menschen unabhängigen objektiven Realität, die ihm in der Erfahrung gegeben ist. Die Negation der These der Unab-

120 Kumpf, Fritz: PROBLEME DER DIALEKTIK IN LENINS IMPERIALISMUS-ANALYSE – EINE STUDIE ZUR DIALEKTISCHEN LOGIK, Berlin 1968, S. 15.
121 Kumpf, Fritz: PROBLEME ..., a.a.O., S. 16.
122 Lenin, W.I., WERKE 38, S. 181.
123 MEW 32 (Marx an Ludwig Kugelmann, 27.6.1870), S. 686.
124 Lenin, W.I., WERKE 38, S. 340.
125 Marx, Karl: KAPITAL I, S. 27.
126 Projekt Klassenanalyse: LENINISMUS – NEUE STUFE DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS?, Westberlin 1972, S. 289.
127 PKA, a.a.O., S. 296.
128 Ebenda.

hängigkeit der uns in der Erfahrung gegebenen Natur führt die PKA-Theoretiker unmittelbar in die Nähe Berkeley's, denn „es besteht in der Tat eine auffallend verbreitete Meinung, daß Häuser, Berge, Flüsse, mit einem Wort alle sinnlichen Objekte, eine natürlich oder reale Existenz haben, welche von ihrem Perzipiertwerden durch den denkenden Geist verschieden sei." (§ 4) Diese Meinung bezeichnet Berkeley als „offenbaren Widerspruch". „Denn was sind die vorhin erwähnten Objekte anderes als die sinnlich von uns wahrgenommenen Dinge, und was perzipieren wir anderes als unsere eigenen Ideen oder Sinnesempfindungen (ideas or sensations)?" (129) Wenn wir nach Meinung des PKA immer nur das perzipieren, was uns historisch vermittelt ist, dann fragt sich, auf welche Weise eigentlich neue Naturerkenntnis möglich sein soll. Mit Berkeley leugnet also das PKA die Unabhängigkeit der objektiven Realität von der menschlichen Wahrnehmung, daran kann auch die Substitution der „eigenen Ideen" durch die unmittelbare Vermitteltheit von außermenschlicher und menschlicher Natur nichts ändern. Das PKA schließt gegen die These Lenins von der Unabhängigkeit der objektiven Realität: „Indem sich hier die Natur und eine Denkform, nämlich die Reflexion über das Denken, unmittelbar gegenüberstehen, ist die Einheit der Entwicklung der Formen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens, in der keine Seite sich entwickeln kann ohne die Entwicklung des anderen, auseinandergerissen." (130)

Natürlich sind alle drei Seiten aufeinander bezogen, jedoch nicht in der Weise eines mechanischen Reflexverhältnisses, sondern im Rahmen einer graduell unterschiedenen relativen Selbständigkeit der einzelnen Bereiche. Sie sind nicht zu einer Allgemeinheit zusammengeschlossen, in der das Besondere negiert wird. Wenn die Einheit der Entwicklung der Formen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens postuliert wird, so hat dies zwangsläufig das Theorem zur Folge, das Denken – und das heißt jedes Denken – müsse in der Lage sein, sich in jedem seiner Schritte, d.h. in der Entwicklung seiner Formen unmittelbar mit den Entwicklungsformen in Natur und Gesellschaft vermitteln können, d.h. als Bestandteil ihrer Einheit mit ihnen identisch sein. Wie eine derart totalistische Konzeption, die jede Differenzierung ausschließt, einen solchen Anspruch über das Postulat hinaus realisieren will, kann nicht gezeigt werden. Bei gleichzeitiger Leugnung der durch Erfahrung gegebenen, aber von dieser unabhängigen objektiven Realität, soll das Denken einem totalen Objektivismus unterworfen werden. Die Totalität des Zusammenhangs bringt neue Zusammenhänge aus sich hervor, die als systematische Totalitäten eine Bewegung beschreiben, in der das System regiert, das der Mensch nur reflektieren kann. Zum Subjekt der Geschichte kann er in dieser systemtheoretischen Konstruktion, die ihre totalistische Bewegungsform für Dialektik hält, nicht werden. Sein Denken bleibt eingebunden in das Prokrustes-Bett der gesellschaftlichen und natürlichen Zwänge. Er kann daraus seine Befreiung nicht selbst betreiben, er kann sie nur erwarten, warten bis diese objektiven Mächte in der Entwicklung ihrer Bewegungsformen den letzten Schritt dahin getan haben. Aber auch die Bestimmung der Kriterien dieses Schritts kann das Denken nicht aus sich allein heraus leisten, denn es soll ja immer nur Reflex sein. Die genuine Reflexion ist ihm verwehrt. Die von ihrer eigenen theoretischen Entwicklung wie politischen Praxis wie ihren theoretischen und praktischen Nachfolgern (z.B. Lenin) abgeschnittenen Klassiker Marx und Engels sollen durch ihre hermetisch-systematisch verstandenen Hauptwerke und die darin zum theoretischen Ausdruck gebrachten Entwicklungszusammenhänge als Legitimation für eine totalistische Vorgehensweise dienen, welche eine ungebrochene Widerspiegelung des Gesamtzusammenhangs in den einzelnen Lebensbereichen postuliert und mit diesem totalistischen Akzent jede genuine Entwicklungs- und Gesetzmäßigkeit auszulöschen unternimmt. Indem sie dies Postulat an die einzelnen Lebens- und Wissenschaftsbereiche heranträgt, paralysiert sie die am Gegenstand orientierte Forschung und indem sie dadurch die materialistische Methode diskreditiert, erleichtert sie gerade auch nicht-materialistischen gegenstandsorientierten Methoden das Vordringen. Auf dem Felde der Erkenntnistheorie aber bedeutet dies unbewußte Preisgabe an alle Formen des Idealismus wie Positivismus. In der Preisgabe materialistischer Erkenntnistheorie ist aber ebensosehr eine Preisgabe materialistischer Philosophie impliziert, der ja explizit das Existenzrecht abgeschnitten worden ist. Damit ist der Kampf gegen die Bestandteile und ergo die Einheit der materialistischen Weltanschauung und Theorie begonnen zugunsten des Surrogats eines allgemeinen Bewegungsprinzips hermetisch-objektivistischer Observanz. Aber nicht nur die Subjektivität des Denkens wird ihres Anspruchs beraubt, auch die subjektiv-geschichtliche Organisation gesellschaftlicher Kräfte – die klassenmäßige Organisation des Proletariats geht ihrer historisch überkommenen und gegenwärtig praktisch wirksamen Existenz verlustig: „Dem Projekt erschien es aber als unlösbares Problem, die Genesis der Einsicht in die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft und die Genesis der proletarischen Partei wirklich zu begründen, wenn in der Ableitung wissenschaftlicher Sozialismus und proletarische Partei als Vermittlungsglieder immer schon unterstellt sind." (131)

Umgekehrt gefragt: Wie soll die Genesis der proletarischen Partei untersucht werden, wenn von ihrer Existenz nichts gewußt wird? Die Analyse der Genesis wird auch nicht durch die Unterstellung wissenschaftlich, als gäbe es die Partei in Wirklichkeit nicht, bis sie wissenschaftlich konstituiert ist. Ist sie damit real konstituiert?

Die Geschichte des organisierten Proletariats wird durch das PKA vorerst ausgestrichen und damit einer objektiven Tendenz Folge geleistet, die bestimmt wird durch die an der Fortsetzung der bestehenden kapitalistischen Ausbeutung interessierten gesellschaftlichen Kräfte. Also Klassenanalyse in wessen Interesse? Im Interesse der Intelligenz? Ihr wird der Anspruch auf materialistische Erkenntnistheorie bestritten. Im Interesse des Proletariats? Es hat die Billigung des Existenzrechts seiner Organisation noch abzuwarten.

Also: Marxistische oder bürgerliche Ideologie?

129 Lenin, W.I., WERKE 14, S. 15.
130 PKA, a.a.O., S. 297.
131 PKA: KLEINBÜRGERLICHER ODER WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS, Westberlin 1974, S. 134.

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 831 38 25 NEU
PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

## Zu den Autoren

**Hannelore Bethke,** geb. 1951, studiert Germanistik und Politologie an der Freien Universität Berlin(West).

**Dr. Günter Krause,** Dozent in der Sektion Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Humboldt-Universität in Berlin.

**Dr. Günter Matthias Tripp,** geb. 1937, Assistenzprofessor am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin(West).

**Winfried Wotschack,** geb. 1942, Diplomsoziologe an der Freien Universität Berlin(West).

Korrektur zu Heft 29: In den Autorenangaben wurde irrtümlicherweise Andre Gisselbrecht als Mitglied des ZK der FKP bezeichnet.




# SOPO

bis zum 1. 1. 1975

**bieten wir unseren Lesern die Möglichkeit, alte SOPO-Hefte der Jahrgänge 1971 und 1972 zum Sonderpreis von DM 2,– (statt DM 4,–) zu bestellen. Der gesamte Jahrgang 1972 (Heft 16-21) kostet nur DM 10,– (statt DM 20,–).**

**Erhältlich sind die Nummern 11 bis 21.**

**Bestellungen bitte an**

**SOZIALISTISCHE POLITIK**
**1 Berlin 41 Postfach 410 269**
**Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang der jeweiligen Summe auf unserem Postscheckkonto Bln W 610 20 - 107.**

# SOZIALISTISCHE POLITIK

Die Wahrheit

**zielstrebig – direkt**

**Westberliner sozialistische Tageszeitung**

**Sie ist für dich – sie ist deine Zeitung!**

**Zu beziehen über Boten, Post und Kioske**

Verlag: Zeitungsdienst Berlin

Verlags- und Druckerei-GmbH, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101





# deb
## verlag das europäische buch

Das proletarische Kind
**Zur Schulpolitik und Pädagogik der KPD in der Weimarer Republik**
328 S., br., **DM 8,80**

**A. S. Makarenko**
Eine Auswahl. Zusammeng. v. A. Bolz
556 S., br., **DM 7,50**

G. Klaus M. Buhr
**Philosophisches Wörterbuch**
2 Bände, 1221 S., Leinen, zus. **DM 22,00**

Heinz Willmann
**Gesch. d. Arbeiter-Illustr.-Zeitg. 1921—1938**
335 Abb., 359 S., **DM 29,50**

I. S. Kon
**Der Positivismus in der Soziologie**
Geschichtlicher Abriß. Übers. a. d. Russ.
377 S., br. **DM 11,80**

Gottfried Stiehler
**Dialektik und Praxis**
Untersuchungen zur „Tätigen Seite" in der vormarxistischen und marxistischen Philosophie
322 S., br., **DM 11,80**

Erika König
**Vom Revisionismus zum „Demokratischen Sozialismus"**
Die SPD von Bernstein bis Bad Godesberg
242 S., br., **DM 7,80**

Domin, Lanfermann, Mocek, Pälike
**Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf**
266 S., br., **DM 16.50**

Karl Neelsen
**Wirtschaftsgeschichte der BRD**
Ein Grundriß. Ungekürzte Studienausgabe
318 S., br., **DM 11,80**

**Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945**
208 S., br., **DM 7,80**

Wilhelm Zimmermann
**Der große deutsche Bauernkrieg**
796 S., Ln., **DM 8,—**

R. Katzenstein
**Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus**
226 S., br., **DM 10,80**

R. Katzenstein
**Technischer Fortschritt — Kapitalbewegung — Kapitalfixierung**
ca. 240 S., br., **DM 10,80**

M. M. Rosental
**Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx**
Übers. a. d. Russ., 576 S., br., **DM 16,80**

Piero Sraffa
**Warenproduktion mittels Waren**
Einltg. z. einer Kritik d. ökonom. Theorie
Übers. a. d. Engl., 132 S., br., **DM 6,80**

G. M. Adibekow
**Die Rote Gewerkschaftsinternationale**
Grundriß d. Gesch. d. RGI. Übers. a. d. Russ.
160 S., br., **DM 6,10**

George Thomson
**Frühgeschichte Griechenlands und der Ägäis**
Forschungen zur altgriechischen Gesellschaft I
Übers. a. d. Engl. 563 S., **DM 17,80**

George Thomson
**Die ersten Philosophen**
Forschungen zur altgriech. Gesellschaft II
Übers. a. d. Engl. 318 S., **DM 11,80**

**Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie**
400 S., **DM 6,80**

Witali S. Wygodski
**Die Geschichte einer großen Entdeckung**
Die Entstehung d. Werkes „Das Kapital" von Karl Marx. Übers. a. d. Russ.
154 S., br., **DM 3,80**

Budilowa, Galperin u. a.
**Untersuchungen des Denkens in der sowjetischen Psychologie**
Übers. a. d. Russ., 288 S., br. **DM 8,80**

# horizont

die sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

## gibt Informationen, die Sie brauchen!

# horizont

„horizont" erscheint
im Berliner Verlag,
Berlin, Hauptstadt
der Deutschen
Demokratischen
Republik

Bitte Probeexemplar anfordern.
Senden Sie den Kupon an den
Berliner Verlag,
DDR – 102 Berlin,
Karl-Liebknecht-Str. 29

Wünschen Sie ein Abonnement
(Jahresabonnement DM 52,–
zzgl. Versandkosten),
senden Sie den Kupon an
„Das Europäische Buch",
1 Berlin 12, Knesebeckstr. 3,
oder
Firma Gebr. Petermann,
Buch- und Zeitungen- International
1 Berlin 26,
Kurfürstenstr. 11

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht, internationale Zusammenhänge besser zu erkennen und einzuschätzen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

Ich bitte um Zusendung
eines kostenlosen Probeexemplars.
Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen.
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

# SOPO 1974:

| 28 Mai 74 | 29 Juli 74 | 30 Sept. 74 | 31 Dez. 74 |
|---|---|---|---|
| **Arbeiterklasse und Mitbestimmung** | **Kultur und Bildung** | **Ideologischer Kampf** | **Produktion und Arbeiterklasse** |

Bezugsbedingungen: Ab Heft 28/1974 gelten folgende Preise: Einzelheft DM 6,–; Jahresabonnement (4 Nummern) DM 20,–; incl. Porto, Einzelheft innerhalb des Abos DM 5,–. Für die vorhergehenden vorrätigen Hefte der SOPO, Nummer 11 bis 27 gelten weiterhin folgende Preise: Einzelheft DM 4,–, Abo (6 Nummern) DM 20,–. Die Lieferung wird nach Eingang der Zahlung aufgenommen. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Zahlung durch Bankscheck oder Überweisung auf Postscheckkonto Berlin West 62010-107. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41
POSTFACH

---

**Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr. .....**

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 20,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

**Name:** **Vorname:**

**Postleitzahl** **Ort:** **Straße:**

**Datum:** **Unterschrift:**